ARBEITSMATERIAL

Die Kulturlandschaft des ländlichen Raums in Baden-Württemberg

Entwicklungen, Kontexte, Perspektiven

Thomas Heinl, Jörg Stadelbauer (Hrsg.)

ARL

Die Kulturlandschaft des ländlichen Raums in Baden-Württemberg

Entwicklungen, Kontexte, Perspektiven

AM Nr. 359
ISBN 978-3-88838-359-5
ISSN 0946-7807
Alle Rechte vorbehalten • Verlag der ARL • Hannover 2013
© Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Satz und Layout: A. Hahlbohm, K. Kube, G. Rojahn, O. Rose
Druck: Books on Demand GmbH, 22848 Norderstedt

Bestellmöglichkeit:
www.arl-net.de (Rubrik „Publikationen“)

Verlagsanschrift:
Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL®)
Hohenzollernstraße 11, 30161 Hannover
Tel. 0511 34842-0, Fax 0511 34842-41
E-Mail: arl@arl-net.de
Internet: www.arl-net.de

Akademie für Raumforschung und Landesplanung

ARBEITSMATERIAL DER ARL

Die Kulturlandschaft des ländlichen Raums in Baden-Württemberg

Entwicklungen, Kontexte, Perspektiven

Thomas Heinl, Jörg Stadelbauer (Hrsg.)

Nr. 359 Hannover 2013

Autorinnen und Autoren

Dahm, Susanne, Dr.-Ing., pakora.net – Netzwerk für Stadt und Raum, Karlsruhe, Mitglied der ARL

Dams, Theodor J., Prof. Dr., Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Mitglied der ARL

Hein, Ekkehard, Dr., Verbandsdirektor a. D., Heilbronn, Mitglied der ARL

Heinl, Thomas, Dipl.-Ing., Sachgebiet Freiraum- und Umweltplanung, Regionalverband Heilbronn-Franken, Heilbronn

Konold, Werner, Prof. Dr., Institut für Landespflege, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Korff, Cornelia, Dr., Institut für Kulturgeographie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Korhammer, Kerstin, Institut für Landespflege, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Kuckes, Alexander, Dipl.-Ing., Bürgermeister der Gemeinde Eisenbach im Hochschwarzwald

Overbeck, Gerhard, Prof. Dr., Departamento de Botânica, Instituto de Biociências, Universidade Federal do Rio Grande do Sul, Porto Alegre

Passon, Jacqueline, Dr., Institut für Physische Geographie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Stadelbauer, Jörg, Prof. Dr., Institut für Kulturgeographie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Thormählen, Ludwig, Dipl.-Ing., Ministerialrat a. D., Freiburg im Breisgau, Korrespondierendes Mitglied der ARL

Die Beitragsentwürfe der Autorinnen und Autoren wurden in der Arbeitsgruppe „Zukunft der Kulturlandschaften im ländlichen Raum" der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg der ARL mehrfach diskutiert (interne Qualitätskontrolle). Das von der Arbeitsgruppe verabschiedete Manuskript wurde darüber hinaus vor der Veröffentlichung einer Evaluierung durch eine Gutachterin unterzogen (externe Qualitätskontrolle) und nach Berücksichtigung der Gutachterempfehlungen der Geschäftsstelle der ARL zur weiteren Bearbeitung und zur Veröffentlichung übergeben. Die wissenschaftliche Verantwortung für die Beiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Geschäftsstelle der ARL: WR III Natürliche Ressourcen, Umwelt, Ökologie

Leitung bis 30.06.2010: Dr. Gerhard Overbeck

Leitung ab 01.07.2010: Dipl.-Ing. Peter Müller (mueller@arl-net.de)

Inhalt

Vorwort VII

Ländliche Räume und Kulturlandschaft in Baden-Württemberg

Jörg Stadelbauer Einführung – Kulturlandschaftliche Entwicklungstendenzen ländlicher Räume in Baden-Württemberg 1

Cornelia Korff, Jörg Stadelbauer Ländlicher Raum und Kulturlandschaft 6

Cornelia Korff, Jörg Stadelbauer Ländliche Räume Baden-Württembergs unter Betonung des Agrarstrukturwandels 17

Überregionale und globale Einflüsse auf die Entwicklung der Kulturlandschaft

Susanne Dahm Auswirkungen zukünftiger demographischer Veränderungen auf Nutzung und Gestalt von Kulturlandschaften in Baden-Württemberg 44

Gerhard Overbeck Auswirkungen des Klimawandels auf die Kulturlandschaft 68

Fallstudien – Die Entwicklung ländlich geprägter Kulturlandschaften in Gebieten mit unterschiedlichen Voraussetzungen

Thomas Heinl Lage und Vergleichsdaten der Fallstudien 81

Kerstin Korhammer, Werner Konold Fallstudie „Häg-Ehrsberg und Fröhnd (Südschwarzwald)“ 85

Alexander Kuckes Fallstudie „Eisenbach (Hochschwarzwald)“ 103

Cornelia Korff, Jacqueline Passon Fallstudie „Endingen-Amoltern und Endingen-Königschaffhausen (Kaiserstuhl)“ 119

Ekkehard Hein, Thomas Heinl Fallstudie „Kulturlandschaft Neckartal nördlich von Heilbronn“ 146

Schlussfolgerungen und Ausblick

Susanne Dahm, Theodor Dams, Ekkehard Hein, Thomas Heinl, Werner Konold, Cornelia Korff, Alexander Kuckes, Gerhard Overbeck, Jörg Stadelbauer, Ludwig Thormählen
Tendenzen, Triebkräfte und Steuerungsmöglichkeiten der Entwicklung der Kulturlandschaft ländlicher Räume Baden-Württembergs 167

Kurzfassungen/Abstracts 176

Vorwort

Im Jahr 2007 beschloss die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Baden-Württemberg der ARL, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich mit der Zukunft der Kulturlandschaft im ländlichen Raum kritisch auseinandersetzt. Auf Basis ausgewählter lokaler Untersuchungen mit einer Analyse der Entwicklungstendenzen der zurückliegenden 40 bis 60 Jahre und des aktuellen Strukturwandels sollte sie Bestandsaufnahmen vornehmen und eine Bewertung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume ableiten. Im Verlauf der Arbeit erwies es sich als zweckdienlich, die ausgewählten Einzelstudien mit Überblicksanalysen zu verbinden, die wesentlichen Triebkräften der Entwicklung ländlicher Räume galten. Außerdem mussten Begriffsklärungen vorgenommen werden, um die unterschiedlichen Sichtweisen von Geographen, Landespflegern, Ökonomen und Raumplanern miteinander vereinbar zu machen.

Nicht alle gesteckten Ziele konnten erreicht werden. So konnte beispielsweise die sich unter dem Einfluss der Globalisierung verändernde Ökonomie des ländlichen Raumes nur ansatzweise bearbeitet werden. Die Arbeitsgruppe ist aber davon überzeugt, mit den Querschnittsbeiträgen einige wesentliche globale oder übernationale Steuerungsfaktoren identifiziert zu haben. Mit den Fallstudien wurden kleinräumige Tendenzen aufgezeigt, die die Entwicklung der Kulturlandschaft ländlicher Räume in Baden-Württemberg beeinflussen. Die Folgerungen für die Zukunft bleiben relativ verhalten – nicht zuletzt, weil bei der Arbeit die zunehmende Bedeutung überregionaler Einflüsse deutlich wurde.

Insgesamt elf Treffen der Arbeitsgruppe fanden statt, von der konstituierenden Zusammenkunft 2007 in Heilbronn bis zu den abschließenden Besprechungen in Karlsruhe und Freiburg. Nach Abschluss der Tätigkeit der Arbeitsgruppe gilt der herzliche Dank der Herausgeber allen Beteiligten, insbesondere den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, deren intensive Diskussionen immer dem Ziel einer für alle Seiten akzeptablen Zusammenschau galten, ferner der LAG Baden-Württemberg sowie der Präsenz der Geschäftsstelle des ARL, für die zunächst Dr. Gerhard Overbeck, ab 2010 dann Dipl.-Ing. Peter Müller an den meisten Treffen teilnahm. Beide standen uns mit Rat und Tat bis zur Drucklegung der Arbeitsmaterialien zur Seite.

Die Entwicklung von landesweiten Planungsstrategien verlangt eigentlich eine noch größere Breite für die durch Fallstudien abgesicherten Schlussfolgerungen; da die hier vorgelegten Arbeitsergebnisse nicht der tatsächlichen historischen, räumlichen und wirtschaftlichen Vielfalt Baden-Württembergs gerecht werden können. So soll die nun folgende Publikation v. a. auch als Anreiz für anschließende Studien dienen, die den aktuellen Kenntnisstand erweitern und vielleicht auch auf zusätzliche Triebkräfte aufmerksam machen.

Alle Manuskripte wurden im Oktober 2011 von den Autorinnen und Autoren abgeschlossen.

Prof. Dr. Jörg Stadelbauer
Leiter der Arbeitsgruppe „Zukunft der Kulturlandschaften im ländlichen Raum“ der LAG Baden-Württemberg

Freiburg, März 2012

Jörg Stadelbauer

Einführung – Kulturlandschaftliche Entwicklungstendenzen ländlicher Räume in Baden-Württemberg

Gliederung

1 Hintergrund und Aufgabenstellung

2 Analyseleitende Hypothesen

3 Methodologische Folgerungen

Literatur

1 Hintergrund und Aufgabenstellung

Nachdem ländliche Räume in den zurückliegenden zwei bis drei Jahrzehnten im Vergleich zu städtischen Räumen von der Forschung etwas vernachlässigt und auch in der räumlichen Planung eher als Residuen denn als primäre Handlungsfelder gesehen wurden, treten sie seit einiger Zeit wieder stärker in den Vordergrund.[1] Eine vom Nachhaltigkeitsdiskurs bestimmte Neuorientierung der Raumwissenschaften, der Bedeutungsgewinn des ländlichen Raumes, ein neues Identitätsgefühl der zwar sozial urbanisierten, aber nicht in Städten lebenden Bevölkerung und ein wachsendes Bewusstsein für den Wert, den materielle Archive für das historische Verständnis besitzen, waren wesentliche Triebkräfte dieser Umorientierung. Dabei kann es nicht mehr allein um den ländlichen Raum als Produzenten von Agrargütern gehen, sondern gerade in Baden-Württemberg bildet der gewerblich-industrielle Sektor die wirtschaftliche Basis ländlicher Räume und viele Gemeinden fungieren als Wohnstandort für Pendler. Ebenso kommen andere wirtschaftlich bewertbare Aufgaben hinzu, insbesondere im Bereich des Tourismus oder bei der Erzeugung regenerativer Energien. Schließlich besitzen auch ökologische Potenziale eine steuernde Funktion für die künftige Entwicklung. Dabei darf nicht übersehen werden, dass ein Teil dieser Multifunktionalität weit zurückreichende Wurzeln aufweist: Wasserversorgung, Kompostierung, Naherholung, aber auch die Wohnfunktion, der Beitrag zur Energieerzeugung und der ökologische Ausgleich sind schon seit Langem mit dem ländlichen Raum verknüpft. Durch diese junge Multifunktionalität gewinnen Studien zum ländlichen Raum an Gewicht.

Die im Jahr 2007 gebildete Arbeitsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg setzte sich das Ziel, wesentliche Entwicklungstendenzen der zurückliegenden Jahrzehnte und den aktuellen Strukturwandel zu beschreiben und in Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume zu bewerten. Da die letzten gründlichen Bestandsaufnahmen auf unterer, kommunaler Ebene weit zurückliegen oder nicht publiziert wurden, sollten hier wenige Einzeluntersuchungen vorgelegt werden, die an frühere Vorbilder anknüpfen (Dietze 1955; Becker 1997).

[1] Jüngstes Beispiel ist das Heft „Raumbilder für das Land. Regionen, Orte und Bauten im ländlichen Raum“ der von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegebenen Zeitschrift *Der Bürger im Staat* Jahrgang 61, Heft 1/2, 2011.

Die Aufgabenstellung konzentrierte sich auf zwei Kernbegriffe, den des ländlichen Raumes (oder besser: der ländlichen Räume) und den der Kulturlandschaft. Die Denkrichtungen in der Arbeitsgruppe waren durchaus unterschiedlich und bewirkten intensive, aber meist fruchtbare Diskussionen: Während die raumdifferenzierende Herangehensweise der Geographie auf Beschreibung und Bewertung der strukturellen Veränderungen in der Raumnutzung abhob, betonte die wirtschaftswissenschaftliche Sicht die Auswirkungen steuernder ökonomischer Triebkräfte; die Regionalplanung wiederum die Zukunftsperspektive angesichts zentripetaler Dynamiken bei Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung. Entsprechend liegt auch den einzelnen Beiträgen ein unterschiedliches Verständnis von „Kulturlandschaft“ zugrunde.

Im Ergebnis muss festgestellt werden, dass die gestellte Aufgabe v. a. aus zwei Gründen nicht umfassend bewältigt werden konnte: (1) Ohne eine vorausgehende multidimensionale Raum- und Gemeindetypisierung für Baden-Württemberg war keine repräsentative Auswahl von Testgemeinden zu erzielen. Wären diese aber mit erheblichem Forschungsaufwand identifiziert worden, hätte die Arbeitskraft der Gruppe kaum ausgereicht, eine gleichmäßige Bearbeitung durchzuführen. So wurden die Beispielräume nach der Expertise der Mitwirkenden in der Arbeitsgruppe gewählt. (2) Zudem zeigte sich, dass eine ausreichende wirtschaftswissenschaftliche Expertise für mikroanalytische Untersuchungen fehlte, sodass die ökonomische Komponente unterrepräsentiert bleibt, obwohl sich alle Beteiligten der überragenden Bedeutung der wirtschaftlichen Basis von Gemeinden und Einzelbetrieben bewusst sind. Beide Mängel könnten nur über ein umfassenderes, drittmittelfinanziertes Forschungsprojekt überwunden werden. Andererseits hofft die Arbeitsgruppe, mit den Querschnittsbeiträgen zu Rahmenbedingungen und steuernden Kräften ebenso wie mit den kleinräumigen Beispielstudien einen Beitrag zum besseren Verständnis ländlicher Räume in hoch entwickelten Regionen zu Beginn des 21. Jahrhunderts geleistet zu haben. Man muss dabei bedenken, dass bei einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte des Landes Baden-Württemberg von 301 Einwohner/km² (die Bevölkerungsdichte der Bundesrepublik Deutschland liegt bei 230 Einwohner/km²) selbst periphere ländliche Räume sich deutlich von dem „ländlichsten Raum“ unterscheiden, den Weiss (2002) für den Osten Mecklenburg-Vorpommerns (Bevölkerungsdichte des Bundeslandes: 72 Einw./km²) beschreibt (vgl. auch Born 2011). Im Überblick konnten insbesondere die Folgen des agrarstrukturellen Wandels für den multifunktionalen ländlichen Raum herausgearbeitet und die Auswirkungen von demographischem Wandel und globalem Klimawandel thematisiert werden. Die Fallstudien führen in die Vielgestaltigkeit ländlicher Räume Baden-Württembergs: Häg-Ehrsberg und Fröhnd stehen für periphere Gemeinden im Gebirgsraum des Schwarzwalds, während Eisenbach (Hochschwarzwald) die große Bedeutung des produzierenden Gewerbes dokumentiert. Endingen-Amoltern und Endingen-Königschaffhausen zeigen im Nebeneinander zweier dörflicher Ortsteile kleinräumig unterschiedliche Entwicklungen am Nordrand des Kaiserstuhls, wo sich die kulturlandschaftliche Prägung durch den Weinbau mit Obst- und Ackerkulturen, aber auch mit touristischen Zielsetzungen verbindet. Das Neckartal nördlich von Heilbronn schließlich steht für den suburbanen Raum, in dem ländliche Kulturlandschaft unter den multiplen Verdrängungsdruck städtischer Nutzungen gerät.

2 Analyseleitende Hypothesen

Die Studie beruht auf einer Reihe von Hypothesen, die aus dem Überblick über die aktuelle Literatur zu ländlichen Räumen in Deutschland, aus Vergleichsarbeiten weiterer Landesarbeitsgemeinschaften der ARL und aus einem Blick auch auf das benachbarte europäische Ausland abgeleitet werden:

1. Eine der grundlegenden Veränderungen des ländlichen Raumes in den zurückliegenden Jahrzehnten besteht darin, dass an die Stelle einer einseitig agrarwirtschaftlichen Ausrichtung eine ausgeprägte Multifunktionalität getreten ist (Wiessner 1999; Henkel 2004; Mose 2005; Born 2011). Die Agrar- und Forstwirtschaft nimmt zwar noch den flächenmäßig größten Teil ländlicher Räume in Anspruch, leistet aber nur noch einen rückläufigen, in Großstadtnähe geringen und selbst in entfernter Peripherie bescheidenen Beitrag zur regionalen wirtschaftlichen Wertschöpfung. Multifunktionalität entsteht nicht nur auf der Mesoebene der Flächennutzung durch den Verstädterungsdruck, sondern auch auf der Mikroebene der bisher landwirtschaftlich orientierten Betriebe, die zunehmend ein außerlandwirtschaftliches Standbein zur Einkommenssicherung haben müssen, z. B. durch die Einrichtung eines Hofladens, eines Heuhotels oder durch den Bau einer Biogasanlage.

2. Multifunktionalität äußert sich auch in der gesellschaftlichen Nachfrage nach ganz unterschiedlichen Potenzialen des ländlichen Raumes. Dies gilt nicht nur für die von städtischen Räumen ausgehende Nachfrage, sondern auch für die Nachfrage einer zunehmend urbanisierten ländlichen Bevölkerung.

3. Unter diesen Potenzialen hat in den zurückliegenden Jahrzehnten nach der Modernisierung der 1960er und 1970er Jahre die traditionelle kulturlandschaftliche Prägung wieder stärkeres Gewicht erfahren. Die Kulturlandschaft gilt als schutzwürdig, identitätsbildend bei der einheimischen Bevölkerung und attraktiv zum Wohnen und für den Tourismus, ohne dass jedoch kulturlandschaftliche Neuerungen ausgeschlossen würden (Gothe 2009; Konold 2009; Hahne 2011). Viele Aktivitäten richten sich zudem darauf aus, ländliche Räume als Archive materialisierter historischer Erfahrung zu verstehen und auch in Wert zu setzen, um einer zu weit gehenden Musealisierung entgegenzuarbeiten.

4. Auf mittlere bis längere Frist können diese Potenziale jedoch nur tragend sein und einem sukzessiven demographischen Verlust des Raumes vorbeugen, wenn mit ihrer nachhaltigen Nutzung auch eine ökonomische Bewertung verbunden ist. Die Verschiebung der dominanten Wertschöpfung von der Agrar- und Forstwirtschaft auf Industrie, Gewerbe, Tourismus, Energieerzeugung und andere Gewerbe ist dabei eine Chance (Köberle 2011), zugleich wächst damit aber auch das Risiko einer zunehmenden Fremdbestimmung.

5. Der Hinweis auf das Risiko einer zunehmenden Fremdbestimmung verdeutlicht, dass die Entwicklung ländlicher Räume trotz aller Anstrengungen zur Förderung endogener Regionalentwicklung entscheidend von außen gesteuert wird. Neben dem Druck, der von großstädtischen Agglomerationen ausgeht, stellen die Agrarpolitik und Regionalförderung der Europäischen Union wesentliche Steuerungsinstrumente bereit. Daraus ergibt sich, dass die kritische Analyse von Entwicklungsprogrammen für den ländlichen Raum und für die Agrarwirtschaft eine besondere Bedeutung besitzt; die entsprechenden Dokumente müssen im Hinblick auf mögliche Auswirkungen auf die Kulturlandschaftsentwicklung berücksichtigt werden (Häger, Kirschke 2007; Weingarten 2008).

6. Ob die globalen Veränderungen, sowohl die Globalisierung als auch die Folgen des globalen Klimawandels, den ländlichen Räumen in Baden-Württemberg zum Vorteil oder zum Nachteil gereichen, ist noch nicht auszumachen. Sicher bewirken diese übergeordneten Steuerungsgrößen eine Dynamisierung von Vorgängen, die kulturlandschaftliche Folgen zeitigen werden (Mimler 2010).

3 Methodologische Folgerungen

Aus den genannten Hypothesen ergeben sich die Operationalisierung und der methodische Zugang, die den Beiträgen in diesem Sammelband zugrunde liegen:

1. Die Veränderungen müssen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen und mehrdimensional im Hinblick auf die Kulturlandschaft, die Dynamik der Wirtschaftsstruktur, den gesellschaftlichen Wandel und die Siedlungsstruktur identifiziert, beschrieben und erklärt werden. Dazu dient ein Analyseschema, das etwa vier Jahrzehnte zurückblickt, Strukturdaten präsentiert sowie Funktionen und Landnutzungen der betrachteten ländlichen Räume genauer unter die Lupe nimmt.
2. Die Analyse und Erklärung der gesellschaftlichen Nachfrage nach den Funktionen der ländlichen Räume erfolgt mit Ansätzen der qualitativen Sozialforschung.
3. Mit der Methodik der angewandten historisch-genetischen Kulturlandschaftsforschung werden die historischen Grundlagen, Triebkräfte des früheren und aktuellen Wandels sowie wesentliche touristische Potenziale erfasst.
4. Die ökonomische Seite kann – anders als bei den Dorfuntersuchungen früherer Jahrzehnte – nicht auf einzelbetrieblicher Basis, sondern nur in einer Querschnittsdarstellung erfolgen.

Für den Aufbau des Sammelbandes ergibt sich eine generelle Zweiteilung:

- In Querschnittsbeiträgen zum generellen Hintergrund eines kulturlandschaftsbezogenen Ansatzes, zum Agrarstrukturwandel in Baden-Württemberg, zur demographischen Entwicklung in Baden-Württemberg und zu möglichen Auswirkungen des Klimawandels wird auf der Makroebene die Situation in Baden-Württemberg umrissen.
- In Fallstudien werden einerseits auf der lokalen Ebene Vergleichsdaten aufbereitet und interpretiert, die für alle Beispielsorte (bzw. Gemeinden) verfügbar sind, andererseits unterschiedliche methodische Zugänge zu Veränderungsprozessen in der ländlichen Kulturlandschaft und die starke regionale Differenzierung Baden-Württembergs abgebildet. Dabei wird jedoch keine Vollständigkeit in der Repräsentation aller Teilräume angestrebt.
- Ausgespart bleibt die Mikroebene; Erhebungen auf Haushalts- bzw. Betriebsebene waren nicht vorgesehen und können daher nicht in die Beschreibung einfließen.

Die Entwicklung von landesweiten Planungsstrategien erfordert eigentlich eine größere Breite für die durch Fallstudien abgesicherten Schlussfolgerungen, da die hier vorgelegten Zwischenergebnisse nicht der tatsächlichen historischen, räumlichen und wirtschaftlichen Vielfalt Baden-Württembergs gerecht werden können.

Literatur

Becker, H. (1997): Dörfer heute: ländliche Lebensverhältnisse im Wandel; 1952, 1972 und 1993/95. = Schriftenreihe der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie 30. Bonn.

Born, K. M. (2011): Ländliche Räume in Deutschland. Differenzierungen, Entwicklungspfade und -brüche. In: Geographische Rundschau 63 (2), 4-10.

Dietze, C. v. (1955): Dorfuntersuchungen: Vorträge und Verhandlungen der Arbeitstagung der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V. Bonn, vom 21.-22. Januar 1955 (1955). = Berichte über Landwirtschaft, N. F., Sonderheft. Hamburg u. Berlin.

Gothe, K. (2009): Thesen zu Identität und Baukultur im ländlichen Raum. In: Malburg-Graf, B. (Hrsg.): Potenziale und aktuelle Problemstellungen ländlicher Räume in Baden-Württemberg. Beiträge des 3. Hochschultages 2008 „Strukturentwicklung ländlicher Räume in Baden-Württemberg". = Stuttgarter geographische Studien 141. Stuttgart, 119-134.

Häger, A.; Kirschke, D. (2007): Politik für den ländlichen Raum. In: Raumforschung und Raumordnung 64 (4), 275-287.

Hahne, U. (2011): Neue Ländlichkeit. Landleben im Wandel. In: Der Bürger im Staat 61 (1/2), 12-18.

Henkel, G. (2004): Der Ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland.

Köberle, R. (2011): Perspektiven für den ländlichen Raum in Baden-Württemberg. In: Der Bürger im Staat 61 (1/2), 19-25.

Konold, W. (2009): Museumslandschaft oder Agrarsteppe? Kulturlandschaft gestern, heute, morgen. In: Malburg-Graf, B. (Hrsg.): Potenziale und aktuelle Problemstellungen ländlicher Räume in Baden-Württemberg. Beiträge des 3. Hochschultages 2008 „Strukturentwicklung ländlicher Räume in Baden-Württemberg". = Stuttgarter geographische Studien 141. Stuttgart, 135-151.

Mimler, S. (2010): Climate Change and Electricity Consumption in Baden-Wuerttemberg. The Effects of Long-Term Temperature Variations and Extreme Hot Weather Events on the Demand of Electricity. = Würzburger Geographische Arbeiten 105. Würzburg.

Mose, I. (2005): Ländliche Räume. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, 573-579.

Weingarten, P. (2008): Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zu einer Gemeinschaftsaufgabe zur Entwicklung ländlicher Räume. Stellungnahme im Rahmen einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages am 9. April 2008. Braunschweig http://edok.ahb.niedersachsen.de/07/561499268.pdf (01.11.2011).

Weiss, W. (2002): Der ländlichste Raum – Regional-demographische Begründung einer Raumkategorie. In: Raumforschung und Raumordnung 60 (3-4), 248-254.

Wiessner, R. (1999): Ländliche Räume in Deutschland. Strukturen und Probleme im Wandel. In: Geographische Rundschau 51 (6), 300-304.

Cornelia Korff, Jörg Stadelbauer

Ländlicher Raum und Kulturlandschaft

Gliederung

1 Einführung: Der ländliche Raum als Objekt von Wissenschaft und Politik

2 Der konventionelle Landschaftsbegriff der Geographie

3 Aktuelle Kulturlandschaftsforschung

3.1 Kulturlandschaft als Objekt aktueller geographischer Analyse

3.2 Kulturlandschaft als Objekt gesellschaftlichen und politischen Handelns

3.3 Kulturlandschaft als Schutzkategorie

3.4 Kulturlandschaft in der räumlichen Planung

4 Landschaft – ein multidimensionaler Begriff zwischen Alltag, Kunst und Wissenschaft

Literatur

1 Einführung: Der ländliche Raum als Objekt von Wissenschaft und Politik

Der ländliche Raum steht unter Druck. Er durchläuft Anpassungsvorgänge, die es der Bevölkerung ermöglichen sollen, Anschluss an die Modernisierung zu halten (Hahne 2011; Weber 2011). Er hat sich mit den Folgen des demographischen Wandels auseinanderzusetzen, die teilräumlich in den kleinen Gemeinden der dünn besiedelten Räume das Erhalten der Infrastruktur problematisch machen. Gleichzeitig besteht aber die Forderung, landschaftliche Besonderheiten zu beachten, um Identität zu schaffen und „Heimat“ zu bieten (Kühne 2009; Pedroli et al. 2007 im europäischen Vergleich). In der Vielfalt der ausgeübten Funktionen gibt es zudem nicht mehr den ländlichen Raum, es gibt ganz unterschiedliche ländliche Räume (Mose 2005; McCarthy 2005; Born 2011). Dies erweist sich als europäische Realität (Schmied, Wilson 2005; Simoncini et al. 2009), gilt aber besonders für Baden-Württemberg (Genosko, Herdzina 1992; Herdzina 1993; Köberle 2011).

Die ländlichen Räume sind zu Multifunktionsräumen geworden. Stand bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts in der Flächennutzung die agrarwirtschaftliche Produktion im Vordergrund, konkurrieren heute der weiterhin bestehende Flächenbedarf der Agrar- und Forstwirtschaft, Standorte für infrastrukturelle Einrichtungen und Rohstoffentnahme, Wohnraumansprüche ländlich und städtisch orientierter Bevölkerung, Auslagerungen von Wirtschaftsaktivitäten bzw. kommunale Interessen zu deren Ansiedlung z. B. in neuen Gewerbeparks, Technologiezentren oder / und auf Industriebrachen, Konversionsflächen usw., Anforderungen an Freizeit- und Tourismusangebote sowie ökologische Zielsetzungen um die Flächen der ländlichen Räume (Henkel 2004; Borchard 2007). Und die Agrarwirtschaft selbst dient nicht mehr ausschließlich der Ernährungssicherung, sondern hat weitere Aufgaben bis hin zur Energieversorgung übernommen. Diese Raumansprüche werden teilweise von außen erhoben, entstehen teilweise aber

auch aus angestammten Betrieben in der jeweiligen ländlichen Raumschaft. Zugleich sind teilräumlich ländliche Räume, insbesondere die kleineren Gemeinden in dünn besiedelten strukturschwachen Gebieten, wenigstens teilweise auch weiterhin Entleerungsräume: Dem Rückgang der Bevölkerungszahlen und v.a. der Geburten folgen Verluste in der Infrastruktur, was die Verkehrsanbindung, den Einzelhandel oder soziale Dienste betrifft (Benzel 2006; Kocks 2007; Beivers, Spangenberg 2008).

Mit der Verstärkung der Multifunktionalität ging ein Wandel der ländlichen Kulturlandschaft einher. Die kulturlandschaftliche Entwicklung ländlicher und suburbaner Räume ist zu einer Aufgabe geworden, die die Wissenschaft ebenso wie die Anwendung in der räumlichen Planung herausfordert (Fürst, Löb 2005; BBR 2007; Gailing et al. 2008; ARL 2008, 2009). Die Kulturlandschaftsforschung, die meist historisch-genetisch arbeitet (Schenk 2002, 2006, 2009), ist bisher weitgehend auf den ländlichen Raum fixiert, sollte sich aber auch anderen Feldern öffnen (Soyez 2003). In der ländlichen Kulturlandschaft jedoch wird zunehmend ein eigenständiger Wert gesehen, den zu erhalten die räumliche Planung als eine ihrer Aufgaben begreift (Schöbel 2011). Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen lohnt es sich, einführend dem Landschaftsbegriff nachzugehen.

2 Der konventionelle Landschaftsbegriff der Geographie

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war „Landschaft“ ein Leitbegriff für die geographische Wissenschaft. Landschaft wurde als Integration der Geofaktoren verstanden, die die Teildisziplinen der Allgemeinen Geographie bestimmten (Bobek 1957; Bobek, Schmithüsen 1949). Der wissenschaftshistorische Diskurs soll an dieser Stelle nicht aufgegriffen werden (vgl. Schenk 2006; Stadelbauer 2008), aber einige Vertreter dieser Landschaftslehre seien genannt, um die Entwicklung des Gedankengangs zu verdeutlichen. Nachdem Siegfried Passarge eine Landschaftslehre begründet hatte, die v.a. auf regionalisierende Geomorphologie unter unterschiedlichen Klima- und Gesteinsbedingungen hinauslief,[1] und nachdem Ewald Banse einen fast esoterischen, de facto geodeterministischen Zugang („Landschaft und Seele“) gewählt hatte, konzentrierte sich die Forschung auf die Frage, ob „Landschaft“ einen Raumtyp oder ein räumliches Individuum benennt (Granö 1935; Lautensach 1953). Hermann Lautensach (1952) steuerte die Lehre vom geographischen Formenwandel bei, der die Überlagerung breitenparalleler, zentral-peripherer, west-östlicher und hypsographischer Differenzierungen im Kontinuum räumlicher, insbesondere klimatischer Gegebenheiten sah und daraus einmalige, aber eben als Typen mit spezifischen Merkmalskombinationen charakterisierte Raumeinheiten ableitete.

In der Mitte des 20. Jahrhunderts sah Wolfgang Hartke in landschaftlichen Elementen v.a. des ländlichen Raums den manifesten Ausdruck gesellschaftlicher Prozesse, wie bei Untersuchungen zur Sozialbrache besonders deutlich wurde (Hartke 1956). Die sichtbare Landschaft wurde zum Träger von Indikatoren, die Informationen zu sozialen Vorgängen enthielten. Die sich aus diesem Ansatz entwickelnde Münchner Schule der Sozialgeographie wurde zu einem deutschen Sonderweg, der sich gegenüber internationalen Hauptströmungen wie dem kritischen Rationalismus, dem Behaviorismus und der Handlungsorientierung nicht dauerhaft durchsetzen konnte.

[1] Passarge (1922); vgl. als Überblick zur älteren Entwicklung des geographischen Landschaftsbegriffs Schmithüsen (1964, 1976).

Der Kieler Geographentag 1969 leitete – zeitgleich mit der ersten extraterrestrischen Landschaftserfahrung eines Menschen auf dem Mond – einen Paradigmenwechsel ein.[2] Wegweisend für die Abkehr von der Landschaftsforschung wurden die Habilitationsschriften von Dietrich Bartels (1968) und Gerhard Hard (1970), die die begriffliche Isolation durchbrachen und deutlich machten, wie weit gestreut der Landschaftsbegriff ist, sodass die Geographie keinen Alleinvertretungsanspruch erheben kann. Damit entstand eine Brücke vom nüchternen wissenschaftlichen zum emotional aufgeladenen, aber entwissenschaftlichten Landschaftsbegriff.

Allerdings wurde „die Landschaft“ von den Geographen nicht völlig aufgegeben, in anderen disziplinären Kontexten wie der Landespflege blieb der Begriff sogar unverändert zentral (Barthelmess 1988). Seit den 1980er Jahren lebte mit der zunehmenden Umweltorientierung der Geographie die naturwissenschaftlich orientierte Landschaftsökologie, wenig später die mit einem Schutzdenken verbundene historisch-genetische Kulturlandschaftsforschung auf. Die begriffliche Verknüpfung beider Richtungen verdeutlicht die Scharnierfunktion, die dem Landschaftsbegriff innewohnt.

Die Landschaftsökologie (Leser 1997, 1999) sei hier übergangen, aber die historisch-genetische Kulturlandschaftsforschung muss genannt werden. Sie orientiert sich als eine aus Archäologie, Geschichte und Geographie hervorgegangene Forschungsrichtung auch an berufspraktischen Erfordernissen, die eng mit (Boden-)Denkmalschutz, Naturschutz und daraus abgeleitetem Kulturlandschaftsschutz zusammenhängen. Die gewachsene Kulturlandschaft wird zur Quellengattung für die historische Raumanalyse, die Landschaft zum Text, der wie ein Palimpsest gelesen werden kann. Erste Bestandsaufnahmen (Gunzelmann 1987; von der Driesch 1988; Denzer 1996) führten weiter zum Gedanken der Kulturlandschaftserhaltung und entwickelten die historisch-genetische zur angewandten Forschung, die mit Geographischen Informationssystemen auch moderne Arbeits- und Visualisierungstechniken aufgriff (Wagner 1999; Bender et al. 2005; Schumacher 2006; Bender 2007).

3 Aktuelle Kulturlandschaftsforschung

Die heutige Kulturlandschaftsforschung führt diese begriffliche Entwicklung fort und versteht sich als anwendungsorientierte Wissenschaft, die auf der Basis historisch begründeter Forschung räumliches Erbe erhalten, schützen und nachhaltig nutzen will (Schenk et al. 1997; Burggraaff, Kleefeld 1998; BHU 2010). Neben der Kooperation von Archäologen, Historikern und Geographen ist der Bereich Planung und Raumordnung eine zweite Wurzel. Dort wandte man sich Ende der 1980er Jahre von einer einseitig funktionalistischen Ausrichtung ab und erkannte den bleibenden Wert von Landschaftserhaltung. Die Naturschutzgesetzgebung wurde um den Kulturlandschaftsschutz erweitert (Burggraaff, Kleefeld 2002). Länderspezifische Entwicklungsprogramme machten die Kulturlandschaft zum Gegenstand von Schutzmaßnahmen, und der an der Wende von den 1980er zu den 1990er Jahren auflebende Nachhaltigkeitsdiskurs unterstützte diese Bestrebungen.

Zugleich versteht sich Kulturlandschaftsforschung als sozialwissenschaftliche Forschung, die die Kulturlandschaft als Objekt wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Aushandlungsvorgänge sowie individueller, aber sozial differenzierter Wahrnehmung erkennt (Korff 2005; Kook 2009), die emotionale und ästhetische Wirksamkeit berück-

[2] Eine späte Zusammenschau bietet das Lehrbuch von Schmithüsen (1976), das eine Überwindung der terminologischen Streitigkeiten mit einer künstlichen Terminologie versuchte, die jedoch keine allgemeine Anerkennung fand. Die wichtigsten Texte sind in dem von Paffen (1973) herausgegebenen Sammelband zusammengestellt.

sichtigt (Wagner 1997) und daraus die Vielfalt kulturlandschaftlicher Konstruktionen ableitet, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die räumliche Planung haben (Kühne 2009).

Moderne Ansätze der Historischen Geographie führen mit dem Instrumentarium Geographischer Informationssysteme eine Analyse von Altkarten und anderen Quellen zu Rekonstruktionen von Landschaften in Zeitschnitten zusammen. Wäre es möglich, jegliche Veränderung zu erfassen, könnte ein Film daraus resultieren; tatsächlich müssen i.d.R. wenige Zeitschnitte ausreichen. Ein Beispiel ist die Untersuchung von Kim Schumacher (2006), die die Entwicklung des Rebbaus im Kaiserstuhl mit dieser Methode analysiert und landschaftliche Auswirkungen der Reblandausweitung nachzeichnet.

3.1 Kulturlandschaft als Objekt aktueller geographischer Analyse

Heute wird „Landschaft“ als ein Allerweltsbegriff gesehen, den keine Fachdisziplin ausschließlich für sich beanspruchen kann. „Landschaft“ wird als Begriff für einen Ausschnitt aus der sichtbaren Welt akzeptiert, die sich durch natürliche und soziale Vorgänge ständig neu konstituiert. Mehr und mehr wurde aus der Analyse von Landschaft eine Analyse der Wahrnehmung von Landschaft. Nach Überlegungen der Wahrnehmungspsychologie nimmt jeder Mensch die sichtbare Welt anders wahr, ohne dass es eine „richtige“ Sichtweise gibt. Unterschiedliche Sichtweisen konstituieren sich individuell und sozial (Dix 2002; Korff 2005; Kook 2009). In diesem Sinne ist auch die Kulturlandschaft der geographischen Analyse ein Konstrukt, ein wissenschaftlich, theoretisch und empirisch abgeleitetes Raumstrukturmuster mit einem historisch-geographischen Bedeutungsgehalt. Es umfasst alle Landschaftsstrukturen, die durch anthropogene Überformung und Gestaltung hervorgegangen sind (Korff 2005).

Die Tatsache, dass die Entwicklung des Wissenschaftszweiges von der historisch-genetischen Analyse zum Schutz erhaltenswerter Kulturlandschaften und Landschaftsteile führte (Wagner 1999), hatte zur Folge, dass der Begriff „Kulturlandschaft“ heute meist positiv besetzt ist. Die positive Konnotation wiederum fördert die aktive Ästhetisierung in der Landschaft, denn erhalten soll werden, was schön ist. Dies kann einerseits die Anerkennung ästhetischer Qualitäten und Werte älterer, erhaltenswerter Kulturlandschaften sein, kann aber auch zur Abwertung weniger vielfältig strukturierter, nichtsdestotrotz auch gewachsener traditioneller Landschaften führen, weil sie als weniger ästhetisch empfunden werden. Andererseits trägt die Ästhetisierung zur Konstruktion von mentalen Landschaftsbildern bei, die die räumliche Planung beeinflussen. Designer-Kulturlandschaften begegnen uns heute schon in den Freizeitparks, Stadtlandschaften werden inszeniert. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Retortenlandschaften nach Art des Tropenensembles südlich von Berlin in Krausnick (Brandenburg) werden ebenso an Gewicht gewinnen wie die Musealisierung scheinbar heiler, ländlicher Landschaftsräume in Freilichtmuseen, wo sie unter dem Einfluss der Tourismuswirtschaft ausgestaltet werden. Die ästhetische Diskussion führt dazu, das Nebeneinander von historischen Landschaftsbildern und neuen Landschaftselementen anzuerkennen (Konold 2008; Schöbel 2011).

3.2 Kulturlandschaft als Objekt gesellschaftlichen und politischen Handelns

Geht man dem Begriff „Kulturlandschaft“ etymologisch nach, muss die lateinische Wurzel berücksichtigt werden. Lat. „colere“ bedeutet „pflegen“, „cultura“ meint die aktive Pflege eines Raumes, meist mit dem Ziel der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte oder von wahrnehmbaren Sinneseindrücken. In diesem Sinn greift die Landespflege als Fachdisziplin den Kulturlandschaftsbegriff auf (Konold 1996). Aus Ana-

lyseergebnissen werden Leitbilder künftiger Entwicklung abgeleitet und Empfehlungen für die Umsetzung gegeben. Als Musterbeispiel sei die Rekultivierung in Bergbaufolgelandschaften der Braunkohlegewinnung angeführt; aus Tagebaulandschaften werden in Mitteldeutschland seenreiche Erholungslandschaften gestaltet. Die Differenzierung der kulturlandschaftlichen Nutzung nach ihrer Intensität erlaubt eine Interpretation, die auch die historische Dimension aufgreift (Müller 2005; Hokema 2009). Aus politikwissenschaftlicher Sicht wurde bereits vor drei Jahrzehnten auf die Bedeutung der Landwirtschaft zum Erhalt und zur Gestaltung der Landschaft verwiesen (Mayer-Tasch 1981).

Der Zusammenhang wird deutlich in der deutschen Übersetzung des Buches „The Conquest of Nature, Water, Landscape and the Making of Modern Germany“ des britischen Historikers David Blackbourn, das 2007 unter dem Titel „Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft“ erschien. Anhand mehrerer Beispiele wie der friderizianischen Moorkultivierung, dem Management norddeutscher Küstenlandschaften und der Rektifikation des verwilderten Oberrheins durch Tulla wird gezeigt, in welchem Maß Urbarmachung, Eindeichung und Flusslaufkorrektur im 18. und 19. Jahrhundert Landschaften schufen und den quasinatürlichen Charakter von Feuchtgebieten umgestalteten. Zum andern wird in der Fortführung dieses Ansatzes in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts auch erschreckend deutlich, wie das nationalsozialistische Regime durch vergleichbare Eingriffe in bereits besiedelte Räume und durch einen Austausch von Bevölkerung die Umgestaltung der Landschaft als angewandte Raumforschung – kurz nach Entstehung dieses Wissenschaftszweiges – zum politischen Programm machte. In der Planung entstanden konstruierte Räume, Lebensraumgestaltung war das Ziel. Im Generalplan Ost leitete das NS-Regime eine großräumige Siedlungsplanung in Ostmitteleuropa ein, die theoretischen Modellen der Siedlungsverteilung entsprach. Die neuen Kulturlandschaften sollten nicht mehr eine Fortführung des romantischen Landschaftsbildes sein, sondern eine moderne, funktionale Variante (Fehn 2002).

3.3 Kulturlandschaft als Schutzkategorie

Über die Aufnahme in internationale Konventionen und die sie national umsetzenden Gesetze wurde der Kulturlandschaftsbegriff zur Bezeichnung einer Schutzkategorie gewählt. 1992 ergänzte die UNESCO ihre Konvention zum Welterbe durch die Einbeziehung von Kulturlandschaften (Rössler 2006; UNESCO World Heritage Centre 2003). 2002 wurde die European Landscape Convention verabschiedet, die 2004 in den Unterzeichnerstaaten in Kraft trat. Zu diesem Zeitpunkt hatte die nationale Gesetzgebung Deutschlands (Raumordnungsgesetz in der Fassung von 1998, § 2 Abs. 2 Nr. 13; Bundesnaturschutzgesetz von 2002, § 2, Nr. 13 und 14) schon längst den Kulturlandschaftsschutz aufgegriffen (Burggraaff, Kleefeld 1998, 2002). Die normativen Umsetzungen griffen auf den holistischen Ansatz zurück, der die (Kultur-) Landschaftsforschung immer prägte (Wöbse 1994). Das daraus entwickelte Arbeitsfeld zielt insbesondere auf eine systematische Erfassung, Inventarisierung und Bewertung kulturlandschaftlicher Elemente und Ensembles ab. Auf dieser methodischen Basis gründen Erhaltungs- und Anpassungsmaßnahmen, die in die Regionalentwicklung eingebunden werden (Schenk 2000; Soyez 2003).

Eng mit dem Schutzgedanken verbunden ist die Bewertung von Aufgaben, die Kulturlandschaften, insbesondere ländliche, im ökosystemaren Zusammenhang spielen. Die Erhöhung der Artenvielfalt durch die Kultivierung des Bodens, aber auch andere kulturtechnische Maßnahmen verleihen ländlichen Kulturlandschaften einen Wert, der als Ökosystemleistung gesehen wird. Umgekehrt erfordert die angemessene Beurteilung

von Ökosystemleistungen eine eingehende Analyse der Kulturlandschaft (Burger-Scheidling 2010).

3.4 Kulturlandschaft in der räumlichen Planung

Kulturlandschaft wurde damit zum Objekt einer ganzheitlichen räumlichen Planung. Der Boden als Fläche für die landwirtschaftliche Nutzung, die räumliche Verteilung der Nutzflächen, der Siedlungen und der Verkehrsinfrastruktur, die Bevölkerung, aber auch die jeweilige historische Begründung und die regionale, identitätsstiftende Rolle wurden als Raumzusammenhang verstanden, der durch Planung zu optimieren war (Matthiesen et al. 2006; Schenk 2008; Kühne 2009).

Inzwischen ist die Planungseuphorie verflogen. Landschaftsanalyse und -planung versuchen vielmehr einen Interessenausgleich zwischen unterschiedlichen Raumnutzungen zu erzielen. Sie beziehen externe und interne Steuerungsfaktoren ebenso ein, wie sie Partizipation der Betroffenen fördern. Die Entwicklung von Leitbildern für eine künftige Landschaftsstruktur umfasst die Naturraumanalyse, aber auch die Entwicklung von Szenarien, die unterschiedliche Handlungsoptionen berücksichtigen (Hülemeyer et al. 2008). Darüber hinaus gelten kulturlandschaftliche Phänomene als regionales Entwicklungspotenzial, das Eingang in das Fremdenverkehrsmanagement findet.

In dieser angewandten Forschungs- und Arbeitsrichtung bezeichnet „Kulturlandschaft“ den augenblicklichen Entwicklungsstand konkreter, meist relativ kleiner Räume von gewisser Eigenständigkeit, aber auch mit einem systematisch erfassbaren Grundmuster (pattern). Im Einzelnen umfassen die Aufgaben einer planungsorientierten Kulturlandschaftsforschung eine kleinräumige Detailanalyse, die Klassifikation von Landschaftselementen und -zusammenhängen, eine Inventarisation, die ein breites Quellenbündel einbezieht, gegebenenfalls die Fortentwicklung zu einem Kulturlandschaftskataster, in dem die Veränderungen durch kontinuierliches Monitoring fortgeführt werden und immer wieder die Erarbeitung von Karten zum Kulturlandschaftswandel, die die Veränderungen der Bodenbedeckung (land cover) und der Bodennutzung (land-use) dokumentieren (ausführlicher Überblick bei Schenk 2006 und 2008; im Zusammenhang mit globalen Trends Linke, Lüsse 2008; Job 1999).

4 Landschaft – ein multidimensionaler Begriff zwischen Alltag, Kunst und Wissenschaft

Es zeigt sich, dass der Landschaftsbegriff durch die Diskussionen und Forschungsansätze der zurückliegenden zwei Jahrzehnte zwar diffuser wurde, weil er zu einem Leitbegriff für zahlreiche wissenschaftlich-gesellschaftliche Aufgaben wurde, dass aber auch die Forschung nicht auf ihn verzichten möchte, weil er ein Scharnier zwischen Naturraum und gesellschaftlicher Nutzung darstellt und weil er außer im Naturschutz ein wichtiges Anwendungsfeld im Tourismus findet. Keine Wissenschaft kann heute einen Ausschließlichkeitsanspruch erheben, was den Gebrauch des Begriffs „Landschaft“ betrifft.

In Architektur und Städtebau wird von einem funktionalen und systemaren Holismus ausgegangen, wie es eine Bestandsaufnahme Thüringens verdeutlicht, in der zahlreiche Einzelaspekte von der Tradition der Kulturlandschaft über Schutzgebiete zu räumlicher Entwicklung und Planung, gestalterischem Umgang und der Überlegung „Wohin mit der Kulturlandschaft?“ zusammengefasst sind – allerdings ohne Bezug zur Geographie (Welch Guerra 2010). Wandel erscheint hier als Normalität in der Landschaft.

Eine traditionsorientierte Sichtweise wird aus dem Blickwinkel der Landespflege bei Ewald und Klaus (2009) deutlich, die mit ihrer engagierten Analyse der Schweizer Landschaft Forderungen an die Landespflege, an den Heimatschutz und gewissermaßen an eine Ethik des Landschaftserhalts knüpfen. In früheren Arbeiten hatte Ewald (1978: 126, Abb. 46) die Trivialisierung der Landschaft beklagt, die durch die Maßnahmen einer funktionalistischen Flurneuordnung entstanden war. Andererseits berücksichtigt die Landespflege aber auch, dass sich Kulturlandschaften weiterentwickeln müssen und dass sie immer wieder neue Aufgaben übernehmen (Konold 2009).

Die ästhetische Dimension tritt in vielfacher Form in der Malerei hervor (Eschenburg 1987; Spanier 2008; Schneider 2009 stellvertretend für zahlreiche Veröffentlichungen zur Landschaftsmalerei). Hier reicht das Landschaftsverständnis von der Konstruktion von Ideallandschaften im Spätmittelalter (Altarbilder) über die arkadischen Landschaften des Barock und die v. a. Stadträume darstellende Vedutenmalerei (Stadtbilder von Venedig, Dresden, Pirna u. a.) zur Romantik. Schon vorher war bei der Entdeckung der Hochgebirge die Gewalt der Natur heroisiert worden (Alpenbilder von Josef Anton Koch), und auch der Spätklassizismus kommunizierte pittoreske und heroische Landschaftsbilder. In der Romantik traten Naturgefühl und Religiosität stärker hervor wie bei Caspar David Friedrich, während die Biedermeierzeit eine Wiederentdeckung Italiens brachte und damit an antike Landschaften anknüpfte. Auch Realismus (insbesondere der russische Realismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts) und Impressionismus sind ohne neue Landschaftsästhetiken nicht denkbar.

Aus der emotionalen Wahrnehmung von Landschaftsbildern resultiert, dass Landschaft im Alltag vielfach als positiv geladene Lebenswelt gesehen wird, wobei die Naturnähe wichtig ist und Landschaft – insbesondere im Diskurs der Moderne – als Sehnsucht nach Natur erscheint (vgl. Schultes 2009).

Die folgenden Gegensatzpaare verdeutlichen, wie der Landschaftsbegriff in unterschiedlichen Dimensionen und für ganz verschiedenartige Sachverhalte Dichotomien aufbaut:

	positiv	*negativ*
Emotion	Sehnsucht, Freude	Langeweile
Ästhetik	divers, bunt	monoton
Ethik	Lebensraum erhalten	Lebensraum zerstören
Flurneuordnung	angepasste Flurneuordnung	ausräumende Flurbereinigung
Bebauung	Einbindung in Relief und Tradition	Zersiedlung

Vor diesem begrifflichen Hintergrund soll im Folgenden eine Annäherung an die Vielfalt kulturlandschaftlicher Entwicklungsprozesse in Baden-Württemberg versucht werden.

Literatur

ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2008): Politik für periphere, ländliche Räume: Für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionalentwicklung. = Positionspapier aus der ARL 77. Hannover.

ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2009): Fünf Thesen zur Entwicklung der ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen der ARL und der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung. = Positionspapier aus der ARL 80. Hannover.

Bartels, D. (1968): Zur wissenschaftstheoretischen Grundlegung einer Geographie des Menschen. = Erdkundliches Wissen 19. Wiesbaden.

Barthelmess, A. (1988): Landschaft: Lebensraum des Menschen. Probleme von Landschaftsschutz und Landschaftspflege geschichtlich dargestellt und dokumentiert. Freiburg, München.

BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2007): Kompetenzen und Aufgaben der Raumordnung in der Gestaltung von Kulturlandschaften. = BBR-Online-Publikation 19. Bonn.

Beivers, A.; Spangenberg, M. (2008): Ländliche Krankenhausversorgung im Fokus der Raumordnung. In: Informationen zur Raumentwicklung 34 (1-2), 1-99.

Bender, O. (2007): Analyse der Kulturlandschaftsentwicklung der Nördlichen Fränkischen Alb anhand eines katasterbasierten Geoinformationssystems. = Forschungen zur deutschen Landeskunde 255. Leipzig.

Bender, O.; Böhmer, H.-J.; Jens, D.; Schumacher, K. (2005): Using GIS to analyse long-term cultural landscape change in Southern Germany. In: Landscape and Urban Planning 70, 111-125.

Benzel, L. (2006): Lebensmittelnahversorgung im ländlichen Raum unter geänderten Rahmenbedingungen. Dargestellt am Beispiel von Einzelhandelsbetrieben im Landkreis Reutlingen. = Materialien für Studium und Praxis 20. Diplomarbeit. Techn. Univ. Kaiserslautern.

BHU - Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (2010): Kulturlandschaft in der Anwendung. Ergebnisband zum Symposium am 19. März 2009 im Geographischen Institut der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (2010). Bonn.

Blackbourn, D. (2007): Die Eroberung der Natur: Eine Geschichte der deutschen Landschaft. München.

Bobek, H. (1957): Gedanken über das logische System der Geographie. In: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft Wien 99 (2), 122-157.

Bobek, H.; Schmithüsen, J. (1949): Die Landschaft im logischen System der Geographie. In: Erdkunde (3), 112-120.

Borchard, K. (2007): Quo vadetis ländliche Räume? In: Flächenmanagement und Bodenordnung 69 (1), 1-11.

Born, M. (2011): Ländliche Räume in Deutschland. Differenzierungen, Entwicklungspfade und -brüche. In: Geographische Rundschau 63 (2), 4-10.

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 25. März 2002 (BGBl. I S. 1193), geändert durch Art. 167 der Verordnung v. 25.11.2003 (BGBl. I S. 2304); Neufassung 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. Juli 2011 (BGBl. I S. 1690).

Burger-Scheidling, H. (2010): „Kulturlandschaft“ – Ökosystemleistungen kommunizieren. In: Agrarische Rundschau 6/2010, 26-28.

Burggraaff, P.; Kleefeld, K.-D. (1998): Historische Kulturlandschaft und Kulturlandschaftselemente. = Angewandte Landschaftsökologie 20. Bonn-Bad Godesberg.

Burggraaff, P.; Kleefeld, K.-D. (2002): Der Kulturlandschaftsbegriff in Gesetzen und Konventionen – ein Praxisbericht. In: Petermanns Geographische Mitteilungen 146 (6), 16-25.

Council of Europe (ed.) (2000): European Landscape Convention (ETS no. 176) http://conventions.coe.int/Treaty/en/Treaties/Html/176.htm (29.09.2011).

Denzer, V. (1996): Relikte und persistente Elemente einer ländlich geprägten Kulturlandschaft mit Vorschlägen zur Erhaltung und methodisch-didaktischen Aufbereitung am Beispiel von Waldhufensiedlungen im Südwest-Spessart. = Mainzer Geographische Studien 43. Mainz.

Dix, A. (2002): Das Mittelrheintal – Wahrnehmung und Veränderung einer symbolischen Landschaft des 19. Jahrhunderts. In: Petermanns Geographische Mitteilungen 146 (2), 44-53.

Eschenburg, B. (1987): Landschaft in der deutschen Malerei: Vom späten Mittelalter bis heute. München.

Ewald, K. C. (1978): Der Landschaftswandel: Zur Veränderung schweizerischer Kulturlandschaften im 20. Jahrhundert. In: Tätigkeitsbericht der Naturforschenden Gesellschaft Baselland 30, 55-308.

Ewald, K. C.; Klaus, G. (2009): Die ausgewechselte Landschaft. Vom Umgang der Schweiz mit ihrer wichtigsten natürlichen Ressource. Bern.

Fehn, K. (2002): „Germanisch-deutsche Kulturlandschaft“ – Historische Geographie und NS-Forschung. In: Petermanns Geographische Mitteilungen 146 (6), 64-69.

Fürst, D.; Löb, S. (2005): Kulturlandschaft als Instrument der Regionalentwicklung? In: Neues Archiv für Niedersachsen 1/2005, 61-69.

Gailing, L.; Kühn, M.; Vetter, A. (2008): Kulturlandschaftsgestaltung und Raumordnung. In: Informationen zur Raumentwicklung (1-2), 6-270.

Gailing, L.; Röhring, A. (2008): Kulturlandschaften als Handlungsräume der Regionalentwicklung. Implikationen des neuen Leitbildes zur Kulturlandschaftsgestaltung. In: RaumPlanung (136), 5-10. http://www.irs-net.de/download/GailingRoehringKulturlandschaft.pdf (29.09.2011).

Genosko, J.; Herdzina, K. (1992): Abgrenzung und Differenzierung des ländlichen Raumes in Baden-Württemberg. In: Raumforschung und Raumordnung 50 (1-2), 59-66.

Granö, J. G. (1935): Das harmonische Landschaftsbild. In: Petermanns Geographische Mitteilungen 81, 295-301.

Gunzelmann, Th. (1987): Die Erhaltung der historischen Kulturlandschaft. Angewandte Historische Geographie des ländlichen Raumes mit Beispielen aus Franken. = Bamberger Wirtschaftsgeographische Studien 4. Bamberg.

Hahne, U. (2011): Neue Ländlichkeit? Landleben im Wandel. In: Der Bürger im Staat 61 (1/2), 12-18.

Hard, G. (1970): Die „Landschaft“ der Sprache und die „Landschaft“ der Geographen. = Colloquium Geographicum 11. Bonn.

Hartke, W. (1956): Die „Sozialbrache“ als Phänomen der geographischen Differenzierung der Landschaft. In: Erdkunde 10 (4), 257-269.

Henkel, G. (2004): Der Ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland. Stuttgart, Leipzig.

Herdzina, K. (1993): Regionale Disparitäten, ländliche Räume und Ansatzpunkte einer integrierten Regionalpolitik. Überlegungen zu einer wissenschaftlichen Forschungskonzeption. = Europäischer Forschungsschwerpunkt Ländlicher Raum. Diskussionsbeiträge 1/1993. Stuttgart.

Hokema, D. (2009): Die Landschaft der Regionalentwicklung: Wie flexibel ist der Landschaftsbegriff? In: Raumforschung und Raumordnung 67 (3), 239-249.

Hülemeyer, K.; Weis, M.; Glawion, R. (2008): Entwicklung, Modellierung und Bewertung von Szenarien als Beitrag zur Ableitung von Landschaftsleitbildern für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. In: Erdmann, K.-H.; Löffler, J.; Roscher, S. (Hrsg.): Naturschutz im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung – Ansätze, Konzepte, Strategien. = Naturschutz und Biologische Vielfalt 67, 177-218.

Job, H. (1999): Der Wandel der historischen Kulturlandschaft und sein Stellenwert in der Raumordnung. = Forschungen zur deutschen Landeskunde 248. Flensburg.

Kocks, M. (2007): Konsequenzen des demographischen Wandels für die Infrastruktur im ländlichen Raum. In: Geographische Rundschau 59 (2), 24-31.

Köberle, R. (2011): Perspektiven für den ländlichen Raum in Baden-Württemberg. In: Der Bürger im Staat 61 (1/2), 19-25.

Konold, W. (Hrsg.) (1996): Naturlandschaft Kulturlandschaft. Die Veränderung der Landschaften nach der Urbarmachung durch den Menschen. Landsberg a. L.

Konold, W. (2008): Neue Kulturlandschaften – Konflikt mit der Tradition. In: Schindler, R.; Stadelbauer, J.; Konold, W. (Hrsg.): Points of View. Landschaft verstehen – Geographie und Ästhetik, Energie und Technik. Freiburg, 159-169.

Konold, W. (2009): Museumslandschaft oder Agrarsteppe? Kulturlandschaft gestern, heute, morgen. In: Malburg-Graf, B. (Hrsg.): Potenziale und aktuelle Problemstellungen ländlicher Räume in Baden-Württemberg. Beiträge des 3. Hochschultages 2008 „Strukturentwicklung ländlicher Räume in Baden-Württemberg“. = Stuttgarter geographische Studien 141. Stuttgart, 135-151.

Kook, K. (2009): Landschaft als soziale Konstruktion – Raumwahrnehmung und Imagination am Kaiserstuhl. Diss. Fakultät für Forst- und Umweltwissenschaften. Freiburg i. Br.

Korff, C. (2005): Mit den Augen des Urlaubsgastes. Studien zur Natur- und Kulturlandschaftswahrnehmung am Beispiel regionskundlicher Themenpfade. = Forum IfL 4. Diss. Freiburg i. Br. 2003. Leipzig.

Kühne, O. (2009): Grundzüge einer konstruktivistischen Landschaftstheorie und ihre Konsequenzen für die räumliche Planung. In: Raumforschung und Raumordnung 67 (5), 395-404.

Lautensach, H. (1952): Der Geographische Formenwandel. Studien zur Landschaftssystematik. = Colloquium Geographicum 3. Bonn.

Lautensach, H. (1953): Über die Begriffe Typus und Individuum in der geographischen Forschung. = Münchener Geographische Hefte 3. Kallmünz.

Leser, H. (1997): Landschaftsökologie. Ansatz, Modelle, Methodik, Anwendung. Stuttgart.

Leser, H. (1999): Das landschaftsökologische Konzept als interdisziplinärer Ansatz – Überlegungen zum Standort der Landschaftsökologie. In: Mannsfeld, K.; Neumeister, H. (Hrsg.): Ernst Neefs Landschaftslehre heute. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Ergänzungsheft 294, 65-88.

Linke, H.-J.; Lüsse, S. (2008): Kulturlandschaftsentwicklung aufgrund von Nutzungsänderungen und Klimawandel. In: Flächenmanagement und Bodenordnung 70 (5), 32-237.

Matthiesen, U.; Danielzyk, R.; Heiland, St.; Tzschaschel, S. (Hrsg.) (2006): Kulturlandschaften als Herausforderung für die Raumplanung. Verständnisse – Erfahrungen – Perspektiven. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 228. Hannover.

Mayer-Tasch, P. C. (1981): Die Zukunft von Landwirtschaft und Landschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (35-36), 3-15.

McCarthy, J. (2005): Rural geography: multifunctional rural geographies – reactionary or radical? In: Progress in Human Geography 29 (6), 773-782.

Mose, I. (2005): Ländliche Räume. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, 573-579.

Müller, J. (2005): Landschaftselemente aus Menschenhand. Biotope und Strukturen als Ergebnis extensiver Nutzung. München.

Paffen, K. (Hrsg.) (1973): Das Wesen der Landschaft. = Wege der Forschung 309. Darmstadt.

Passarge, S. (1922): Aufgaben und Methoden der vergleichenden Landschaftskunde und ihre Stellung im System der Erdkunde. In: Verhandlungen des 20. Deutschen Geographentages zu Leipzig 1921. Berlin, 175-180.

Pedroli, B.; Doorn, A. van; Blust, G. de; Paracchini, M. L.; Wascher, D.; Bunce, F. (2007): Europe's living landscapes. Essays exploring our identity in the countryside. Zeist.

Raumordnungsgesetz (ROG) vom 18. August 1997 (BGBl. I S. 2081, 2102) i. d. F. der Bekanntmachung vom 25.08.1997 (BGBl. I S. 2102), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585, 2617).

Rössler, M. (2006): Kulturlandschaften aus der Sicht der UNESCO. Kulturlandschaftsdefinition und -schutz in globaler Perspektive. In: Gaese, H.; Sandholz, S.; Böhler, A. (Hrsg.): Denken in Räumen. Nachhaltiges Ressourcenmanagement als Identitätssicherung – Durch Veränderung der Rahmenbedingungen gefährdete Kulturlandschaften und das Problem ihrer Erhaltung. Köln, 1-15.

Schenk, W. (2000): Zum nachhaltigen Umgang mit räumlichen kulturhistorischen Werten in der bundesdeutschen Planung. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 74 (3), 221-235.

Schenk, W. (2002): „Landschaft“ und „Kulturlandschaft“ – „getönte“ Leitbegriffe für aktuelle Konzepte geographischer Forschung und räumlicher Planung. In: Petermanns Geographische Mitteilungen 146 (6), 6-13.

Schenk, W. (2006): Ansätze zur planungsbezogenen Analyse von gewachsenen Kulturlandschaften aus der Sicht der Kulturlandschaftspflege. In: Matthiesen, U.; Danielzyk, R.; Heiland, St.; Tzschaschel, S. (Hrsg.): Kulturlandschaften als Herausforderung für die Raumplanung. Verständnisse – Erfahrungen – Perspektiven. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 228. Hannover, 99-119.

Schenk, W. (2008): Aktuelle Verständnisse von Kulturlandschaft in der deutschen Raumplanung – ein Zwischenbericht. In: Informationen zur Raumentwicklung (5), 271-277.

Schenk, W. (2009): Ländliche Siedlungsräume in Deutschland: Grundzüge ihrer Entwicklung seit dem frühen Mittelalter bis zur gesellschaftlichen und energetischen Wende „um 1800“ sowie nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Denecke, D.; Porada, H. Th. (Hrsg.): Die Erfassung und Darstellung ländlicher Siedlungsräume, der Siedlung und Bausubstanz in einer landeskundlichen Bestandsaufnahme. = Forum IfL 12. Leipzig, 9-18.

Schenk, W.; Fehn, K.; Denecke, D. (Hrsg.) (1997): Kulturlandschaftspflege. Beiträge der Geographie zur räumlichen Planung. Stuttgart, Berlin.

Schmied, D.; Wilson, O. (eds.) (2005): The Countryside in the 21st Century: Anglo-German Perspectives. = Bayreuther Geographische Arbeiten 26. Bayreuth.

Schmithüsen, J. (1964): Was ist eine Landschaft? = Erdkundliches Wissen 9. Wiesbaden.

Schmithüsen, J. (1976): Allgemeine Geosynergetik. Grundlagen der Landschaftskunde. = Lehrbuch der Allgemeinen Geographie 12. Berlin.

Schneider, N. (2009): Geschichte der Landschaftsmalerei. Darmstadt.

Schöbel, S. (2011): Landschaftsbilder zwischen Bewahren und neuer Gestalt. In: Der Bürger im Staat 61 (1/2), 50-57.

Schultes, Lothar (Hrsg.) (2009): Sehnsucht Natur: Landschaften Europas . = Kataloge der Oberösterreichischen Landesmuseen, N. S. 87.

Schumacher, K. Ph. (2006): Landschaftswandel im Kaiserstuhl seit 1770 – Analyse und Bilanzierung. = culterra 47. Freiburg i. Br.

Simoncini, R.; De Groot, R.; Pinto Correia, T. (2009): An integrated approach to assess options for multifunctional use of rural areas: special issue “Reginal Environmental Change”. In: Regional Environmental Change (9), 139-141.

Soyez, D. (2003): Kulturlandschaftspflege: Wessen Kultur? Welche Landschaft? Was für eine Pflege? In: Petermanns Geographische Mitteilungen 147 (2), 30-39.

Spanier, H. (2008): Bild oder Wirklichkeit? – Landschaft in der bildenden Kunst. In: Schindler, R.; Stadelbauer, J.; Konold, W. (Hrsg.): Points of View. Landschaft verstehen – Geographie und Ästhetik, Energie und Technik. Freiburg, 55-67.

Stadelbauer, J. (2008): Landschaft – vom geographischen Streitobjekt zum Leitbegriff im Umweltdiskurs. In: Schindler, R.; Stadelbauer, J.; Konold, W. (Hrsg.): Points of View. Landschaft verstehen – Geographie und Ästhetik, Energie und Technik. Freiburg, 9-23.

UNESCO World Heritage Centre (2003): Cultural Landscapes: the Challenges of Conservation. World Heritage 2002. Associated Workshops Ferrara-Italy. = World Heritage Papers 7. Paris.

von der Driesch, U. (1988): Historisch-geographische Inventarisierung von persistenten Kulturlandschaftselementen des ländlichen Raumes als Beitrag zur erhaltenden Planung. Diss. phil. Bonn.

Wagner, J. M. (1997): Zur emotionalen Wirksamkeit der Kulturlandschaft. In: Schenk, W.; Fehn, K.; Denecke, D. (Hrsg.) (1997): Kulturlandschaftspflege. Beiträge der Geographie zur räumlichen Planung. Stuttgart, Berlin.

Wagner, J. M. (1999): Schutz der Kulturlandschaft. Erfassung, Bewertung und Sicherung schutzwürdiger Gebiete und Objekte im Rahmen des Aufgabenbereiches von Naturschutz und Landschaftspflege. = Saarbrücker Geographische Arbeiten 47. Saarbrücken.

Weber, G. (2011): Aktuelle Herausforderungen ländlicher Räume. In: Der Bürger im Staat 61 (1/2), 8-11.

Welch Guerra, M. (Hrsg.) (2010): Kulturlandschaft Thüringen. Verlag der Bauhaus-Universität Weimar. Weimar.

Wöbse, H. H. (1994): Schutz historischer Kulturlandschaften. = Beiträge zur räumlichen Planung 37. Hannover.

Cornelia Korff, Jörg Stadelbauer

Ländliche Räume Baden-Württembergs unter Betonung des Agrarstrukturwandels

Gliederung

1 Einführung: Baden-Württembergs ländliche Räume in der Wissenschaft
2 Ländliche Räume in Baden-Württemberg als Kategorie der Raumordnung
3 Strukturwandel im ländlichen Raum
3.1 Agrarstruktureller Wandel
3.2 Demographischer und sozialer Wandel
3.3 Touristische Entwicklungen
3.4 Strukturwandel beim Gewerbe im ländlichen Raum
4 Von der Dorfsanierung zur Regionalentwicklung
5 Natur- und Landschaftsschutz im ländlichen Raum
6 Fazit
Literatur

1 Einführung: Baden-Württembergs ländliche Räume in der Wissenschaft

Wie anderswo stehen auch in Baden-Württemberg die ländlichen Räume zwischen Traditionsorientierung und Modernisierung. Dies erfordert sowohl hohe Sensibilität bei Analyse und Bewertung als auch bei der Umsetzung von Förder- oder Schutzmaßnahmen Rücksichtnahme auf die zahlreichen Funktionen, die die ländlichen Räume heute wahrnehmen – gerade in Baden-Württemberg mit seiner ausgeprägten landschaftlichen wie siedlungs- und wirtschaftsstrukturellen Vielfalt (Genosko, Herdzina 1992; Herdzina 1993; Köberle 2011).

Nach etwa zwei Jahrzehnten, in denen die ländlichen Räume in der raumwissenschaftlichen Forschung nicht vorrangig behandelt wurden, finden sie nun wieder stärker Beachtung. Wandte man sich in den 1980er Jahren in der raumwissenschaftlichen Forschung verstärkt städtischen Räumen und Erscheinungsformen von Urbanität bis hin zu den europäischen Metropolregionen zu, so besteht heute ein erhöhtes Interesse an ländlichen Räumen (Malburg-Graf 2009). Das Kulturlandschaftsparadigma hat wesentlich dazu beigetragen (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 1998; Dorr et al. 2005; Matthiesen et al. 2006; Regionale Kulturlandschaftsgestaltung 2007). In Baden-Württemberg versuchen regelmäßige Zusammenkünfte von Wissenschaftlern und Praktikern der Notwendigkeit wechselseitiger Information Rechnung zu tragen (Malburg-Graf 2007, 2009; Korff, Stadelbauer 2008). Die Politik erkennt den Eigenwert und die Eigenverantwortlichkeit ländlicher Räume an, sieht sich angesichts des demographischen Wandels unter Handlungszwang, greift identifizierte Problemlagen auf und

fordert vertiefte Forschung (Spiegel 2004; Franzen et al. 2008; ARL 2008; Bundeszentrale für politische Bildung 2009; Köberle 2011).

Der folgende Beitrag möchte die Vielfalt ländlicher Räume in Baden-Württemberg v. a. unter zwei Gesichtspunkten beleuchten. Auf der einen Seite hat wie in allen Teilen Mitteleuropas der massive Agrarstrukturwandel, der von einer Reihe von Förderprogrammen für die ländliche Kulturlandschaft begleitet war, die ländlichen Räume umfassend verändert. Auf der anderen Seite darf bei der bis heute landschaftlich sichtbaren Rolle der Agrarwirtschaft das produzierende Gewerbe nicht übersehen werden. Eine große Zahl kleiner und mittlerer Betriebe, oft in Zulieferverflechtungen vernetzt, stellt Arbeitsplätze bereit, ist wesentlich an der regionalen Bruttowertschöpfung beteiligt und in Globalisierungsprozesse eingebunden. Darüber hinaus bieten die ländlichen Räume Baden-Württembergs wichtige touristische Destinationen.

2 Ländliche Räume in Baden-Württemberg als Kategorie der Raumordnung

Die baden-württembergische Landesentwicklungsplanung unterscheidet zwei Typen ländlicher Räume. Verdichtungsbereiche im ländlichen Raum – Stadt-Umland-Bereiche mit einer erheblichen Siedlungsverdichtung und wie im Fall des Raums Tuttlingen mit bedeutenden Wirtschaftsclustern – werden vom ländlichen Raum im engeren Sinne unterschieden, der über eine unterdurchschnittliche Bevölkerungsdichte und einen hohen Freiraumanteil definiert wird. Zu den Verdichtungsbereichen im ländlichen Raum Baden-Württembergs gehören Villingen-Schwenningen / Rottweil / Tuttlingen, Offenburg / Lahr / Kehl, Albstadt / Balingen / Hechingen, Aalen / Heidenheim / Ellwangen und Schwäbisch-Hall / Crailsheim (Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg 2002 und 2005 mit kartographischer Darstellung). Siedlungswachstum, Suburbanisierung und die gestiegene Wohn-Arbeitsplatzdichte im ländlichen Raum führten dazu, dass sich zwischen den Jahren 1983 und 2002 deutliche Veränderungen ergaben. Im Oberrheingebiet dehnte sich der Verdichtungsraum Freiburg mit seiner Randzone aus, und auch der Verdichtungsraum Lörrach / Weil wuchs etwas. Auf der Baar erweiterte sich der Stadt-Umland-Bereich um Villingen-Schwenningen. Die bisherigen ländlichen Räume mit Siedlungsverdichtung am Bodensee im Raum Konstanz / Radolfzell und Friedrichshafen / Ravensburg wurden im aktuellen Landesentwicklungsplan zu Verdichtungsräumen und Randzonen „hochgestuft“, ebenso das Umland von Ulm. In Ostwürttemberg wurden außerdem im Ostalbkreis und im Gebiet Schwäbisch Hall / Crailsheim Verdichtungsbereiche im ländlichen Raum neu abgegrenzt. Da sich zugleich die Verdichtungsräume im nördlichen Neckargebiet und ihre Randbereiche deutlich vergrößerten, wurde der ländliche Raum im engeren Sinne im Zuge dessen dementsprechend verkleinert. Die folgenden Teilräume gehören heute u. a. in diese Raumkategorie: weite Bereiche des Schwarzwalds, der Nordosten des Landes mit dem Bauland, Teilen der Hohenloher Ebene, dem Taubergrund und den Schwäbischen Waldbergen sowie Schwäbische Alb und Oberschwaben mit dem Allgäu (Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg 2002 u. 2005). In der Flächenbilanz macht der ländliche Raum im engeren Sinne zwar noch 61,2 % der Landesfläche Baden-Württembergs aus, doch lebten dort 2008 nur 26,1 % der Bevölkerung (Schmidt 2010: 12).

Insgesamt ist der ländliche Raum im engeren Sinne in Baden-Württemberg nicht generell ein Raum mit Bevölkerungsrückgang und Strukturschwächen. Nur periphere ländliche Gebiete drohen zu einer Residualkategorie zu werden, die durch geringes Bevölkerungspotenzial und abnehmende Wirtschaftskraft gekennzeichnet ist. Die unterdurchschnittliche Bevölkerungsdichte führt dort dazu, dass wesentliche Infrastrukturen

von Wirtschaft und Staat infrage gestellt werden. Dies betrifft in Baden-Württemberg aber in der Regel nur relativ kleine, abgelegene Teilräume.

Bilanziert man die Bevölkerungsbewegung für das gesamte Bundesland (Meister-Scheufelen, Cornelius 2006), weisen die ländlichen Räume in Baden-Württemberg sogar einen positiven Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und auch überdurchschnittliche Migrationsgewinne auf (zur demographischen Entwicklung vgl. den Beitrag von Dahm in diesem Band). Einige Klein- und Unterzentren zeigen eine stärkere Dynamik im Beschäftigungszuwachs als Mittel- und Oberzentren, allerdings mit regionalen Unterschieden. So erfuhren Oberschwaben und Teile der Hohenloher Ebene ebenso wie einige Gemeinden im südlichen Schwarzwald zwischen den Jahren 1994 und 2003 erhebliche Bevölkerungsgewinne, die sich keineswegs nur auf die Städte oder deren unmittelbares Umland konzentrierten. Es gibt jedoch auch Gegenbeispiele: In der Region „Schwarzwald – Baar – Heuberg“ weisen etliche Gemeinden am östlichen Rand des Schwarzwalds Bevölkerungsverluste auf.

Inzwischen deutet sich ein weiterer Prozess an: Die bisher für das Ausufern der Verdichtungsräume und ihrer Randzonen in den ländlichen Raum verantwortliche Suburbanisierung verliert an Bedeutung. Ob eine generelle Trendwende erfolgt oder in einiger Zeit ein neuer Suburbanisierungsschub folgt, ist jedoch noch nicht absehbar.

3 Strukturwandel im ländlichen Raum

Die ländlichen Räume in Deutschland, aber auch in Baden-Württemberg haben in den letzten vier bis sechs Jahrzehnten auf verschiedenen Ebenen einen strukturellen Wandel durchlaufen. Dieser führt regional und lokal unterschiedlich zu einer Weiterentwicklung, radikalen Umgestaltung oder Erhaltung der gewachsenen Kulturlandschaften. Diese waren allerdings niemals statisch, sondern veränderten sich schon in der Vergangenheit und erlebten auch Entwicklungsbrüche. Die steuernden endogenen und exogenen Faktoren und Prozesse des strukturellen Wandels und des damit einhergehenden Kulturlandschaftswandels sollen im Folgenden kurz aufgezeigt werden, wobei der Schwerpunkt auf der Darstellung des Einflusses des agrarstrukturellen Wandels auf die südwestdeutschen Kulturlandschaften liegt.

3.1 Agrarstruktureller Wandel

In den zurückliegenden fünf Jahrzehnten führten die Einbindung in die europäische Agrarpolitik, die Öffnung der Agrarmärkte, die verstärkte Marktorientierung der Produktion, die technische Rationalisierung und eine verbesserte Verkehrserschließung einen tief greifenden und anhaltenden strukturellen Wandel in der Landwirtschaft herbei. Infolge dieser Veränderungen lässt sich der ländliche Raum nicht mehr ausschließlich über die Agrarwirtschaft definieren, zumal die Landwirtschaft selbst zunehmend multifunktional ausgerichtet ist. Seit 1979 ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg von 131.800 auf 44.512[1] (2010; Schaber 2011) zurück. In den 1970er und 1980er Jahren war insbesondere die Zahl der Haupterwerbsbetriebe rückläufig, weil der vollständige Ausstieg aus der Landwirtschaft häufig zunächst über die Umwandlung zum Nebenerwerbsbetrieb erfolgte. Entsprechend schrumpfte in den 1990er Jahren v. a. die Gruppe der Nebenerwerbsbetriebe (Hartmann 2008). Während die Zahl der Betriebe mit weniger als 30 ha seit langem rückläufig ist, ließen Flächenkauf und Pacht die Gruppe der Betriebe zwischen 30 und 40 ha noch bis in die 1990er

[1] Die tatsächliche Zahl der Betriebe ist höher, weil bei der Landwirtschaftszählung von 2010 die Erfassungsbasis der Betriebe von 2 ha auf 5 ha heraufgesetzt wurde. Das heißt, dass der tatsächliche Rückgang etwas geringer ausfällt, weil einige Betriebe lediglich statistisch nicht mehr erfasst werden.

Jahre hinein anwachsen. Mittlerweile liegt die Wachstumsschwelle bei 75 ha (Arndt 2006). Betrug die durchschnittliche Betriebsgröße vor wenigen Jahren noch 25,2 ha, so ist sie 2010 auf 31,7 ha angestiegen (Arndt 2006; Statistisches Landesamt 2008c; Schaber 2011). Die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen fiel von 885.200 Familienarbeitskräften im Jahr 1960 auf 118.000 im Jahr 2007. Gleichzeitig stieg in Gebieten mit Sonderkulturen die Zahl gering entlohnter Saisonarbeitskräfte an – allein zwischen den Jahren 1999 und 2007 wuchs die Zahl der Fremdarbeitskräfte (einschließlich der Saisonarbeitskräfte) von 88.000 auf 119.500 (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2008a, b). Seit Jahren schrumpft die Landwirtschaftsfläche zugunsten von Siedlungs- und Verkehrsflächen, ebenso nimmt sie durch Aufforstungsmaßnahmen, spontane Verbuschung und Wiederbewaldung ab. Zwischen den Jahren 1980 und 2009 ging sie um 173.000 ha zurück (Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz 2010a).

Die Veränderungen in der Landwirtschaft bewegen sich zwischen Intensivierung und Produktionssteigerung einerseits sowie Extensivierung andererseits. Sie erfolgten mit deutlicher regionaler Differenzierung, weil Baden-Württemberg mit begünstigten Ackerbaustandorten (Oberrheinisches Tiefland, Kraichgau, Filder, Gäulandschaften) und Sonderkulturstandorten (Oberrheinisches Tiefland, Bodenseeraum), mit reinen Grünlandstandorten (Mittelgebirge, Allgäu), Regionen mit überwiegender Rinderhaltung und Grünlandwirtschaft (Oberschwaben) sowie mit regionalen Konzentrationen der Veredelung (Hohenlohe) sehr unterschiedliche Agrargebiete aufweist.

Die Folgen waren unterschiedliche kulturlandschaftliche Veränderungen. Gebiete mit Produktionsintensivierung unterlagen einer strukturellen Verarmung, indem produktionslose oder hinderliche traditionelle Landschaftselemente wie Hecken und Feldgehölze, Raine, Wege usw. der Rationalisierung und dem zunehmenden Maschineneinsatz zum Opfer fielen (Ewald 1996; Hampicke 1996). Leistungssteigerungen und Zuchterfolge in der Viehwirtschaft zogen eine Konzentration auf wenige Nutztierrassen nach sich. Die von aufgebenden Höfen freigesetzte Fläche verblieb i.d.R. dort in der landwirtschaftlichen Nutzung, wo genügend Betriebe durch Zupacht ihre Zukunft zu sichern versuchten. Allerdings konzentrierte sich die landwirtschaftliche Nutzung i.d.R. nur auf gut zu bewirtschaftende und ertragreiche Standorte. Im Bodennutzungsmuster machten sich die betrieblichen Spezialisierungen bemerkbar (s.u.). Wo in benachteiligten Gebieten die landwirtschaftliche Nutzung extensiviert wurde, drohten und drohen Grenzertragsflächen zu verbuschen (z.B. Steillagen in Grünlandgebieten, s.u.).

Flurbereinigungs- und Umlegungsverfahren schufen durch die systematische Anlage von Wegenetzen und durch die Beseitigung ungünstiger Gemengelagen kleinster Parzellen in den Realerbteilungsgebieten die Voraussetzungen für eine maschinelle Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen. Aus betrieblichen Gründen (Vergrößerung und Spezialisierung) erfolgten in den 1960er und 1970er Jahren Aussiedlungen aus den relativ engen Dorfkernen. Dabei entstanden reine Zweckbauten, die den geänderten betrieblichen Erfordernissen entsprachen und sich von traditionellen Hausformen lösten. Rebflurbereinigungen in den Lössgebieten des Kaiserstuhls gestalteten das ehemals nur durch Handarbeit überformte kleinstrukturierte Relief zu Großterrassen beträchtlich um. Auch in früher mittel- bis großbetrieblich strukturierten Gebieten wie Oberschwaben oder dem Hofgütergebiet des Schwarzwalds dienen Flurbereinigungen (z.B. Hoferschließung, Forstwegebau) inzwischen der regionalen Verbesserung der Agrarstruktur.

Betriebliche Spezialisierungen und Veränderungen der Anbaustruktur

Spezialisierte Marktfrucht-, Sonderkultur-, Grünland- oder Veredelungsbetriebe lösten die bis in die Nachkriegszeit weitverbreiteten Mischbetriebe ab. Unrentabler Ackerbau wurde in naturräumlich benachteiligten Gebieten zugunsten der Grünlandwirtschaft und Milchviehhaltung aufgegeben („Vergrünlandung"), Grenzertragsstandorte wurden aufgeforstet (vgl. Mohr, Schröder 1997). Das Grünland selbst verlor auf den intensiv genutzten Flächen durch erhöhte Stickstoffeinträge, Sortenwahl, frühe Mähtermine zur Grassilagegewinnung und gestiegene Schnitthäufigkeit seine Artenvielfalt zugunsten von wenigen, aber hochproduktiven Gräsern (für das Allgäu: Konold 1996). In den Gunstlagen, z. B. den Gäulandschaften oder im Oberrheinischen Tiefland, stellten viele Mischbetriebe dagegen die Viehhaltung ein und brachen Grünland zu Ackerflächen um.

Durch die betriebliche Spezialisierung, die technische Rationalisierung, aber auch infolge der konzentrierten Viehhaltung wurde die Vielfalt der Kulturarten auf den Ackerflächen in den letzten Jahrzehnten stark eingeschränkt. Getreide, insbesondere Weizen, war und blieb zwar eine wichtige landwirtschaftliche Leitkultur, aber neue Kulturpflanzen wie Mais und Raps eroberten relativ große Flächenanteile. Insgesamt verlor jedoch das Bodennutzungsmuster durch das Verschwinden anderer Kulturen (z. B. Flachs) an Vielfalt (Hartmann 2010a). Charakteristische Veränderungen des Landschaftsbildes verursachte z. B. in der Oberrheinebene die Ausbreitung des Körnermaisanbaus (Sick 1994). Erst in der letzten Zeit wird dort die einseitige Monokultur Mais infolge der verheerenden Wirkungen des Maiswurzelbohrers durchbrochen. In den besonders betroffenen Gebieten sind Fruchtfolgemaßnahmen zur Eindämmung bereits vorgeschrieben. In Regionen mit Rinderhaltung (z. B. Oberschwaben) ist die Ausweitung des Maisanbaus darauf zurückzuführen, dass das traditionelle Feldfutter (Luzerne, Klee, Futterrübe) durch energiereichen Silomais ersetzt wurde.[2] Mais nimmt landesweit mittlerweile rund 20 % der Ackerfläche ein, regional sogar über 50 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche (Hartmann 2010b). Neben dem Ackerfutterbau ging auch der arbeitsintensive Hackfruchtbau (Kartoffeln) zurück, der nur noch lokal einen überdurchschnittlichen Anteil an der Bodennutzung erreicht, insbesondere um Heilbronn und im nördlichen Breisgau (Hartmann 2010a). Radikal zurückgegangen ist u. a. infolge der EU-Agrarreform von 2003 der Tabakanbau in der Ortenau und im Mannheimer Umland (Betzholz 2010). Bereits seit langem ist die Tabakverarbeitung aus den Dörfern verschwunden.

Im Oberrheinischen Tiefland werden zunehmend Flächen zum Anbau von Feldgemüse, insbesondere von Feingemüse wie Spargel genutzt. Unter dem Konkurrenzdruck süd- und osteuropäischer Produktionsräume ändert sich in den Sonderkulturregionen das Landschaftsbild zusätzlich durch Maßnahmen der Ernteverfrühung: Frühe Sorten (Spargel, Erdbeeren, Kartoffeln) lassen sich nur durch Frostschutzmaßnahmen wie Bodenabdeckung mit Folien und bzw. oder Beregnung anbauen (Korff 2007).

Unter dem Druck, alternative Erwerbsstrategien entwickeln zu müssen, stellen zahlreiche Landwirte auf Energiepflanzen um (z. B. Raps für Biodiesel, Getreide und Mais als Rohstoff für Biogasanlagen, Kurzumtriebspflanzungen zur Pelletherstellung). Ackerflächen dienen also nicht mehr allein der Nahrungsmittel- und Futterproduktion, sondern in großem Umfang auch der Energie- und Rohstoffgewinnung. Der Anbau auf Ackerflächen und damit das räumliche Bodennutzungsgefüge wird einerseits von der Nachfrage und Preisentwicklung auf dem Nahrungsmittelsektor (z. B. Schwankungen

[2] In den letzten Jahren führte die Förderung erneuerbarer Energien dazu, dass die Silomaisflächen mit der Zielsetzung der Energiegewinnung in Biogasanlagen weiter wuchsen (Hartmann 2010b).

der Weltmarktpreise für Getreide) und andererseits von den politischen Förderinstrumenten für erneuerbare Energien bestimmt (Breuer, Müller-Holm 2006; Mohr 2007; Hartmann 2010b). Über eine Erhöhung des Pachtpreisniveaus in ihrem Umfeld wirken sich Biogasanlagen wiederum (nicht nur positiv) auf die Betriebsstrukturen, die Entwicklungsperspektiven und die Bodennutzungen in den Gemeinden und Regionen aus.

Noch bis in die 1950er Jahre waren Streuobstbestände für viele Landesteile Baden-Württembergs charakteristisch. Einzelbäume und kleinere Gruppen waren auf Ackerflächen, Weinbergterrassen wie auf Grünland zu finden. Dörfer waren vielfach von einem Streuobstgürtel umgeben. Als Folge der Produktionsintensivierung im Obstbau, der Flurbereinigungsverfahren und der Ausdehnung von Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsflächen verschwanden viele Streuobstbestände aus dem Landschaftsbild. Teilweise fanden Rodungen statt, um die Flächen einer intensiveren Nutzung zuzuführen. Die verbliebenen Bestände weisen oft das Problem auf, infolge eines schlechten Pflegezustands und Überalterung allmählich zusammenzubrechen (Weller 1996). Der Erwerbsobstbau stützt sich auf intensiv bewirtschaftete Niederstammanlagen. Regionale Initiativen, Modellprojekte und politische Förderungen (u.a. das Agrarumweltprogramm MEKA III, die Landschaftspflegerichtlinie, Investitionen im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung), aber auch Maßnahmen zur Unterstützung der Weiterverarbeitung und Verbesserung der Marktstrukturen sollen helfen, Streuobstwiesen zu erhalten (Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg o.J.). Für den Intensivobstbau wie für die Erhaltung von Streuobstbeständen sind die rechtlichen Bestimmungen des Branntweinmonopols mit den Möglichkeiten der Erhaltung von Kleinbrennereien bedeutsam, denn die Brennrechte helfen Landwirten, Preisschwankungen und die Folgen von Überangeboten abzufangen.

Der Trend zu spezialisierten Großbetrieben ist auch am Obst- und Gemüsebau nicht spurlos vorbeigegangen. Noch sind diese Kulturen wichtige Standbeine bäuerlicher Kleinbetriebe (z.B. in der Oberrheinebene), die ihre Produkte über Großmärkte oder aber auf dem Hof bzw. auf Wochenmärkten direkt an den Endverbraucher absetzen. Doch finden sich im Feldgemüsebau inzwischen auch spezialisierte Großbetriebe, die auf mehreren hundert Hektar Spargel, Erdbeeren und Feldsalat anbauen. Im arbeitsintensiven Anbau wird die Flächenentwicklung maßgeblich durch die Lohnkosten und Zielgebietsentscheidungen osteuropäischer Saisonarbeitskräfte beeinflusst (Würth 2007; Korff 2007).

Ein starker Strukturwandel vollzog sich ebenso im Weinbau. Vielfach werden zwar kleinste Parzellen noch heute im Nebenerwerb bewirtschaftet, aber der Zwang zur Rationalisierung und Flächenaufstockung wirkte sich in den vergangenen Jahrzehnten auch im Weinbau aus. Im Landschaftsbild wurden v.a. Rebumlegungen (s.o.), Neuerungen wie Drahtrahmenerziehung oder die aufgrund der zunehmenden Mechanisierung von Arbeitschritten nötige Vergrößerung der Rebzeilenabstände wirksam. War zunächst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Rebfläche stark ausgedehnt worden, so machten die Reformen der europäischen Marktordnungspolitik mit dem Verbot von Neuanpflanzungen 1984, einem Rodungsprogram 1988 und der 1990 eingeführten Mengenbegrenzung auf jährlich 90 hl/ha der Expansion ein Ende (Steiner 2007).

Konzentrationen in der Nutztierhaltung

Die Nutztierhaltung wird im deutschlandweiten Vergleich durch kleine bis mittlere Bestände charakterisiert, doch nahm in den vergangenen Jahren die Zahl der Tierhalter bei gleichzeitiger Aufstockung ihrer Rinder- und Schweinebestände ab (Seitz 2010; Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz 2010a). Rationalisie-

rung, Leistungssteigerung durch Haltung milchstarker Rassen, Züchtungserfolge und verbesserte Fütterung führten zu folgenschweren Überproduktionen bei Milcherzeugnissen. Seit Einführung der Milchkontingentierung im Jahr 1984 hat der Bestand an Milchkühen (und damit gleichzeitig der gesamte Rinderbestand) abgenommen, weil Betriebe aufgegeben oder auf extensive Mutterkuhhaltung umgestellt haben, aber auch, weil die Leistung der Tiere deutlich stieg. Seit Milchkontingente nicht mehr nur innerhalb der Regierungsbezirke, sondern ab 2007 in überregionalen Übertragungsgebieten handelbar sind, hat sich die Konkurrenz mit den norddeutschen Milchwirtschaftsregionen verschärft, weil Quoten nach Norden abwandern und erweiterungswilligen Landwirten vor Ort nicht mehr zur Verfügung stehen (Doluschitz 2009; Betzholz 2010). Allerdings wird der künftige Strukturwandel die baden-württembergischen Milchwirtschaftsregionen (z. B. Schwarzwald, Oberschwaben, Allgäu, Ostalb) aufgrund der unterschiedlichen Standortbedingungen und Wettbewerbsfähigkeiten unterschiedlich erfassen. Aufgrund struktureller und standörtlicher Benachteiligung könnte der Schwarzwald weiterhin Milchwirtschaftsbetriebe in größerem Umfang verlieren. Hier haben in den letzten Jahren die extensiven Mutterkuhhaltungen zugenommen (Seitz 2010).

Infolge der gesteigerten Milchleistung und der insgesamt verringerten Rinderbestände hat sich bereits ein Grünlandüberschuss in Baden-Württemberg ergeben (im Jahr 2003 waren es 135.000 ha, d. h. 21 % des Grünlandes; Raab, Rösch 2005), der sich z. B. in ausgeprägten Grünlandregionen wie dem Hoch- und Südschwarzwald bereits im Landschaftsbild auswirkt und Offenhaltungsmaßnahmen wie mechanische Entbuschung oder Ziegenhaltung erfordert, weil das offene Landschaftsbild aus touristischen oder natur- und landschaftsschutzfachlichen Gründen erhalten werden soll (Korff, Mohr 2008). Ob und inwieweit Grünland aus der Bewirtschaftung künftig weiter herausfallen wird, hängt von rechtlichen Bestimmungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (z. B. Umbruchverbot von Grünland, Entwicklung der Grünlandprämie, Ausgleichszulagen für benachteiligte Gebiete), den Trends auf dem Bioenergiesektor (Silomais als Futter- oder Energiepflanze), der künftigen regionalen Konzentration der Milchviehhaltung, aber auch von der Zu- oder Abnahme der Pferdehaltung in den verschiedenen Grünlandregionen ab (Raab, Rösch 2005).

Die Konzentration großer Tierbestände auf wenige Halter ist bei den Veredelungsbetrieben am höchsten (z. B. mittlerweile mehr als 200 Schweine pro Betrieb; Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz 2010a), gleichzeitig findet hier eine hohe betriebliche Spezialisierung z. B. auf Ferkelerzeugung oder Mast statt.

Betriebsstruktureller Wandel

Obwohl die Agrarpolitik über Jahrzehnte durch Marktordnungs- und Preispolitik, hohe Importzölle und Exportsubventionen, später durch Direktzahlungen und Ausgleichszulagen bemüht war, die Einkommen der Landwirte zu verbessern, vergrößerten sich die Einkommensdisparitäten zwischen der Landwirtschaft einerseits sowie dem produzierenden Gewerbe und Dienstleistungen andererseits. Während die Betriebskosten beträchtlich wuchsen, sanken die Erlöse. Wo Klein- und Kleinstbetriebe ausschieden, konnten die verbliebenen Betriebe durch Kauf oder Pacht ihre Fläche erweitern. Der Pachtanteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche stieg von 34,4 % im Jahr 1992 auf 61,2 % (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2008a). Schwieriger ist die Situation in Gebieten, in denen keine Flächen frei werden, weil noch zu viele Haupterwerbsbetriebe existieren, die sämtlich auf Zupacht angewiesen sind.

Erzeuger- und Absatzgenossenschaften wurden ins Leben gerufen, um dem Preisdruck vonseiten des Handels und der Nahrungsmittelwirtschaft zu begegnen, in der

Forstwirtschaft entstanden Forstbetriebsgemeinschaften. Der spezialisierte Ackerbau (Zuckerrüben, Kartoffeln, Saatgutvermehrung) wird vom Vertragsanbau bestimmt. Im Getreidebau einschließlich des Körnermaisanbaus erhöhte die Konzentration bei den Saatgutunternehmen die Abhängigkeit von international tätigen Konzernen.

Noch immer wird die überwiegende Zahl der Betriebe in der klassischen Form als Familienbetrieb geführt (im Jahr 2010 waren 40.469 Betriebe in Familienhand; Schaber 2011), doch nehmen Personengesellschaften als Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR) zu (im Jahr 2010 waren es bereits rund ein Zehntel aller Betriebe; Schaber 2011), um auf diese Weise arbeitsorganisatorisch effizienter wirtschaften zu können und Synergien zu nutzen.

Kleine und mittlere Betriebe kennzeichnen unverändert die Betriebsgrößenstruktur (durchschnittlich 31,7 ha landesweit 2010). Regionale Rahmenbedingungen, aber auch betriebliche Faktoren lassen ein betriebswirtschaftliches Wachstum nicht immer zu. Außerdem ist in Baden-Württemberg der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe, die – zum großen Teil als Sonder- und Dauerkulturbetriebe – auf deutlich kleineren Flächen als die Haupterwerbsbetriebe wirtschaften, sehr hoch und durch die Umstrukturierungen der letzten Jahrzehnte nochmals gewachsen (im Jahr 2010 waren es rd. 62 %; Schaber 2011).

Außerlandwirtschaftliche Tätigkeit zur Stabilisierung der Agrarwirtschaft

Als ein derzeit noch stabilisierender Faktor erweist sich die Verfügbarkeit außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze, die es von der Arbeitsorganisation her zulassen, den landwirtschaftlichen Betrieb im Nebenerwerb weiterzuführen. Im mittleren und im Südschwarzwald beispielsweise bieten Industrieunternehmen die Möglichkeit, Industriearbeit im Schichtbetrieb mit der extensiven Mutterkuhhaltung zu vereinbaren. Ebenso lässt sich arbeitsextensiver Maisanbau in der Oberrheinebene im Nebenerwerb durchführen. Selbst arbeitsintensiver Rebbau ist im Nebenerwerb möglich. Das gilt aber nur, solange die Bereitschaft besteht, die hohe Arbeitsbelastung in Kauf zu nehmen. Ob und wie lange nachfolgende Generationen dazu bereit sind, bleibt fraglich.

Reicht das Betriebseinkommen einschließlich der Beihilfen nicht aus, erschließen sich Landwirte neue Erwerbsquellen. Hofbezogene und hoffremde Dienstleistungen (z. B. Urlaub auf dem Bauernhof, Lohnunternehmen oder kommunale Arbeiten), Weiterverarbeitung und Direktvermarktung agrarischer Produkte oder die Gewinnung regenerativer Energien (Biogas-, Holzhackschnitzelanlagen, Windenergieanlagen, Solaranlagen) schaffen zusätzliche Einkünfte. Mit Ferienwohnungen, Betriebsführungen, mit der Vermietung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen, Bauernhofcafés usw. übernehmen Landwirte Aufgaben im Freizeit- und Tourismusbereich. Vor allem ökologisch wirtschaftende Landwirte diversifizieren ihre Betriebe und scheinen damit erfolgreich zu sein, denn die Abnahmerate unter den Biobetrieben ist geringer als in der konventionellen Landwirtschaft (Mohr 1998; Arndt 2004).

Europäische Agrarpolitik und Agrarstrukturwandel

Zwar forderte und förderte die europäische Agrarpolitik den Strukturwandel als grundsätzliches Ziel, um über Mindestgrößen langfristig wettbewerbs- und existenzfähige Betriebe zu schaffen. Dennoch entstanden in den 1970er Jahren spezielle Förderprogramme für benachteiligte Regionen (Schwarzwaldprogramm, Albprogramm), die auch die unter den Mindestgrößen liegenden Betriebe unterstützten, um ein Verschwinden der Landwirtschaft aus diesen Räumen zu verhindern.

Entscheidende Einflüsse auf den Agrarstrukturwandel übten die Marktordnungspolitik und Garantiepreisregelungen der EWG, später EG und EU aus: Sie erst schufen Anreize zur Intensivierung, die die betrieblichen Notwendigkeiten zur Vergrößerung noch weit überstiegen (Hampicke 1996) und führten zu stetig wachsenden Überschüssen. Ab den 1980er Jahren versuchte man letztere zunächst durch Kontingentierungen und Garantiepreissenkungen, ab 1992 durch weiterreichende Reformen einschließlich Extensivierungs- und Flächenstilllegungsprogrammen einzudämmen.[3] Als flankierende Maßnahme wurde 1992 in Baden-Württemberg das Landesprogramm „Marktentlastung und Kulturlandschaftsausgleich“ (MEKA) aufgelegt, das inzwischen modifiziert wurde und als Agrarumweltprogramm in eine dritte Förderphase eintrat. Unter der generellen Zielsetzung der Nachhaltigkeit fördert das Land durch Zahlung eines Ausgleichs für Ertragseinbußen umweltgerechte Bewirtschaftungsformen und eine Marktentlastung durch Verringerung der Produktion. Die Zahlungen sind an Maßnahmen zur Erhaltung und Pflege der agrarischen Kulturlandschaft gebunden. So werden beispielsweise artenreiches, extensives Grünland, Steillagenbewirtschaftung, Streuobstwiesen oder kleinterrassierte Rebhänge ebenso wie regionaltypische Haustierrassen gefördert. In Reaktion auf die Extensivierungsprogramme und MEKA wandten sich viele Landwirte der ökologischen Landwirtschaft zu, denn mit MEKA wurden Betriebe nicht nur während der Umstellungsphase gefördert, sondern dauerhaft. Der Anteil ökologisch wirtschaftender Betriebe ist bis zum Jahr 2005 auf etwa 5% angewachsen (Arndt 2006; vgl. dazu auch Lukhaup 1999).

Wichtigste Ergebnisse der letzten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU sind die Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion, ihre Bindung an die Einhaltung von Standards im Umwelt- und Tierschutz ebenso wie von Standards der Lebens- und Futtermittelsicherheit sowie die gleichzeitige Kürzung dieser für Direktzahlungen vorgesehenen Mittel (BMELV 2005: 13 ff.). Diese Kürzungen der Mittel der sog. I. Säule (Direktzahlungen und Marktmaßnahmen) sollen durch Umschichtung auf die sog. II. Säule (Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung ländlicher Räume, Agrarumweltprogramme) aufgefangen werden. Auswirkungen auf die Produktionsrichtungen und Perspektiven der landwirtschaftlichen Betriebe sind bereits erfolgt und werden in den Marktsegmenten, in denen die Entkoppelungen und Kürzungen erst stufenweise umgesetzt werden, noch eintreten.

Weil bei den langlebigen Reben weniger schnell auf Markttrends reagiert werden kann, werden seit 2001 Anpassungen im Weinbau durch ein Umstrukturierungsprogramm gefördert. Mit diesen Hilfen können die Betriebe auf neue Sorten umstellen und technische Anforderungen wie Rebgassenverbreiterung umsetzen. Zur Eingrenzung der Überschussproduktion gelten im Weinbau seit 1984 eine Mengenbegrenzung auf 90hl/ha und ein genereller Anbaustopp (s. o.). Auf den überwiegend durch kleinbetriebliche Strukturen und Nebenerwerb geprägten Rebbau werden durch verstärkte europäische Konkurrenz flächenstarker Betriebe mit Möglichkeiten des Einsatzes von Vollerntern Veränderungen zukommen, wenn die Reform der EU-Weinmarktordnung durch Rodungsprämien einerseits und die ab 2013 vorgesehene vollständige Freigabe des Rebbaus greift.

Das für 2015 vorgesehene Ende der Milchquotenregelung wirft bereits seine Schatten voraus, indem Milchquoten durch Verkauf innerhalb des Übertragungsbereichs West nach Norddeutschland abwandern, wo der Quotenzukauf seit einiger Zeit dazu benutzt

[3] Um die daraus resultierenden Einkommensverluste abzumildern, wurde das System der Direktzahlungen eingeführt.

wird, die Betriebe bereits jetzt durch Aufstockung des Tierbestands für den künftig freien Markt zu stärken.

Folgen der Kürzung und schließlich endgültigen Abschaffung der Direktzahlungen werden unterschiedlich bewertet. Die Landwirte sehen sich in hohem Maße auf die EU-Direktzahlungen und Ausgleichszulagen angewiesen, die regional mehr als die Hälfte des Betriebseinkommens ausmachen. Demgegenüber verweist der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2010) darauf, dass die Direktzahlungen zunehmend nicht bei den Betrieben einkommenswirksam werden, sondern über die Pachtpreise bei den Verpächtern. Auch nach Wegfallen der Direktzahlungen werden wettbewerbsfähige Betriebe bestehen können (ebd.). Allerdings wird ein weiterer Konzentrationsprozess beginnen.

Agrarstruktureller Wandel und Erhaltung der Kulturlandschaft

Bäuerliche Betriebe erhalten die ländliche Kulturlandschaft und damit das in einigen Regionen für den Tourismus wichtige Landschaftsbild. Diese Funktion rückt mit dem Höfesterben und dem Zuwachsen von Offenland, aber auch mit der Intensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung und der dazu notwendig erscheinenden Ausräumung unproduktiver Flächen und Kleinstrukturen stärker in das gesellschaftliche Bewusstsein. Mit Biotoppflege und Vertragsnaturschutz übernimmt die Landwirtschaft explizit natur- und landschaftspflegerische Aufgaben auf kleinräumig ausgewiesenen Flächen. Mittlerweile erfährt aber auch die betriebliche Kulturlandschaftspflege eine Förderung durch die Agrarumwelt-, durch Strukturverbesserungsprogramme und durch die „Landschaftspflegerichtlinie“ (Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum 2007a) sowie in Naturparks durch unterstützende Projekte beispielsweise zur Vermarktung regionaler Produkte. Für die Übernahme dieser landschaftspflegerischen Leistungen müssen die Ausgleichszulagen für Betriebe in benachteiligten Regionen weiterhin Bestand haben (Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik 2010). Beispielsweise sind insbesondere Schwarzwälder Betriebe auf Ausgleichszulagen und die Honorierung der Erhaltung und Pflege des gesellschaftlichen Gutes Landschaftsbild angewiesen.

Wo eine Offenhaltung der Landschaft wünschenswert oder gar Zielsetzung von Naturparkleitbildern ist, muss z. T. auf Kulturlandschaft erhaltende Maßnahmen im Rahmen des Naturschutzes oder regionaler Initiativen zurückgegriffen werden, weil die landwirtschaftliche Nutzung dies nicht mehr gewährleisten kann. Das ist z. B. in benachteiligten Gebieten wie dem Schwarzwald der Fall. Zur Erhaltung des Grünlandes werden u. a. Ziegen eingesetzt oder die traditionelle Schafhaltung wieder belebt (Schwäbische Alb, Schwarzwald). Auch der Aufschwung der Pferdehaltung im städtischen Umland und in Tourismusgebieten unterstützt die Grünlanderhaltung.

3.2 Demographischer und sozialer Wandel

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten Zuwanderer v. a. in Städten Arbeit und Wohnung gefunden, doch blieb der ländliche Raum nicht ausgespart (Gebhardt 2008: 39 ff.). Eine Abwanderung vom ländlichen Raum führt bis heute Arbeit suchende jüngere Menschen in die Stadt. Dagegen ist die Zuwanderung in den suburbanen Raum fast zum Stillstand gekommen. Ein Geburtenrückgang ist im ländlichen ebenso wie im städtischen Raum zu beobachten; die Überalterung nimmt bei alterspezifischer Abwanderung deutlich zu. Gleichzeitig ist die Bevölkerung des ländlichen Raumes mobiler geworden, Motorisierung, Berufs- und Bildungspendlertum sind üblich (Cornelius 2010; Schmidt 2010; Winkelmann 2011; Brachat-Schwarz 2011).

In der künftigen Entwicklung Baden-Württembergs (vgl. den Beitrag von Dahm in diesem Band) ist mit einer abnehmenden Bevölkerungszahl, einem Rückgang der Zahl von Kindern und Jugendlichen, aber auch mit einer Zunahme der Lebenserwartung zu rechnen. Folgerungen für die Rentabilität infrastruktureller Einrichtungen (Ladengeschäfte, Kindergärten, Schulen, Öffentlicher Personenverkehr) betreffen insbesondere den ländlichen Raum. Lokal werden neue Konzepte entwickelt, um Gemeinschaftseinrichtungen, betreutes Wohnen, Dorfläden oder -wirtschaften mit gemeinschaftlichem Engagement oder auf genossenschaftlicher Basis ins Leben zu rufen oder wieder zu beleben (Mohr 2002; Regionalverband Südlicher Oberrhein 2011).

3.3 Touristische Entwicklungen

Zum Struktur- und Kulturlandschaftswandel ländlicher Räume tragen auch Entwicklungen im Tourismussektor erheblich bei. Auf regionaler Ebene, innerhalb der etablierten Tourismusgebiete, aber auch auf kommunaler Ebene bestehen ausgeprägte Unterschiede hinsichtlich des wirtschaftlichen Stellenwerts von Tourismus und Naherholungsfunktion. Sowohl an den Übernachtungen als auch an der Tourismusintensität gemessen, zählen der Schwarzwald mit rd. 19 Mio. Übernachtungen sowie der Bodenseeraum / Oberschwaben mit rd. 7 Mio. zu den wichtigsten Destinationen innerhalb des Landes (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011 a).

Seit den 1980er Jahren erlebte der Erholungstourismus in den am häufigsten besuchten ländlichen Reisegebieten mit Ausnahme einer kurzen Phase nach der Wiedervereinigung Rückgänge, die teils auf generelle Trends im Reiseverhalten, teils auf Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen zurückgingen (Mohr 1992a; Korff 2008). Erst in jüngster Zeit deutet sich in einigen Gebieten eine Stabilisierung oder leichte Erholung an (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011 a). Vom Tourismus weniger dominierte Reiseziele (Schwäbisch-Fränkische Waldberge, Hohenlohe, Schwäbische Alb) wiesen auch in den 1990er Jahren Wachstum auf (Kössler 2006). Ungebrochen bleibt jedoch der Reiz der großen Städte, der seit Jahren ein anhaltendes Wachstum des Städtetourismus verursacht (Kössler 2006; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011 a).

Neben der klassischen Hotellerie trugen seit den 1960er Jahren Selbstversorgerunterkünfte wie z. B. Ferienhäuser oder Ferienwohnungen zu Ausbau und Verdichtung ländlicher Siedlungen bei. Wo Urlaub auf Bauern-, Winzer- oder Reiterhöfen angeboten wird, verändern Aus- und Umbau von Hofgebäuden das Siedlungsbild. Gleichzeitig halfen diese Spezialisierungen, landwirtschaftliche Betriebe zu erhalten. Im Schwarzwald, Allgäu, Bodenseegebiet und in Oberschwaben, aber auch auf der bis dahin touristisch wenig erschlossenen Schwäbischen Alb entstanden in den 1960er und 1970er Jahren Feriendörfer als geschlossene Anlagen abseits der gewachsenen Siedlungen. Auch die Infrastruktur für Tourismus und Freizeitgestaltung erfuhr einen Ausbau und durch veränderte Reisetrends, steigende Ansprüche der Gäste und das Aufkommen neuer Sportarten ständig Erweiterungen und Modernisierungen. Daher stellt sich die Versorgungs- und Freizeitinfrastruktur in den touristischen Zentren im ländlichen Raum überdurchschnittlich gut dar (Korff 2008).

Auf die zunehmende Erlebnisorientierung reagieren die Anbieter mit Inszenierungen und multifunktionalen Erlebnis- und Konsumwelten. Neu geschaffen werden z. B. Erlebnisbadelandschaften (z. B. jüngst bei Titisee-Neustadt im Hochschwarzwald), oder es werden Thermalbäder zu solchen umgebaut. Typische Infrastrukturleistungen der ersten Nachkriegsjahrzehnte werden dagegen aufgegeben, weil sie nicht mehr attraktiv erscheinen. Ein ebenfalls relativ neues Element der ländlichen Kulturlandschaft mit z. T. kräftiger Ausstrahlung auf die Wirtschafts-, Verkehrs- und Siedlungsstrukturen sind

Freizeit- und Themenparks. Aufgrund seiner raschen Ausdehnung und Entwicklung vom klassischen Freizeitpark zum Themenerlebnispark und mit Ausweitung des Geschäftsbereiches auf Beherbergung und Gastronomie hat der Europapark in Rust mit seinem überregionalen Einzugsgebiet weitreichende Auswirkungen auf die Standortgemeinde und die umliegenden Orte (Fichtner, Michna 2005).

Ländliche Kulturlandschaft ist dagegen in den Naturparks ein wesentliches Fundament des Tourismus und wird über verschiedene Projekte thematisiert und didaktisch aufbereitet Urlaubsgästen vermittelt. [4] Für die Oberflächenformung, aber auch für die Kulturlandschaftsentwicklung bedeutende geologische Strukturen und geomorphologische Prozesse werden in Geoparken (Schwäbische Alb, Teilgebiete des Geoparks Odenwald-Bergstraße und des Geoparks Ries) zur Geltung gebracht und erlebbar gemacht (Megerle 2006).

Ungeachtet der wechselhaft verlaufenden letzten Jahrzehnte ist Tourismus in strukturschwachen Räumen durchaus eine wesentliche Antriebskraft zur Belebung der regionalen Wertschöpfung und zur Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze. Um auch in Zukunft vom Tourismus zu profitieren, können kleinere Gemeinden heute kaum noch eigenständig den Markt bewerben, sondern müssen in Kooperationen auftreten. Ein Beispiel bietet die Hochschwarzwald Tourismus GmbH, an der elf Gemeinden mit zusammen 70 %, ferner drei Vereine der örtlichen Unternehmen, der Hotel- und Gaststättenbetriebe sowie der Privatzimmervermieter mit jeweils 10 % beteiligt sind. Als Herausforderung der kommenden Jahre wird sich der demographische Wandel für die Reisegebiete erweisen. In einzelnen Modellregionen, z. B. im Hochschwarzwald, aber auch im Naturpark Nordschwarzwald, wird daran gearbeitet, ein vernetztes Infrastrukturangebot zu schaffen, das die Bedürfnisse älterer Menschen oder von Gästen mit Mobilitätseinschränkungen berücksichtigt (Kaiser, Korff, Stadelbauer 2009).

3.4 Strukturwandel beim Gewerbe im ländlichen Raum

Reiches historisches Erbe

Mittelständische Industriebetriebe sind in Baden-Württemberg nicht auf Verdichtungsräume und -bereiche beschränkt, sondern prägen auch die ländlichen Räume und tragen dort in hohem, weithin sogar überwiegendem Maße zur Wertschöpfung bei. Große ländliche Teilräume des Oberrheinischen Tieflands und ein Gebiet, das sich vom Mittleren Schwarzwald zur Ostalb zieht, werden vom produzierenden Gewerbe mitbestimmt. Gewerbliche Vielfalt prägt viele ländliche Räume Baden-Württembergs ökonomisch weitaus mehr als die Landwirtschaft.

Die Wurzeln dieses Gewerbes sind ganz unterschiedlicher Art (vgl. bis heute grundlegend: Boelcke 1987). Teilweise gehen sie auf seit dem Mittelalter verbreitete Nutzungen wie die typischen Waldgewerbe (Holzverarbeitung, Köhlerei, Glasherstellung) zurück, für die sich Folgeindustrien gefunden haben. Andere Betriebe entwickelten sich aus dörflichem Handwerk; bei wieder anderen wurde die Ansiedlung durch die Verfügbarkeit der Wasserkraft begünstigt oder von den Bedürfnissen einer weitgehend autarken Wirtschaftsweise in Hofsiedlungsgebieten gesteuert. Die durch Realteilung hervorgerufene Nebenerwerbslandwirtschaft, die kaum eine ausreichende Lebensgrundlage gewährte, ließ seit dem 19. Jahrhundert ein Arbeiter-Bauerntum entstehen, das insbesondere in Teilen des Oberrheinischen Tieflands, im Kraichgau, im Neckarbecken und im Albvorland weit verbreitet war.

[4] Rechtsgrundlage sind hierfür das Bundesnaturschutzgesetz von 29. Juli 2009 und § 30 des baden-württembergischen Naturschutzgesetzes vom 13. Dezember 2005.

Fast immer waren es Notsituationen, die die Landbewohner zwangen, zusätzliche Einkommensquellen zu erschließen, Produktionsnischen auszunutzen oder neue Technologien zu suchen. Klingt der Begriff „Tüftlertum“, den man bisweilen den schwäbischen Innovatoren zuschreibt (vgl. Baldenhofer 1989 mit einschlägigen Beispielen), auch etwas hausbacken und unprätentiös, so versteckt sich dahinter doch eine wesentliche Grundlage für zahlreiche hochspezialisierte Produktionen, die weite Verbreitung fanden und noch finden.

Die auf die wachsenden (Groß-)Städte ausgerichteten industriellen Großbetriebe sind dagegen erst ein Ergebnis der Entwicklungen im ausgehenden 19. Jahrhundert, nachdem die Eisenbahn die Infrastruktur für die Modernisierung der Produktion, für die Zulieferung von Rohstoffen und Halbfertigwaren sowie für den Abtransport von Massengütern bereitgestellt hatte (v. Hippel 1992). Eine Verlagerung aus den Kernstädten in die suburbanen Zonen der Verdichtungsräume folgte in den 1950er und 1960er Jahren. Die Zulieferindustrie zur Automobilproduktion, die als führender Industriezweig des Landes zu sehen ist, zeichnet noch heute die weite Verbreitung des produzierenden Gewerbes im ländlichen Raum nach (Boelcke 1987; knapp zusammenfassend Ott 2007).

Die Beschäftigung im produzierenden Gewerbe profitierte vom reichen Angebot an Arbeitskräften, und zwar sowohl in den früheren Realteilungsgebieten, in denen die unter die Erben aufgeteilten Hofstellen schnell so klein wurden, dass Zuerwerb nötig war, als auch in den Gebieten mit Anerbensitte, wo die weichenden Erben aufgefangen werden mussten (z. B. Ostwürttemberg, Oberschwaben). Der Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor erfuhr zwar in den zurückliegenden vier Jahrzehnten insgesamt einen Rückgang; Rationalisierung von Produktionsabläufen, zunehmende Mechanisierung, Auslagerung von Dienstleistungen in eigenständige Unternehmen, die statistisch dem Dienstleistungssektor zugeordnet werden, sind wesentliche Ursachen. Doch ist in den ländlichen Räumen, in denen kleinere Betriebe dominieren, der Beschäftigungsrückgang nicht ganz so groß wie bei den Großbetrieben, bei denen der Automatisierungsgrad wesentlich höher ist. Allerdings kam es im Zusammenhang mit globalem Konkurrenzdruck, Generationswechsel oder technologischem Wandel auch zur vollständigen Aufgabe von Betrieben und Zweigen kommen. Selbst in ländlichen Räumen, deren Wirtschaftsstruktur man zunächst nicht unbedingt mit dem produzierenden Gewerbe verbindet, wie beispielsweise im Schwarzwald, stellten Betriebe des sekundären Sektors vor zwei Jahrzehnten noch die meisten Arbeitsplätze (Mohr 1993). Inzwischen hat sich die Zahl der Gemeinden, in denen der sekundäre Sektor die meisten Arbeitsplätze stellt, in einem Prozess der Ausdifferenzierung verringert, doch in manchen Gemeinden ist die Beschäftigung im produzierenden Gewerbe auch gegen den Trend gewachsen. In anderen Gemeinden nahm hingegen die Beschäftigung im Fremdenverkehr überdurchschnittlich zu, wieder andere entwickelten sich zu Wohn- und Auspendlergemeinden.

Während zahlreiche Betriebe der Uhren- und Textilindustrie oder des Maschinenbaus auf Heimarbeit und handwerklichen Traditionen beruhen und wenigstens regional im 19. Jahrhundert den Schritt zu industriellen Fertigungsmethoden vollzogen, wurden andere erst nach dem Zweiten Weltkrieg angesiedelt. Kleinere Altindustrieregionen wie der südöstliche Mittelschwarzwald, die Baar oder das Große Wiesental im Südschwarzwald unterliegen seit mehreren Jahrzehnten einem Umbruch. De-Industrialisierung und massive Arbeitsplatzverluste führten in den 1970er und 1980er Jahren in zahlreichen Gemeinden zur Abwanderung. Häufig konnten sich jedoch Folgeindustrien und Zulieferbetriebe in den baden-württembergischen Schlüsselindustrien mit Innovation, Spezialisierung und im Rahmen regionaler Netzwerke halten und

positiv entwickeln. Schwierigkeiten treten bei der Umnutzung von Altindustriebrachen auf, weil historische Gebäude saniert, modernisiert oder abgerissen und Altlasten beseitigt werden müssen.

Die globalen Wirtschaftsverflechtungen der Gegenwart stellen neue Herausforderungen: Die Unternehmen müssen ihre Abnehmermärkte ständig neu festigen, müssen sich der ausländischen Konkurrenz wenigstens ebenbürtig erweisen und sind mit ihren Zuliefer- und Abnehmerunternehmen eng verflochten. An ererbten Standorten der Frühindustrialisierung haben sie darüber hinaus oftmals räumliche Probleme bei der Modernisierung der Produktion, bei der baulichen Erweiterung und mit der Anbindung an das Fernverkehrsnetz. Eine große Chance bieten innovative Entwicklungen, hohe Qualitätsstandards, Zusammenarbeit in regionalen Clustern und Liefersicherheit. Eine gut ausgebildete Stammbelegschaft, fortwährende Qualitätskontrollen, eine kontinuierliche Weiterentwicklung auch bewährter Produkte und eine gute infrastrukturelle Anbindung sind wesentliche Rahmenbedingungen, die i.d.R. auch in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs gegeben sind. Zu den unverkennbaren Chancen des Landes gehört das i.d.R. hohe Qualifikationsniveau, das dem sozialen Strukturwandel zur Wissenschaftsgesellschaft entspricht; allerdings besteht in bestimmten Wirtschaftsbereichen auch ein Mangel an gut vorgebildeten Arbeitskräften (Cost 2006).

Einige regionale Schwerpunkte

Bei der Entwicklung des produzierenden Gewerbes in den ländlichen Räumen bildeten sich bei aller Vielfalt mit zunehmender Verkehrsanbindung deutliche regionale Schwerpunkte abseits der Kernstädte und Verdichtungsräume heraus.

Es entsprach den natürlichen Ressourcen, dass sich die Waldmittelgebirge und Bergländer zu Ansatzpunkten der Holzverarbeitung entwickelten. Im mittleren und südöstlichen Schwarzwald im Übergang zur Baar führte die Entwicklung von der heimgewerbliche Holznutzung (Schnitzerei, Schneflerei[5]) zur Uhrenindustrie und – nach zunehmender Konkurrenz durch Billigprodukte – zur Feinmechanik und zur Elektronikindustrie. Zeitweise lag hier ein regionaler Schwerpunkt innovativer Forschung und Entwicklung. Der hohe Anteil von Präzisionsteilen in Uhren ließ hochspezialisierte Zulieferbetriebe entstehen, die allerdings inzwischen mit dem Wegbrechen des größten Teils der Uhrenindustrie aufgeben oder das Produktionsprofil ändern mussten. Das Kinzigtal entwickelte sich zu einer Industriegasse, in der die Metallverarbeitung dominiert. Das Murgtal wurde zeitweise zu einer weiteren Industriegasse mit Holzverarbeitung und Papierherstellung im Mittellauf, Automobilbau am Talausgang in das Oberrheinische Tiefland. Die Papierindustrie entwickelte sich zunächst auf der Basis von Holzschliff als Nebenprodukt der Holzverarbeitung. Dieser Holzrohstoff spielt heute kaum noch eine Rolle, wichtiger ist der Einsatz von Altpapier; die Standorte reduzierten sich auf Gernsbach. Die Holzindustrie des mittleren Schwarzwalds, ergänzt durch Sägewerksanlagen, erfuhr wegen der ungünstigen Verkehrserschließung des Gebirgsraums eine Verlagerung an den Gebirgsrand. Die Uhrenindustrie verlor nach verzögerter Übernahme der Quarztechnologie wesentliche Marktanteile, sodass selbst Großunternehmen (u.a. Kienzle, Mauthe) aufgeben mussten. Der Feinmechanik, die zunächst auf Phonogeräte, Fahrtenschreiber und ähnliche Produkte gesetzt hatte, gelang es dagegen, als Zweig unter kontinuierlicher Anpassung an technische Neuerungen und veränderte Nachfrage mit neuen Produkten (z.B. Ventilatoren, Präzisionsteile für den Maschinenbau) den globalen Anforderungen zu entsprechen (vgl. Mohr 1992b: 159 ff.). Die zunehmende Nutzung rege-

[5] Regionale Bezeichnung für die heimgewerbliche Herstellung von einfachen Holzgegenständen, z.B. Holzlöffel, Holzgefäße, Holzschindeln.

nerativer Energien ließ neue Werke für die Solarindustrie entstehen (z. B. die aus einer Eisengießerei hervorgegangene Gebrüder Schmid GmbH in Freudenstadt).

In einzelnen Tälern des südlichen Schwarzwalds und am Hochrhein war die Textilindustrie auf der Basis eines aus der wirtschaftlichen Not geborenen Textilheimgewerbes entstanden und – wie im Wiesental – durch den Zufluss schweizerischen Kapitals besonders gefördert worden, ehe mit der Konkurrenz von Produkten aus Billiglohnländern ein Rückgang einsetzte, der den Industriezweig nahezu zum Verschwinden brachte (Mohr 1992b: 158; Mohr 1996). Auch die räumlich benachbarte Bürstenindustrie und der daraus erwachsene Maschinenbau in Todtnau und Umgebung basiert auf früherem Heimgewerbe.

Im Vorland der Schwäbischen Alb begünstigte das an Karstquellen austretende Wasser, das in den Siedlungen auf der Alb weitgehend fehlte, die Entstehung und Entwicklung einer Textilproduktion. Sie konzentrierte sich zunächst auf die Verarbeitung von Schafwolle und Leinen, übernahm dann die Neuerung der Baumwollspinnerei und -weberei und führte zu einem spezialisierten Industriezweig. Seine Betriebe konnten sich wenigstens teilweise selbst nach Verlagerung der Massenproduktion in Billiglohnländer halten, weil sie auf die Herstellung qualitativ hochwertiger Produkte oder auf Marketingstrategien wie Factory-Outlet-Center setzten. Der ebenfalls weitverbreitete Maschinenbau lässt sich auf das bis ins 19. Jahrhundert dominierende ländliche Handwerk mit Schlossereien, Klempnereien und Schmieden zurückführen, hat aber an mehreren Standorten auch eine Wurzel in der Entwicklung von Maschinen für das Textilgewerbe. In der Westalb und im Donautal bei Tuttlingen spezialisierte sich die feinmechanische Industrie auf Präzisionswaagen und chirurgische Instrumente.

In der Ostalb entstand an Kocher und Brenz eine Industriegasse, in der optische und elektrotechnische Industrie (u. a. Werke von Zeiss in Oberkochen, Bosch in Giengen, Osram in Herbrechtingen) neben der schon länger ansässigen Textilindustrie dominieren. Der Standort Giengen zeigt mit der Elektroindustrie, der Herstellung von Feuerwehrgeräten und der Stofftierherstellung (Steiff) eine für Baden-Württemberg nicht untypische Vielfalt. Allerdings ist dort das Arbeitsplatzangebot im tertiären Sektor relativ gering, sodass strukturelle Veränderungen und konjunkturelle Schwankungen im produzierenden Gewerbe sich negativ auf die Arbeitsmarktsituation auswirken. Die Textilindustrie, die am Südrand der Alb und im Umland von Ulm aus der historischen Landweberei hervorgegangen war, überlebte nur relikthaft.

Auch Oberschwaben (Sick 1995; Eitel 2010) kannte neben Papierindustrie und Metallverarbeitung ein altes Textilgewerbe, das jedoch schon im 18. Jahrhundert einen Verfall erlebte; der Raum wurde erst Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Eisenbahnbau in die Industrialisierung einbezogen. Die Holzverarbeitung konzentriert sich auf die Möbelherstellung (u. a. Pfullendorf). Das nördliche Oberschwaben gewann zusätzliche Zweige und Arbeitskräfte durch den Zuzug von Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg, im östlichen Oberschwaben wurde Biberach zu einem Zentrum des Maschinenbaus. Der Bodenseeraum mit der Industrie im Raum Friedrichshafen/Immenstaad (Luftfahrtindustrie, Dieselmotorenherstellung) und im Raum Singen-Radolfzell, wo schweizerisches Kapital aktiv eingesetzt wurde, ist inzwischen als Verdichtungsraum ausgewiesen. Die ehemalige Landmaschinenindustrie von Gottmadingen (Fahr), die auf der engen Verflechtung mit der Landwirtschaft beruhte, wurde aufgegeben; das frühere Fabrikareal wird heute als Gewerbepark genutzt. Im südöstlichen Oberschwaben und im Allgäu liegt der industrielle Schwerpunkt auf der Verarbeitung von Milch; der Kreis Ravensburg weist den höchsten Anteil der baden-württembergischen Milchproduktion auf. Von den Zweigen der Nahrungsgüterindustrie durchlief die Milchverarbeitung nach

der Aufhebung festgelegter Einzugsgebiete und v. a. nach der Milchquotenregelung von 1984 einen Konzentrationsprozess, der verbrauchernahe, (groß-)städtische Standorte begünstigte und die Vielzahl kleiner und mittelgroßer Molkereien verschwinden ließ. Nur im Allgäu besteht noch eine etwas höhere Dichte von milchverarbeitenden Betrieben im ländlichen Raum, über das weiteste Netz verfügt die Omira GmbH in Ravensburg (Omira o. J.).

Der Nordosten Baden-Württembergs war wegen allgemeiner Strukturschwäche, fehlender Bodenschätze und ungünstiger Verkehrserschließung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts industriearm und erhielt erst durch kriegsbedingte Verlagerungen, Flüchtlingsansiedlung und nachholende Verkehrserschließung einen wichtigen Impuls für Elektroindustrie, Maschinenbau und Glasindustrie. Förderprogramme unterstützten die Industrialisierung der 1950er Jahre, und trotz der Aufgabe einiger Betriebe erhöhte sich nicht nur die Zahl von Betrieben und Arbeitskräften, sondern auch die Zahl der Standorte. Der Bau der Autobahn Würzburg–Heilbronn verbesserte die infrastrukturelle Ausstattung des Raums (Haas 1970; Kühne 1993). Als Beispiel für die Unternehmenskultur im ländlichen Raum sei Würth im hohenlohischen Künzelsau genannt. Das Unternehmen gehört zu den Weltmarktführern beim Werkzeugvertrieb. Es wurde im Jahr 1945 als Handelsfirma für Schrauben und Muttern gegründet, entwickelte eigene Werkzeuge und Ordnungssysteme und begann in den 1970er Jahren mit dem Aufbau eines internationalen Unternehmensnetzes, während das deutsche Vertriebsnetz weiter ausgebaut wurde. Mit der im Jahr 1972 initiierten Kunstsammlung setzte die Gründerfamilie einen besonderen Akzent und eröffnete Museen in Künzelsau und Schwäbisch Hall. Die landwirtschaftliche Spezialisierung auf die Schweinehaltung im Raum Schwäbisch Hall hat nicht nur zum Erhalt des Schwäbisch-Hällischen Landschweins als einer alten Schweinerasse beigetragen, sondern auch die Verarbeitung zu Qualitätsfleischwaren mit geschützter Herkunftsbezeichnung gefördert.

Auch der Kraichgau wurde erst spät industrialisiert. Während des Zweiten Weltkriegs siedelten sich einige Betriebe aus den benachbarten Agglomerationen an; nach Kriegsende fanden Flüchtlinge – oft mit handwerklichen Kompetenzen – neue Arbeitsmöglichkeiten. Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts bildete sich eine immer deutlichere Konzentration des produzierenden Gewerbes auf Städte und Standorte entlang der Eisenbahnlinien und des entstehenden Autobahnnetzes aus. Enge Verflechtungen bestehen unverändert zum Rhein-Neckar-Raum, nach Karlsruhe und zur Industrie im nördlichen Neckarbecken um Heilbronn (Dörrer 1993).

Im Oberrheinischen Tiefland, das weitgehend zu Verdichtungsräumen gehört (Rhein-Neckar, Karlsruhe-Baden-Baden, Offenburg [Verdichtungsbereich], Freiburg, Weil-Lörrach) spielte immer die Verknüpfung mit der Landwirtschaft eine wichtige Rolle. Während die Weinwirtschaft und die Verarbeitung von Obst und Gemüse sich erhielten, sind andere Spezialisierungen verschwunden. Dazu gehören die Tabakverarbeitung in Mittelbaden, die erst unter der Änderung der Geschmacksrichtung nach dem Zweiten Weltkrieg zugunsten der leichteren amerikanischen Zigaretten, dann unter den Folgen der Blauschimmelkrankheit beim Tabak zu leiden hatte, oder die Zigarrenherstellung im ländlichen Umland Freiburgs.

Ein beträchtlicher Teil der heutigen räumlichen Struktur der Industrie beruht auf Prozessen der gewerblichen Suburbanisierung, was sich um alle Verdichtungsräume zeigen lässt. Insbesondere im mittleren Neckarraum, wo das rasch als Dienstleistungszentrum wachsende Stuttgart keinen Platz für gewerbliche Erweiterungen bot, kam es zur Betriebsverlagerung in den suburbanen und anschließend in den ländlichen Raum (Grotz 1971; Gaebe 2008; Halder 2008).

Stadtferne Standorte als Chance und Risiko

Aktuelle Probleme der gewerblichen Entwicklung sind in der Abhängigkeit von Großunternehmen und in der Sicherung der Standorte mit dem Zugang von (qualifizierten) Arbeitskräften zu sehen. Stand bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts die Beschäftigung von bäuerlicher Bevölkerung für den gewerblichen Zuerwerb im Vordergrund, so ließ die dynamische Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegszeit in den 1960er Jahren „verlängerte Werkbänke“ aufkommen, Zweigwerke von Unternehmen, die durch die Ansiedlung im ländlichen Raum die dort im Agrarstrukturwandel freigesetzten Arbeitskräfte nutzen wollten. Danach verschob sich mit zunehmender Automatisierung die Suche auf qualifiziertes Personal und ließ zahlreiche Zweigwerke wieder verschwinden. Das duale Ausbildungssystem, Standorte von Fachhochschulen, die unternehmerische Wertschätzung für die Stammbelegschaft, in Einzelfällen die Anreize des Werkswohnungsbaus, aber auch die „Vererbung“ von Fabrikarbeitsplätzen in der Familie waren zugleich stabilisierende und fördernde Elemente der Gewerbeentwicklung.

Aber auch die Verkehrsanbindung spielt eine wesentliche Rolle. Sie ist insgesamt relativ gut, seitdem der Autobahnausbau den Nordosten des Bundeslandes zwischen Würzburg und Heilbronn (Weinsberger Kreuz) erreicht hat. Zwischen Schwäbischer Alb und westlichem Bodensee wird die Verkehrserschließung dagegen am ungünstigsten gesehen, weil dieser Raum sowohl durch die Bahn als auch durch Autobahnen schlecht erschlossen ist. Die Autobahndichte ist geringer als in einigen anderen Bundesländern, Eisenbahnstrecken warten auf einen Ausbau. Hier bestehen Risiken für die künftige Wettbewerbsfähigkeit, welche die ländlichen Räume stärker tangieren als die Verdichtungsräume und welche verkehrsgünstige Standorte betonen.

Die kulturlandschaftliche Prägung, die die ländlichen Räume Baden-Württembergs durch das Gewerbe erfuhren, ist heute z. T. ein historisches Relikt, doch haben zahlreiche Gemeinden und ihre Firmen es verstanden, sich immer wieder an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen.

„Hidden Champions“

Globalisierungseffekte sind auch an den Gewerbebetrieben im ländlichen Raum nicht vorbeigegangen. Nicht nur die Großunternehmen in den Verdichtungsräumen, sondern auch einige Klein- und Mittelbetriebe gehören aufgrund ihrer Innovationsfreude, ihrer Spezialisierung, ihres qualifizierten Mitarbeiterstammes und ihrer Lieferbeziehungen zu den Mitwirkenden in der Globalisierung und werden daher als „hidden champions“ bezeichnet (Gaebe 2008: 135; Nachtwey o. J.).

Ein Beispiel für einen solchen Kleinbetrieb ist der auf Deutschland beschränkte Columbus-Verlag in Krauchenwies, der als Manufaktur Globen fertigt und weltweit vertreibt – bei einer Belegschaft von nur fünf Dutzend Personen. Die in Schwanau bei Lahr ansässige Firma Herrenknecht, die auf den mechanisierten Vortrieb im Tunnelbau spezialisiert ist, unterhält dagegen bei einer Gesamtbelegschaft von rd. 3.200 Personen 24 Tochtergesellschaften weltweit; das Unternehmen machte sich kürzlich mit dem Durchstich am Gotthardbasistunnel einen Namen (Columbus o. J.; Herrenknecht AG o. J.).

Die Beispiele von Duravit (Hornberg; Sanitärkeramik) und Testo (Lenzkirch; Messtechnik) zeigen aber auch die Probleme: In den engen Tälern sind bauliche Betriebserweiterungen kaum möglich, wenn nicht benachbarte Betriebe aufgeben und dadurch Flächen zur Verfügung stehen. Da die Betriebe ihre Arbeitskräfte nicht nur vor Ort haben, sondern auf Einpendler angewiesen sind, sind für diese, ebenso wie für Zu- und Ablieferungen, gut ausgebaute Verkehrswege erforderlich. Der Neubau eines Zweig-

werks von Testo an der B 31 in Titisee-Neustadt folgt dieser Standortorientierung. Der Wert der bereits getätigten Investitionen vor Ort, die Verantwortung für den regionalen Arbeitsmarkt und gut funktionierende Netzwerke lassen jedoch die Bindung an den Standort meist lange über erste Verlagerungsabsichten hinaus fortbestehen und tragen damit zur Stabilisierung von Raumstrukturen bei.

Auch die Verbindung zu anderen prosperierenden Wirtschaftszweigen erwies sich als vorteilhaft. Bei Artur Fischer (Tumlingen/Schwarzwald) verband sie sich mit einer genialen Erfindung; der Kunststoffdübel ist im heutigen Alltag unverzichtbar.

Strukturwandel der Energiewirtschaft

Die aktuelle Energiepolitik wird die ländlichen Räume nachhaltig beeinflussen. Schon seit langer Zeit wird die Wasserkraft genutzt – in historischer Vergangenheit zum Antrieb von Mühlen und Sägen, dann in kleinen Wasserkraftwerken, deren Zahl zur lokalen Versorgung noch zunehmen kann. Auch die Trassenführung von Hochspannungsleitungen vermeidet die Querung größerer Siedlungen und gehört inzwischen zum Bild der ländlichen Kulturlandschaft. Darüber hinaus sind die ländlichen Räume dabei, zu Standorten von Windkraftanlagen zu werden, die das Landschaftsbild nachhaltig verändern und daher in der ästhetischen Bewertung umstritten sind (Schindler 2005). Es ist abzusehen, dass die Zahl von Windkraftanlagen im derzeitigen Jahrzehnt deutlich zunehmen wird. In die energiewirtschaftliche Nutzung landwirtschaftlicher Flächen führen der spezialisierte Pflanzenbau (Mais, Raps als Biomasse) und die flächige Anlage von Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen auf Agrarflächen.

Clusterbildung als Zukunftsmodell?

Die Zusammenarbeit von Unternehmen in industriellen Clustern, die durch eine Verbindung von Unternehmens- und Regionalpolitik dauerhafte globale Wettbewerbsfähigkeit erreichen sollen, bestimmt die Standortüberlegungen seit den 1990er Jahren. Nach dem Vorbild von Silicon Valley sollen für weiterhin selbstständig agierende Unternehmen vertikale Produktionszusammenhänge von der Rohstoffbasis über Vor- und Zwischenprodukte bis zum Endprodukt und zur Bereitstellung für den Konsum organisiert werden, um die Wertschöpfungskette zu optimieren. Das Konzept ist nicht unumstritten, weil sich die New Economy als krisenanfällig erwies, weil es sehr stark auf Sozialkapital setzt und andere Bereiche des Wirtschaftens zurückstellt, weil es simplifiziert und räumliche Nähe zu stark betont (Cost 2006: 227; Fromhold-Eisebith, Eisebith 2008; Kiese 2008). Andererseits wird es aber auch als wirtschaftspolitisches Instrument für Förderung mittelständischer Unternehmen verstanden.

Die baden-württembergische Clusterpolitik erreicht die ländlichen Räume ebenso wie die städtischen Verdichtungsräume. Einige wenige Beispiele mögen dies belegen (Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg 2010). Im Hohenloher Gebiet umfasst ein Cluster „Mess-, Steuer- und Regeltechnik“ zwanzig verschiedene Unternehmen, ein Cluster „Umwelttechnologie“ strebt an, eine emissionsfreie Region zu entwickeln und möchte daher die Energieeffizienz bei Industrie und Handwerk erhöhen. In Ostwürttemberg vernetzt ein Cluster „Photonik“ rd. 60 Unternehmen mit über 7.000 oft hochqualifizierten Arbeitskräften. Im Nordschwarzwald wird von Freudenstadt aus ein Cluster „Gesundheitswirtschaft“ u. a. mit Mitteln aus dem LEADER+-Programm gefördert; Ziel ist die Schaffung eines Kompetenzzentrums Gesundheitsmanagement, wozu rd. 500 Mitgliedsunternehmen der regionalen IHK miteinander vernetzt werden. Am Südlichen Oberrhein vernetzt ein Cluster „Forst und Holz“ mit der Clusterinitiative Holzkette Schwarzwald e. V. Gemeinden, Forst- und Holzwirtschaft sowie Handwerks- und Ge-

werbebetriebe zur Förderung der Holzverarbeitung allgemein sowie mit regionalem Bezug zum Schwarzwald. In der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg verbindet ein Cluster „Feinwerktechnik, Mikrotechnik und Mikrosystemtechnik“ über 3.000, teilweise sehr kleine Unternehmen mit dem Institut der Hahn-Schickard-Gesellschaft für Mikro- und Informationstechnik in Villingen-Schwenningen und der Hochschule Furtwangen; gefördert wird die breite Einführung moderner Mikrosystemtechniken. Ein Cluster „Musikindustrie“ umfasst dagegen nur 25 Unternehmen und sieht sich in der Tradition der Musikinstrumenteherstellung. Schließlich sei für die Region Neckar-Alb die Clusterinitiative „Textilcluster Neckar-Alb“ angeführt, die etwa 220 Unternehmen einschließt und die Produktionskette von Textilien und Bekleidung über technische Textilien bis zum Textilmaschinenbau, zu chemischen Hilfsmitteln und Nadeln umfasst. Weitere Cluster verbinden städtische und ländliche Räume.

Der Einfluss der Raumplanung auf die Gewerbeentwicklung

Die Implementierung der Raumplanung trug der gewerblichen Vielfalt ländlicher Räume in Baden-Württemberg Rechnung und ermöglichte zunächst auch ländlichen Gemeinden die Gewerbeansiedlung. Die vergleichsweise hohe Bevölkerungsdichte, die weite Verfügbarkeit gut ausgebildeter, spezialisierter Fachkräfte und die Tradition des Familienbetriebs mit lokaler Bindung spielte dabei für ältere Betriebe ebenso eine Rolle wie die Attraktivität der Neuansiedlung auf relativ billigem Bauland bei ausreichend Arbeitskräften, die in der Landwirtschaft freigesetzt wurden, und Agglomerationsvorteilen bei sich neu ansiedelnden Betrieben. Erst in einer zweiten Phase der Landes- und Regionalplanung wurde zwischen Gemeinden mit und ohne gewerbliche Entwicklung unterschieden. In jüngerer Zeit führten neue Standortüberlegungen, die v.a. die Bedeutung der Straße betonen, zur Anlage einiger interkommunaler Gewerbeparks wie im Falle Löffingens.

Die auf das punkt-axiale Konzept ausgerichtete Landesplanung schrieb im peripheren ländlichen Raum eine Differenzierung zwischen zentralen Orten mit Wachstumsperspektive und abseits gelegenen, von weiterem Funktionsverlust bedrohten Siedlungen fest (Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg 2002, 2005). Wo touristischer Ausbau fehlte (z.B. Teilgebiete Nordost-Württembergs, Teilgebiete von Schwarzwald und Schwäbischer Alb), taten sich zunehmende Versorgungslücken auf. Nach einer funktionalistisch-technokratischen Phase gewannen seit den 1980er Jahren identitätsfördernde Maßnahmen (Bauen mit regionaltypischen Materialien und Formelementen, Wiederbelebung von sozialen Traditionen, Vereinsleben) wieder an Bedeutung, nachdem ihre positive Wirkung auf die Bevölkerung und die Werbewirksamkeit für den Tourismus entdeckt worden waren. Außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze zu erhalten, zu schaffen oder verlorene Infrastruktur ins Dorf zurückzuholen, erwies sich jedoch als höchst schwierig.

Während früher fast jede Gemeinde eigene Gewerbegebiete auszuweisen bemüht war, um sich Steuereinnahmen zu sichern, zielen neue Strategien eher auf interkommunale Gewerbeparks ab, die zu Motoren der regionalen Wirtschaftsförderung werden sollen.

Zusammenfassende Betrachtung

Die bis heute anhaltende große Bedeutung des produzierenden Gewerbes im ländlichen Raum Baden-Württembergs lässt sich auf ein Bündel positiver Faktoren zurückführen. Dazu gehört neben der Tradition des ländlichen Handwerks, die immer wieder für gut ausgebildete Arbeitskräfte sorgte, der Erfindungsreichtum, der oft genug aus der Not geboren war und zu unternehmerischen Spezialisierungen führte. Aus der Vielfalt der

Branchen lässt sich auch eine große Variation hinsichtlich der Produktionsbreite und -tiefe ableiten. Die Verfügbarkeit von Arbeitskräften im ländlichen Raum ließ Unternehmensgründungen abseits der Verdichtungsräume zu oder Zweigwerke im ländlichen Raum entstehen. Die Flüchtlingswelle nach dem Zweiten Weltkrieg brachte neue Betriebe ins Land und verstärkte den Arbeitskräftebesatz. Wo aus konjunkturellen oder strukturellen Gründen Betriebe schließen mussten, reagierte das mittelständische Gewerbe flexibel mit Neuentwicklungen. Die große Vielzahl an Patenten, die in Baden-Württemberg registriert sind, geht nicht nur auf das Konto der Verdichtungsräume, sondern kommt auch in ländlichen Räumen zustande.

4 Von der Dorfsanierung zur Regionalentwicklung

In den vergangenen Jahrzehnten wurden landesweite Entwicklungsprogramme aufgelegt, die zur Verbesserung der Einkommenssituation in der Landwirtschaft und zum Ausbau oder zur Wiederbelebung der dörflichen Infrastruktur beitragen sollten. Zunächst standen die Sanierung und Entwicklung technischer Infrastrukturen in den Dörfern und die Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen im Vordergrund („Dorfsanierung“ 1960–1966), gefolgt von einer den Dorfcharakter erhaltenden Weiterentwicklung („Dorferneuerung“ 1967–1974, „Dorfentwicklung“ 1975–1979, zwei Dorfentwicklungsprogramme 1980–1990). Hinzu trat das „Strukturprogramm Ländlicher Raum“ (PLR 1980–1994) (Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg 2002). Der seit den 1960er Jahren parallel zur Dorfsanierung laufende Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ wurde – den Leitbildern entsprechend – inhaltlich weiterentwickelt, wie die Umbenennung zeigt: „Unser Dorf hat Zukunft – Unser Dorf soll schöner werden“. Das „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum“ (ELR), das seit 1995 in umfassender Weise Maßnahmen der vorangegangenen Dorfentwicklungs- und Strukturprogramme bündelt, beruht auf dem Leitbild, die Grundversorgung vor Ort (z. B. mit Dorfläden und Dorfgasthäusern) zu sichern oder gar zu verbessern, das Gemeinschaftsleben zu aktivieren (z. B. durch Gemeinschaftseinrichtungen sowie lokale Arbeitsgruppen und soziale Netzwerke), die Konkurrenzfähigkeit der Landwirtschaft zu erhalten oder den agrarischen Strukturwandel durch die Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze abzufedern und der Abwanderung der Bevölkerung entgegenzuwirken (Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg 2002 und 2007; Baumgartner 2007). Ein Schwerpunkt liegt mit dem Modellprojekt „Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potenzials“ (MELAP, 13 teilnehmende Orte, 2002 initiiert, fortgeführt mit MELAP+) auf der Entwicklung der Ortskerne. Unverkennbar soll die Nutzung des innerörtlichen Potenzials an minder oder ungenutzten Flächen, Gebäuden und Gewerbebrachen durch Bebauung, Umnutzung und Modernisierung Vorrang vor einer weiteren Ausweisung randlicher Neubaugebiete genießen (Schöfl 2007; vgl. den MELAP-Abschlussbericht in: Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz 2009).

In immer höherem Maße werden Leitbilder ganzheitlich ausgerichtet. Bürgerbeteiligung erhält seit der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in ländlichen Gemeinden ein wachsendes Gewicht, wenn kommunale Entwicklungsleitbilder zu erarbeiten sind (vgl. Mohr 2002). Die ehemals fachbereichsspezifischen Förderprogramme und Maßnahmen[6] sowie die Strukturverbesserung im Rahmen des ELR sind mittlerweile in einem umfas-

[6] Gemeint sind Maßnahmen wie betriebliche Investitionsförderung, Verbesserung von Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Kulturlandschaftspflege über MEKA und Naturschutz, Ausgleichszulagen für benachteiligte Gebiete, Flurneuordnung, Waldumbau und naturnahe Waldwirtschaft, Qualifizierung von Frauen.

senden „Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum“ (MEPL) zusammengeführt worden (inzwischen MEPL II für die Förderperiode 2007–2013; Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Baden-Württemberg 2011).

Erste regionale Strukturprogramme für benachteiligte Regionen wurden mit dem Schwarzwald- und Albprogramm bereits in den 1970er Jahren vorgelegt. Bis 2006 wurden auch einige Regionen mit Strukturschwächen (Teilgebiete von Zollernalb, Ostalb und Neckar-Odenwald) über Ziel 5b bzw. Ziel 2 der EU-Förderkulisse für den ländlichen Raum in der Entwicklung und Diversifizierung ihrer Wirtschaftsstruktur unterstützt (Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg 2002). Seit 1991 fördern EU und Land gemeinsam Einzelprojekte, die vor dem Hintergrund des Zieles endogener Regionalentwicklung in strukturschwachen Räumen Vorbildcharakter und Impulsfunktion besitzen (LEADER I u. II, LEADER+, LEADER 2007–2013; Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Baden-Württemberg 2011: 106 f.). In den Fördergebieten Hohenlohe-Tauber, Brenz-Region, Oberschwaben, Nord- und Südschwarzwald entstanden innovative Ansätze zur Vernetzung regionaler Akteure, insbesondere zur Stärkung der Landwirtschaft und zur Förderung eines nachhaltigen Tourismus, zur Nutzung regenerativer Energien sowie zur Stärkung der regionalen Identität. Naturparke etablierten sich als Träger und Instrumente einer Kulturlandschaft erhaltenden Regionalentwicklung. Ihre Zielsetzungen sind die Erhaltung naturnaher Kulturlandschaften, deren Weiterentwicklung als touristische Erholungsräume sowie eine nachhaltige Regionalentwicklung, die die Großschutzgebiete in ihrer Wirtschaftsentwicklung unterstützt. Ebenfalls integrativ sind das „Projekt des Landes zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt“ (PLENUM) und „Regionen aktiv“ angelegt (Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Baden-Württemberg 2011: 106 f.). Allerdings sind die endogenen Entwicklungsansätze und Ideen immer von der Mittelzuweisung des Landes und den Förderrichtlinien der EU sowie langfristig angelegte Perspektiven von der Laufzeit und Verlängerbarkeit der Programme abhängig.

Die Agrarstrukturpolitik als ein wichtiger Baustein der Förderung ländlicher Räume wird unmittelbar von der EU bestimmt. Aber auch die Strukturpolitik auf Landes- wie auf regionaler Ebene ist entscheidend von den Vorgaben und Verordnungen der EU abhängig. Wichtigster bindender Rahmen für sämtliche Förderstrategien für den ländlichen Raum ist die sog. ELER-Verordnung Nr. 1698/2005 der EU zur Förderung des ländlichen Raums (Europäische Union 2005). In diesen rechtlichen Rahmen müssen die Zielsetzungen der landesweiten wie der regionalen Förderprogramme (MEPL oder LEADER, s. o.) eingepasst werden (Grabski-Kieron 2007). Betrachtet man MEKA, MELAP, ELR, PLENUM und andere Förderprogramme, so tritt durchweg die Verbindung zwischen ländlichen Räumen und Kulturlandschaft konstitutiv hervor.

5 Natur- und Landschaftsschutz im ländlichen Raum

Angesichts der relativ dichten Besiedlung und Erschließung Baden-Württembergs gehört die Landschaftszerschneidung, die Lebensräume von Pflanzen und Tieren beeinträchtigt und zerstört, zu den dominanten Problemen. Nur im Schwarzwald, in Teilen der Schwäbischen Alb und im Schönbuch bestehen noch größere unzerschnittene Landschaftsräume, die teilweise über 100 km² Ausdehnung besitzen, während in ausgedehnten ländlichen Räumen Oberschwabens und in der Region Heilbronn-Franken nur ein Mosaik sehr kleiner Flächen übrig geblieben ist. Dennoch erfüllen viele Gebiete die rechtlichen Anforderung der jeweiligen Schutzgebietskategorien, sodass ein beträchtlicher Flächenanteil Baden-Württembergs verschiedenen Schutzgebietskategorien ange-

hört (Natur- und Landschaftsschutzgebiete, ein Biosphärengebiet, Naturdenkmale, Waldschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, FFH-Gebiete und Naturparke) (BMJ; Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum 2005a; Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz 2011: 86 ff.). Zwar gibt es in Baden-Württemberg bislang noch keinen Nationalpark, doch besteht ein dichtes Netz von 1.053 Naturschutzgebieten (85.970 ha) mit einem Flächenanteil von 2,4% an der Landesfläche, deren Großteil in den 1990er Jahren ausgewiesen wurde. Noch ausgedehnter ist der Anteil von Landschaftsschutzgebieten (1.455 mit über 800.000 ha, rd. 23% der Gesamtfläche). Sie sollen v.a. eine unkontrollierte weitere Zersiedelung verhindern. Mittlerweile sind auch 300 Gebiete als FFH-Gebiete ausgewiesen (Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg 2011).

Zwölf überwiegend dünn besiedelte, zusammenhängende Großlandschaften, die einen hohen Anteil an Natur- und Landschaftsschutzgebieten aufweisen und sich für Erholung und landschaftsbezogenen umweltverträglichen Tourismus eignen, sind in Baden-Württemberg als Naturparke ausgewiesen. Mit etwa 1,15 Mio. ha besitzen sie einen Anteil von 32% an der Landesfläche (Landesanstalt für Umwelt, Messung und Naturschutz Baden-Württemberg 2011). Natur- wie auch siedlungs- und wirtschaftsräumlich sind es sehr unterschiedliche Landschaften wie der Schwarzwald und Teile seiner Randlandschaften, die Südwestalb mit dem Donaudurchbruchstal und dem südwestlichen Albvorland, das bewaldete Keuperbergland des Schönbuchs, ferner Teile der Gäulandschaften mit Strom- und Heuchelberg, die schwäbisch-fränkischen Waldberge mit angrenzenden Teilgebieten der Hohenloher Ebene und des östlichen Albvorlandes und schließlich der Odenwald mit Teilen des benachbarten Bau- und Tauberlandes und der Rheinebene. Während der kaum besiedelte Schönbuch weitgehend der Naherholung dient, muss in den anderen Großschutzgebieten auch eine wirtschaftliche und siedlungsstrukturelle Eigenentwicklung gewährleistet sein.

6 Fazit

Der vorstehende Überblick hat viele Teilräume benannt und kleinregionale Unterschiede aufgezeigt, um der Vielfalt der ländlichen Räume in Baden-Württemberg einigermaßen gerecht zu werden. Tatsächlich ist es kaum angebracht, generelle Aussagen zu formulieren. Vielmehr müssen – nicht zuletzt wegen der extremen territorialen Zersplitterung im Alten Reich – kleinräumige Unterschiede in der historischen Entwicklung ländlicher Räume, in der externen Beeinflussung, in der aktuellen Wirtschaftssituation und in der gesellschaftlichen Bewertung berücksichtigt werden. Zu den allgemeinen Merkmalen zahlreicher kleiner Teilräume gehört die Kombination modernisierter Landwirtschaft mit einem auf regionale oder globale Verflechtungen achtenden Gewerbe, die zum Erhalt und zur Entwicklung des Erholungs- und Freizeitwertes der Landschaft im jeweiligen Einzelfall mal mehr, mal weniger beiträgt.

Literatur

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2008): Politik für periphere, ländliche Räume: Für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionalentwicklung. = Positionspapier aus der ARL 77. Hannover.

Arndt, J. (2006): Strukturen der baden-württembergischen Landwirtschaft 2005. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 3/2006, 23-27.

Arndt, J. (2004): Ökologische Landwirtschaft in Baden-Württemberg 2003. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6/2004, 15-19.

Baldenhofer, J. (Hrsg.) (1989): Schwäbische Tüftler und Erfinder. Stuttgart.

Baumgartner, M. (2007): Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) – Vorstellung eines Programms zur Strukturentwicklung des Ländlichen Raums. In: Malburg-Graf, B. (Hrsg.): Flächenmanagement als Instrument der integrativen Planung für ländliche Räume und der kommenden Innenentwicklung. Beiträge des 2. Hochschultages 2007 „Strukturentwicklung ländlicher Räume in Baden-Württemberg". = Stuttgarter geographische Studien 140. Stuttgart, 46-51.

BBSR - Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2007): Regionale Kulturlandschaftsgestaltung. Neue Entwicklungsansätze und Handlungsoptionen für die Raumordnung. = BBR-Online-Publikation 18. Bonn. http://www.bbsr.bund.de/nn_23582/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSR Online/2007/ON182007.html (15.11.2011).

Betzholz, T. (2010): Tabakanbau in Baden-Württemberg: Ein Auslaufmodell? In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2010, 21-24.

BMELV - Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.) (2005): Meilensteine der Agrarpolitik. Umsetzung der europäischen Agrarreform in Deutschland. Berlin.

BMJ - Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), geändert durch Art. 3 G v. 28.07.2011 (BGBl. I S. 1690). http://www.gesetze-im-internet.de/bnatschg_2009/BJNR254210009. html(10.10.2011).

Boelcke, W. A. (1987): Wirtschaftsgeschichte Baden-Württembergs von den Römern bis heute. Stuttgart.

Brachat-Schwarz, W. (2011): Die Alterung der Bevölkerung in Baden-Württemberg. Langfristige Trends und regionale Unterschiede. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2011, 16-21.

Breuer, T.; Müller-Holm, K. (2006): Entwicklungschancen für den ländlichen Raum: Standortfaktoren der Produktion biogener Kraftstoffe in Deutschland. In: Informationen zur Raumentwicklung 1-2/2006, 5-65.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2009): Zukunft der Dörfer. Gefahren und Chancen. In: Themenausgabe der Wochenzeitung Das Parlament, 27. Juli 2009.

Columbus Verlag (o. J.): Columbus – World's finest globes and maps. http://www.columbus-verlag.de/index/COLUMBUS.html (28.09.2011).

Cornelius, I. (2010): Geburtenentwicklung in den Stadt- und Landkreisen seit 1990. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 11/2010, 13-19.

Cost, H. (2006): Die Wirtschaft Baden-Württembergs. In: Weber, R.; Wehling, H.-G. (Hrsg.): Baden-Württemberg: Gesellschaft, Geschichte, Politik. = Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 34. Stuttgart, 216-237.

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (Hrsg.): Leader 2007–2013. http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/regionen/leader/ (09.06.2011).

Doluschitz, R. (2009): Der europäische Milchmarkt im Umbruch – Neue Herausforderungen für Milcherzeuger und Molkereigenossenschaften. In: Berichte über Landwirtschaft 87 (2), 197-213.

Dörrer, I. (1993): Kraichgau und Heilbronner Raum. In: Borcherdt, C. (Hrsg.): Geographische Landeskunde von Baden-Württemberg. Stuttgart, 251-272.

Dorr, H.; Fiby, M.; Hilbert, A. (Hrsg.) (2005): Die Zukunft der Landschaft in Mitteleuropa. Verantwortung für die Kulturlandschaft im 21. Jahrhundert. Delphi-Umfrage 2002. Dokumentation und Interpretation. Wien.

Eitel, P. (2010): Geschichte Oberschwabens im 19. und 20. Jahrhundert. Band 1: Der Weg ins Königreich Württemberg. Ostfildern.

Europäische Union (2005): Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20.09.2005 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER). Amtsblatt, L 277 vom 21.10.2005.

Ewald, K. C. (1996): Traditionelle Kulturlandschaften. Elemente und Bedeutung. In: Konold, W. (Hrsg.): Naturlandschaft – Kulturlandschaft. Die Veränderung der Landschaften nach der Nutzbarmachung durch den Menschen. Landsberg, 99-119.

Fichtner, U.; Michna, R. (2005): Freizeitdestination von internationaler Bedeutung: 30 Jahre Europapark. In: Regio Basiliensis 46 (2), 109-124.

Franzen, N.; Hahne, U.; Hartz, A.; Kühne, O.; Schafranski, F.; Spellerberg, A.; Zeck, H. (2008): Herausforderung Vielfalt – Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel. http://arl-net.org/index.php?option=com_content&task=view&id=632&Itemid=431 (03.05.2010).

Fromhold-Eisebith, M.; Eisebith, G. (2008): Clusterförderung auf dem Prüfstand. Eine kritische Analyse. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 52 (2/3), 79-94.

Gaebe, W. (2008): Industriestruktur und Industrieräume. In: Gebhardt, H. (Hrsg.): Geographie Baden-Württembergs: Raum, Entwicklung, Regionen. Stuttgart, 135-146.

Gebhardt, H. (Hrsg.) (2008): Geographie Baden-Württembergs: Raum, Entwicklung, Regionen. Stuttgart.

Genosko, J.; Herdzina, K. (1992): Abgrenzung und Differenzierung des ländlichen Raumes in Baden-Württemberg. In: Raumforschung und Raumordnung 50 (1-2), 59-66.

Gothe, K. (2009): Thesen zu Identität und Baukultur im ländlichen Raum. In: Malburg-Graf, B. (Hrsg.): Potenziale und aktuelle Problemstellungen ländlicher Räume in Baden-Württemberg. Beiträge des 3. Hochschultages 2008 „Strukturentwicklung ländlicher Räume in Baden-Württemberg“. = Stuttgarter geographische Studien 141. Stuttgart, 119-134.

Grabski-Kieron (2007): Entwicklung ländlicher Räume in Deutschland und der EU unter veränderten strukturpolitischen Rahmenbedingungen – Perspektiven für Planung und angewandte Forschung. In: Malburg-Graf, B. (Hrsg.): Flächenmanagement als Instrument der integrativen Planung für ländliche Räume und der kommenden Innenentwicklung. Beiträge des 2. Hochschultages 2007 „Strukturentwicklung ländlicher Räume in Baden-Württemberg“. = Stuttgarter geographische Studien 140. Stuttgart, 28-45.

Grotz, R. (1971): Entwicklung, Struktur und Dynamik der Industrie im Wirtschaftsraum Stuttgart – eine wirtschaftsgeographische Untersuchung. = Stuttgarter geographische Studien 82. Stuttgart.

Haas, H.-D. (1970): Junge Industrieansiedlung im nördlichen Baden-Württemberg. = Tübinger geographische Studien 35. Tübingen.

Hahne, U. (2004): Ländliche Regionalentwicklung mit LEADER+. Ein EU-Förderprogramm auf dem Weg von der Experimentierstube zum Mainstream. In: RaumPlanung (16), 199-204.

Halder, G. (2008): Die Region Mittlerer Neckar – Industrieraum auf dem Weg in eine tertiärwirtschaftliche Zukunft? In: Gebhardt, H. (Hrsg.): Geographie Baden-Württembergs: Raum, Entwicklung, Regionen. Stuttgart, 320-348.

Hampicke, U. (1996): Der Preis einer vielfältigen Kulturlandschaft. In: Konold, W. (Hrsg.): Naturlandschaft – Kulturlandschaft. Die Veränderung der Landschaften nach der Nutzbarmachung durch den Menschen. Landsberg, 45-76.

Hartmann, A. (2010a): Ackernutzung im Wandel der Zeit. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2010, 41-43.

Hartmann, A. (2010b): Eine Erfolgspflanze mit Migrationshintergrund: Mais. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 3/2010, 35-38.

Hartmann, A. (2008): Haupterwerbsbetriebe haben den größten Flächenanteil – Personengesellschaften die größten Ställe – Nebenerwerb die größte Betriebszahl. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2008, 35-38.

Herdzina, K. (1993): Regionale Disparitäten, ländliche Räume und Ansatzpunkte einer integrierten Regionalpolitik. Überlegungen zu einer wissenschaftlichen Forschungskonzeption. Europäischer Forschungsschwerpunkt Ländlicher Raum. = Diskussionsbeiträge 1/1993. Stuttgart.

Herrenknecht AG (o. J.): Weltrekord. Hauptdurchschlag beim Jahrhundert-Bauwerk Gotthard. http://www.herrenknecht.de/projekte/gotthard-basistunnel.html (15.11.2011).

Hippel, W. v. (1992): Wirtschaft und Sozialgeschichte 1800-1918. In: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte 3. Stuttgart, 477-784.

Kaiser, C.; Korff, C.; Stadelbauer, J. (2009): Analyse touristisch relevanter Infrastruktur in den Gemeinden Häusern, Höchenschwand und Schluchsee hinsichtlich der Barrierefreiheit für Menschen mit Gehbehinderungen. Studie im Auftrag der Gemeinden Häusern, Höchenschwand und Schluchsee. Unveröffentlichtes Gutachten. Freiburg i. Br.

Kiese, M. (2008): Mind the Gap: Regionale Clusterpolitik im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Praxis aus der Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 52 (2/3), 129-145.

Köberle, R. (2011): Perspektiven für den ländlichen Raum in Baden-Württemberg. In: Der Bürger im Staat 61 (1/2), 19-25.

Kössler, R. (2006): Tourismus 2005: Aufschwung bei fortgesetztem Strukturwandel. In: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 7/2006, 35-38.

Konold, W. (1996): Von der Dynamik einer Kulturlandschaft. Das Allgäu als Beispiel. In : Konold, W. (Hrsg.): Naturlandschaft – Kulturlandschaft. Die Veränderung der Landschaften nach der Nutzbarmachung durch den Menschen. Landsberg, 121-136.

Korff, C. (2007): Feldberegnung am Oberrhein. Risikominimierung und Existenzsicherung durch Beregnung im Breisgau und im Markgräflerland. In: Regio Basiliensis 48 (3), 183-194.

Korff, C. (2008): Entwicklungen im Tourismus. In: Gebhardt, H. (Hrsg.): Geographie Baden-Württembergs. Raum, Entwicklung, Regionen. = Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 36. Stuttgart, 153-159.

Korff, C.; Mohr, B. (2008): Der Schwarzwald: Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Tourismus. In: Gebhardt, H. (Hrsg.): Geographie Baden-Württembergs. Raum, Entwicklung, Regionen. Stuttgart, 271-284.

Korff, C.; Stadelbauer, J. (2008): Ländliche Räume im Wandel. In: Gebhardt, H. (Hrsg.): Geographie Baden-Württembergs. Raum, Entwicklung, Regionen. Stuttgart, 165-177.

Kühne, I. (1993): Odenwald, Bauland und Tauberland. In: Borcherdt, C. (Hrsg.): Geographische Landeskunde von Baden-Württemberg. Stuttgart, 208-224.

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (Hrsg.) (2011): http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/11426/ (17.02.2011).

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.) (1998): Perspektiven ländlicher Entwicklung. Potentiale und Kooperationen auf dem Lande. Bad Urach, Stuttgart.

Lukhaup, R. (1999): Umweltorientierte Agrarstrukturpolitik in Deutschland. Die Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft. In: Europa Regional 7 (3), 2-15.

Malburg-Graf, B. (Hrsg.) (2007): Flächenmanagement als Instrument der integrativen Planung für ländliche Räume und der kommenden Innenentwicklung. Beiträge des 2. Hochschultages 2007 „Strukturentwicklung ländlicher Räume in Baden-Württemberg“. = Stuttgarter geographische Studien 140. Stuttgart.

Malburg-Graf, B. (Hrsg.) (2009): Potenziale und aktuelle Problemstellungen ländlicher Räume in Baden-Württemberg. Beiträge des 3. Hochschultages 2008 „Strukturentwicklung ländlicher Räume in Baden-Württemberg“. = Stuttgarter geographische Studien 141. Stuttgart.

Matthiesen, U.; Danielzyk, R.; Heiland, S.; Tzschaschel, S. (Hrsg.) (2006): Kulturlandschaften als Herausforderung für die Raumplanung. Verständnisse – Erfahrungen – Perspektiven. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 228. Hannover.

Megerle, H. (Hrsg.) (2006): Geotourismus. Innovative Ansätze zur touristischen Inwertsetzung und nachhaltigen Regionalentwicklung. = Geographie in Wissenschaft und Praxis 1. Rottenburg a. Neckar.

Meister-Scheufelen, G.; Cornelius, I. (2006): Die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg. In: Weber, R.; Wehling, H.-G. (Hrsg.): Baden-Württemberg: Gesellschaft, Geschichte, Politik. = Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 34. Stuttgart, 186-215.

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg (2009): Modellprojekt Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potentials. = Abschlussbericht. Stuttgart.

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg (2007a): Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR). Richtlinie vom 1. Januar 2008. Stuttgart.

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg (2007b): Richtlinie des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum des Naturschutzes, der Landschaftspflege und der Landeskultur (Landschaftspflegerichtlinien 2007 – LPR). Vom 14. März 2007. Stuttgart.

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg (Hrsg.) (2005): Gesetz zum Schutz der Natur, zur Pflege der Landschaft und über die Erholungsvorsorge in der freien Landschaft (Naturschutzgesetz – NatSchG) vom 13. Dezember 2005. GBl. 2005 S. 745. Stuttgart. http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/mlr/allgemein/Naturschutzgesetz.pdf (10.10.2011).

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg (Hrsg.) (2002): 50 Jahre Entwicklung ländlicher Gemeinden in Baden-Württemberg – von der Dorfsanierung zum Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum. Stuttgart.

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg (Hrsg.) (2001): MEKA II: Das erweiterte Programm für Landwirtschaft und Umwelt. Stuttgart.

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg (Hrsg.) (o. J.): Übertragbare Ergebnisse – Modellprojekt Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potenzials – MELAP. Stuttgart.

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg (Hrsg.) (o. J.): Streuobstwiesen in Baden-Württemberg. Daten, Handlungsfelder, Maßnahmen, Förderung. Stuttgart.

Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz (Hrsg.) (2011): Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum 2007-2013. Stuttgart. https://www.landwirtschaft-bw.info/servlet/PB/menu/1228918_l1/index1305553009658.html (10.10.2011).

Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (Hrsg.) (2010a): Landwirtschaft in Baden-Württemberg. Stuttgart.

Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (2010b): MELAP Wege zu einer nachhaltigen Innenentwicklung. Tagung am 20. Mai in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin (Flyer).

Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz (Hrsg.) (2009): Abschlussbericht Modellprojekt Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potentials MELAP. Stuttgart. http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/mlr/allgemein/MELAP-Abschlussbericht.pdf (03.04.2011).

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (Hrsg.) (2007): http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/LEADER/31674.html (09.06.2011).

Ministerium Ländlicher Raum Baden-Württemberg (Hrsg.) (2005): Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum des Landes Baden-Württemberg für den Zeitraum 2000-2006. Fassung vom 22.06.2005. Stuttgart.

Mohr, B. (2007): Vom Landwirt zum Energiewirt? Beispiele regenerativer Energieerzeugung in der südbadischen Landwirtschaft. In: Regio Basiliensis 48 (3), 217-226.

Mohr, B. (2002): Eichstetten am Kaiserstuhl. Ein Weg zukunftsfähiger Entwicklung. In: Regio Basiliensis 43 (3), 195-204.

Mohr, B. (1998): Auf der Suche nach neuen Einkommensquellen. Die Landwirtschaft in der Regio unter Anpassungsdruck. In: Regio Basiliensis 39 (1), 3-12.

Mohr, B. (1996): Sterben auf Raten? Zur Entwicklung und Situation der Textilindustrie im Wiesental und am Hochrhein. In: Regio Basiliensis 37 (1), 13-24.

Mohr, B. (1993): Der Schwarzwald. In: Borcherdt, Ch. (Hrsg.): Geographische Landeskunde von Baden-Württemberg 3. Stuttgart, 169-207.

Mohr, B. (1992a): Fremdenverkehr im Schwarzwald. In: Geographische Rundschau 44 (5), 296-302.

Mohr, B. (1992b): Wirtschaftsgeographie Südbadens. In: Schweickart, A. (Hrsg.): Südbaden. = Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 19. Stuttgart, 131-191.

Mohr, B.; Schröder, E.-J. (1997): Landwirtschaft des Hohen Schwarzwaldes – Beispiel Hinterzarten. Vom Wandel einer Agrar- zu einer Erholungslandschaft im 19. und 20. Jahrhundert. = Hinterzartener Schriften 5. Konstanz.

Nachtwey, M. (o. J.): Hidden Champions League: Teil 2. http://www.s-taff.com/print/hidden_2.pdf (28.09.2011).

Omira (o. J.): Website der Oberland-Milchverwertung Ravensburg GmbH. http://www.omira.de/ (28.09.2011).

Ott, H. (2007): Handwerk und Industrie. In: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Band 5. Veröffentlichung der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Stuttgart, 122-167.

Raab, K.; Rösch, C. (2005): Grünlandüberschuss in Baden-Württemberg. In: Berichte über Landwirtschaft (3), 388-414.

Regionalverband Heilbronn-Franken (Hrsg.) (2006): Regionalplan Heilbronn-Franken 2020. Heilbronn.

Regionalverband Südlicher Oberrhein (Hrsg.) (2011): Regionalplanung für den Ländlichen Raum: Neue Wege zur Grundversorgung in Ländlichen Räumen. INTERREG-Projekt „ACCESS“. Freiburg i. Br.

Schaber, J. (2011): Wie viele landwirtschaftliche Betriebe werden tatsächlich im Haupterwerb bewirtschaftet? Struktur und Entwicklung der Haupterwerbsbetriebe im Land. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2011, 35-39.

Schindler, R. (2005): Landschaft verstehen. Industriearchitektur und Landschaftsästhetik im Schwarzwald. Freiburg i. Br.

Schmidt, H. (2010): Entwicklung und Altersstruktur der Bevölkerung in Baden-Württemberg nach Raumkategorien. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2010, 10-14.

Schöfl, G. (2007): Dörfliche Innenentwicklung – Erkenntnisse aus MELAP zum Forschungsbedarf. In: Malburg-Graf, B. (Hrsg.): Flächenmanagement als Instrument der integrativen Planung für ländliche Räume und der kommenden Innenentwicklung. Beiträge des 2. Hochschultages 2007 „Strukturentwicklung ländlicher Räume in Baden-Württemberg". = Stuttgarter geographische Studien 140. Stuttgart, 71-84.

Seitz, R. (2010): Rinderhaltung in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2010, 30-35.

Sick, W.-D. (1994): Die Agrarwirtschaft im Grenzbereich dreier Länder. Südbaden – Oberelsaß – Nordwestschweiz. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 68 (1), 111-133.

Sick, W.-D. (1995): Oberschwaben als Wirtschaftsraum. In: Wehling, H.-G. (Hrsg.): Oberschwaben. = Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 24. Stuttgart, 45-72.

Spiegel, E. (Hrsg.) (2004): Landesentwicklung bei Bevölkerungsrückgang – Auswirkungen auf die Raum- und Siedlungsstruktur in Baden-Württemberg. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 3. = Arbeitsmaterialien der ARL 310. Hannover.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.) (2011a): Statistische Berichte Baden-Württemberg. Handel und Gastgewerbe. G IV 1 – j/10. Artikel-Nr. 355210001.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.) (2011b): Pressemitteilung Nr.33/2011. http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Pressemitt/2011033.asp?Landwirtschaft (08.03.2011).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.) (2008a): Landwirtschaft in Baden-Württemberg 2008. Stuttgart.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.) (2008b): Die Landwirtschaft und Umwelt in Baden-Württemberg. Statistische Daten 07/2008, CD-Rom.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.) (2008c): Agrarland Baden-Württemberg – vielfältig und leistungsfähig. In: Statistik Aktuell 2008. Stuttgart.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.) (2007): Landesinformationssystem (LIS), Struktur- und Regionaldatenbank: Landwirtschaft. http://129.143.97.131/SRDB/home.asp?H=7 (30.01.2007).

Steiner, R. (2007): Veränderungen im Weinbau Badens in neuerer Zeit. In: Regio Basiliensis 48 (3), 195-201.

Weller, F. (1996): Streuobstwiesen. Herkunft, heutige Bedeutung und Möglichkeiten der Erhaltung. In: Konold, W. (Hrsg.): Naturlandschaft – Kulturlandschaft. Die Veränderung der Landschaften nach der Nutzbarmachung durch den Menschen. Landsberg, 137-159.

Winkelmann, U. (2011): Berufspendler in Baden-Württemberg. Mehr Erwerbstätige sind weiter unterwegs. In: Statistische Monatshefte Baden-Württemberg 7/2011, 18-20.

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2010): Regionaler Clusteratlas Baden-Württemberg 2010. Überblick über clusterbezogene Netzwerke und Initiativen. Stuttgart.

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2006): Wirtschaftsdaten Baden-Württemberg 2006. Stuttgart.

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2005): Landesentwicklungsbericht Baden-Württemberg 2005 (LEB 2005). Räumliche Entwicklung – Flächeninanspruchnahme – Demographischer Wandel. Stuttgart.

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2003): Strukturentwicklungsbericht 2003. Bericht über strukturpolitische Maßnahmen 1995-2002 in den regionalen Fördergebieten Baden-Württembergs. Stuttgart.

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2002): Landesentwicklungsplan 2002 (LEP). Stuttgart.

Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2010): EU-Agrarpolitik nach 2013. Plädoyer für eine neue Politik für Ernährung, Landwirtschaft und ländliche Räume. Gutachten Mai 2010. In: Berichte über Landwirtschaft 88 (2), 173-202.

Würth, M. (2007): Zukunftsperspektiven des Obst- und Gemüsebaus in Südbaden. In: Regio Basiliensis 48 (3), 175-182.

Susanne Dahm

Auswirkungen zukünftiger demographischer Veränderungen auf Nutzung und Gestalt von Kulturlandschaften in Baden-Württemberg

Gliederung

1 Einführung

2 Zukünftige demographische Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg

3 Demographische Rahmenbedingungen in den Untersuchungsregionen

4 Auswirkungen demographischer Veränderungen auf unterschiedliche Elemente der Kulturlandschaft

4.1 Land- und Forstwirtschaft

4.2 Siedlungsentwicklung

4.3 Soziale Infrastruktur und Einzelhandel

4.4 Verkehrsinfrastruktur

4.5 Grün- und Freiflächen, Erholungsflächen

5 Fazit und Ausblick

Literatur

1 Einführung

Nutzung und Gestalt der Kulturlandschaft werden seit jeher von demographischen Einflüssen geprägt, sei es durch die Ausweitung von landwirtschaftlichen Nutzflächen auch auf Grenzertragsflächen in Zeiten eines hohen Bevölkerungswachstums oder durch das Wüstfallen ganzer Orte und deren Anbauflächen als Folge von kriegerischen Ereignissen oder Epidemien. Ebenso spielen Bevölkerungszusammensetzung, soziale Regeln und relativer Bildungsstand einer Gesellschaft und deren Veränderung im Zeitablauf eine bedeutende Rolle für die Gestaltung von Lebens- und damit Landschaftsräumen. Kulturlandschaft wird dabei geschaffen bzw. verändert sowohl durch den Anbau von Nahrungsmitteln als auch durch die Befriedigung von Wohnbedürfnissen, Verkehrs- und Infrastrukturmaßnahmen und die Inanspruchnahme der jeweiligen Umwelt zu Freizeit- und Erholungszwecken. Sehr große Flächen des Landes werden hierbei von einer sehr kleinen Gruppe von Akteuren geprägt: Sowohl landwirtschaftlich genutzte Flächen als auch Wald und Forst sind Eigentum eines Personenkreises, der heute in Baden-Württemberg nur noch ca. 1,3% der Bevölkerung (2010) (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011a) stellt und der sehr stark von betriebswirtschaftlichen Überlegungen und europaweit vorgegebenen Rahmenbedingungen beeinflusst ist.

Der überwiegende Teil der Bevölkerung nimmt durch sein Handeln direkt nur Einfluss auf den Bereich der Siedlungs- und Verkehrsflächen und dessen Ausdehnung, die ortsnahen Garten-, Freizeit- und Erholungsgebiete sowie stark touristisch geprägte Areale.

Im Folgenden werden zunächst die absehbaren Veränderungen bzgl. Bevölkerungszahl, -struktur und -verteilung in Baden-Württemberg kurz umrissen im Rahmen der Fallstudien dieses Bandes verdeutlicht. Darauf aufbauend werden die zu erwartenden Auswirkungen des demographischen Wandels auf verschiedene Elemente der Kulturlandschaft dargestellt. Als roter Faden dienen dabei die drei Hauptrichtungen „Weniger, älter, bunter“ der demographischen Veränderungen in Deutschland, d. h. es wird für jeden Themenbereich dargelegt, ob und wie sich Bevölkerungsrückgang, die Veränderung der Altersstruktur sowie die Veränderung der Migrantenanteile und Wanderungsbewegungen in Baden-Württemberg auf die zukünftige Gestalt und Nutzung der Kulturlandschaft auswirken könnten.

2 Zukünftige demographische Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg

Die zukünftige demographische Situation in Deutschland wie auch in Baden-Württemberg wird überwiegend von drei Entwicklungsrichtungen geprägt, die sich prägnant mit den Schlagwörtern „Weniger, älter, bunter“ zusammenfassen lassen. Ursache sind einerseits die schon seit vier Jahrzehnten bei Werten von 1,3 bis 1,4 Kindern je Frau stagnierenden niedrigen Geburtenraten und die sinkenden jährlichen Geburtenzahlen, andererseits die nach Abflauen der Zuwanderungswelle zu Beginn der 1990er Jahre wieder kontinuierlich niedrigen Wanderungssalden.

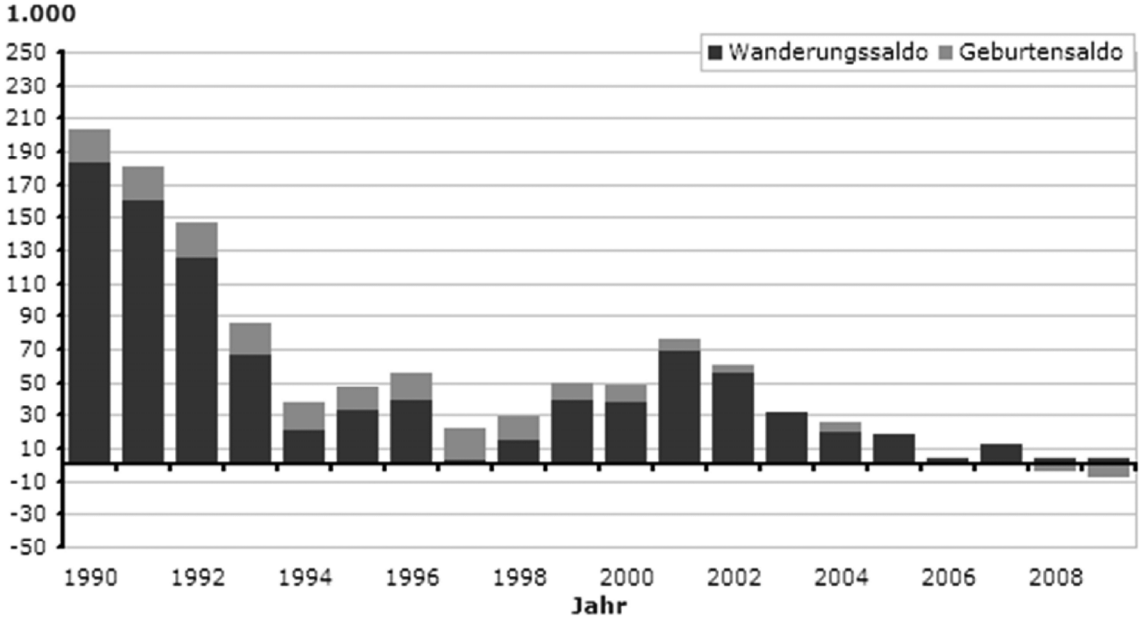
Die Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg wird mittelfristig voraussichtlich geringfügig um etwa 3,5% zurückgehen, von ca. 10.750.000 Personen im Jahr 2008 auf ca. 10.370.000 im Jahr 2030 (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2009), d. h. in etwa auf die Einwohnerzahl des Jahres 1996. Anzahl und Anteile der Alten und Ältesten steigen erheblich, während die Zahl der Kinder und Jugendlichen deutlich sinken wird. Waren im Jahr 2008 noch 20% der Bevölkerung unter 20 Jahre und 24% über 60 Jahre alt, werden dies im Jahr 2030 17% bzw. 34% sein.[1]

Aktuell zeichnet sich ab, dass sich Ballungszentren und ländliche Räume hinsichtlich der Geburtenraten angleichen (Ridderbusch 2008). Die noch in den achtziger Jahren erheblich über dem Landesdurchschnitt liegenden Geburtenraten vieler ländlicher Regionen (1981 bis 1985: 165 Neugeborene je 100 Frauen) übersteigen zwar noch immer etwas die Durchschnittswerte, sind jedoch mit nur noch 148 Geburten je 100 Frauen (Zeitraum 2001 bis 2005) deutlich zurückgegangen und nähern sich dem niedrigen Niveau der Ballungsräume (derzeit 128 Neugeborene je 100 Frauen) an (vgl. Abb. 1).

Die Wanderungssalden Baden-Württembergs gehen seit ihrem Höhepunkt um das Jahr 1990 zurück und lagen 2009 mit ca. 3.420 Personen nur noch knapp im positiven Bereich. Die in den 1990er Jahren dominierenden Wanderungsströme aus den neuen Bundesländern und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie von Bürgerkriegsflüchtlingen, Aussiedlern und Asylbewerbern sind sämtlich deutlich gesunken. Inwieweit die Zusammensetzung der Wanderungssalden des Jahres 2009 – mit positiven Salden aus dem asiatischen und afrikanischen, aber negativen Salden aus dem europäischen Ausland – eher eine Momentaufnahme darstellen oder einen längerfristigen Trend vorwegnehmen, hängt von politischen Rahmenbedingungen und globalen Entwicklungen ab (vgl. Tab. 1).

[1] Angesichts der unsicheren Datenbasis und des anstehenden Zensus 2011 werden vorliegende Prognosewerte hier und im Folgenden nur stark gerundet angegeben.

Abb. 1: Geburten- und Wanderungssalden in Baden-Württemberg seit 1990



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010a

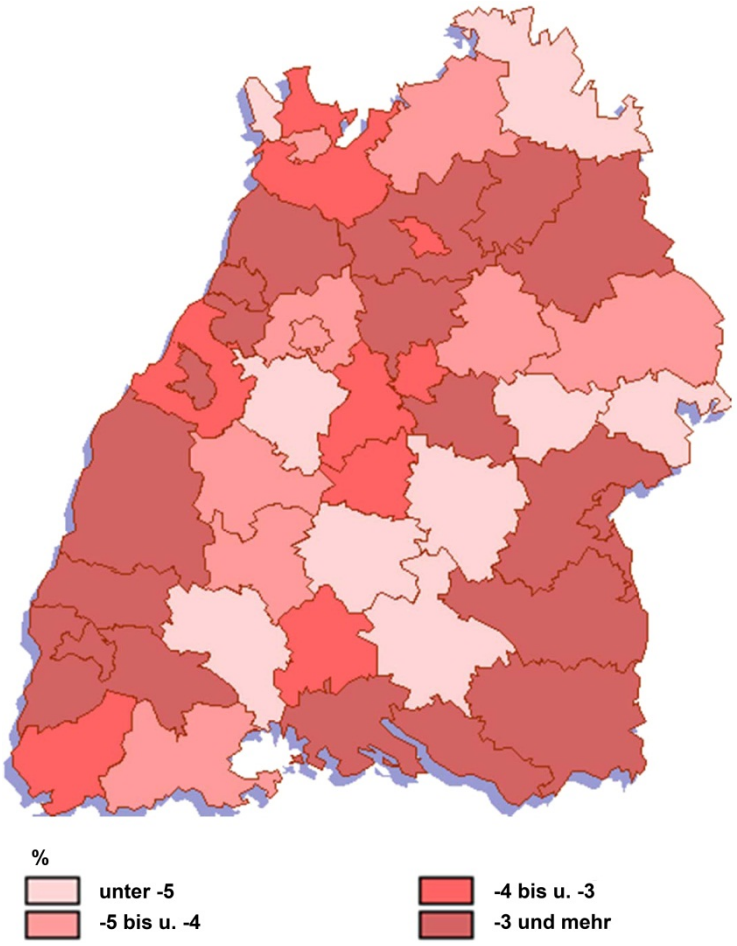
Die räumliche Verteilung der Bevölkerung verändert sich – insbesondere aufgrund sich ändernder Wanderungsmuster – schon seit einigen Jahren zuungunsten der ländlichen Räume. Den größten Einwohnerrückgang erwartet das Statistische Landesamt in seiner aktuellen Vorausrechnung im Landkreis Heidenheim mit einem Minus von 8,8%, den höchsten Einwohnerzuwachs im Stadtkreis Baden-Baden mit 1,8%.

Tab. 1: Zusammensetzung des Wanderungssaldos 2009

Wanderungssaldo Baden-Württembergs 2009 mit dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland	
Bundesgebiet	**1.070**
Europäisches Ausland	**-1.894**
darunter	
Polen	713
Rumänien	2.729
Russische Föderation	478
Schweiz	-4.554
Türkei	-958
Afrika	**1.143**
Asien	**3.016**
Insgesamt	**3.421**

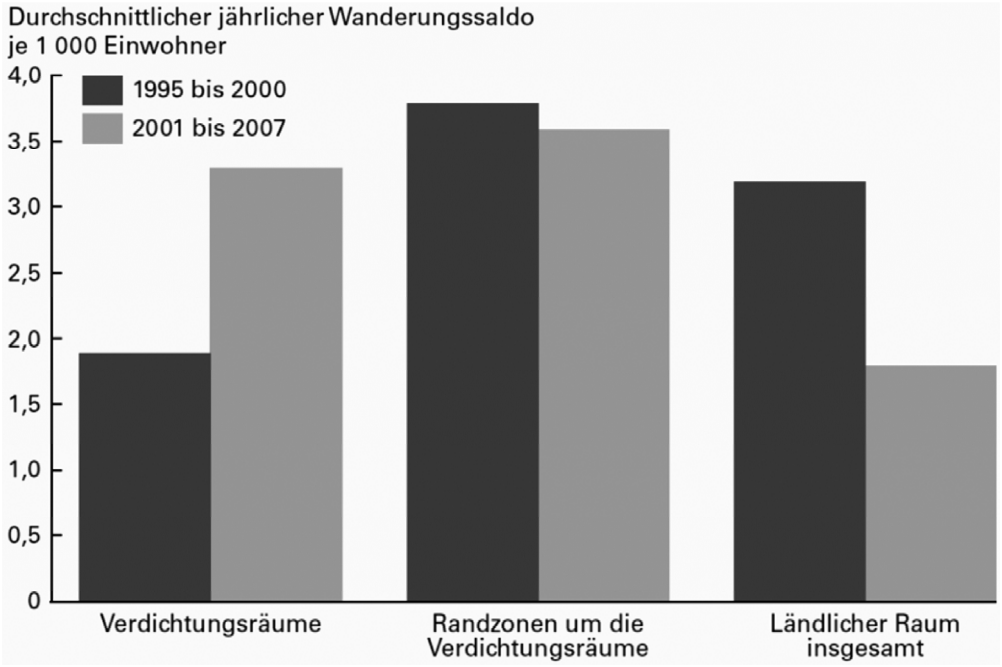
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011b

Abb. 2: Voraussichtliche Änderung der Bevölkerungszahl bis 2030 (Basisjahr: 2008)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010b

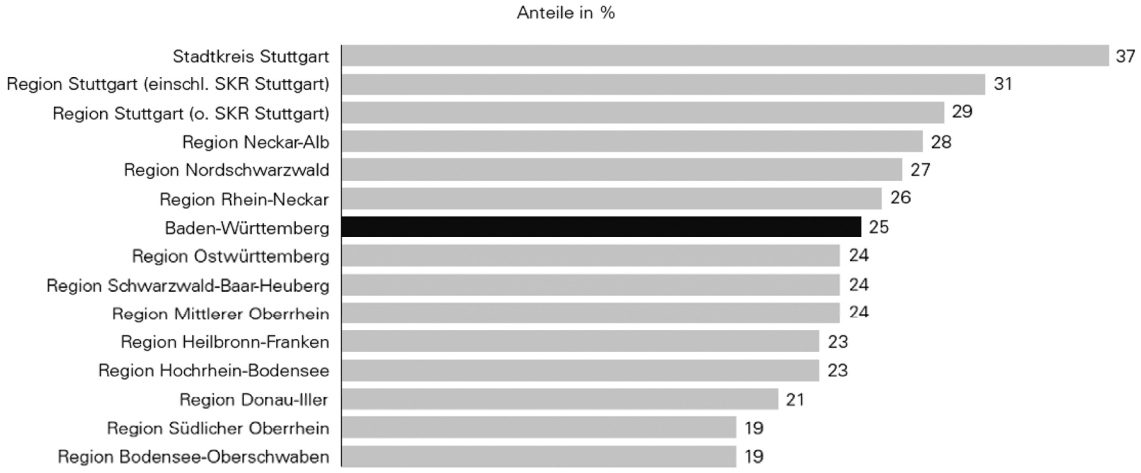
Abb. 3: Wanderungssalden nach Raumkategorien in Baden-Württemberg 1995 bis 2000 und 2001 bis 2007



Quelle: Brachat-Schwarz, Werner 2008

Zugleich wird die innerhalb der Landesgrenzen wohnende Bevölkerung heterogener, als sie während der vergangenen Jahrzehnte war. Eine wachsende Anzahl von Personen mit Migrationshintergrund wird in Baden-Württemberg leben (vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2007). Diese verteilen sich sehr unterschiedlich auf die verschiedenen Regionen (vgl. Abb. 4) und Gemeindetypen. Das Muster entspricht in etwa dem der Verteilung der ausländischen Staatsangehörigen in Baden-Württemberg, die sich überwiegend in den Ballungsräumen niedergelassen haben, während in eher ländlich geprägten Kreisen nur sehr geringe Ausländeranteile anzutreffen sind (vgl. Abb. 5).

Abb. 4: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Regionen Baden-Württembergs und dem Stadtkreis Stuttgart 2007



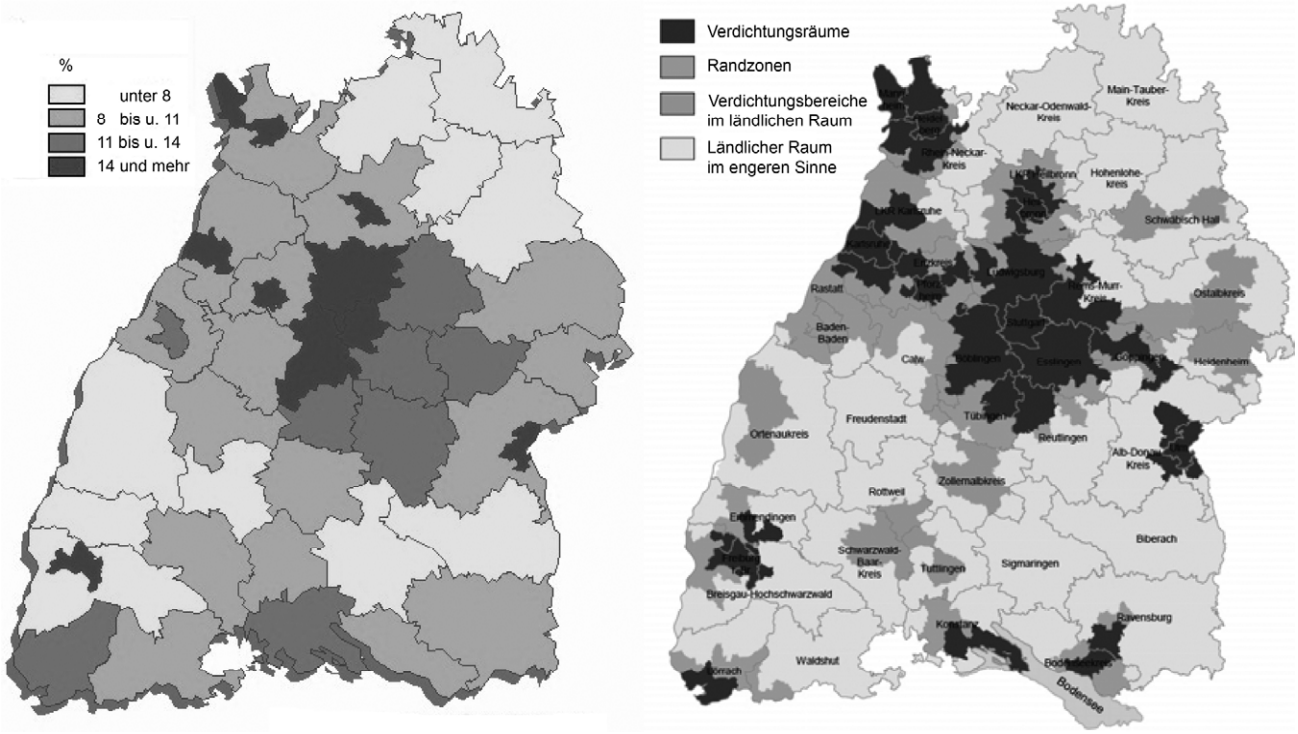
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2008a (leicht verändert)

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund liegt in den jüngeren Altersgruppen deutlich höher als in den mittleren oder älteren Jahrgängen der Bevölkerung. So hat bei den unter 18-Jährigen jeder Dritte (knapp 34%) einen Migrationshintergrund, d.h. eigene Migrationserfahrung oder mindestens einen Elternteil mit Migrationserfahrung. In der Bevölkerungsgruppe der 18- bis unter 60-Jährigen liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei 27%, bei den 60-Jährigen und Älteren beläuft sich dieser Anteil dagegen bisher nur auf gut 14% (Hin, Schmidt 2006).

Eine entscheidende Rolle hinsichtlich des zukünftigen Wohnungsbedarfs spielt die Anzahl der Privathaushalte. Aktuelle Vorausrechnungen des Statistischen Landesamts (Brachat-Schwarz 2010) gehen von einer bis 2020 um insgesamt ca. 2,2% anwachsenden Zahl der Privathaushalte auf dann ca. 5,09 Mio. aus, dies bedeutet eine Steigerung um jährlich ca. 0,2% bzw. um ca. 10.000 Haushalte. Ab 2020 wird ein kontinuierlicher Rückgang erwartet, sodass im Jahr 2020 die Zahl der Haushalte um etwa 4% unter der im heutigen Stand läge.

Die jährliche Zunahme an Wohnungen betrug in Baden-Württemberg im Zeitraum 1999 bis 2009 durchschnittlich ca. 33.000. Die jährlich zu erwartenden 10.000 zusätzlichen Haushalte bis zum Maximalwert im Jahr 2020 würden demzufolge auch bei einer deutlich gedrosselten Neubautätigkeit versorgt. Hier dürften sich allerdings die regional sehr unterschiedlichen Nachfragestrukturen dahingehend auswirken, dass weiterhin örtliche Engpässe auf dem Wohnungsmarkt insbesondere in den Ballungsräumen einem Überangebot in zahlreichen ländlich geprägten Gebieten gegenüberstehen werden.

Abb. 5: Gegenüberstellung des Ausländeranteils in den Kreisen (2009) und der Raumkategorien des Landesentwicklungsplans für Baden-Württemberg (2002)



Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010b (links); Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg 2002 (rechts)

Neben den zahlenmäßigen und altersstrukturellen Veränderungen der Bevölkerung und der Privathaushalte ergeben sich räumliche Verlagerungen sowie soziokulturell bedingte Verhaltensänderungen.

Einige dieser demographischen Veränderungen werden direkte Auswirkungen auf Landschaftsnutzung und -gestalt haben, während andere das räumliche Bild des Landes außerhalb der großen Städte kaum beeinflussen dürften.

3 Demographische Rahmenbedingungen in den Untersuchungsregionen

Die Mitglieder des Arbeitskreises haben zu verschiedenen Teilräumen des Landes Fallstudien vorgelegt. Zur besseren Vergleichbarkeit werden hier kurz die jeweiligen demographischen Rahmenbedingungen für die Kommunen Bad Wimpfen, Eisenbach (Hochschwarzwald), Endingen, Fröhnd, Gundelsheim, Häg-Ehrsberg und Offenau zusammengestellt. Für die in den Fallstudien untersuchten Ortschaften Amoltern und Königschaffhausen am Kaiserstuhl standen keine ortsteilbezogenen Daten, sondern nur die Daten der Gesamtgemeinde Endingen zur Verfügung.

Im vergangenen Jahrzehnt haben von den in diesem Band betrachteten Gemeinden v.a. die im Schwarzwald gelegenen Orte Eisenbach (Hochschwarzwald) und Häg-Ehrsberg sowie die Stadt Gundelsheim an Bevölkerung verloren. Die Zahlen in Fröhnd stagnierten, alle übrigen Kommunen verzeichneten Zuwächse.

Der natürliche Saldo war in den Schwarzwaldgemeinden Eisenbach (Hochschwarzwald), Fröhnd und Häg-Ehrsberg sowie in Offenau im Landkreis Heilbronn in den Jahren 2007 bis 2009 positiv, in den größeren Untersuchungsgemeinden dagegen negativ. Auch Baden-Württemberg insgesamt wies in diesem Zeitraum einen leicht negativen Geburtensaldo von -0,42 auf.

Tab. 2: Basisdaten zur Bevölkerung in den untersuchten Gemeinden

	Einheit	Bad Wimpfen	Gundelsheim	Offenau	Endingen	Eisenbach	Fröhnd	Häg-Ehrsberg	Baden-Württemberg
EW 2009	Anzahl	6.850	7.223	2.697	9.091*	2.173	489	863	10.475.932
EW 1999	Anzahl	6.732	7.477	2.577	8.588	2.352	489	883	10.475.932
Prognose bis 2030	Anzahl	7.013	6.915	x	9.348	x	x	x	10.373.552
Zu-/Abnahme 1999–2009	[%]	1,7	-3,4	4,7	5,9	-7,6	0	-2,3	2,6
Prognose bis 2030 m. Wand.	[%]	1,1	-4,7	x	1,8	x	x	x	-3,5
Geburtensaldo 2007–2009	je 1.000 EW	-4,1	-5,6	1,48	-2,53	1,21	5,42	1,96	-0,42
Wanderungssaldo 2005–2009	je 1.000 EW	2,8	-2,7	-3	3,1	-10,8	-7,3	-3	0,63
Durchschnittsalter 2009		44,7	42,8	41,4	42,4	43,3	42,2	40,6	42,5
Durchschnittsalter 2030		48,6	47,4	45,9	48,2	45,6	45,9	44,8	46,6
Ausländeranteil 1999	[%]	12,7	9,6	14,8	6	10,1	x	x	12,5
Ausländeranteil 2009	[%]	10,2	7,6	12,4	6	7,7	x	x	11,8

x = keine Daten
* davon Amoltern: ca. 430, Königschaffhausen: ca. 1.140

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011c

Der Ausländeranteil liegt in Bad Wimpfen und Offenau im Heilbronner Umland am höchsten, übersteigt aber nur in Offenau mit 12,4% den Landesdurchschnitt. Dieser Wert könnte auf die zahlreichen nahegelegenen Arbeitsplätze in der Automobilindustrie und im produzierenden Gewerbe zurückzuführen sein. Dagegen verzeichnet die Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald) trotz einer sehr hohen lokalen Arbeitsplatzzahl, ebenfalls überwiegend im produzierenden Sektor, nur einen Anteil von 7,7%. In den übrigen Gemeinden liegt der Anteil ausländischer Einwohner deutlich unter dem landesweiten Durchschnitt. In allen Gemeinden ging – wie in ganz Baden-Württemberg – der Ausländeranteil während des vergangenen Jahrzehnts zurück, am stärksten in Eisenbach (Hochschwarzwald). Ob sich dies eher auf Rück-/Abwanderung oder auf eine höhere Anzahl von Einbürgerungen zurückführen lässt, war im Rahmen dieser Untersuchung nicht nachzuvollziehen. Während ein geringer Ausländeranteil bzw. dessen Rückgang von vielen Kommunen angesichts der in diesem Bereich zu erbringenden besonderen Bildungs- und Integrationsleistung bislang eher als Vorteil betrachtet wurde, könnte dies für die Zukunft angesichts der geringer werdenden „Verteilmasse“ an Zuwanderern jedoch durchaus auch als Alarmzeichen für eine mangelnde Anziehungskraft der jeweiligen Gemeinde bewertet werden.

Die Wanderungssalden des Zeitraums 2005 bis 2009 weisen für die untersuchten Kommunen extreme Unterschiede auf. Nur Bad Wimpfen und Endingen verzeichnen Wanderungsgewinne. Bei genauerer Analyse (vgl. Tab. 2) zeigt sich, dass dies in beiden Fällen u.a. auf überdurchschnittlich hohen Zuzugszahlen in der Altersgruppe der über 75-Jährigen beruhen dürfte.

Tab. 3: Durchschnittlicher jährlicher Wanderungssaldo nach Altersgruppen 2005 bis 2009 in den untersuchten Gemeinden

Altersgruppen		Bad Wimpfen	Gundelsheim	Offenau	Endingen	Eisenbach (Hochschw.)	Fröhnd	Häg-Ehrsberg	Baden-Württemberg
Anzahl je 1.000 Einwohner									
Insgesamt		2,8	-2,7	-3	3,1	-10,8	-7,3	-3	0,8
Davon im Alter von … bis unter … Jahren									
	unter 18	2,8	3,3	2,9	2,6	-8,4	-25,8	14,5	1,3
	18–25	-9,6	-29,7	-40,1	-19,8	-58,4	-22,3	-34,3	10,8
	25–35	0,2	-0,8	19,9	-6,8	-17,6	12,4	0	1,4
	35–50	6,5	-8,3	0,9	0,6	0,8	0	19	-0,2
	50–65	0,9	-2,9	-1,7	7,6	-3,6	-2,6	-12,8	-1,2
	65–75	6,5	-4,4	-11,8	7,7	-5,0	3,9	-13,8	-1,9
	über 75	6,7	24,7	-19,9	33,8	-18,7	-14,7	-56,0	-0,8

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011c

Die nach Altersgruppen aufgeschlüsselte Wanderungsübersicht für den Fünfjahres-Zeitraum 2005 bis 2009 zeigt ein sehr uneinheitliches Bild, das weder Parallelen zwischen einzelnen Gemeinden noch in abgrenzbaren Naturräumen (Schwarzwald, „Unterland“ etc.) aufweist (vgl. Tab. 3).

In sämtlichen untersuchten Gemeinden zeigt sich ein deutlich negativer Wanderungssaldo in der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen – im Gegensatz zum landesweit hohen Zuwachs in dieser Altersgruppe, erklärbar sicherlich durch die Anziehungskraft der Universitätsstädte und der ausbildenden Betriebe in den Zentren.

Offenau und Fröhnd verzeichnen Wanderungsüberschüsse insbesondere in der Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen, die meist noch vor der Familienbildungsphase stehen. Leichten Zuwachs an „Häuslebauern“, d.h. der Altersgruppe der 35- bis 50-Jährigen und deren Kinder unter 18, weisen Offenau und Eisenbach auf, Bad Wimpfen und Häg-Ehrsberg gewannen in dieser Altersgruppe besonders hinzu.

Bei den 65- bis 75-Jährigen und stärker noch in der Gruppe der über 75-Jährigen zeigt sich ein extrem geteiltes Bild. Stark überdurchschnittlichen Zuwanderungsraten in Bad Wimpfen, Gundelsheim und Endingen (s.o.) stehen zahlreiche Abwanderer in den kleineren Kommunen gegenüber. In kleinem Maßstab entspricht dies dem bundesweit postulierten Trend der Älteren „Zurück in die Stadt“ – hier in die Kleinstadt –, dies steht jedoch in Widerspruch zu dem im Folgenden in Abb. 9 gezeigten positiven Wanderungssaldo des ländlichen Raums in der Altersgruppe der über 60-Jährigen in Baden-Württemberg.

Verallgemeinerbare Trends lassen sich aus den Werten zur Bevölkerungsentwicklung der untersuchten Gemeinden somit nicht ableiten; vielmehr spiegeln sie die sehr heterogene Situation der verschiedenen Teilräume innerhalb des Landes Baden-Württemberg und der dort anzutreffenden unterschiedlichsten Merkmalskombinationen wider.

4 Auswirkungen demographischer Veränderungen auf unterschiedliche Elemente der Kulturlandschaft

4.1 Land- und Forstwirtschaft

In einigen europäischen Regionen ist auch heute noch die Landwirtschaft so wenig mechanisiert, dass ein hoher Anteil aller Erwerbstätigen dort Beschäftigung findet und die Landschaft durch eher kleinteilige, den natürlichen Gegebenheiten angepasste Anbauformen geprägt wird. Andere europäische Länder befinden sich dagegen in einer Phase intensiver Spezialisierung und Professionalisierung der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen. Landwirtschaft wird hier nach auf europäischer Ebene vorgegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von immer weniger und immer stärker spezialisierten landwirtschaftlichen Betrieben realisiert (vgl. Poiret 1999).

Baden-Württemberg ist in seiner gesamtwirtschaftlichen Ausrichtung auf hoch qualifizierte Firmen mit globaler Perspektive orientiert. Landwirtschaft spielt hinsichtlich ihres Anteils an Bruttosozialprodukt und Beschäftigung eine untergeordnete Rolle.[2] Bedingt durch die topographischen und klimatischen Gegebenheiten sind viele der Mittelgebirgslagen Baden-Württembergs für eine durchrationalisierte Landwirtschaft nicht geeignet und werden nur noch teilweise von Nebenerwerbslandwirten mitbewirtschaftet. Schon seit Längerem sind die übrig gebliebenen Vollerwerbslandwirte auf der Suche nach neuen Einkommensquellen.

Ein vergleichsweise hoher Anteil an Sonderkulturen trägt zu einem nach wie vor abwechslungsreichen und dem allgemeinen Empfinden nach „schönen“ Landschaftsbild bei. Angesichts der zurückgehenden landwirtschaftlichen Nutzung von Grenzertragsflächen durch die Konkurrenz günstiger zu erzeugender Produkte aus anderen Ländern wurde in den vergangenen Jahren die Aufrechterhaltung des bestehenden Landschaftsbildes und des dort noch anzutreffenden Artenreichtums durch Landschaftspflegemaßnahmen verstärkt gefördert. Aktuell zeichnet sich ab, dass in naher Zukunft in Form von Biomasse und erneuerbaren Rohstoffen eine die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen prägende großräumige Veränderung der Anbaugewohnheiten eintreten dürfte (vgl. BMVBS, BBR 2008).

Auf Struktur und räumliche Auswirkungen der Entwicklung der Landwirtschaft haben die demographischen Veränderungen voraussichtlich einen vergleichsweise geringen Einfluss. Weder ist davon auszugehen, dass sich die Gesamtzahl der Einwohner mittelfristig in einem Maße verringert, das die quantitative Nachfrage nach landwirtschaftlich erzeugten Nahrungsmitteln erheblich verändern wird, noch verändert die Alterung oder die inhomogenere Zusammensetzung der Bevölkerung diese Nachfrage merklich. Auch die Nachfrage nach Energie für Haushalt, Heizung und Mobilität wird durch die sich ändernde Altersstruktur oder zunehmende Migrantenanteile kaum modifiziert werden. In Bezug auf Nutzung und Gestalt der land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen dürften vielmehr die Einflüsse überwiegen, die von gesetzlichen Rahmenbedingungen auf EU-Ebene, Handelsbeschränkungen oder -erleichterungen und den auf dem Weltmarkt zu erzielenden Preisen auf die Landnutzungspraxis landwirtschaftlicher Betriebe ausgehen.

[2] Beitrag der Landwirtschaft zur Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg 2005: 0,7 % (Thalheimer 2006).

4.2 Siedlungsentwicklung

Die Siedlungsentwicklung führt dort zu einer Veränderung der Kulturlandschaft, wo

- Neubautätigkeit stattfindet,
- sich die Nutzung von Bestandsgebäuden durch Umbau ändert,
- Nutzungen von Gebäuden gänzlich aufgegeben werden und es zu Leerstand und/oder Abbruch kommt sowie
- sich durch räumliche Verlagerung, Intensivierung oder Rückgang von Nutzungen Veränderungen von Verkehrsströmen ergeben, die wiederum zu baulichen Veränderungen von Verkehrsinfrastrukturen führen können.

Die zukünftige Siedlungsentwicklung wird deutlich von der sich ändernden Bevölkerungsstruktur beeinflusst werden, insbesondere hinsichtlich zukünftiger Neubautätigkeit nach Form, Bauweise und räumlichen Schwerpunkten, der Nutzung des Bestandes sowie von Flächenneuausweisung, -umwidmung und ggf. sogar -renaturierung. Die demographisch bedingten zukünftigen Ausprägungen des Siedlungs- und v. a. Wohnungsbaus werden damit dynamische Veränderungen der Kulturlandschaft auslösen.

Verändert sich die Bevölkerungsstruktur weiter in Richtung der anfangs genannten Schlagworte „Weniger, älter, bunter“, ergeben sich daraus konkrete Folgen für unterschiedliche siedlungsbezogene Aspekte der Kulturlandschaftsentwicklung.

Veränderungen der Haushaltszahlen und der Wohnflächennachfrage

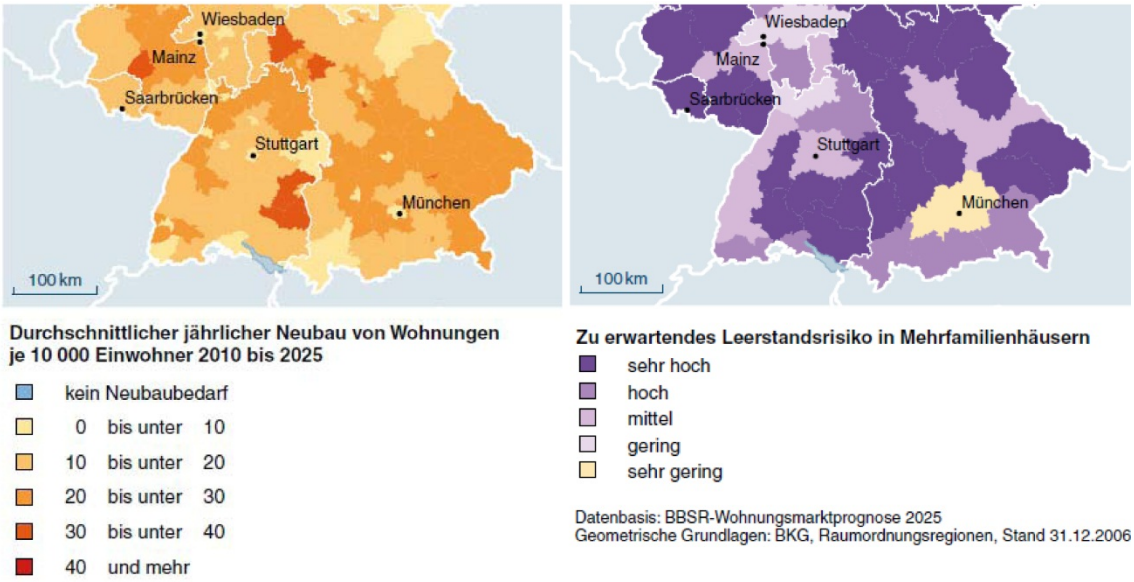
Die reine Kopfzahl der Bevölkerung ist für die Fläche nachgefragten Wohnraums von eher untergeordneter Bedeutung. Es überwiegen als Einflussfaktoren vielmehr die Entwicklung der Zahl der privaten Haushalte sowie wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen.

Die allen Prognosen zufolge weiter sinkenden Haushaltsgrößen haben trotz zurückgehender Einwohnerzahlen zunächst noch steigende Haushaltszahlen zur Folge – allerdings wächst bis 2020 bundesweit voraussichtlich nur noch die Anzahl der Haushalte der 45- bis 65-Jährigen (um ca. 1,2 Mio.) und der über 65-Jährigen (um ca. 1 Mio.), die Zahl der von unter 45-Jährigen gebildeten Haushalte sinkt dagegen um ca. 1,1 Mio. (Krings-Heckemeier 2005). Die Anzahl benötigter Wohnungen, insbesondere für Ältere, wird daher noch für eine gewisse Zeitspanne wachsen.

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat 2010 ergänzend zur Raumordnungsprognose 2025 eine weitere Untersuchung zum Wohnungsbedarf herausgegeben, die abweichend von den bisher angenommenen hohen bundesweiten Wanderungssalden (200.000/Jahr) mit einer durchschnittlichen Zuwanderung von ca. 65.000 Personen/Jahr und einem modifizierten Wanderungsverhalten innerhalb Deutschlands rechnet (BBSR 2010). Daraus leiten sich bundesweit insgesamt geringfügig sinkende Haushaltszahlen und eine sehr verhaltene Neubautätigkeit ab. Die regionalen Differenzierungen nehmen dagegen zu.

Diese Wohnungsmarktprognose des BBSR errechnet für Baden-Württemberg flächendeckend Neubaubedarf im Ein- und Zweifamilienhaussektor (vgl. Abb. 6). Im Geschosswohnungsbau wird dagegen landesweit von einem erheblichen zukünftigen Überangebot ausgegangen, Ausnahmen hiervon bilden der Ballungsraum Stuttgart und die Rheinschiene.

Abb. 6: Wohnungsmarktprognose des BBSR 2010 bis 2025

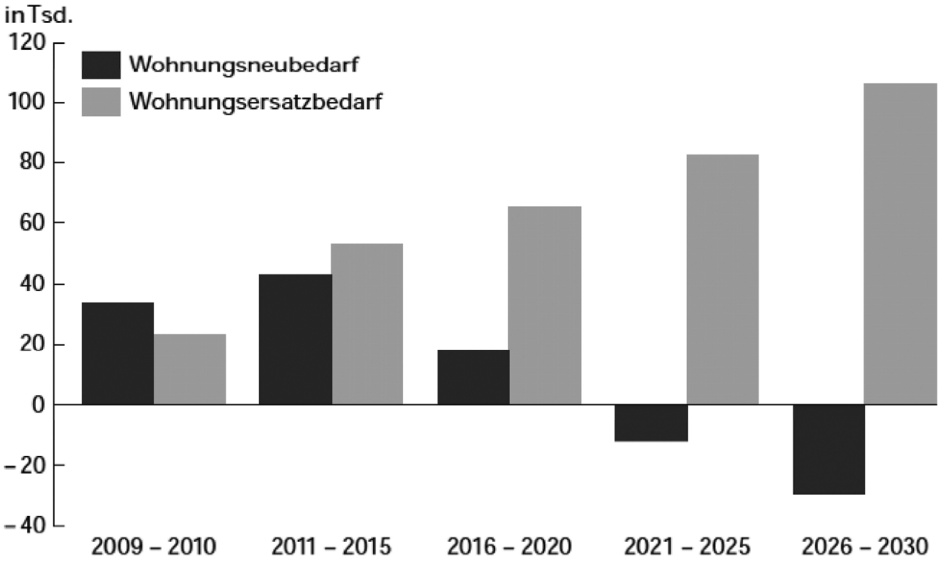


Links: Neubau nach Gebäudetypen auf Kreisebene bis 2025, Ein- und Zweifamilienhäuser
Rechts: Leerstandsrisiko im vermieteten Geschosswohnungsbau, bis 2025

Quelle: BBSR 2010: 7,10

In der Vorausrechnung des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg (veröffentlicht 08/2010) werden auf Basis der aktuellen Bevölkerungsprognose ein Haushaltszuwachs von insgesamt nur noch 2,2% im Zeitraum 2008 bis 2020 und ein ab 2020 beginnender Rückgang erwartet (vgl. Abb. 7). Damit reduzieren sich auch die Zahlen des zukünftigen Wohnungsneubaus und -ersatzbedarfs.

Abb. 7: Voraussichtliche Entwicklung des Wohnungsbedarfs in Baden-Württemberg bis 2030



Quelle: Schmitt, de la Croix 2011

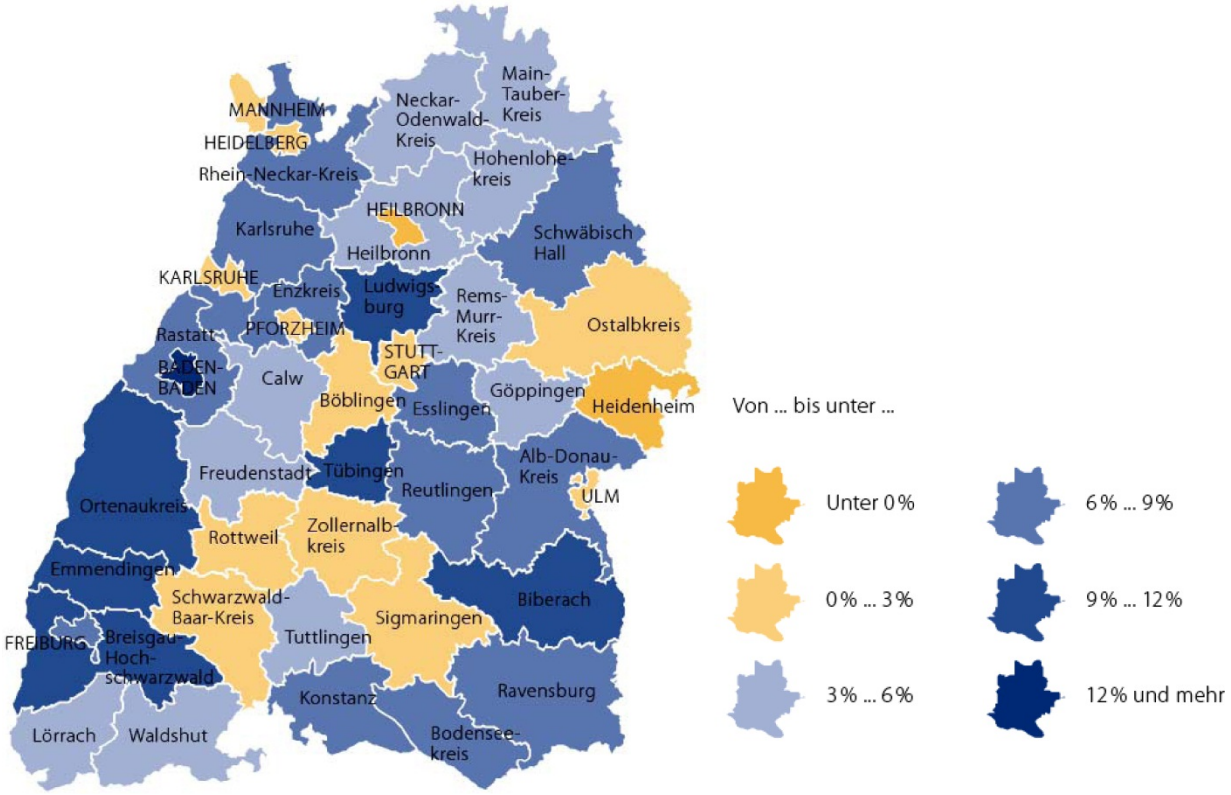
Bezüglich der räumlichen Verteilung der Haushalte erwartet beispielsweise das von der L-Bank beauftragte Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) für Baden-Württemberg bis 2020 erste Rückgänge im Landkreis Heidenheim und nur noch

minimale Wachstumsraten im Bereich der Schwäbischen Alb, dem Ostalbkreis sowie in den Stadtkreisen (vgl. Abb. 8).

Ob sich die Menge der nachgefragten Wohnfläche insgesamt mit stagnierenden bzw. sinkenden Einwohnerzahlen langfristig verringern wird, wird maßgeblich von den in den kommenden Jahrzehnten herrschenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängen. Einen Nachfragerückgang bremsen wird dabei noch über längere Zeit der Remanenz-Effekt – d.h. die durch Auszug oder Tod von Familienmitgliedern ansteigende spezifische Wohnfläche der in der Wohnung verbleibenden Person(en).

Die zahlreich vorliegenden Vorausrechnungen unterschiedlicher Autoren sowohl zu Bevölkerungszahl und -verteilung als auch zu Haushaltszahlen und Wohnungsbedarf sind in ihren Ergebnissen recht uneinheitlich. Feststehen dürfte jedoch die Tatsache einer mittelfristig abnehmenden Einwohnerzahl, der zunehmenden Überalterung, einer Zunahme der Einpersonenhaushalte und entsprechend sinkender Nachfrage nach Einfamilienhäusern sowie eine Verlagerung der Nachfrage in Ballungsräume und kleinere Zentren.

Abb. 8: Erwartete Veränderung der Haushaltszahlen 2006 bis 2020



Quelle: L-Bank Baden-Württemberg; IAW 2007

Ausmaß und Verteilung von Wanderungen ist entscheidend

Angesichts der negativen natürlichen Bevölkerungssalden stellen Zuwanderung und die Verteilung der Binnenwanderungen innerhalb des Landes die entscheidenden Faktoren für die zukünftige Wohn- und Bauflächennachfrage dar.

Hinsichtlich der Verteilung der Wohnflächennachfrage sind die Standortqualitäten entscheidend, die zu wesentlichen Teilen durch das Vorhandensein von Arbeitsplätzen, die Erreichbarkeit, die Infrastruktur, das Bildungsangebot und ein attraktives Preis-Leistungs-Verhältnis von Wohnfläche bestimmt werden. Je nach Altersgruppe und

Haushaltszusammensetzung werden diese Kriterien jedoch von den einzelnen Wohnflächen-Nachfragern unterschiedlich gewichtet.

Ältere wohnen überwiegend in ihrer Wunsch- bzw. endgültigen Wohnung, über 60% im Eigenheim (Stand: 2003). Die heute 60- bis 65-Jährigen weisen die höchste Wohneigentumsquote aller Altersgruppen auf (Braun, Pfeiffer 2004).

Ab einem Alter von ca. 70 Jahren steigt die durchschnittliche Umzugshäufigkeit wieder an; die Umzugsrichtung geht sowohl aus der Kernstadt in Richtung Land als auch umgekehrt (Krings-Heckemeier 2007). Ältere bevorzugen jedoch mittlerweile nicht mehr länger das Einfamilienhaus, sondern die Miet- oder Eigentumswohnung an zentralen Standorten mit guter Infrastruktur und damit eine verdichtete Bauweise, die i.d.R. zum einen vergleichsweise wenig zusätzliche Siedlungsfläche pro Person in Anspruch nimmt und sich zum anderen auf zentrale Lagen konzentriert. Parallel zu dieser bundesweit festzustellenden Entwicklung lassen sich jedoch in Baden-Württemberg deutliche Wanderungstendenzen Älterer in Richtung ländlicher Räume nachweisen (vgl. Abb. 9).

Abb. 9: Wanderungen der über 60-Jährigen nach Raumkategorien des LEP 2002 in Baden-Württemberg für die Jahre 2004 bis 2006

60-Jährige und Ältere	Einheit	Verdichtungsräume (VR)	Randzonen der VR	Verdichtungsbereiche im ländlichen Raum	Ländlicher Raum im engeren Sinn
Anteil an Gesamtbevölkerung	%	*23,9*	*23,6*	*24,9*	*22,9*
Wanderungssaldo	Anzahl absolut	– 14.682	+ 2.109	– 671	+ 2.078
	je 1.000 Einwohner[1)]	– 11	+ 6	– 3	+ 3
Wanderungssaldo der Deutschen	Anzahl absolut	– 7.677	+ 3.010	– 16	+ 2.978

1) Bezogen auf den Durchschnitt der entsprechenden Bevölkerung der Jahre 2004 bis 2006.

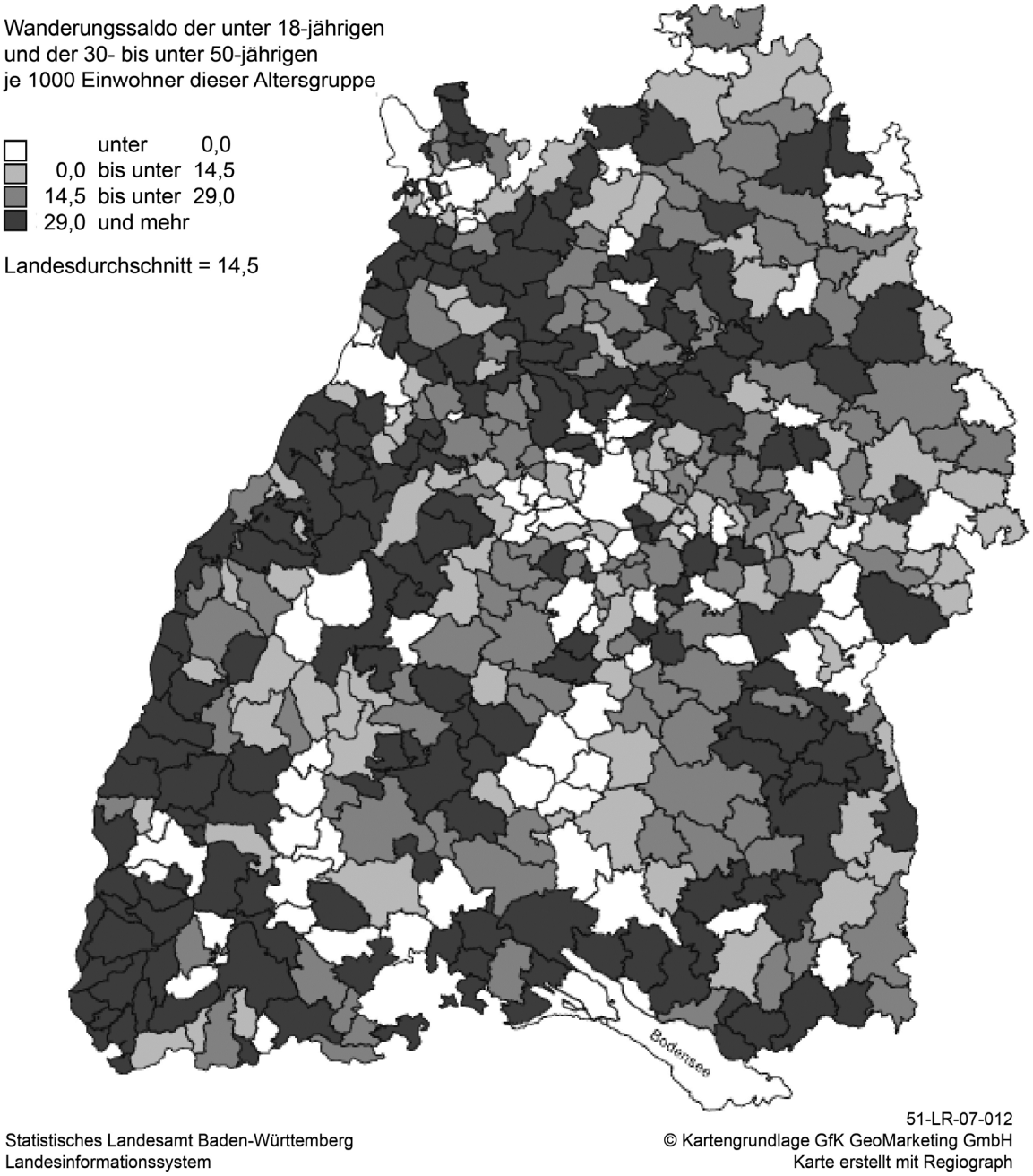
Quelle: Schwarck 2008

Hier ist – zumindest rückblickend auf die vergangenen Jahre – eine klare Präferenz für ländlich geprägte Räume ablesbar. Inwieweit sich in dieser Altersgruppe angesichts der Ausdünnung von Infrastruktur im ländlichen Raum und der zunehmenden Bemühungen der Städte, attraktiven Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen anzubieten, auch innerhalb Baden-Württembergs mittelfristig der bundesweit postulierte Trend „Zurück in die Städte“ durchsetzt, muss weiterhin kritisch beobachtet werden.

Ein- und Zweifamilienhäuser und damit verbunden eine oft neu auszuweisende Siedlungsfläche werden überwiegend von der Gruppe der „jungen Familien“ (die zum Zeitpunkt der Familiengründung das Alter von 35 bis 40 Jahren durchaus schon überschritten haben können) nachgefragt.

Wanderungen junger Familien und damit der „Flächennachfrager und Landschaftsveränderer“ konzentrierten sich in den vergangenen Jahren auf Ballungsräume – hier jedoch nicht die Kernstädte – sowie auf gut erschlossene ländliche Räume. Periphere ländliche Bereiche weisen dagegen trotz teilweise sehr geringer Immobilienpreise auch in dieser Bevölkerungsgruppe bereits unter dem Landeswert liegende Wanderungsraten auf, wie die folgende Grafik des Statistischen Landesamts illustriert (vgl. Abb. 10).

Abb. 10: Familienwanderer in den Gemeinden Baden-Württembergs 2001 bis 2005



Quelle: Ridderbusch 2008

Bisherige Erfahrungen zeigen, dass sich auch Migranten bevorzugt in Ballungsräumen, nahe potenzieller Arbeitsplätze und mit Kontaktmöglichkeiten zu Bürgern ähnlicher Herkunft, niederlassen. Ihre Wohneigentumsquote lag 2006 mit etwa 28,7% nach wie vor deutlich unter den Werten der Bevölkerung mit deutschem Pass (51,6%).[3] Der Anteil ausländischer Besitzer von Eigentumswohnungen in städtischem Kontext überwiegt bei Weitem den der ausländischen Hausbesitzer. Eigene Untersuchungen in mehreren ländlichen Gemeinden des Landkreises Rastatt belegen, dass in den neueren Baugebieten trotz relativ hoher Ausländeranteile der Orte praktisch keine Migranten

[3] Daten Statistisches Bundesamt 2008 nach: Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland, Working Paper der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aus der Reihe „Integrationsreport“.

wohnen. Diese konzentrieren sich vielmehr auch im ländlichen Raum in den alten Ortskernen in eher einfach ausgestatteten Gebäuden bzw. Mietwohnungen. Als zukünftige Bewohner neu zu errichtender Einfamilienhausgebiete am Rande bestehender ländlicher Siedlungen sind Migranten vermutlich auch in Zukunft nur in marginaler Zahl zu erwarten.

Lokal dürfte es zu Wechselwirkungen zwischen einer alternden Bevölkerung, Einbußen in der Infrastrukturausstattung und dadurch verstärkten Tendenzen zum Wegzug bzw. zum Ausbleiben von Zuzug kommen. Dies wird voraussichtlich überwiegend die heute schon am dünnsten besiedelten Gebiete treffen. Angesichts der insgesamt nur geringfügig sinkenden „Verteilmasse“ während der kommenden Jahrzehnte – für das Jahr 2025 wird in Baden-Württemberg eine Bevölkerungszahl erwartet, die um gut 200.000 unter der heutigen liegt – bleibt abzuwarten, ob sich neue Wanderungstendenzen in Richtung von Orten mit extrem billig gewordenem Immobilienangebot o.ä. ergeben. Hier spielen jedoch auch Mobilitätskosten eine erhebliche Rolle, die wiederum von Entwicklungen auf dem Weltmarkt, den Möglichkeiten zum Ersatz fossiler Treibstoffe durch nachwachsende Rohstoffe etc. abhängen.

Rein rechnerisch ergibt sich schon heute für einige Teilräume eine Überversorgung hinsichtlich der Anzahl der vorhandenen Wohnungen. Dies dürfte sich verstärken und auf weitere Teilräume ausbreiten. Da dennoch für einen nicht unerheblichen Anteil der sinkenden Zahl junger Familien das eigene (neue!) Haus Ziel und Lebenstraum bleiben wird, dürfte es in ländlichen Regionen zu einer Parallelität von wachsendem Leerstand auch älterer Einfamilienhäuser bei gleichzeitigem moderaten weiteren Flächenwachstum kommen.

Für Siedlungsbild und Landschaft dieser Regionen hätte dies negative, die örtliche Position im Standortwettbewerb weiter verschlechternde Folgen: Verlust der baulichen Identität der Orte durch Leerstand der ortsbildprägenden Bereiche und zugleich eine fortdauernde negative Veränderung des Landschaftsbildes, das gerade dort, wo weder Arbeitsplätze noch eine gute Erreichbarkeit gegeben sind, neben den niedrigen Wohnkosten eines der wenigen zugkräftigen Argumente bei der Anwerbung neuer Einwohner wäre.

Mehrere Untersuchungen belegen, dass auch in Baden-Württemberg der Leerstand historischer Wohn- und Wirtschaftsgebäude schon heute teilweise bedenkliche Ausmaße annimmt. Hier sei auf die Ergebnisse des Projektes „MELAP“ des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg verwiesen, das in Ortskernbereichen Leerstandsquoten von teilweise über 20% ergab (vgl. Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg 2009). Während MELAP sich auf Orte mit erkennbaren Problemen beschränkte, wurden bei eigenen Untersuchungen kleiner Gemeinden in Baden-Württemberg sowohl in schrumpfenden als auch in prosperierenden Gemeinden Leerstandsquoten von mindestens 5% bis maximal ca. 20% aller Gebäude im Ortskern einzelner Dörfer ermittelt. Betroffen waren fast ausschließlich regionaltypische historische Gebäude mit einem Baujahr vor 1950 sowie einzelne ehemals gewerblich genutzte Gebäude.

Forschungsergebnisse (Grabski-Kieron, Henseler 2008) aus anderen Flächenländern belegen ebenfalls die akute Bedrohung des regionaltypischen Baubestands vieler kleiner, ehemals landwirtschaftlich geprägter Orte.

Abb. 11: Freudenstadt-Obermusbach

Leerstand ortsbildprägender Gebäude (weiß überzeichnet)

Fotos: Susanne Dahm

Wechselwirkungen zwischen Siedlungsentwicklung und Kulturlandschaft

Die bevorstehenden demographischen Veränderungen beeinflussen die Siedlungstätigkeit und damit die Kulturlandschaft in qualitativer sowie in regionaler Hinsicht. Die sich ändernde Bevölkerungszusammensetzung mit einem wachsenden Anteil Älterer und einem steigenden Anteil von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund wird sich auf die nachgefragte Wohnform sowie den Wohnstandort auswirken.

Veränderungen der Kulturlandschaft durch Neubautätigkeit und Siedlungsflächen-Ausdehnung sind hauptsächlich an denjenigen Orten zu erwarten, die für den Zuzug attraktiv bleiben. Attraktive Lagen in den Ballungsräumen dürften damit – auf Kosten peripherer Räume – Einwohner hinzugewinnen. Die pro Jahrgang zu erwartende Anzahl potenzieller „Häuslebauer“ in den klassischen suburbanen und insbesondere ländlichen Neubaugebieten geht dagegen zurück. Das bedeutet, dass die fortschreitende Veränderung der Kulturlandschaft durch den Bau von (Einfamilienhaus-)Siedlungen auf vormalig landwirtschaftlich genutzten Flächen sich insgesamt möglicherweise deutlich verlangsamt. Diese Entwicklung wird regional sehr unterschiedlich ausfallen, im städtischen Umland und nahe infrastrukturell gut ausgestatteter Mittelstädte weniger ausgeprägt als in dünner besiedelten Regionen.

Mit dem heutigen Wissensstand kann als gesichert gelten, dass sich Änderungen der Siedlungsnutzung und des Siedlungsbildes in kleineren Gemeinden nahezu flächendeckend durch das Leerfallen bestimmter Gebäudetypen ergeben werden – dies trifft mit Sicherheit „Bauernhäuser“[4] und ländliche Gewerbebauten, möglicherweise Ein- und Zweifamilienhäuser der 1950er bis 1980er Jahre.

In ländlichen, vergleichsweise dünn besiedelten und damit infrastrukturell zukünftig ungenügend versorgten Lagen wird voraussichtlich ein neues Bild die Orte prägen: Leer stehende historische Gebäude in den Ortskernen und zugleich leer stehende, weil unverkäufliche Ein- und Zweifamilienhäuser der 1950er bis 1980er Jahre in den Randbereichen. Durch die meist großen Gärten dieser Nachkriegsbauten könnte ein neuer Typus von innerörtlicher Wildnis entstehen, in dem die teilweise exotischen Kulturpflanzen der ehemaligen Gärten ihre Durchsetzungskraft gegenüber Brombeeren und sonstigen Kulturfolgern unter Beweis stellen könnten.

Leerstand, Verfall, Abriss und anschließender Neubau von nicht mehr dem Stand der Technik entsprechenden Wohn- und landwirtschaftlichen Gebäuden sind seit Anbeginn menschlicher Siedlungstätigkeit der Normalfall. Abgesehen von herausragenden Ge-

[4] Unter dem Begriff „Bauernhaus“ werden hier vor ca. 1950 gebaute, durch regionale Bautraditionen geprägte Gebäude zusammengefasst.

bäuden für religiöse, repräsentative oder Verteidigungszwecke wurde auch früher kein Nutzgebäude um seiner selbst willen erhalten und konserviert.

Neu ist jedoch, dass seit den fünfziger Jahren die „nachwachsende Generation“ von Gebäuden in ihrem Erscheinungsbild keiner Region und schon gar keinem einzelnen Ort mehr zuzuordnen ist. Dies gilt sowohl für Alltags- als auch für Repräsentativgebäude, für private Bauten ebenso wie für öffentliche.[5] Jedes verloren gehende regionaltypische Gebäude ist damit ein unersetzlicher und unwiederbringlicher Verlust. In vielen kleinen Orten lässt sich die Zahl historischer Gebäude schon heute buchstäblich an den Fingern abzählen.

Auf der anderen Seite ist jedoch mit den heutigen vorhandenen technischen Mitteln und Materialien die Anpassung historischer Gebäude an zeitgemäße Wohn- und Nutzungsbedürfnisse ohne Abstriche hinsichtlich der Wohn- und energetischen Standards realisierbar. Aus dem als Grundsatz im Raumordnungsgesetz (§ 2 Abs. 2 Nr. 5 ROG) genannten Schutz der Kulturlandschaft ergibt sich daher die Notwendigkeit zu über das bisherige Maß hinaus gehenden Erhaltungs- und Aufwertungsmaßnamen regionaltypischer Bauten.

Ob die insgesamt baulich genutzte Fläche weiter in ähnlichem Maße wie bisher zunimmt und an welchen Orten auch im ländlichen Raum trotz der oben skizzierten Entwicklungen evtl. neue Gebäude in nennenswerter Anzahl errichtet werden, hängt von zahlreichen, nicht durch die demographische Entwicklung geprägten Faktoren und nicht zuletzt den gesetzlichen und planerischen Rahmensetzungen ab. Zumindest eine Verlangsamung der Siedlungsflächenausdehnung ist jedoch sehr wahrscheinlich.

4.3 Soziale Infrastruktur und Einzelhandel

Die zurückgehende Auslastung einzelner sozialer Infrastrukturangebote, bedingt durch die sich ändernde Altersstruktur und modifizierte Verhaltensmuster sowohl im ländlichen Bereich als auch im suburbanen Umland, dürfte das Bild der heutigen Siedlungen ebenfalls verändern.

Grund- und Hauptschulen, die aufgrund von Schülermangel und sich ändernder Angebotsformen in vielen kleinen Gemeinden mittelfristig geschlossen werden, sind häufig die größten Gebäude eines Ortes und zusammen mit den sie umgebenden Freiflächen ortsbildprägend. Zugleich sind sie jedoch für andere Nutzungen kaum geeignet und damit leerstandsgefährdet. Ähnliches gilt für ehemalige Einzelhandelsbetriebe und sonstige Gewerbebetriebe in ländlichen Regionen. Gerade die während der 1970er bis 1990er Jahre häufig auch in Ortsrandlagen errichteten Einkaufsmärkte genügen heutigen Wirtschaftlichkeitsansprüchen der Discounter oft nicht mehr, bleiben aber auch nach ihrer Aufgabe als störende Elemente der Landschaft bestehen und finden meist keine Nachnutzung. Dies betrifft ebenso Autohäuser und Standorte des produzierenden Gewerbes.

Auch in Agglomerationsräumen findet seit Längerem ein Konzentrationsprozess im Einzelhandel statt (vgl. Junker, Kühn 2006). In vielen kleinen bis mittleren Umlandgemeinden stehen erhebliche Anteile der vorhandenen Ladenfläche leer. Diese Entwicklung erfolgt unabhängig von der Entwicklung der Einwohnerzahl und wird

[5] Eine Sonderstellung nehmen die seit den 60er Jahren bis heute entstandenen Gebäude des Beherbergungsgewerbes im Schwarzwald ein: Hier hat sich tatsächlich ein „regionaler Baustil“ etabliert, als dessen Kennzeichen ein teilweise abgewalmtes Dach und durchgehende Balkons mit Holzverkleidung gelten können und der die historische Bauweise der Region mit modernen Baumaterialien zitiert – die Ergebnisse sind aus ästhetischer Sicht jedoch meist wenig erfreulich.

selbst dann nicht aufzuhalten sein, wenn das Wachstum der Gruppe der Älteren zu einer Ausweitung kleinteiliger, wohnortnaher Alternativangebote führen sollte.

Für die Kulturlandschaft ergibt sich damit ein als negativ einzuschätzender Trend: Veränderungen des Ortsbildes in Stadt und Land durch gewerbliche Leerstände und nicht mehr genutzte öffentliche Bauten, die verbunden sein dürften mit einer Zunahme des motorisierten Individualverkehrs.

4.4 Verkehrsinfrastruktur

Wechselwirkungen zwischen Bevölkerungsstruktur und Kulturlandschaft im Bereich der Verkehrsinfrastrukturen können durch sich ändernde Auslastungen einzelner Verkehrsträger und dadurch bedingten Aus- oder auch Rückbau entstehen.

Im öffentlichen Verkehr wird weniger die Änderung der Gesamteinwohnerzahl als vielmehr die Verschiebung der Alterszusammensetzung erhebliche Auswirkungen haben. Zurückgehende Schülerzahlen und Schulschließungen dürften eine Ausdünnung bzw. Umstrukturierung des Bus- und Schienenverkehrsangebots in der Fläche nach sich ziehen. Diese Angebotsverschlechterung wiederum kann bestehende Abwanderungstendenzen verstärken und zur Verschärfung der oben geschilderten Leerstandsproblematik beitragen.

Die Raumstrukturen verändernd dürfte v.a. der Rückbau von Bahnstrecken in der Fläche sein. Die linienförmigen Trassen wandeln sich zu Grünflächen mit Ruderalvegetation; innerörtliche, nicht mehr genutzte Bahnanlagen werden bei entsprechender Nachfrage umgewandelt zu baulich genutzten Flächen.

Auch im Bereich des motorisierten Individualverkehrs wird die zurückgehende Kopfzahl der Bevölkerung weniger konkrete Auswirkungen haben als die sich ändernde Altersstruktur. Die PKW-Fahrleistung in Personenkilometern insgesamt könnte durch eine sinkende Erwerbstätigenzahl zurückgehen. Eine Reduzierung der Zahl der Fahrten ist dadurch jedoch weniger zu erwarten, da schon heute die beruflich bedingten Fahrten nur noch ca. 14,9% aller Fahrten ausmachen (vgl. BMVBS 2007). Zur Anzahl zukünftiger Führerscheininhaber gibt es sehr unterschiedliche Vorausrechnungen, als sicher gilt jedoch, dass Führerscheinbesitz und PKW-Verfügbarkeit Älterer im Vergleich zu den entsprechenden heutigen Alterskohorten erheblich zunehmen.

Das Straßennetz in seiner heutigen Ausdehnung wird mittelfristig kaum schrumpfen – auch wenn Betrieb und Instandhaltung wirtschaftlich problematischer und der Straßenzustand damit tendenziell schlechter werden dürfte, weil ein Rückbau bestehender Verbindungen heute schon periphere Räume noch stärker von der Gesamtentwicklung abkoppeln würde und politisch kaum durchsetzbar wäre.

Straßenneubau, so er denn finanziert werden kann, wird aller Voraussicht nach überwiegend dort stattfinden, wo dies dem überregionalen Fernverkehr entlang wichtiger europäischer Achsen dient. Derartige Trassen haben zwar teilweise enorme Auswirkungen auf die Landschaft, werden aber durch Bevölkerungsveränderungen in Deutschland und Baden-Württemberg kaum beeinflusst oder gar induziert. Auswirkungen der zu erwartenden innerregionalen und innerörtlichen Bevölkerungsverlagerungen auf den Straßenbau könnten dagegen evtl. insbesondere im ländlichen Bereich durch den forcierten Ausbau von Ortsumgehungen entstehen, von denen sich viele Kommunen einen Beitrag zu Entlastung und Aufwertung der von Abwanderung bedrohten Ortskerne erhoffen. Zusammen mit den im Folgenden angesprochenen sich ändernden Nutzungsmechanismen ortsnaher Grün- und Gartenflächen könnte dies einen merkli-

chen Einfluss auf die Übergänge zwischen Ort und Landschaft in ländlich geprägten Gebieten haben.

4.5 Grün- und Freiflächen, Erholungsflächen

Gärten, Freizeit- und Erholungsflächen prägen gerade in dicht besiedelten Regionen wie Baden-Württemberg das Bild der Kulturlandschaft maßgeblich.

In den ländlich geprägten Orten mit den in Baden-Württemberg – bis auf einige von Streusiedlungen geprägte Gebiete in Schwarzwald und Odenwald – überwiegend anzutreffenden kompakten Haufendörfern umgab lange Zeit ein Ring von Gärten und Obstwiesen unterschiedlicher Nutzungsintensität den jeweiligen Ortskern und schaffte einen fließenden Übergang zwischen den kleinteiligen baulichen Strukturen und großflächigen Nutzungen wie Feldern und Wald. Im Zuge der enormen Siedlungsflächenausdehnungen seit den 1950er Jahren wurde dieser Ring vielerorts durch Neubaugebiete verdrängt, wobei in Streuobstgebieten diese Anlagen oft „mitwanderten“, im Zuge von Ausgleichsmaßnahmen neu angelegt bzw. verlagert wurden und damit trotz deutlicher Rückgänge zumindest teilweise noch vorhanden sind. In einer 2009 veröffentlichten Untersuchung zum Streuobstbestand nennt das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg folgende Zahlen: „Die für das Jahr 2005 erhobene Streuobst-Baumzahl umfasst 9,3 Mio. Bäume (ohne die Bestände innerhalb der Siedlungsgebiete). Im Vergleich zur letzten quantitativen Schätzung im Jahr 1990 (…) haben die Streuobstbestände 2005 damit um 2,1 Mio. Bäume abgenommen. Im Jahr 1965 wurden noch ca. 18 Mio. Streuobstbäume gezählt, wobei allerdings damals auch Bestände innerhalb des Siedlungsbereiches mit erfasst wurden“ (ebd.).

Obst- und Gemüsegärten in Ortsnähe haben erheblich an Bedeutung verloren. Sie spielen für die Selbstversorgung schon seit Längerem nur noch eine marginale Rolle. Das durch Globalisierung und Vernetzung entstandene ganzjährige Angebot im Einzelhandel, zusammen mit den geänderten Erwerbsgewohnheiten, lässt den privaten Obst- und Gemüseanbau zu einem eher luxuriösen Privatvergnügen werden. Da heute häufig auch auf dem Land beide (Ehe-)Partner zumindest einen Teil des Tages einer Erwerbsarbeit außer Haus nachgehen, hat sich Aussehen, Nutzung und v. a. auch die Größe des „Durchschnittsgartens“ erheblich verändert. Die Entwicklung geht hin zu einer Rasenfläche mit etwas Grün und Spielgeräten für Kinder, die pflegeleicht sein soll und auch ausreichend Stellfläche für den PKW bietet soll. Die Verluste an innerörtlicher und ortsnaher Gartenfläche der vergangenen Jahrzehnte lassen sich mangels verfügbarer Daten nicht konkret beziffern. Gerade im direkten Umfeld vieler süddeutscher Dörfer fallen zahlreiche verwilderte Garten-Parzellen auf, brombeerüberwucherte Obstwiesen oder brachliegende terrassierte Hänge, die häufig durch Baumbewuchs schon kaum noch als ehemalige Gärten zu erkennen sind. In Regionen mit Einzelhöfen und Weilersiedlungen finden sich vielerorts die Reste ehemaliger Bauerngärten als umzäunte Ausschnitte der umgebenden Wiesen.

Diese ehemals der Selbstversorgung dienenden Gärten waren zum Schutz vor Tieren immer umzäunt oder von Hecken eingefasst und ein wichtiger Teil der Kulturlandschaft im Schwarzwald. Nur noch wenige werden ihrem ursprünglichen Zweck entsprechend genutzt.

Einen Anhaltspunkt für den zahlenmäßigen Rückgang mag eine Statistik des Statistischen Landesamts geben, die für die landwirtschaftlichen Betriebe Baden-Württembergs (Haupt- und Nebenerwerb) innerhalb von knapp 30 Jahren einen Rück-

gang der Haus- und Nutzgärten auf nur mehr ein Fünftel des ursprünglichen Bestandes ausweist.[6]

An diesen Tendenzen wird die leichte Verringerung der Einwohner in Baden-Württemberg während der kommenden Jahrzehnte voraussichtlich wenig ändern.

Die Änderung der Altersstruktur könnte dagegen erhebliche Auswirkungen auf den Bereich der privaten Grün- und Freiflächen haben: Verstärkt werden dürfte die Entwicklung hin zu kleineren, pflegeleichten Gärten durch die schrumpfende Kinderzahl und die voraussichtlich wachsende Erwerbsquote der Frauen. Die heute noch vorhandenen großen Gärten werden bislang überwiegend von Älteren, meist Rentnern, instand gehalten. Diese während der Nachkriegszeit aufgewachsene Generation verfügt meist noch aus eigener Anschauung über gärtnerische Kenntnisse, sodass noch für eine gewisse Zeit das notwendige Wissen und Interesse da sein mag, Nutzgärten zu pflegen. Dies dürfte sich jedoch mit der überwiegend mit pflegeleichten „Rindenmulch-Gärten" aufgewachsenen jungen Generation relativ bald auch in ländlichen Regionen ändern, sodass sich das Bild der die Siedlungsflächen umgebenden Bereiche, aber auch deren Artenvielfalt und ökologischer Nutzen zum Negativen verändern wird.

Vorstellbar wäre zwar, dass die zahlenmäßig wachsende Gruppe der „jungen Alten" gerade auf dem Land sich nach Eintritt in das Rentenalter wieder verstärkt der Gartenarbeit widmet; ob dies allerdings die vielfältigen Nutz- und Bauerngärten wieder stärker in Erscheinung treten lässt oder ob nicht vielmehr der „freizeitorientierte Rasengarten" überwiegen wird, bleibt abzuwarten.

Abb. 12: Teilweise brachliegende Bauerngärten im Raum Freudenstadt

Fotos: Susanne Dahm

Parzellen in *Kleingarten- und sonstigen Gartenanlagen* werden im städtischen und suburbanen Kontext immer häufiger durch Zugewanderte übernommen und gepflegt.[7] Diese Bevölkerungsgruppe wird im dünn besiedelten ländlichen Raum mangels entsprechender Arbeitsplatzangebote und fehlender familiärer Netzwerke auch langfristig nicht in nennenswerter Zahl vertreten sein und kann diese Aufgabe daher nicht übernehmen.

Der zunehmende Migrantenanteil in der Bevölkerung wird sich aufgrund der oben geschilderten räumlichen Verteilungsmuster vielmehr überwiegend in den Ballungsräumen bemerkbar machen. Vielerorts nutzen Zugewanderte dort die stadtnahen privaten (Klein-)Gartenflächen als Ausgleich für ihre vergleichsweise beengten Wohnverhältnisse, aber auch als Nutzfläche zum Obst- und Gemüseanbau.

[6] Haus- und Nutzgärten 1979: 4.141 ha, 1991: 2.787 ha, 2007: 686 ha (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2008b)

[7] In den alten Bundesländern ist jeder sechste Kleingärtner nicht-deutscher Herkunft (zum Vergleich: Ausländeranteil in den alten Bundesländern: 9,6 %), mit Spitzenwerten in Hessen (28 %) und Baden-Württemberg (24 %) (BDG 2006).

Auch junge Familien, die innerstädtische Standorte aufgrund der Infrastruktur und des Arbeitsplatzangebots für Hochqualifizierte schätzen, haben diese Gärten für sich entdeckt, sodass sich an deren Aussehen und Anzahl nicht notwendigerweise Änderungen ergeben. Das Durchschnittsalter der in Vereinen organisierten Kleingärtner ist in den vergangenen Jahren sogar deutlich gesunken (Rühle 2008).

In städtisch geprägten Gebieten werden auch *öffentliche Grün- und Freiflächen* dort, wo durch ein attraktives Wohnungs- und Infrastrukturangebot Zuzug bzw. eine zumindest gleichbleibende Einwohnerdichte herrscht, veränderten Nutzungsgewohnheiten und einem möglicherweise stärkeren Nutzungsdruck ausgesetzt sein. Dies dürfte dann eintreten, wenn eine Vielzahl aus dem Erwerbsleben ausgeschiedener älterer Menschen mit Tagesfreizeit diese Flächen nutzt, aber auch Migranten und – wenn sich der aktuell abzeichnende Trend einer Rückkehr Hochqualifizierter in die Städte verstetigt – Familien mit Kindern. Ob sich daraus die Notwendigkeit einer Umgestaltung ergibt (beispielsweise in Richtung Barrierefreiheit, differenzierte Angebote), bleibt abzuwarten. Größere innerstädtische Brachflächen, die beispielsweise in einigen Städten der neuen Bundesländer zu einem stadtbildprägenden Faktor werden, sind dagegen angesichts des geringen zahlenmäßigen Bevölkerungsrückgangs und der zu erwartenden Verlagerungen der Wohnungsnachfrage in Baden-Württemberg in Richtung der Zentren hier mittelfristig nicht in nennenswertem Maße zu erwarten.

Die heute vorhandenen flächenintensiven, überwiegend kommunalen *Sport- und Freizeiteinrichtungen* wie Freibäder, Sportplätze, Tennisanlagen etc. werden bei zurückgehenden Einwohnerzahlen und den durch die ungünstiger werdende Bevölkerungsstruktur nicht auszuschließenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Kommunen voraussichtlich bzgl. Anzahl und Fläche in Stadt und Land kaum zunehmen. Eher ist damit zu rechnen, dass kleine Gemeinden durch fehlenden Nachwuchs in den Vereinen gar nicht mehr alle vorhandenen Sportstätten nutzen und instand halten können und sich dadurch Brachen bzw. Leerstände ergeben. Es häufen sich Fälle, wo beispielsweise Fußballvereine fusionieren,[8] um genügend Spieler in allen Mannschaften aufstellen zu können. Dabei fallen Spielstätten in kleinen Orten aus der Nutzung heraus, am Hauptort müssen dagegen oft zusätzliche Sportflächen gebaut werden.

Tendenziell werden bei einer älter werdenden Bevölkerung verstärkt individuelle Trainingsangebote in Fitnessstudios und flächenintensive Freizeitaktivitäten wie Walking, Radfahren und Wandern im Vordergrund stehen. Diese bewirken vergleichsweise geringe Eingriffe in die Kulturlandschaft und könnten, wenn dies in überlegter Weise geschieht, sogar zu einer (Wieder-)Nutzung von Elementen der historischen Kulturlandschaft wie traditionellen Fußwegeverbindungen etc. führen.

Punktuell und regional sehr begrenzt könnte das sich ändernde Freizeitverhalten mit häufigeren Kurzreisen und Tagestouren auch Älterer per PKW zu einem Ausbau von „Freizeit-Konzentraten“ wie Vergnügungsparks, Sommerskihallen und weiteren neu hinzukommenden Erfindungen der Freizeitindustrie führen. Diese bewirken durch die Größe ihrer baulichen Anlage ebenso wie durch die notwendigen Parkierungsanlagen und neu hinzukommende Verkehrsströme einen erheblichen Eingriff in die Kulturlandschaft. Ob in Baden-Württemberg jedoch neue Anlagen in nennenswerter Zahl errichtet werden, ist angesichts des bestehenden Angebots im Land, absehbarer Konzentrationsprozesse und der guten verkehrlichen Anbindung an die bundesweiten Einrichtungen

[8] Z. B. Fusionsvorhaben SKG Hedelfingen/SKV Rohracker/TV Hedelfingen/VfL Wangen; TTC Gierath/TV Bedburdyck; FC 09 Fröndenberg/SV Hohenheide, Pfinztal (vgl. Beineke, D. 2005; Kalle 2011, Stuttgarter Wochenblatt 2011).

diesen Typs eher zu bezweifeln. Da die Freizeitaktivitäten der Generationen sich andererseits in vieler Hinsicht angleichen – Freizeitparks, Skipisten, Spaßbäder etc. sind längst nicht mehr in Händen der jungen Generation, sondern werden von Erwachsenen und Senioren gleichermaßen frequentiert –, ist durch die sich abzeichnenden Veränderungen der Bevölkerungsstruktur auch nicht mit Schließungen oder selbst einem nennennenswerten Rückgang der Ausnutzung der bestehenden Anlagen zu rechnen.

5 Fazit und Ausblick

Zusammenfassend und mit einem gehörigen Schuss Vorsicht bzgl. der Annahmen zu Bevölkerungs- und Verhaltensänderungen lässt sich daher sagen, dass sich auf Gestalt und Nutzung der Kulturlandschaft voraussichtlich während der kommenden Jahrzehnte der für Baden-Württemberg vorausberechnete *Rückgang der Bevölkerungszahl* nur marginal auswirken wird.

Die *Bevölkerungsalterung* dürfte sich v. a. auf die Struktur und regionale Ausprägung der zukünftigen Wohnflächennachfrage und der Anlagen der sozialen Infrastruktur auswirken.

Die *Änderung der Bevölkerungszusammensetzung* mit wachsenden Anteilen von Bürgern mit Migrationshintergrund dürfte sich ebenfalls in Form einer regionalen Verlagerung bzw. Konzentration der Wohnflächennachfrage sowie einer geänderten Struktur des nachgefragten Wohnraums niederschlagen.

Merkliche Veränderungen für die Kulturlandschaft wird dies insbesondere in ländlichen Gebieten hinsichtlich der Freiflächennutzungen und der Ortsbilder nach sich ziehen. Im dünn besiedelten ländlichen Raum ist durch das Wegfallen regionaltypischer Gebäude ebenso wie der differenzierten Nutzung siedlungsnaher Freiflächen mit einer Verarmung und Vereinheitlichung des Erscheinungsbildes zu rechnen.

In städtischen und suburbanen Räumen dürfte es – durch die nach wie vor bestehende Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhausneubauten sowie nach innerstädtischen hochwertigen Wohnlagen – zu einem anhaltenden Druck auf bestehende Freiflächen und ebenfalls zu einer Vereinheitlichung des Erscheinungsbildes bzw. zu einer funktionalen und optischen Angleichung von kernstadtnahen Randlagen und Umlandgemeinden und damit letztendlich zu einer Verarmung des Landschaftsbildes kommen.

Der in seiner Ausdehnung überwiegende Bereich der land- und forstwirtschaftlich genutzten Fläche wird sich voraussichtlich hinsichtlich seiner Nutzung und Gestalt in den kommenden Jahrzehnten erheblich verändern; die Veränderungen der Bevölkerungszahl und -struktur Baden-Württembergs spielen dabei jedoch eine untergeordnete Rolle.

Aus Sicht der Raumordnung kann die durch die demographische Entwicklung bedingte Veränderung der Kulturlandschaft im Hinblick auf die ortsnahen Grün- und Freiflächen kaum beeinflusst werden, hier spielen individuelle Lebensstile die Hauptrolle.

Dagegen ist im Bereich der Siedlungsentwicklung durch entsprechende Ausweisungen, Festlegungen, Information und Moderation zumindest anzustreben, das Nebeneinander von Siedlungsflächenausweitung und zunehmenden Leerständen im Siedlungsbestand soweit wie möglich zu begrenzen. Die Forcierung des Konzepts der dezentralen Konzentration und der restriktive Umgang mit Flächenausweisungen in peripheren Ortsteilen im Zusammenspiel mit einer gezielten Förderung von Umbau und

Sanierung des Bestands können zumindest dazu beitragen, die Vielfalt der Kulturlandschaft – auch als Basis des regionalen Tourismus und weichen Standortfaktor – und zugleich eine wirtschaftlich tragfähige Siedlungsdichte zu erhalten.

Literatur

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2008): Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland. = Working Paper der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge aus der Reihe „Integrationsreport“. Nürnberg.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2010): Wohnungsmärkte im Wandel: Zentrale Ergebnisse der Wohnungsmarktprognose 2025. = BBSR-Berichte KOMPAKT 01/2010. Bonn.

BDG – Bundesverband deutscher Gartenfreunde (2006): Integration im Kleingarten. http://www.kleingarten-bund.de/fachthemen/details.php?cat=504&action=showArticle&articleNr=1118 (28.09.2008).

Beineke, D. (2005): Vom Kirchturmdenken verabschieden. Sportvereine denken über Fusion nach. In: NGZ-Online, 06.04.2005. http://www.ngz-online.de/juechen/nachrichten/sportvereine-denken-ueber-fusion-nach-1.123369 (25.09.2011).

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2007): Verkehrsprognose 2025, Prognose der deutschlandweiten Verkehrsverflechtungen 2025. http://daten.clearingstelle-verkehr.de/220/02/FE_96_857_2005_Verflechtungsprognose_2025_Kurzfassung_20071114.pdf. (08.11.2011).

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.); BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2008): Kulturlandschaftliche Wirkungen eines erweiterten Biomasseanbaus für energetische Zwecke. Flächenansprüche von Biomassepfaden durch klimabedingte Ausbauziele und Handlungsoptionen für die Raumordnung. = BBR-Online-Publikation 16/2008. http://www.bbsr.bund.de/cln_031/nn_21832/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2008/ON162008.html#download=1 (15.11.2011).

Brachat-Schwarz, W. (2010): Struktur und Entwicklung der Privathaushalte – Eine Modellrechnung für Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2010.

Brachat-Schwarz, W. (2008): Reurbanisierung – Gibt es eine „Renaissance der Städte“ in Baden-Württemberg? In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 11/2008.

Braun, R.; Pfeiffer, U. (2004): Haushalts- und personenbezogene Wohneigentumsquoten in Deutschland. http://www.empirica-institut.de/kufa/empi099rb.pdf (10.04.2011).

Grabski-Kieron, U.; Henseler, A. (2008): Nutzen statt Abreißen – Ergebnisse und Handlungsempfehlungen aus der Begleitforschung im INTERREG IIIA-Projekt der Euregio Rhein-Waal. = Arbeitsberichte der Arbeitsgemeinschaft Angewandte Geographie Münster e. V. 39. Münster.

Hin, M.; Schmidt, S. (2006): Baden-Württemberg ein Einwanderungsland? Erste Eckdaten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 11/2006.

Junker, R.; Kühn, G. (2006): Nahversorgung in Großstädten. = Difu-Beiträge zur Stadtforschung 47.

Kalle, B. (2011): Sportvereine vor Fusion. Nur Sportplatzfrage ist noch offen. In: Der Westen, 01.06.2011. http://www.derwesten.de/staedte/froendenberg/Nur-Sportplatzfrage-ist-noch-offen-id4719878.html (25.09.2011).

Krings-Heckemeier, M.-T. (2007): Wohnformen der Zukunft – Veränderungspotenziale und Motivationen der Generation 50+. Bonn. http://www.empirica-institut.de/kufa/empi148mtk.pdf (03.09.2010).

Krings-Heckemeier, M.-T. (2005): Differenzierung der Wohnungsmärkte bei veränderten Nachfragestrukturen. http://www.empirica-institut.de/kufa/empi131mtk.pdf (03.09.2010).

L-Bank Baden-Württemberg; IAW – Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2007): Wohnungsmonitor 2007. http://www.wohnungsmonitor.de/pdf/WoMo2007.pdf (03.09.2010).

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg (Hrsg.) (2009): Streuobstwiesen in Baden-Württemberg: Daten, Handlungsfelder, Maßnahmen, Förderung. http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/mlr/presse/Streuobst.pdf (10.09.2010).

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (2009): MELAP-Abschlussbericht: „Modellvorhaben zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potentials“ (MELAP) im Rahmen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) von 2003 bis 2008. http://www.melap-bw.de (15.11.2011).

Neuß-Grevenbroicher Zeitung (2005): Vom Kirchturmdenken verabschieden. Sportvereine denken über Fusion nach. http://www.ngz-online.de/juechen/nachrichten/sportvereine-denken-ueber-fusion-nach-1.123369 (25.09.2011).

Poiret, M. (1999): Spezialisierung der Betriebe und intensivere Verfahren (Eurostat). http://ec.europa.eu/agriculture/envir/report/de/expl_de/report.htm (08.11.2011).

Ridderbusch, J. (2008): Demografie und Familie im Ländlichen Raum. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 02/2008.

Rühle, A. (2008): Laube, Liebe, Hoffnung – Kleingarten-Boom in Deutschland. Warum die Schrebergärten zur Zeit einen zweiten Frühling erleben. In: Süddeutsche Zeitung, 17.05.2008.

Schmidt, H.; de la Croix, M. (2011): Regionale Wohnungsbedarfsvorausrechnung für Baden-Württemberg bis 2030. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 3/2011.

Schwarck, C. (2008): Wohin zieht es ältere Menschen in Baden-Württemberg? In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2008.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2011a): Erwerbstätige in Baden-Württemberg nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht.http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/ArbeitsmErwerb/Landesdaten/MZErwerbWb.asp (25.09.2011).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2011b): Wanderungssaldo Baden-Württembergs 2009. http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de (10.04.2011).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2011c): Demografie-Spiegel für die Gemeinden in Baden-Württemberg. http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/BevoelkGebiet/Demografie-Spiegel (13.04.2011).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2010a): Fläche, Bevölkerung.http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/BevoelkGebiet/Landesdaten/LRt0115.asp?chrt=1, (01.09.2010).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2010b): Interaktives Kartenverzeichnis. http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/intermaptiv/archiv/home.asp? (09.03.2010).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2009): 11. koordinierte Bevölkerungsprognose 2009-2030, Basisjahr 2008. Stuttgart.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2008a): Presseheft Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg. Stuttgart.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2008b): Statistische Berichte. Agrarwirtschaft CI 1 – 2j/07 (2). Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe. Stuttgart.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): „Jeder Dritte unter 18-Jährige in Baden-Württemberg mit Migrationshintergrund“. Pressemitteilung vom 16.04.2007. Stuttgart.

Stuttgarter Wochenblatt (2011): Sportvereine: Fusion steht vor der Tür. 03.02.2011. http://www.stuttgarter-wochenblatt.de/stw/page/detail.php/2801156 (25.09.2011).

Thalheimer, F. (2006): Landwirtschaft in Baden-Württemberg im Kontext der EU-Osterweiterung und Agrarreform. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2006.

Welt Online (2008): Freizeitparks setzen auf Senioren. 06.11.2008.http://www.welt.de/finanzen/verbraucher/article2683557/Freizeitparks-setzen-jetzt-auf-Senioren.html (25.09.2011).

Wenz, K.-H. (2009): Bericht der Jahreshauptversammlung 2009. http://www.atsvkleinsteinbach.de/component/content/article/1-aktuelle-nachrichten/247-bericht-der-jahreshauptversammlung-2009 (08.11.2011).

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2002): Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg. Stuttgart.

Gerhard Overbeck

Auswirkungen des Klimawandels auf die Kulturlandschaft

Gliederung

1 Einführung

2 Klimawandel – ein Überblick

3 Auswirkungen des Klimawandels auf die Kulturlandschaft

3.1 Direkte Auswirkungen des Klimawandels

3.2 Landschaftliche Auswirkungen des Klimaschutzes

4 Konsequenzen für den ländlichen Raum und die Raumentwicklung

Literatur

1 Einführung

Der anthropogene Klimawandel ist aktuell eines der am stärksten diskutierten umweltpolitischen Themen. Dies betrifft besonders das Handlungsfeld des Klimaschutzes, also die möglichst weitgehende Reduktion von Treibhausgasemissionen und damit eine Abschwächung des Klimawandels (verbunden mit der Diskussion um den Energiemix der Zukunft und den Zeitplan für den Ausstieg aus der Atomenergie). Aber auch das Handlungsfeld der Anpassung an die nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels hat in den letzten Jahren den Einzug in die öffentliche Diskussion gefunden. Beide Felder hängen eng miteinander zusammen: das Ausmaß, in dem Anpassung betrieben werden muss, hängt entscheidend davon ab, inwieweit es auf globaler Ebene gelingt, den Klimawandel zu begrenzen. Entsprechend werden der Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels auch als „zwei untrennbare Handlungserfordernisse“ bezeichnet (Böhm 2007).

Der Klimawandel wird lokal und regional wirken und auch unsere Kulturlandschaften verändern. Einerseits sind einzelne Landschaftselemente oder Nutzungsmöglichkeiten direkt durch den Wandel der klimatischen Verhältnisse betroffen, andererseits haben die Anpassungsmaßnahmen des Menschen Auswirkungen auf die Kulturlandschaftsentwicklung. Deutlich wird dies beispielsweise durch die starke – und das Landschaftsbild unmittelbar prägende – Zunahme der Nutzung erneuerbarer Energien, v. a. durch Biomasseanbau und Windkraft. Gerade der ländliche Raum, in dem naturnahe Elemente und land- und forstwirtschaftliche Nutzungen prägend sind, ist sichtbar von den Änderungen im Bereich Energieerzeugung betroffen, und diese werden noch zunehmen.

Die folgende Darstellung kann nicht dazu dienen, die erwarteten Veränderungen konkreter Landschaften in Baden-Württemberg im Detail darzustellen, zumal zu den Auswirkungen des Klimawandels, gerade mit Blick auf sehr komplexe Wirkungsketten der Veränderungen in den verschiedenen Bereichen, noch erheblicher Forschungsbedarf einerseits und Unsicherheiten andererseits bestehen. Ziel dieses Beitrags ist vielmehr, die erwarteten landschaftswirksamen Folgen des Klimawandels auf der Grundlage aktu-

eller Literatur überblicksartig zu skizzieren und somit neben dem demographischen und dem agrarstrukturellen Wandel eine weitere „Rahmenbedingung“ für die Entwicklung der Kulturlandschaft im ländlichen Raum darzustellen. Dabei erfolgt eine Schwerpunktsetzung auf „landschaftsrelevante“ Änderungen. Spezifisch für Städte wichtige Aspekte, z. B. Hitzebelastung und damit zusammenhängende Folgen für die menschliche Gesundheit, und die Verwundbarkeit von Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen, z. B. durch Sturzfluten, werden in diesem Beitrag ausgenommen.

2 Klimawandel – ein Überblick

Der anthropogene Klimawandel wird aller Voraussicht nach in Deutschland zu erheblichen Änderungen von Klimaparametern führen. Für Deutschland wird nach Ergebnissen der REMO-Modelle[1] (s. Jakob et al. 2008) derzeit ein Erwärmungstrend von 2,5 bis 3,5 °C bis zum Jahr 2100 (im Vergleich zur sog. Klimanormalperiode 1961–1990) angenommen, je nach dem zugrunde liegenden Szenario[2] der sozio-ökonomischen Entwicklung. Dabei kann der Temperaturanstieg im Winter mit 4,0 °C am stärksten ausfallen, am geringsten wohl im Frühjahr (Jakob et al. 2008). Für Baden-Württemberg wird ein durchschnittlicher Anstieg der Jahrestemperatur von 2,2 °C bis 3,6 °C bis 2100 projiziert, je nach Emissionsszenario (Winter: 2,5 bis 4,1 °C; Frühjahr: 1,2 bis 2,0 °C; Sommer: 2,7 bis 4,1 °C; Herbst: 2,6 bis 4,0 °C; ebd.). Die Berechnungen mit dem Modell WETTREG ergeben eine etwas geringere Bandbreite der Temperaturentwicklung (Erhöhung der Jahresdurchschnittstemperatur um 2,0 bis 2,5 °C; Spekat et al. 2007).

Die Niederschläge werden nach den REMO-Berechnungen im Jahresmittel insgesamt in etwa konstant bleiben, zwischen den Jahreszeiten sind jedoch große Unterschiede zu erwarten: Für die Sommermonate wird (bis 2100) eine Niederschlagsabnahme um bis zu 20 % berechnet, in den Wintermonaten kann der Niederschlag um mehr als 20 % zunehmen (Jakob et al. 2008). Hier werden aller Voraussicht nach regional große Unterschiede zu verzeichnen sein. Die Studie von Feldmann et al. (2010), die den Zeitraum bis 2040 betrachtet, zeigt auf, dass die Änderungen zunächst recht moderat sein werden.

Neben den Änderungen der primären Klimaparameter wie Temperatur und Niederschlag wird es zum Wandel abgeleiteter Klimagrößen kommen, sodass auch Berechnungen zur Häufigkeit von Extremwetterereignissen und weiteren abgeleiteten Größen durchgeführt werden.

Wichtig ist, dass es sich bei den Ergebnissen von globalen oder regionalisierten Klimamodellen nicht um Prognosen, sondern um Projektionen handelt, die auf einer Reihe von Annahmen über die zukünftigen Rahmenbedingungen basieren, in erster Linie hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Treibhausgasemissionen (dargestellt in den SRES-Szenarien, s. Fußnote 2). Auch ergeben sich Unterschiede zwischen unterschiedlichen Modellierungsverfahren (s. o.). Somit sind die Ergebnisse der Klimamodellierung und daraus abgeleitete Aussagen alle mit relativ großen Unsicherheitsspannen behaftet (vgl. Walkenhorst, Stock 2009). Dies muss beispielsweise bei der Entwicklung von Anpassungsstrategien berücksichtigt werden: Das genaue Ausmaß des Klimawandels ist unbekannt, der Entwicklungstrend ist jedoch i. d. R. erkennbar.

[1] Eine knappe Einführung zu den Klimamodellen REMO und WETTREG findet sich auf der Website des Kompetenzzentrums Klimafolgen und Anpassung (KomPass) des Umweltbundesamts (www.anpassung.net); dort sind auch die Ergebnisse regionalisierter Klimamodellierungen verfügbar.

[2] Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) hat sich auf einige grundlegende Szenarien zur globalen Entwicklung der Treibhausgasemissionen verständigt (SRES-Szenarien), welche die Bandbreite möglicher Entwicklungen aufzeigen.

Der bisherige Klimawandel ist durch meteorologische Daten gut belegt (vgl. z.B. Schönwiese 2007). Für den Zeitraum von 1951 bis 2000 ist für Baden-Württemberg ein Temperaturanstieg feststellbar, der zwischen 0,6 °C und 1,5 °C liegt (je nach Region); die Anzahl der Frosttage pro Jahr ging um bis zu 30 Tage zurück, die Zahl der Sommertage pro Jahr nahm um 20 Tage zu. Fast überall war eine Zunahme der Niederschläge (Jahressumme) zu verzeichnen. Diese betrug im Schwarzwald bis zu 300 mm, die Zahl der Starkniederschlagstage nahm dort um bis zu 11 Tage zu (Daten aus Gerstengarbe et al. 2005, erarbeitet im Rahmen der KLARA-Studie). Signifikant nahmen die Niederschläge im Winterhalbjahr zu, mit regionalen Schwerpunkten im Schwarzwald und im nordöstlichen Baden-Württemberg. Im Sommerhalbjahr gingen die Niederschläge dagegen signifikant zurück, v.a. im Norden Baden-Württembergs (Hennegriff et al. 2006).

Die skizzierten Klimaveränderungen haben Auswirkungen auf eine Vielzahl von Raumnutzungen und lassen sich auch für den bereits erfolgten Klimawandel dokumentieren. Unterschieden werden kann dabei generell zwischen „schleichenden", d.h. kontinuierlich vonstattengehenden Klimaveränderungen (generelle Trends, z.B. bei Niederschlags- und Temperaturentwicklung) und zwischen der zunehmenden Häufigkeit plötzlich auftretender Ereignisse (z.B. Starkregenereignisse, Hitzewellen). Bei der Analyse der Verwundbarkeit der unterschiedlichen Naturräume Deutschlands gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels wurden insbesondere der Oberrheingraben (zwar nur durchschnittliche Erwärmung, dies jedoch in der heute wärmsten Region Deutschlands, sowie deutliche Zunahme von Winterniederschlägen) sowie das Alpenvorland als besonders betroffen eingestuft. Für ganz Baden-Württemberg wird eine hohe Betroffenheit insbesondere in Bezug auf Hochwasser (Zunahme der Niederschläge im Winter) sowie für die Forstwirtschaft konstatiert.

3 Auswirkungen des Klimawandels auf die Kulturlandschaft

Im Folgenden wird ein Überblick über die Veränderungen in ausgewählten Bereichen gegeben, die insbesondere für die Erscheinung der Kulturlandschaft und ihre Nutzungsmöglichkeiten relevant sind. Detaillierte Untersuchungen zur Verwundbarkeit ausgewählter Sektoren in Baden-Württemberg durch den Klimawandel liegen mit der Studie „Klimawandel – Auswirkungen, Risiken, Anpassung" (KLARA) vor, die vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung im Auftrag der Landesanstalt für Umweltschutz durchgeführt wurde (Stock 2005). Das Kooperationsvorhaben „Klimawandel und Konsequenzen für die Wasserwirtschaft (KLIWA)" der Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg sowie des Deutschen Wetterdienstes hat die Entwicklung von Hoch- und Niedrigwasserständen vor dem Hintergrund des Klimawandels analysiert und mögliche Ansätze für Anpassungsmaßnahmen aufgezeigt (z.B. Hennegriff et al. 2006; Hennegriff et al. 2008). Für das benachbarte Bundesland Bayern liegt eine umfassende Literaturstudie „Klimawandel in Bayern. Auswirkungen und Anpassungsmöglichkeiten" vor, deren Ergebnisse vielfach auch auf Baden-Württemberg übertragen werden können (Beierkuhnlein, Foken 2008). Die aktuellsten Ergebnisse liegen mit den Schlussberichten der einzelnen Teilprojekte des Forschungsprogramms „Herausforderung Klimawandel Baden-Württemberg" vor (Enke et al. 2010; Ehrmann et al. 2010; Feldmann et al. 2010; Frank et al. 2010).

3.1 Direkte Auswirkungen des Klimawandels

Änderung der Lebensbedingungen für Tiere und Pflanzen

Durch den Klimawandel verändern sich die Lebens- bzw. Wachstumsbedingungen für Tiere und Pflanzen. Dies hat Auswirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft sowie auf die natürlichen Lebensgemeinschaften und damit auch auf den Naturschutz.

Das Vorkommen von Arten ist grundsätzlich an das Vorhandensein der jeweiligen „passenden" Umweltfaktoren gebunden. Ändert sich das Klima, ändern sich entsprechend die Verbreitungsgebiete von Tieren und Pflanzen. Modellierungen von Pompe et al. (2008) haben gezeigt, dass – auch unter einem relativ „gemäßigten" Klimaszenario – etwa 15–19 % der untersuchten 845 Pflanzenarten in Deutschland aufgrund des Klimawandels lokal aussterben könnten, v. a. im Südwesten und Nordosten Deutschlands. Auch besonders betroffene Lebensräume können identifiziert werden, so etwa Lebensgemeinschaften, die an kühle Klimabedingungen und an bestimmte Niederschlagsbedingungen gebunden sind, etwa Moore, in denen Reliktarten aus der Nacheiszeit vorkommen, in Baden-Württemberg beispielsweise in Oberschwaben. Ehrmann et al. (2010) zeigen auf, dass die Änderungen der Temperatur- und Niederschlagsverhältnisse insgesamt zu trockeneren Standortverhältnissen in den Sommermonaten führen, dass die genauen Auswirkungen jedoch stark standortabhängig sind. An bereits heute trockenen Standorten sind die Änderungen demnach weniger markant, während grundwasserbeeinflusste Standorte unter Umständen starken Veränderungen in Bezug auf den Wasserhaushalt, den Gehalt an organischem Material im Boden und somit den ökosystemaren Leistungen unterliegen können (ebd.). Genauere Abschätzungen der zu erwartenden Veränderungen müssen jedoch standortspezifisch erfolgen. Gleichzeitig sind die voraussichtlich in vielen Fällen stark vom Klimawandel betroffenen Moore ein Lebensraumtyp, der auch unabhängig vom Klimawandel durch menschliche Nutzung stark verändert worden ist; auch diese Nutzungen prägen z. T. die Kulturlandschaft. Mit Blick auf den Klimaschutz können Moore – richtiges Management vorausgesetzt, d. h. Bewahrung oder Wiederherstellung der natürlichen Moorfunktionen z. B. durch Wiedervernässung, – auch als Kohlenstoffsenken dienen (Janssens et al. 2005).

Prinzipiell besteht natürlich die Möglichkeit, dass die vom Klimawandel betroffenen Arten mit den klimatischen Bedingungen „mitwandern" – solange sie mobil genug sind, solange es geeignete „Zielhabitate" in hinreichender Entfernung gibt und solange keine Ausbreitungsbarrieren bestehen. Diese gibt es jedoch in vielen Regionen, z. B. im Falle von isoliert liegenden Schutzgebieten oder intensiv besiedelten, also stark durch Siedlungs- und Verkehrsinfrastrukturen zerschnittenen Gebieten. Problematisch ist die Situation v. a. in Gebirgen: Glazialrelikte in den Höhenlagen des Schwarzwalds (Murmann-Kristen 2007) sind durch den Klimawandel in Baden-Württemberg möglicherweise in ihrer Existenz bedroht, da sie bei einer Temperaturerhöhung nicht nach oben ausweichen können.

Gleichzeitig können jedoch lokale Artenverluste durch das Zuwandern anderer Arten aus anderen Regionen zumindest in der Gesamtbilanz „ausgeglichen" werden, insbesondere auch durch Arten, die bislang in Deutschland nicht vorkommen – selbst wenn dies aus Naturschutzsicht auch kritisch bewertet wird. In der Bodenseeregion und im Raum Rottweil können beispielsweise bereits heute höhere Artenzahlen von Brutvögeln festgestellt werden. Als Erklärung wird einerseits die Ausweitung der Areale südlicher Arten nach Norden, andererseits der erhöhte Bruterfolg durch die frühere Ankunft der Zugvögel angenommen (Schuster, Brall 2007).

Standen bisher im Naturschutz v. a. Bemühungen im Vordergrund, bestimmte Arten oder Lebensgemeinschaften an ihren jeweiligen Standorten zu erhalten oder an ehemaligen Standorten wieder zu etablieren, so wird sich das durch den Klimawandel ändern müssen. Die bisher über eine lange Zeit mehr oder weniger konstanten Standortbedingungen werden sich ändern, was bisherige Naturschutzstrategien zwar nicht völlig infrage stellt, aber neue Fragen aufwirft (z. B. Umgang mit neu einwandernden Tier- und Pflanzenarten; Verwendung autochthonen Pflanzenmaterials) und Weiterentwicklungsbedarf mit sich bringt. Der Forschungsbedarf erscheint hier allgemein noch als sehr groß (vgl. auch Jessel 2009). Die Unsicherheit bzw. das Unwissen über die künftige Entwicklung der Natur – eben z. B. zur Frage, welche Areale heute als bedroht oder schutzwürdig eingeschätzte Arten in 50 oder 100 Jahren einnehmen werden – macht „ergebnisoffene" Leitbilder und Ziele erforderlich (vgl. Heiland et al. 2008). Schutzgebiete, die beispielsweise an das Vorkommen bestimmter Arten oder Lebensgemeinschaften gebunden sind (z. B. FFH-Gebiete), können ihren Schutzstatus verlieren, falls die dort vorkommenden Arten aufgrund von klimatischer Veränderung plötzlich lokal aussterben (vgl. auch Köck 2007). Dennoch handelt es sich bei diesen Flächen – sind es doch i. d. R. die naturnahesten Flächen, die es in unserer Landschaft noch gibt – nach wie vor um höchst schützenswerte Flächen, die das Potenzial auch für die Anpassung der Natur an den Klimawandel bieten.

Auswirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft

Die Landwirtschaft ist als ein gegenüber dem Klimawandel besonders sensibler Wirtschaftsbereich einzuschätzen. Fast alle Anbauweisen beruhen mehr oder weniger unmittelbar auf klimatischen Faktoren oder sie reagieren schnell – auch in Hinblick auf die Erträge – auf klimatische Änderungen oder Extremereignisse (Beierkuhnlein, Foken 2008). Andererseits ist die Landwirtschaft schon immer ein Wirtschaftsbereich gewesen, der sich sehr rasch an geänderte Bedingungen angepasst hat und dies aufgrund der relativ kurzen Bewirtschaftungszyklen – entsprechende züchterische Anpassung und Forschung vorausgesetzt – auch gut kann, etwa im Vergleich zur Forstwirtschaft, zumindest, solange sich die Wachstumsbedingungen (also z. B. auch der Bodenwasserhaushalt) nicht gravierend ändern. Wechsung und Krysanova (2005) erwarten in ihrem Beitrag im Rahmen der KLARA-Studie für Baden-Württemberg klimabedingt eine Ausdehnung des Maisanbaus sowie leichte Ertragsrückgänge beim Winterweizen. Insgesamt positiv wirkt sich der Klimawandel wohl auf den Weinbau aus: Die möglichen Anbaugebiete werden sich räumlich durch die Temperaturerwärmung ausdehnen; bislang wenig angebaute Sorten können neben die traditionell verwendeten treten oder diese z. T. ersetzen (Kartschall et al. 2005).

Eine Betroffenheit der Landwirtschaft ist jedoch nicht nur durch langfristige Trendänderungen bei Temperatur- und Niederschlagsentwicklung zu erkennen, sondern v. a. durch die Zunahme der klimatischen Variabilität (Extremwetterereignisse, wie z. B. Starkregenereignisse, Dürreperioden, Spätfrost), die zu erhöhten Risiken beim Anbau bestimmter Kulturen führt, sowie durch indirekte Folgen, wie z. B. die vermehrte Ausbreitung von Krankheiten oder Schädlingen (z. B. für den Obstbau: Wechsung et al. 2005).

Die Anpassung der landwirtschaftlichen Nutzungen an sich ändernde klimatische Bedingungen vollzieht sich vor dem Hintergrund agrarökonomischer und -politischer Entwicklungen auf europäischer bzw. globaler Ebene. Die hier bestehenden Rahmenbedingungen sind entscheidende „Treiber" der künftigen Entwicklung der Landwirtschaft und ihrer Bedeutung im ländlichen Raum, auch mit Blick auf den Ausbau von Biomasse als

Energieträger (s. unter 3.2). Umso wichtiger erscheint, dass die Weiterentwicklung der EU-Agrarförderung auch Aspekte der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigt (vgl. ARL 2007). Daneben muss bei landwirtschaftlicher Nutzung bedacht werden, dass Ackerflächen auch Emittenten von klimarelevanten Treibhausgasen darstellen (vgl. Janssens et al. 2005).

Auch die Forstwirtschaft wird sich durch den Klimawandel verändern. Kölling et al. (2007) haben das Verhalten von Fichte und Buche, zwei forstwirtschaftlich wichtigen und gleichzeitig in Hinblick auf die Anforderungen an die klimatischen Bedingungen sehr unterschiedlichen Arten (Buche als submontan-montane Art; Fichte als boreal-subalpine Art), für Bayern unter den Bedingungen des Klimawandels untersucht. Sie kamen dabei zu dem Schluss, dass das Klima in Bayern sich – von einigen Regionen am Rande des klimatischen Verbreitungsgebiets abgesehen, in denen ein hohes Anbaurisiko prognostiziert wird – weiterhin für die Buche eignen wird, dass jedoch die Fichte nur noch in den kühlsten und feuchtesten Regionen Bayerns ohne größere Risiken angepflanzt werden kann. Insbesondere in den Bereichen, in denen die Fichte bereits jetzt von Trockenheit oder Borkenkäferbefall bedroht ist, wird der Anbau unter einem insgesamt wärmeren und im Sommer trockeneren Klima risikoreicher. Die Ergebnisse lassen sich prinzipiell auch auf Baden-Württemberg übertragen. Aufgrund der langen Bewirtschaftungszyklen in der Forstwirtschaft müssen entsprechende Umbaumaßnahmen früh genug erfolgen; berücksichtigt werden müssen dabei das erhöhte Risiko von Schädlingen, veränderter Bodenbedingungen aufgrund des Klimawandels und der Auswirkungen einer anderen Baumartenzusammensetzung auf den Wasserhaushalt. Insgesamt wird für Baden-Württemberg durch den Klimawandel eine Zunahme der Produktivität der Waldbestände erwartet (Suckow et al. 2005). Das Risiko von extremen Sturmereignissen dürfte sich etwa in der Größenordnung wie heute bewegen (Frank et al. 2010).

Daneben kann Wald auch eine wichtige Kohlenstoffsenke darstellen und somit zum Klimaschutz beitragen. In Baden-Württemberg wurden durch Speicherung im Wald (ungenutzter Zuwachs) und in Waldprodukten von 1987 bis 2002 rund 6,6% der Kohlenstoffemissionen des Landes gebunden (Pistorius 2007). Allerdings ist das Potenzial von Wäldern zur Kohlenstoffbevorratung beschränkt; der Schutz von Kohlenstoffsenken scheint bedeutsamer zu sein als eine Erhöhung der Senkenwirkung (Freibauer 2005). Regional und lokal differenzierte Strategien der Landnutzung und eine langfristige Betrachtung sind sicherlich Voraussetzungen für erfolgreiche Anpassungsmaßnahmen im Bereich der Forstwirtschaft.

Auswirkungen auf den Tourismus

Die touristische Attraktivität vieler Regionen hängt stark von der landschaftlichen Attraktivität ab. Für den Bereich Sommertourismus spielen hierbei – neben topographischen Bedingungen – v. a. die Art der Landnutzung und damit das Nutzungsmuster einer Landschaft eine Rolle, daneben aber natürlich auch die klimatischen Bedingungen. Letztere sind entscheidend für den Wintertourismus. Gerade Wintersportgebiete in niedrigen Lagen werden vom Klimawandel besonders stark betroffen sein bzw. sind dies aktuell schon: Seifert (2004a, b zitiert in: Beierkuhnlein, Foken 2008: 264) zeigte für das Fichtelgebirge, dass sich die Schneesicherheit seit Anfang der 1970er Jahre deutlich verringert hat. Für den Schwarzwald wird erwartet, dass die Anzahl natürlicher Schneetage pro Jahr bereits bis 2025 stark abnimmt und dass mehr als 14 Schneetage pro Saison unter einer Höhenlage von 1.200 bis 1.300 m „regelmäßig nicht mehr zu erwarten“ sind (WM BW 2005).

Gerade in tiefer liegenden Regionen, in denen der Wintertourismus heute ein wichtiger Wirtschaftssektor ist, wird daher ein Umbau der Infrastrukturen bzw. der touristischen Angebote unumgänglich sein. Vorübergehend mag ein Rückgang an Schneetagen durch künstliche Beschneiung noch ausgeglichen werden können, längerfristig dürfte dies jedoch in vielen Wintersportgebieten auch ökonomisch betrachtet keine sinnvolle („nachhaltige“) Anpassungsstrategie darstellen, von den negativen Umweltauswirkungen der Beschneiung ganz abgesehen (für einen Überblick vgl. Lutz 2001). Vielmehr werden dadurch der Umbau der Tourismusinfrastrukturen und somit Investitionen in andere – schneelagenunabhängige – Tourismuspotenziale verhindert.

Für den Sommertourismus liegen im Rahmen der KLARA-Studie Untersuchungen zum Badetourismus am Bodensee und zum Wandertourismus im Schwarzwald vor (Wolff et al. 2005); für beide Bereiche wird durch den Klimawandel eine positive Entwicklung gesehen (Zunahme der Badetage und Verlängerung der Badesaison am Bodensee; leichte Verbesserung der Witterungsbedingungen für den Wandertourismus im Schwarzwald; ebd.).

Veränderungen der Häufigkeit von Hoch- und Niedrigwassern

Die Ergebnisse des Projekts KLIWA zeigen, dass die Niederschlagssummen im Sommerhalbjahr in Baden-Württemberg bereits in der Vergangenheit (Zeitraum 1931–2000) stark zurückgingen, im Winterhalbjahr jedoch überwiegend signifikant gestiegen sind (Hennegriff et al. 2006). Starkniederschläge haben in diesem Zeitraum regional (besonders betroffen: der Schwarzwald und der Nordosten Baden-Württembergs; ebd.) ebenfalls sehr deutlich zugenommen (um bis zu 30–35 %). Für den Zeitraum 2021 bis 2050 werden, basierend auf regionalen Klimaszenarien der Firma Meteo-Research, Zunahmen der Niederschlagswerte (Jahresmittel) um 4–17 % erwartet, im Winterhalbjahr jedoch deutlich mehr (ebd.).

Zunehmende Hochwasserabflüsse zeigen sich an vielen Pegeln schon in den zurückliegenden ca. 30 Jahren (vgl. Hennegriff et al. 2006). Für die zukünftige Entwicklung (Zeitraum 2021–2050) wird insgesamt davon ausgegangen, dass kleinere und mittlere Hochwasser deutlich zunehmen werden, was zu einem Zuschlag auf den Hochwasserkennwert für ein hundertjährliches Hochwasserereignis (HQ_{100}) in Höhe von 15 % bzw. 25 % (je nach Gebiet; s. Karte in Hennegriff, Reich 2007) führt, also zur Einführung sog. „Klimaänderungsfaktoren“ (Hennegriff, Reich 2007). Obwohl auch bei den extremen Abflüssen eine deutliche Zunahme erwartet wird, scheint die Extremwertstatistik eine Änderung der Kennwerte für ein 1.000-jährliches Hochwasser derzeit laut Hennegriff und Reich (2007) nicht zu rechtfertigen.

Die zitierten Ergebnisse können nun als Grundlage für die Anpassung von technischen Hochwasserschutzeinrichtungen (z. B. Erhöhung von Deichen bzw. Ermöglichung späterer Erhöhungen) oder für die vorausschauende Dimensionierung von Hochwasserrückhaltebecken dienen (Hennegriff, Reich 2007). Die Hochwasserereignisse der letzten Jahre in Deutschland haben – zunächst unabhängig von der erwarteten Verschärfung der Problematik in einigen Flussgebieten – aber auch gezeigt, dass technische Maßnahmen (z. B. Deiche) vielfach nicht ausreichend Schutz vor Extremereignissen bieten können. Nicht-strukturelle Maßnahmen des Hochwasserschutzes wie die Entwicklung von Flutpoldern, das Freihalten von Flächen von Bebauung, Bauvorsorge und Auflagen zur Landnutzung in Hochwasserentstehungsgebieten nehmen vor dem Hintergrund steigender Hochwasserrisiken an Bedeutung zu. Sie können sowohl das Ausmaß der Hochwasserereignisse selbst beeinflussen als auch dazu beitragen, Schadenspotenziale nicht weiter zu erhöhen (ausführlich s. Schanze 2011). Gleichzeitig lassen sich durch die Reakti-

vierung von Flussauensystemen und durch Änderungen der Landnutzung vielerorts auch Synergieeffekte mit dem Naturschutz erzielen. Allerdings sind die Spielräume zur Verstärkung der Retentionsleistung in vielen dicht besiedelten Gebieten aufgrund bestehender Siedlungsstrukturen relativ beschränkt; im Siedlungsbestand stoßen derartige Ansätze somit auf Grenzen. Zur Entwicklung der jeweils für das betreffende Flussgebiet geeigneten Kombination unterschiedlicher Maßnahmen der Hochwasservorsorge ist es somit notwendig, die unterschiedlichen Landnutzungen, ihre Vulnerabilität und ihre Anpassungsflexibilität übergreifend zu berücksichtigen.

Da die steigenden Schadenspotenziale der Vergangenheit v. a. eine Folge nicht angepasster Siedlungsflächenentwicklung sind, ist aus raumplanerischer Sicht eine konsequente vorsorgeorientierte Planung von großer Bedeutung. Beispiele zeigen, dass die Regionalplanung hierbei deutlich über die gesetzlich vorgeschriebenen Ausweisungen der Wasserwirtschaft hinausgehen kann (z. B. im Regierungsbezirk Köln, vgl. Birkmann 2008). Hierbei sollte insbesondere auch die erwartete Zunahme von Starkniederschlagsereignissen bedacht werden.

Der Klimawandel wird jedoch voraussichtlich nicht nur zur Erhöhung der Hochwassergefahr im Winterhalbjahr, sondern auch zur Zunahme von Niedrigwasserereignissen im Sommer führen, insbesondere im Bodensee-Gebiet, in Teilen des Hochrheins und des südlichen Oberrheins (Hennegriff et al. 2008). Dies kann Einschränkungen beispielsweise der Energieversorgung nach sich ziehen (z. B. Verfügbarkeit von Kühlwasser).

3.2 Landschaftliche Auswirkungen des Klimaschutzes

Ziele und Potenziale zum Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland

Die Erkenntnisse zum Klimawandel haben in Deutschland zur starken Förderung von erneuerbaren Energien geführt. Vom Jahr 2000 bis 2007 stieg der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Endenergieverbrauch in Deutschland von 3,8 auf 8,6 %, der Anteil am Primärenergieverbrauch stieg von 2,6 auf 6,7 % (BMU 2008). In Baden-Württemberg nahmen erneuerbare Energien an der Bruttostromerzeugung 2007 einen Anteil von 13 % ein, wobei die Wasserkraft mit 7,6 % den größten Anteil ausmachte (UM BW 2008). Der Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch für Wärme betrug 2007 8,2 %. Ziel der Landesregierung bis 2020 ist ein Anteil der erneuerbaren Energien von 20 % an der Bruttostromerzeugung und von 16 % an der Bruttowärmeerzeugung (ebd.).

In längerfristiger Sicht bestehen erheblich ehrgeizigere Ziele: In Deutschland soll die Emission von Treibhausgasen bis 2050 um 80 % (gegenüber 1990) reduziert werden, das bedeutet einen Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch von 80 % und am Wärmeverbrauch von 46 % (BMU 2008). Ziel dieser Maßnahmen ist – im Einklang mit Bestrebungen der EU –, den globalen Temperaturanstieg auf rund 2 °C zu beschränken. Unklar ist derzeit, in welchem Zeithorizont welche Veränderungen im Energiesystem möglich sind: Neben der Diskussion um den „Fahrplan“ des Umstiegs auf Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen sowie des Ausstiegs aus der Atomkraft – der nach der Fukushima-Katastrophe nun wohl innerhalb eines Zeitraums von rund 10 Jahren erfolgen wird – und der tatsächlichen Umsetzung sind auch Änderungen an den Netzinfrastrukturen notwendig, die geplant und umgesetzt werden müssen.

Landschaftliche Auswirkungen erneuerbarer Energien

Den positiven Folgen des vermehrten Einsatzes erneuerbarer Energien für den Klimaschutz stehen erhebliche landschaftliche Auswirkungen gegenüber: Der Flächen- bzw. Raumbedarf von erneuerbaren Energien ist im Vergleich zu fossilen Energiequellen erheblich. Die Produktion von Energie benötigt Flächen, die dann für andere Nutzungen nicht mehr zur Verfügung stehen, sodass Flächenkonkurrenzen und Nutzungskonflikte zunehmen. Bei einigen Energieträgern (Windkraft, aber auch flächendeckende Photovoltaikanlagen) ergeben sich Auswirkungen v. a. auf das Landschaftsbild, bei anderen (Biomasse, Wasserkraft) auch Auswirkungen auf weitere Umweltressourcen. Insbesondere die Nutzung von (Agrar-)Ökosystemen für die Energieproduktion kann aufgrund der meist intensiven Wirtschaftsweise zu Umweltbelastungen führen (s. z. B. Rode, Schlegelmilch 2006; für einen Überblick über die unterschiedlichen Nutzungspfade s. z. B. Thrän 2006). Aktuelle Untersuchungen aus Rheinland-Pfalz zeigten, dass der Anteil von Silomais zur Produktion von Biogas insgesamt – auf Landesebene – nur relativ gering ist, dass auf Gemeinde- oder Betriebsebene nach Inbetriebnahme einer Biogasanlage jedoch z. T. ein sehr starker Zuwachs der zum Silomaisanbau genutzten Fläche zu erkennen ist (von 9 auf 40 %; Kruska, Emmerling 2008), mit lokal bzw. regional entsprechend steigender Gefahr negativer Umweltauswirkungen aufgrund des intensiven Wirtschaftens beim Maisanbau. Andererseits kann der Anbau von Energiepflanzen auf ertragsschwachen Standorten möglicherweise eine sinnvolle Nutzungsmöglichkeit von Flächen bieten, die aus Sicht der Landespflege offen gehalten werden sollen, wo sich aber die Produktion von Nahrungsmitteln nicht lohnt.

Somit wird deutlich, dass der nachhaltige Ausbau von erneuerbaren Energien unter Beachtung nicht nur klimapolitischer Aspekte erfolgen kann, sondern eine Reihe weiterer Aspekte einbeziehen muss. Dies gilt aufgrund des hohen Flächenbedarfs und der direkten Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion insbesondere für die Energieproduktion aus Biomasse. Zur Ausgestaltung nachhaltiger Möglichkeiten der Biomassenutzung für die Energiegewinnung liegt eine Reihe von Empfehlungen vor, beispielsweise des Deutschen Rats für Landschaftspflege (DLR 2006), des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU 2007) sowie des Nachhaltigkeitsbeirats Baden-Württembergs (NBBW 2008).

Als notwendig erachtet werden dabei beispielsweise (NBBW 2008) der Aufbau entsprechender Organisations- und Kooperationsstrukturen (regionale Energiekonzepte) und die entsprechende Anpassung des Förderinstrumentariums. Auch der SRU (2007) plädiert für eine klare Priorisierung der Verwendung von Biomasse für die Strom- und Wärmeerzeugung, und nicht für die Kraftstofferzeugung. Ganz generell sind die Berücksichtigung des Energieertrags pro Flächeneinheit, Aspekte des Ressourcenschutzes, die Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion sowie Fragen des räumlichen Bezugs (Transportentfernung) wichtige Kriterien beim weiteren Ausbau erneuerbarer Energien. Zur Sicherstellung einer umwelt- und landschaftsverträglichen Nutzung von Biomasse fordern Plieninger et al. (2006) – neben weiteren Aspekten – ein Primat der Steigerung der Energienutzungseffizienz vor dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energien sowie den Vorrang der Nutzung von Reststoffen vor dem großflächigen Anbau von Energiepflanzen.

In vielen Regionen, auch in Baden-Württemberg, wurden regionale Energiekonzepte aufgestellt und trägt die Regionalplanung zur räumlichen Steuerung erneuerbarer Energien bei (z. B. Regionalverband Nordschwarzwald 2007; VRRN 2007; s. a. Schultze, Köppel 2008 zur Frage der räumlichen Steuerung von Gebieten zum Anbau von nach-

wachsenden Rohstoffen). Generell wird die Regionalplanung hier als wichtiger Akteur angesprochen (vgl. BMVBS 2011).

Bei der Diskussion um den Ausbau von erneuerbaren Energien wird häufig das Potenzial für regionale Wertschöpfungsprozesse betont. Dies gilt insbesondere für Bioenergienutzung, bei der auf endogene Potenziale der Region zurückgegriffen wird. Obwohl die Investitionskosten und der Planungsaufwand bei der Einrichtung entsprechender Anlagen hoch sind, werden hier positive Effekte für Regionen gesehen. Allerdings liegen bislang nur relativ wenig quantitative Erfassungen vor. Hoffmann (2007) zeigte am Beispiel des Naturparks Saar-Hunsrück, dass durch Energieerzeugung aus Biomasse (untersucht am Beispiel einer landwirtschaftlichen Biogasanlage und einer kommunalen Holzheizung) hier im Vergleich zu konventionellen Energieträgern erhebliche Effekte für regionale Wertschöpfungsketten und Arbeitsplatzsicherung erzielt werden können.

4 Konsequenzen für den ländlichen Raum und die Raumentwicklung

Landschaften sind von jeher durch Veränderungsprozesse geprägt bzw. sind durch menschliche Nutzungsweisen zu dem geworden, was sie heute sind – man spricht von „gewachsenen“ Kulturlandschaften. Vielfach ist es das Ziel von Kulturlandschaftspflege und -entwicklung, bestimmte Landschaftselemente zu bewahren oder Veränderungsprozesse so zu gestalten, dass zumindest radikale Umbrüche vermieden werden. Durch den Klimawandel sind nun praktisch alle Landnutzungen in unterschiedlichem Umfang von Veränderungen betroffen, sodass sich Auswirkungen auch auf die Kulturlandschaft ergeben.

Die aktuellen klimatischen Änderungen verlaufen auf einer relativ raschen Zeitskala. Zumindest in Mitteleuropa sind die Auswirkungen des Klimawandels im Vergleich mit anderen Regionen der Welt oder auch Europas dennoch recht moderat (vgl. z. B. die Kartendarstellungen der Temperatur- und Niederschlagsentwicklung in Europa in BMVBS 2007). Die landschaftlich relevanten Veränderungen in den unterschiedlichen betroffenen Handlungsbereichen (vgl. unter 3.1) dürften bei uns insgesamt weniger dem Klimawandel an sich zuzuweisen sein als vielmehr den bewussten Änderungen („Anpassungen“) der Landnutzungen und Landschaftsstrukturen – ist doch die Kulturlandschaft v. a. durch die menschliche Nutzung bzw. Nutzungsgeschichte geprägt. Gleichwohl wird es in einzelnen Bereichen langfristige Veränderungsprozesse geben, die jedoch eher punktuell oder lokal zu erkennen sind (z. B. Verlust bzw. Veränderung bestimmter klimawandelsensitiver Biotoptypen), in Einzelfällen aber Nutzungsänderungen hervorbringen (z. B. in Flusstälern).

Dennoch führt zumindest bislang der „Boom“ von erneuerbaren Energien, insbesondere Biomasse und Windkraft (vgl. 3.2) zu wesentlich rascheren landschaftlichen Auswirkungen als der Klimawandel selbst bzw. die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Die vielfach polemisch und emotional geführten Diskussionen um den Ausbau erneuerbarer Energien zeigt, wie schwierig es ist, diesen rasanten Wandel unter Einbezug sozialer, ökologischer und ökonomischer Faktoren zu gestalten (vgl. z. B. Vössing 2007). Klar ist jedoch, dass die ambitionierten Klimaschutzziele – die notwendig sind, um einen „gefährlichen“ Klimawandel zu vermeiden – nicht ohne Veränderungen auch unserer Kulturlandschaften erreicht werden können. Mit Blick auf die langfristigen Ziele werden hier noch erheblich größere Anstrengungen notwendig werden, die sicherlich auch Konflikte hervorrufen – aber auch Veränderungen unseres Verständnisses von Kulturlandschaft.

Gleichzeitig zeigt sich gerade beim Ausbau der erneuerbaren Energien, dass der Klimawandel und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels nicht isoliert von ande-

ren Prozessen bzw. den wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen betrachtet werden können – auch im globalen Maßstab. Der starke Zuwachs erneuerbarer Energien in Deutschland ist nicht zuletzt der Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und weiteren Instrumenten geschuldet. Für die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft dürfte, auch in Deutschland, ganz generell die Bedeutung der globalen Nachfrage sowie der Preisentwicklung auf den Agrarmärkten (und der Ausgestaltung der EU-Agrarförderung) von größerer Bedeutung für die Entwicklung der Flächennutzung sein, als es der Klimawandel ist. Selbst wenn sich die Anbaumöglichkeiten in einzelnen Regionen oder für einzelne Erzeugnisse verschlechtern, kann dies durch insgesamt steigende Preise kompensiert werden (vgl. z.B. die Einschätzung von Wechsung für Brandenburg; Wechsung 2009). Ähnliches gilt sicherlich für die Forstwirtschaft, wobei hier aufgrund der Langfristigkeit der Waldbewirtschaftung der vorausschauenden Berücksichtigung des zukünftigen Klimas eine weit bedeutendere Rolle zukommt.

Auch wenn sowohl die Projektionen zum Klimawandel als auch die Ausbauziele für erneuerbare Energien sich auf Zeiträume beziehen, die weit über die üblichen Planungshorizonte (z.B. der Regionalplanung) hinausgehen, sollten die zu erwartenden Veränderungen trotz der Unsicherheiten im Detail bereits jetzt mitbedacht werden, wenn es um die Weiterentwicklung von Landschaften oder Siedlungsstrukturen geht – ebenso, wie bereits heute die zukünftige demographische Entwicklung berücksichtigt werden muss. Nur dann lassen sich die bevorstehenden und i.d.R. zumindest vom Trend her absehbaren Änderungen auch als Chancen nutzen.

Literatur

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2007): Anpassung an den Klimawandel in Europa – Die Sicht der Raumplanung. = Positionspapier aus der ARL 73. Hannover.

Beierkuhnlein, C.; Foken, T. (2008): Klimawandel in Bayern. Auswirkungen und Anpassungsmöglichkeiten. = Bayreuther Forum Ökologie 113. Bayreuth.

Birkmann, J. (2008): Globaler Umweltwandel, Naturgefahren, Vulnerabilität und Katastrophenresilienz. Notwendigkeit der Perspektivenerweiterung in der Raumplanung. In: Raumforschung und Raumordnung 66 (1), 5-22.

BMU – Bundesministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit (2008): Erneuerbare Energien in Zahlen. Broschüre. http://www.erneuerbare-energien.de/files/erneuerbare_energien/downloads/application/pdf/broschuere_ee_zahlen.pdf (03.06.2011).

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2011): Erneuerbare Energien. Zukunftsaufgaben der Regionalplanung. Bonn.

Böhm, H. R. (2007): Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel – zwei untrennbare Handlungserfordernisse. In: IWAR (Hrsg.): Klimawandel – Anpassungsstrategien in Deutschland und Europa. = WAR 183. Darmstadt, 1-5.

DRL – Deutscher Rat für Landespflege (2006): Stellungnahme – Die Auswirkungen erneuerbarer Energien auf Natur und Landschaft. In: DRL (Hrsg.): Die Auswirkungen erneuerbarer Energien auf Natur und Landschaft. = Schriftenreihe des DRL 79. Bonn 5-47.

Ehrmann, O.; Konold, W.; Niederberger, J.; Wattendorf, P. (2010): Auswirkungen des Klimawandels auf Biotope Baden-Württembergs (KLIBB) innerhalb des Forschungsprogramms Herausforderung Klimawandel Baden-Württemberg. www.herausforderung-klimawandel-bw.de (03.06.2011).

Enke, W.; Hense, A.; Krienkamp, F.; Panitz, H.-J.; Schädler, G.; Schölzel, C.; Spekat, A. (2010): Probabilisistische Abschätzung regionaler Klimaänderungen der kommenden Dekaden und ihrer Unsicherheiten (Verbundprojekt PArK). www.herausforderung-klimawandel-bw.de (03.06.2011).

Feldmann, H.; Früh, B.; Kornmeker, C.; Panktz, H.-J.; Schädler, G. (2010): Hochauflösende regionale Simulationen künftiger Starkniederschlagsereignisse in Baden-Württemberg (ReSiPrec). www.herausforderung-klimawandel-bw.de (03.06.2011).

Frank, C.; Grebhan, K.; Kortmeier, C.; Kunz, M.; Lux, R.; Mayer, H.; Mohr, S.; Rauthe, M.; Ruck, B.; Schindler, D.; Schönborn, J. (2010): Strategien zur Reduzierung des Sturmschadensrisikos für Wälder (Verbundprojekt RESTER). www.herausforderung-klimawandel-bw.de (03.06.2011).

Freibauer, A.; Schulze, E.-D. (2005): Effizienz von Kohlenstoffsenken unter dem Aspekt des Klimaschutzes. www.waldundklimanet.de (16.11.2008).

Gerstengarbe, F.-W.; Werner, P. C.; Österle, H.; Wodinski, M. (2005): Klimatische Belastungen und Extreme. In: Stock, M. (Hrsg.): KLARA. Klimawandel – Auswirkungen, Risiken, Anpassung. = PIK-Report 99. Potsdam, 21-45.

Heiland, S.; Geiger, B.; Rittel, K. Steinl, C.; Wieland, S. (2008): Der Klimawandel als Herausforderung für die Landschaftsplanung. Probleme, Fragen und Lösungsansätze. In: Naturschutz und Landschaftsplanung 40 (2), 37-41.

Hennegriff, W.; Ihreringer, J.; Kolokotronis, V. (2007): Prognose von Auswirkungen des Klimawandels auf die Hochwasserverhältnisse in Baden-Württemberg. In: KW – Korrespondenz Wasserwirtschaft (1), 309-314.

Hennegriff, W.; Kolokotronis, V.; Weber, H.; Bartels, H. (2006): Klimawandel und Hochwasser. Erkenntnisse und Anpassungsstrategien beim Hochwasserschutz. In: KA – Abwasser, Abfall 53 (8), 770-779.

Hennegriff, W.; Reich, J. (2007): Auswirkungen des Klimawandels auf den Hochwasserschutz in Baden-Württemberg. In: Die Gemeinde (BWGZ) 2/2007, 65-69.

Hoffmann, D. (2007): Regionale Wertschöpfung durch optimierte Nutzung endogener Bioenergiepotenziale als strategischer Beitrag zur nachhaltigen Regionalentwicklung. Dissertation an der philosophischen Fakultät der Universität des Saarlands. http://scidok.sulb.uni-saarland.de/volltexte/2007/1156/pdf/ DissDunjaHoffmann.pdf (13.11.2008).

Jakob, D.; Göttel, H.; Kotlarski, S.; Lorenz, P.; Sieck, K. (2008): Klimaauswirkungen und Anpassung in Deutschland – Phase 1: Erstellung regionaler Klimaszenarien für Deutschland. Abschlussbericht zum UFOPLAN-Vorhaben. = Climate Change 11/08. Dessau.

Janssens, I. A.; Freibauer, A.; Schlamadinger, B.; Ceulemans, R.; Ciais, P.; Dolman, A. J.; Heimann, M.; Nabuurs, G.-J.; Smith, P.; Valentini, R.; Schulze, E.-D. (2005): The carbon budget of terrestrial ecosystems at country-scale – a European case study. In: Biogeosciences 2, 15-26.

Jessel, B. (2009): Biodiversität und Klimawandel – Forschungsbedarfe im Rahmen nationaler Handlungsstrategien. In: Natur und Landschaft 84 (1), 32-38.

Kartschall, T.; Wolff, M.; Wodinski, M.; Stock, M. (2005): Weinbau. In: Stock, M. (2005): KLARA. Klimawandel – Auswirkungen, Risiken, Anpassung. = PIK-Report 99. Potsdam, 81-88.

Köck, W. (2007): Klimawandel und Recht – Adaption an Klimaänderungen: Auswirkungen auf den Hochwasserschutz, die Bewirtschaftung der Wasserressourcen und die Erhaltung der Artenvielfalt. In: Tetzlaff, G.; Karl, H.; Overbeck, G. (Hrsg.): Wandel von Vulnerabilität und Klima: Müssen unsere Vorsorgewerkzeuge angepasst werden? = Schriftenreihe des DKKV 35. Bonn, 63-77.

Kölling, C.; Zimmermann, L.; Walentowski, H. (2007): Klimawandel – Was geschieht mit Fichte und Buche? In: AFZ – Der Wald 11/2007, 584-588.

Kruska, V.; Emmerling, C. (2008): Flächennutzungswandel durch Biogaserzeugung. Regionale und lokale Erhebungen in Rheinland-Pfalz. In: Naturschutz und Landschaftsplanung, 40 (3), 69-72.

Lutz, G. (2001): Beschneiungsanlagen in Bayern – Stand der Beschneiung, potenzielle ökologische Risiken. Bayerisches Landesamt für Umweltschutz. http://www.lfu.bayern.de/publikationen/doc/lfu_all_00011_tb_2000/beschneiung.pdf (13.11.2008).

Murmann-Kristen, L. (2007): Gesamtstaatliche repräsentative Gebiete aus Naturschutzsicht in Baden-Württemberg. In: Scherfose, V. (Bearb.): Bundesweit bedeutsame Gebiete für den Naturschutz. = Naturschutz und Biologische Vielfalt 43. Bonn-Bad Godesberg, 301-326.

NBBW – Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg (2008): Energie aus Biomasse: Potenziale und Empfehlungen für Baden-Württemberg. Stuttgart. http://www.nachhaltigkeitsbeirat-bw.de/mainDaten/dokumente/bioenergiegutachten.pdf (13.11.2008).

Pistorius, T. (2007): Kohlenstoffspeicherung in Wald und Holzproduktion. Wie Wirtschaftwandel und nachhaltige Forstwirtschaft in Baden-Württemberg zum Klimaschutz beitragen. http://www.waldundklima.net/wald/pistorius_fva_2007.php (15.11.2011).

Plieninger, T.; Bens, O.; Hüttl, T. (2006): Bioenergie-Nutzung und Kulturlandschaftsentwicklung – Kompatibilitäten, Synergien, Unverträglichkeiten. In: DRL – Deutscher Rat für Landespflege (Hrsg.): Die Auswirkungen erneuerbarer Energien auf Natur und Landschaft. = Schriftenreihe des DRL 79. Bonn, 81-87.

Pompe, S.; Hanspach, J.; Badeck, F.; Klotz, S.; Thuiller, W.; Kühn, I. (2008): Climate and land use change impacts on plant distributions in Germany. In: Biol. Lett. 4, 564-567.

Regionalverband Nordschwarzwald (2007): Teilregionalplan Regenerative Energien. = Materialien zur Regionalentwickung 122. Pforzheim.

Rode, M.; Schlegelmilch, S. (2006): Räumliche Dimensionen und Auswirkungen des Biomasseanbaus aus landespflegerischer Sicht. In: DRL – Deutscher Rat für Landespflege (Hrsg.): Die Auswirkungen erneuerbarer Energien auf Natur und Landschaft. = Schriftenreihe des DRL 79. Bonn, 58-66.

Schanze, J. (2011): Hochwasserrisikomanagement nach Hochwasserrichtlinie (HWRL). In: von Haaren, C.; Galler, C. (Hrsg.): Zukunftsfähiger Umgang mit Wasser im Raum. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 234. Hannover, 152-170.

Schönwiese, C.-D. (2007): Indizien für den Klimawandel der letzten 100 Jahre. In: Tetzlaff, G.; Karl, H.; Overbeck, G. (Hrsg.): Wandel von Vulnerabilität und Klima: Müssen unsere Vorsorgewerkzeuge angepasst werden? = Schriftenreihe des DKKV 35. Bonn, 4-16.

Schultze, C., Köppel, J. (2007): Gebietskulissen für den Energiepflanzenanbau? Steuerungsmöglichkeiten der Planung. In: Naturschutz und Landschaftsplanung 9/2007, 269-273.

Schuster, S.; Brall, A. (2007): Zunahme der Artenvielfalt auf Linientaxierungsstrecken in Südwestdeutschland. In: Vogelwelt 128, 85-91.

Seifert, W. (2004a): Klimaänderungen und (Winter-)Tourismus im Fichtelgebirge – Auswirkungen, Wahrnehmung und Ansatzpunkte zukünftiger touristischer Entwicklung. Diplom Thesis, Universität Bayreuth.

Seifert, W. (2004b): Klimaänderungen und Tourismus im Fichtelgebirge. In: Maier, J. (Hrsg.): Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung. Bayreuth.

Spekat, A.; Enke, W.; Kreienkamp, F. (2007): Neuentwicklung von regional hoch aufgelösten Wetterlagen für Deutschland und Bereitstellung regionaler Klimaszenarios mit dem Regionalisierungsmodell WETTREG auf der Basis von globalen Klimasimulationen mit ECHAM5/MPI-OM T63L31 2010 bis 2100 für die SRES-Szenarios B1, A1B und A2. Endbericht. http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/dateien/3133.htm (10.12.2008).

Suckow, F.; Lasch, P.; Badeck, F.-W.; Hauf, Y. (2005): Forstsektor. In: Stock, M. (Hrsg.): KLARA. Klimawandel – Auswirkungen, Risiken, Anpassung. = PIK-Report 99. Potsdam, 89-106.

SRU – Sachverständigenrat für Umweltfragen (2007): Klimaschutz durch Biomasse. Sondergutachten. Berlin.

Stock, M. (Hrsg.) (2005): KLARA. Klimawandel – Auswirkungen, Risiken, Anpassung. = PIK-Report 99. Potsdam.

Thrän, D. (2006): Perspektiven und Szenarien für eine nachhaltige Biomassenutzung. In: DRL – Deutscher Rat für Landespflege (Hrsg.): Die Auswirkungen erneuerbarer Energien auf Natur und Landschaft. = Schriftenreihe des DRL 79. Bonn, 88-94.

UM BW – Umweltministerium Baden-Württemberg (2008): Erneuerbare Energien in Baden-Württemberg 2007. Erste Abschätzung, Stand Juli 2007. Stuttgart.

Vössing, A. (2007): Brot oder Benzin. Flächenkonkurrenzen zwischen Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen. In: Naturschutz und Landschaftsplanung 39 (12), 377-367.

VRRN – Verband Region Rhein-Neckar (2007): Erneuerbare Energien-Konzept für die Region Rhein-Neckar – rechtsrheinischer Teilraum. = Schriftenreihe 2. Mannheim.

Walkenhorst, O.; Stock, M. (2009): Regionale Klimaszenarien für Deutschland. Eine Leseanleitung. = E-Paper der ARL 6. Hannover.

Wechsung, F. (2009): Gesamteinschätzung zum Klimarisiko für die ostdeutschen Ackerstandorte. In: Wechsung, F.; Gerstengarbe, F.-W.; Lasch, P. Lüttger, G. (Hrsg.): Die Ertragsfähigkeit ostdeutscher Ackerflächen unter Klimawandel. = PIK-Report 112. Potsdam, 56-57.

Wechsung, F.; Krysanova, V. (2005): Weizen und Mais. In: Stock, M. (Hrsg.): KLARA. Klimawandel – Auswirkungen, Risiken, Anpassung. = PIK-Report 99. Potsdam, 64-69.

Wechsung, F.; Hanspach, A.; Menzel, L. (2005): Obstbau. In: Stock, M. (Hrsg.): KLARA. Klimawandel – Auswirkungen, Risiken, Anpassung. = PIK-Report 99. Potsdam, 69-81.

WM BW – Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (2005): Nachhaltige Entwicklung des Schneesports und des Wintersporttourismus in Baden-Württemberg. Stuttgart.

Wolff, M.; Walkenhorst, O.; Stock, M. (2005): Tourismus. In: Stock, M. (Hrsg.): KLARA. Klimawandel – Auswirkungen, Risiken, Anpassung. = PIK-Report 99. Potsdam, 107-131.

Thomas Heinl

Lage und Vergleichsdaten der Fallstudien

Ziel der Fallstudien ist es, beobachtbare Veränderungsprozesse in Bezug auf die Kulturlandschaft und die Funktionen des ländlichen Raumes sowie die Reaktionen und Handlungsoptionen in einem konkreten räumlich-funktionalen Kontext aufzuzeigen (vgl. die Einführung von Stadelbauer in diesem Band). Die Fallstudien bilden typische Raumkonstellationen in Baden-Württemberg ab, die jeweils durch unterschiedliche Verflechtungen zu Verdichtungsräumen bzw. Verdichtungsbereichen gekennzeichnet sind. Da der Auswahl der Fallstudien keine umfassende Typisierung ländlicher Räume zugrunde liegt, sind der Ableitung von verallgemeinernden Schlussfolgerungen aus den Fallstudien jedoch Grenzen gesetzt.

Allen Fallstudien gemeinsam ist die Betrachtung von Entwicklungsverläufen in demographischer und nutzungsbezogener Hinsicht. Jede Fallstudie stellt darüber hinaus einen spezifischen Betrachtungszusammenhang mit unterschiedlicher Herangehensweise in den Vordergrund.

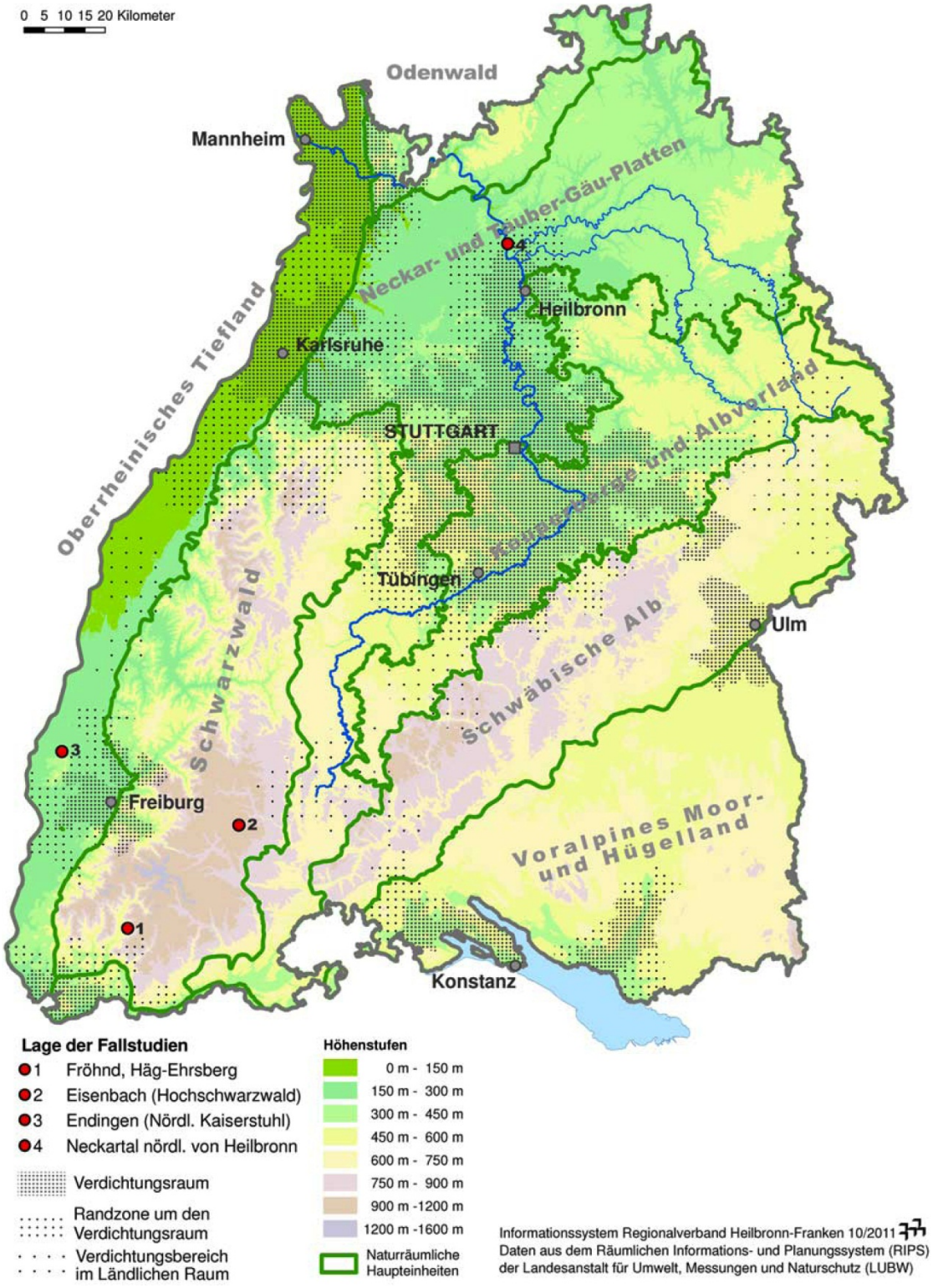
Abbildung 1 zeigt die Lage der vier Beispielsräume in Baden-Württemberg in ihrem Verhältnis zu den naturräumlichen Voraussetzungen (Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung 1952–1967) und den Verdichtungsräumen (Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg 2002). In Tab. 1 sind wesentliche Strukturmerkmale der Gemeinden, die Teil oder übergeordnete Einheit der Fallstudie sind, abgebildet (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011).

Die Fallstudie „Fröhnd und Häg-Ehrsberg“ im Südschwarzwald (vgl. den Beitrag von Korhammer und Konold in diesem Band) betrachtet einen Raum mit einem beträchtlichen Anteil an traditionellen landwirtschaftlichen Nutzungsformen und begrenztem ökonomischen Entwicklungspotenzial, aber einer doch noch spürbaren Anbindung an den Verdichtungsraum Basel/Lörrach. Die beiden betrachteten Gemeinden sind durch eine geringe Einwohnerdichte, eine reichhaltige historische Kulturlandschaft, eine geringe gewerbliche Ausstattung, eine starke Pendlerverflechtung und eine wichtige ökonomische Ergänzungsfunktion durch den Tourismus gekennzeichnet. Die Gemeinden Fröhnd und Häg-Ehrsberg gehören mit einer Bevölkerungsdichte von 30 bzw. 36 EW/km² zu den am dünnsten besiedelten Gebieten in Baden-Württemberg. Mit einem Anteil der Landwirtschaftsfläche von 45,5% bzw. 37,5% weisen die Gemeinden zudem die höchsten Offenlandanteile im Hochschwarzwald auf. Zwar belegen die Flächennutzung und die Bevölkerungszahl für die vergangenen Jahrzehnte einigermaßen stabile Verhältnisse, insgesamt schwindet jedoch die ökonomische Basis, wie ein Vergleich der Beschäftigten, der Übernachtungen und der moderate landwirtschaftliche Strukturwandel zeigt. Der Schwerpunkt der Betrachtung liegt auf den Voraussetzungen und Strategien zur Erhaltung einer historisch gewachsenen Kulturlandschaft.

Die Fallstudie „Eisenbach (Hochschwarzwald)“ (vgl. den Beitrag von Kuckes in diesem Band) steht stellvertretend für Kommunen ländlicher Räume im engeren Sinne, in denen sich randlich der Entwicklungsachsen ein hochspezialisiertes Gewerbe mit Weltmarktführern entwickelt hat. Die Gemeinde hat eine wichtige Funktion als Arbeitsplatzstandort im ländlichen Raum, in der trotz der gewerblichen Prägung auch der Tourismus noch eine Rolle spielt. Kennzeichnend für die Gemeinde sind ein überdurchschnittliches Arbeitsplatzangebot bei mittelfristig stabilen Flächennutzungs- und Bevöl-

kerungsverhältnissen. Bemerkenswert ist der starken kurzfristigen Schwankungen unterworfene Verlauf der ökonomischen Entwicklung. Schwerpunkt der Betrachtung bilden das gewerbliche Potenzial vor Ort und dessen Rahmenbedingungen sowie die Handlungsoptionen für eine Stabilisierung der Entwicklung.

Abb. 1: Lage der Fallstudien in Baden-Württemberg



Quelle: Eigene Darstellung (Regionalverband Heilbronn-Franken)

Tab. 1: Vergleichende Darstellung wichtiger Strukturmerkmale der Fallstudien auf Gemeindeebene

	Häg-Ehrsberg und Fröhnd	Eisenbach (Hoch-schwarzwald)	Endingen am Kaiserstuhl	Neckartal nördlich von Heilbronn	Baden-Württem-berg
Raumkategorien VR = Verdichtungsraum VRZ = Randzonen um die Verdichtungsräume LR= Ländlicher Raum	LR	LR	LR	VR, VRZ	17 % VR 14 % VRZ 69 % LR
Bevölkerungsdichte (EW/km²) (2010)	30-36	75	341	188-476	301
Relative Einwohnerzahl 2010 (1975= 1)	0,9-1	1	1,4	1,2	1,2
Naturräumliche Haupteinheiten	Schwarzwald	Schwarzwald	Oberrheinisches Tiefland	Neckar- und Tauber-gäuplatten	-
Durchschnittstemperatur (1961-1990)	5-8,5° C	4-7° C	9-11° C	8-10° C	3-11° C
Höhenlage (m über NN)	400-1.200	800-1.130	150-600	120-450	0-1.600
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort je 1.000 EW (2010)	33-84	581	304	148-284	362
Relative Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort je 1.000 EW 2010 (1975= 1)	0,5-0,8	1,6	2,1	1,1-2,1	1,2
Anteil der Beschäftigten am Arbeitsort im produzierenden Gewerbe in % (2010)	0-56,6	94,5	53,6	37-62,1	38
Verhältnis Auspendler/ Einpendler 2010	6,7-19,8	0,5	1,3	1,4-3,3	-
Anteil an lw. Haupterwerbsbetrieben in % (2007)	9,4-10,0	33,3	23,3	42,6-62,5	36,5
Relative Zahl landwirtschaftlicher Betriebe 2007 (1979=1)	0,51-0,67	0,52	0,45	0,32-0,44	0,43
Grünlandanteil 2007 in %	99,7-99,8	99,2	6,9	5,1-43,4	38,4
Reblandanteil 2007 in %	0	0	34,2	0-1,9	1,7

Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011; Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz 2007

In der Fallstudie „Endingen-Amoltern und Endigen-Königschaffhausen“ (vgl. den Beitrag von Korff und Passon in diesem Band) im Bereich des Oberrheinischen Tieflandes, randlich des Verdichtungsraumes Freiburg gelegen, wird die Entwicklung von zwei benachbarten Gemarkungen der Gemeinde Endingen am Kaiserstuhl vergleichend dargestellt, die insbesondere aufgrund der topographischen Unterschiede im Randbereich innerhalb und außerhalb des Kaiserstuhls sehr unterschiedlich verläuft. Im Gemeindegebiet herrschen insgesamt günstige natürliche Produktionsbedingungen vor. Dennoch paust sich die Nähe des Verdichtungsraumes insgesamt in der Siedlungsdichte, der Beschäftigungsstruktur und dem Auspendler-Einpendler-Verhältnis ab. Während die Gemarkung Amoltern aufgrund ihrer topographischen Situation landwirtschaftlich kleinstrukturiert geprägt ist, hat sich in der Gemarkung Königschaffhausen auch eine gewerbliche Entwicklung vollzogen. Die Fallstudie steht stellvertretend für kleinräumi-

ge Entwicklungsunterschiede in Gemeinden mit unterschiedlichen orographischen Verhältnissen.

Die Fallstudie „Neckartal nördlich von Heilbronn“ (vgl. den Beitrag von Hein und Heinl in diesem Band) beschreibt die Entwicklung eines Talraumes in einer altbesiedelten ackerbaulichen und verkehrlichen Gunstlage im Randbereich des Verdichtungsraums Heilbronn. Der räumlich zusammengehörige Talabschnitt des Neckars zwischen Bad Wimpfen und Gundelsheim nördlich von Heilbronn hat eine mittlere Siedlungsdichte und ist bei hoher Standortvielfalt durch überwiegend günstige landwirtschaftliche Bedingungen mit einer starken Konkurrenz zwischen Siedlungsentwicklung und Landwirtschaft gekennzeichnet. Bei hohem Freizeitwert und erheblicher Erholungsnachfrage ist insgesamt die hohe Vielfalt unterschiedlicher natürlicher und gesellschaftlicher Funktionen prägend. Der Anteil der im produzierenden Gewerbe Tätigen ist deutlich geringer als im ländlichen Raum. Aufgrund des hohen Angebotes an außerlandwirtschaftlichen Einkommensmöglichkeiten hat sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft in besonders schnellem Maße vollzogen. Aufgrund der Nähe zum Verdichtungsraum hat das Neckartal eine wichtige Leit- und Ausgleichsfunktion im Freiraum als Entwicklungsraum für einen regionalen Landschaftspark. Der Betrachtungsschwerpunkt der Fallstudie liegt auf der Dynamik der Siedlungsentwicklung, den ablesbaren Entwicklungstendenzen im Freiraum und deren Auswirkungen auf die Raumfunktionen.

Die Fallstudien sind bestrebt, einen konkreten Beschreibungskontext für Schlussfolgerungen und sinnvolle Betrachtungsschwerpunkte bei der Analyse ländlicher Räume und Kulturlandschaften herauszuarbeiten. Die Schlussfolgerungen des letzten Kapitels selbst entstammen daher im Kern nicht nur aus den Fallstudien, sondern auch aus dem Erfahrungs- und Wissenshorizont der Autorinnen und Autoren.

Literatur

Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung (Hrsg.) (1952–1967): Naturräumliche Gliederung Deutschlands, Geographische Landesaufnahme 1: 200.000. Bonn-Bad Godesberg.

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (Hrsg.) (2007): Wasser- und Bodenatlas Baden-Württemberg. Karlsruhe.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: LIS-Datenbank.http://www.statistik-bw.de/SRDB/ (27.09.2011).

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2002): Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 2002. Stuttgart.

Kerstin Korhammer, Werner Konold

Fallstudie „Häg-Ehrsberg und Fröhnd (Südschwarzwald)“

Gliederung

1 Einführung

2 Material

3 Die Gemeinden

3.1 Gemeinsame Landschaft, Landnutzung, Struktur und räumliche Einordnung

3.2 Häg-Ehrsberg

3.3 Fröhnd

3.4 Entwicklung seit ca. 1970 bis heute

4 Aktuelle Situation

5 Entwicklungstendenzen

6 Fazit

Literatur

1 Einführung

In Jahrhunderten bäuerlicher Bewirtschaftung ist im Südschwarzwald und im Wiesental eine Kulturlandschaft entstanden, die sich durch den Wechsel von Offenland und Wald auszeichnet. Noch immer besitzt der Faktor Landwirtschaft besondere Bedeutung für die Landschaft. Der Rückgang der Landwirtschaft und andere Veränderungen im ländlichen Raum, z. B. in struktureller und demographischer Hinsicht, haben in den letzten Jahrzehnten auch in den Wiesentalgemeinden Häg-Ehrsberg und Fröhnd veränderte Bedingungen und Faktoren für die Entwicklung dieser Landschaft geschaffen und werden sich auch in Zukunft darauf auswirken. Der lokale Prozess passt sich zwar in groben Zügen in den übergeordneten Gang ein, etwa in den oben erwähnten zunehmenden Rückzug aus der Landwirtschaft, verläuft jedoch selbst bei diesen zwei Gemeinden im Detail unterschiedlich. In diesem Gebiet gibt es einige Besonderheiten wie z. B. die Allmende und den noch vorhandenen Bürgernutzen. Die Allmende hat über die großflächige, extensive Weidenutzung die Landschaft bis auf den heutigen Tag entscheidend mitgeprägt. Ihre Merkmale sind ausgedehnte, zusammenhängende Flächen mit einem für die Südschwarzwälder Kulturlandschaft ganz eigenen Charakter. Aber auch bei diesen Flächen wird mittlerweile über Offenhaltung und Erhaltung dieses Bildes diskutiert. Ein Schwerpunkt der Fallstudie wird somit darauf liegen, ob und wie extensive Nutzungsformen wie die Gemeinschaftsweide im Rahmen der Offenhaltungsdebatte Zukunft haben und eine Chance für Landschaftspflege darstellen bzw. auf eine (positive) Entwicklung der Landschaft und des ländlichen Raums Einfluss nehmen können. Man könnte auch sagen: Es geht um die Zukunftsfähigkeit einer „archaischen“ Form der Landnutzung.

2 Material

Die Beschreibung der Gemeinden und der Kulturlandschaft Häg-Ehrsbergs und Fröhnds stützt sich weitgehend auf Sekundärliteratur zum Wiesental und den Internetauftritt der Gemeinde Fröhnd. Die aktuellen Verhältnisse wurden durch eigene Beobachtungen ergänzt. Diese Materialien haben auch zur Darstellung der bisherigen Entwicklung der Landschaft beigetragen. Dabei waren manche Daten nur zum Wiesental verfügbar, welche den allgemeinen Trend vorgaben. Dieser Teil wurde besonders durch Gespräche, überwiegend mit Einwohnern und den Bürgermeistern, ergänzt.[1] Literatur und Gespräche lieferten außerdem die Begründungen und Einschätzungen, wie sich die Landschaft unter bestimmten Bedingungen möglicherweise in Zukunft entwickeln, bzw. wie man auf diese Entwicklung gezielt Einfluss nehmen könnte, um sie in eine bestimmte Richtung zu lenken. Statistische Daten zur Untermauerung des bisherigen Wandels bestimmender Faktoren, z.B. die Entwicklung der Hofzahlen, waren auf der Internetseite des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg abrufbar. Weitere Zahlen, wie die aktuellste Flächennutzung, wurden dem Liegenschaftskataster des Landkreises Lörrach entnommen. Für Häg-Ehrsberg konnten noch Ergebnisse einer Diplomarbeit (Henschel 2007) hinzugezogen werden.

3 Die Gemeinden

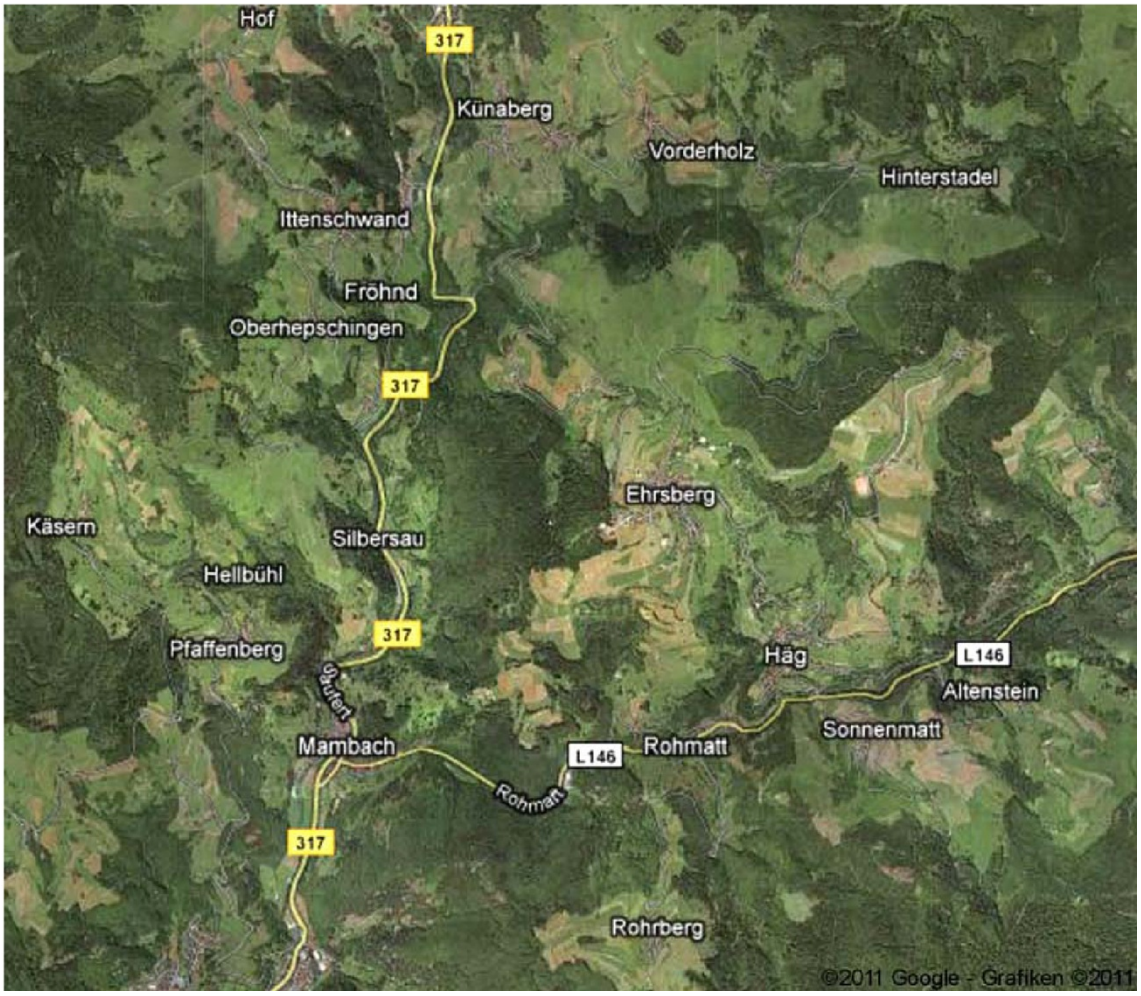
3.1 Gemeinsame Landschaft, Landnutzung, Struktur und räumliche Einordnung

Die Nachbargemeinden Häg-Ehrsberg und Fröhnd liegen im mittleren Abschnitt des großen Wiesentals im Südschwarzwald nahe der Stadt Zell, Landkreis Lörrach. Die Gemeinden selbst besitzen keine zentralörtliche Bedeutung und zählen zum ländlichen Raum im engeren Sinne (MLR o.J.). Beide Orte zeichnen sich durch mehrere verstreut liegende Ortsteile aus, deren Bild nicht nur in baulicher Hinsicht landwirtschaftlich geprägt ist. Die Bevölkerungsdichte ist entsprechend gering (etwa 30 Einwohner/km²). Ein großer Teil der Erwerbstätigen ist außerhalb beschäftigt (s.u.), die Arbeitslosigkeit gering. Innerhalb der Orte spielt die Landwirtschaft eine tragende Rolle. Vollerwerbslandwirte sind jedoch in keinem der Orte mehr vorhanden. Im Nebenerwerb betreiben sie durch Realteilung entstandene kleine Höfe mit einer Wirtschaftsfläche von selten mehr als 20 ha, meist noch zusätzlich zur Allmendnutzung.

Auch landschaftlich sind sich beide Gemeinden in weiten Teilen ähnlich. Sie zählen zu einem Gebiet, das laut Landschaftsrahmenprogramm von hohem landschaftlichem Wert ist. Die Gemarkungen erstrecken sich von 500 bzw. 400 m bis zu 1.200 m hinauf. Die Gegend ist geprägt durch ein steiles Relief. Die Böden wurden aus dem anstehenden Granit und Gneis gebildet und sind von nicht sehr hoher Ertragsfähigkeit; Teile Fröhnds sind eiszeitlich geprägt (LAD, Lkr. Lörrach 1993). Die Niederschläge bewegen sich zwischen 1.500 und 1.800 mm pro Jahr mit zweigipfeliger Verteilung auf Sommer und Winter. Die Jahresdurchschnittstemperatur reicht von 5 bis 8,5 °C (Forsteinrichtungswerk Gemeindewald Häg-Ehrsberg 1988). Entsprechend vielseitig sind die standörtlichen Bedingungen, die sich nicht nur in der Topographie widerspiegeln, sondern auch die Vegetation erfassen und schließlich die Nutzungsmöglichkeiten mitbestimmen.

[1] Es handelte sich dabei um offene Interviews mit einem einfachen Leitfaden. Es wurden keine geschlossenen Fragen gestellt. Befragt wurden ein amtierender und ein ehemaliger Bürgermeister, Experten für Weidewirtschaft, speziell der Allmendwirtschaft, ein sehr erfahrener alter Einwohner und jüngere, in den Dörfern verankerte Einwohner mit landwirtschaftlichem Hintergrund, insgesamt acht Personen.

Abb. 1: Lage der Untersuchungsgemeinden; charakteristisch ist der hohe Offenlandanteil



Quelle: Google Maps 2011

Die Gegend bietet hier wie dort ein ähnliches Bild wie in vielen Teilen des Südschwarzwalds. Sie ist geprägt von jahrhundertelanger landwirtschaftlicher Tätigkeit mit einem Wechsel von extensiv[2] bewirtschafteten, großen zusammenhängenden Weiden, anderen Grünlandflächen und Wald. Die Aufteilung der Flur entspricht dabei den im Südschwarzwald typischen Formen für solche Siedlungen, d.h. in Ortsnähe finden sich Streuobstbestände und Gärten, daran schließen sich durchgehend parzelliertes Grünland (Mähwiesen und -weiden) und die überwiegend unparzellierten Gemeinschaftsweiden an, auf die in den entlegensten und ungünstigsten Bereichen der Wald folgt (LAD, Lkr. Lörrach 1993). In Häg kommen im Ring um die Gärten noch die verbliebenen Flächen des Bürgernutzens, die individuell nutzbaren Parzellen der aufgeteilten Allmende, hinzu. Auch die einzelnen, verteilt liegenden kleinen Ortsteile selbst tragen mit ihrem Bestand einiger alter typischer Schwarzwaldhäuser ihren Teil zum Erscheinungsbild der Gegend bei.

Da die Flächen fast nur noch als Weide und Wiese genutzt werden – Ackerbau mit Getreide und Kartoffeln zur Selbstversorgung war bis Mitte des 20. Jahrhunderts von

[2] „Extensiv“ kann in diesem Falle knapp mit „wenig Aufwand und Beanspruchung der Fläche“ umschrieben werden. Im Sinne der Förderrichtlinien des BMELV umfasst „extensiv“ den Verzicht auf chemisch-synthetische Düngemittel und standortsangepasstes Weidemanagement auch zum Erhalt der typischen Vegetation.

Bedeutung, findet heute aber in beiden Gemeinden kaum mehr statt (Beidek 1972) –, liegen keine kleinparzellierten Flächen unterschiedlicher Nutzung mehr nebeneinander. Selbst die Abschnitte des Bürgernutzens, einst wichtige Ackerflächen, werden heute nur noch als Grünland genutzt.

Wiese und Weide nahmen schon von jeher einen nicht unbedeutenden Teil der Flur ein. Dieses Offenland ist eng mit der Allmende und der darauf i.d.R. gemeinsam betriebenen Weide verknüpft.[3] Die natürlichen Bedingungen – steiles Relief, raues Klima und eher arme Böden – waren und sind fast nur für Weidewirtschaft günstig. Diese wurde im Wiesental häufig gemeinsam auf der großflächigen Allmende durchgeführt und in einigen Orten, darunter Häg-Ehrsberg und Fröhnd, ist dies heute noch der Fall, jedoch mittlerweile in unterschiedlicher Regie. In manchen Ortsteilen Fröhnds, wo die Weide pachtartig an einzelne Landwirte separat ausgegeben ist und nicht mehr vollständig gemeinschaftlich beweidet wird, findet heute eine gewisse Aufteilung der großen Flächen statt. Private Weiden sind von den Allmendweiden oft kaum zu unterscheiden.

Die Weiden variieren im Erscheinungsbild je nach Standort und entsprechender Artenzusammensetzung. Farblich sind sie nicht einheitlich saftgrün, sondern weisen eine Abstufung mit eingemischten Gelb- und Brauntönen auf. Die Bereiche, die schon immer Weide waren, sind im Gegensatz zu den einstigen Ackerflächen stellenweise mit Steinen durchsetzt. Die weiten Flächen werden durch Weideschachen (Baumgruppen mit Lesesteinhaufen) oder einzelne Bäume aufgelockert, von welchen die Weidbuchen besondere Aufmerksamkeit verdienen, und wirken dadurch sehr abwechslungsreich. Der Übergang von Weide zu Wald ist oft weich, also nicht von einer strengen Grenze gekennzeichnet. Südexponierte Weidflächen weisen einen hohen Anteil Adlerfarn auf, einem Weideunkraut, das seit langer Zeit erbittert bekämpft wird. Vielerorts finden sich weitere, die Landschaft bereichernde Elemente, z.B. Quellmulden, Lesesteinreihen und Terrassenstrukturen.

3.2 Häg-Ehrsberg

Auf der Höhe von etwa 500 bis 1.170 m. ü. NN, wobei der größte Teil oberhalb 800 m. ü. NN liegt, erstreckt sich Häg-Ehrsberg über 25 km². Die abgelegene Gemarkung umfasst das Angenbachtal, ein enges, in Ost-West-Richtung verlaufendes Seitental der Wiese nahe Zell, und wird im Norden vom Künabach begrenzt. Hier stößt die Gemarkung an die Gemeinde Fröhnd. Die Landschaft ist geprägt durch steile Hänge, im Nordwesten findet sich eine hochgelegene Ebene, die Waldmatt, und im Süden durchschneiden Kerbtäler und Wasserläufe das Relief. Der Ort setzt sich aus den zwei langgestreckten Hauptteilorten Häg und Ehrsberg sowie den kleineren Ortsteilen Altenstein, Happach, Rohmatt, Rohrberg, Schürberg, Sonnenmatt, Stadel, Waldmatt und Wühre zusammen. Die Ortsteile sind seit der Gemeindereform im Jahre 1975 zusammengelegt (LAD, Lkr. Lörrach 1993). Heute (April 2010) zählt die Gemeinde knapp 900 Einwohner (889). Die Einwohnerzahl nahm seit 1990 um 20 Personen ab. Das Durchschnittsalter beträgt 40,6 Jahre. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten am Arbeitsort liegt bei 76, die der Beschäftigten am Wohnort bei 320, die Zahl der Berufseinpendler über die Gemeindegrenze liegt bei 43, die der Auspendler bei 288 (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010).

Als Siedlungs- und Verkehrsfläche werden Ende 2009 fünf Prozent der Fläche genutzt, die landwirtschaftliche Fläche umfasst ca. 940 ha (knapp 38%). Der Wald nimmt

[3] Das Wiesental ist generell von der Allmende beeinflusst und zählt deshalb zum Allmendschwarzwald (LAD, Lkr. Lörrach 1993).

1.430 ha der Gemarkungsfläche ein (entsprechend 57%) (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010), wobei er sich auf die steilen Hänge am Angenbach, vorwiegend auf dessen Nordseite, konzentriert. Historisch bedingt handelt es sich fast ausschließlich um Gemeindewald. Ein Teil des heutigen Waldes ist aus Aufforstungen, meist mit Fichte, und durch natürliche Sukzession auf Weidfeldern im 19. und 20. Jahrhundert entstanden (Forsteinrichtungswerk Gemeindewald Häg-Ehrsberg 1998). Eine Besonderheit stellen an den Hängen die ausgedehnten und auffälligen Terrassenstrukturen mit Stufenrainen dar (vgl. Abb. 2), die auf ehemalige ackerbauliche Nutzung zurückzuführen sind (LAD, Lkr. Lörrach 1993; Henschel, Konold 2008). Die Raine sind teilweise baumbestanden und Teil der ca. 600 ha großen Gemeinschaftsweide.

Abb. 2: Terrassenstrukturen mit Stufenrainen (Gemarkung Häg-Ehrsberg)

Ein erheblicher Teil der Gemarkung ist geprägt von den Parzellen der aufgeteilten Allmende

Foto: Kerstin Korhammer

3.3 Fröhnd

Fröhnd erstreckt sich zu beiden Seiten des Wiesentals von etwa 400 bis auf 1.200 m. ü. NN hinauf und bedeckt dabei eine Fläche von über 16 km². Die Gemeinde setzt sich aus den Ortsteilen Hof, Holz, Ittenschwand, Kastel und Unterkastel, Künaberg, Oberhepschingen, Niederhepschingen und Stutz zusammen. In Fröhnd lebten 2009 rund 489 Einwohner mit einem Durchschnittsalter von 42,2 Jahren. Die Einwohnerzahl hat sich seit 1970 kaum geändert (1970: 499, 1999: 489 Personen). Es gibt 16 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort, 204 am Wohnort, 10 Berufseinpendler über die Gemeindegrenze und 198 Auspendler über die Gemeindegrenze (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010).

Für Siedlung und Verkehr werden kaum mehr als drei Prozent der Fläche genutzt. Fröhnd weist den höchsten Offenlandanteil der Region auf. Die landwirtschaftlichen Flächen bestehen aus 504 ha Privatland und 398 ha Allmendweide mit Weideschachen (s.o.), Weidbuchen, Wacholderflächen und Arnikaweiden. Die privaten Flächen sind kleinparzelliert, da in Fröhnd keine Flurbereinigung stattgefunden hat (Kiefer 2008, mündl. Mitt.). Daneben finden sich 717 ha Wald (44%), 578 ha davon sind Gemeindewald. Es handelt sich vorwiegend um montanen Buchen-Tannen-Wald. Er verteilt sich auf die siedlungsfernen, hohen und steilen Lagen (Gemeinde Fröhnd 2008). Nimmt man jedoch als Quelle die Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Stand Ende 2009 (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010), so beträgt die Landwirtschaftsfläche 737 ha (45,5%), die Waldfläche 811 ha (50,1%). Diese Differenz hängt wohl damit zusammen, dass – wie auch in Häg-Ehrsberg – die Grenzen zwischen Wald und Weide fließend sind. Die Flächennutzungsdynamik war in den letzten Jahren gering (1988: Landw. Fläche 752 ha, Wald 816 ha; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010).

Abb. 3: Ein typischer Ausschnitt aus der Gemarkung von Fröhnd

Merkmale: Grünland, kleinparzelliertes Gelände um die Wohnplätze, ungeteilte Allmende in den entfernteren Lagen, zahlreiche Gehölzstrukturen

Foto: Werner Konold

3.4 Entwicklung seit ca. 1970 bis heute

Die landschaftliche Entwicklung ist in beiden Gemeinden weitgehend vergleichbar und passt sich in den meisten Punkten in den weiteren Rahmen der Prozesse im Südschwarzwald ein, verbunden mit der Diskussion um die Zukunft der offenen Flur und die Änderungen in der Agrarpolitik, die auf die landschaftsbestimmende Landwirtschaft einwirken. Unterschiede zeigen sich meist nur im Detail und in der variierenden Regelung der Allmendweidenutzung, weshalb sie hier nicht getrennt, sondern direkt vergleichend behandelt werden. Die heutige allgemeine Nutzung und Erscheinung der Landschaft in den Untersuchungsgemeinden ist einerseits auf die natürlichen Gegebenheiten zurückzuführen. Sie geben nicht nur die topographische Gestalt vor, sondern ließen und lassen kaum eine andere ökonomisch tragbare landwirtschaftliche Nutzung außer der Weidewirtschaft zu, die in diesem Gebiet eine jahrhundertelange Tradition besitzt. Andererseits sind einige Punkte, besonders hinsichtlich der Entwicklung der letzten 35 bis 40 Jahre, das Ergebnis eines Prozesses, bei dem der Strukturwandel der Landwirtschaft eine wichtige Rolle spielt. Auch die zukünftige Landschaftsentwicklung steht in Abhängigkeit von der Landwirtschaft bzw. der auf sie einwirkenden Faktoren.

Zwar zählen zur kompletten Erscheinung der Kulturlandschaft auch das Ortsbild mit Gebäuden und Gärten, doch im größeren räumlichen Rahmen ist, wie schon erwähnt, besonders relevant die Allmende bzw. Gemeinschaftsweide, die auch heute noch mit ihren großen, extensiv bewirtschafteten Flächen einen hohen Anteil der offenen Flur einnimmt. Sie wirkt sich nicht nur durch die Nutzung aus, sondern steht auch für die Qualität des Offenlandes aus naturschützerischer und landschaftsästhetischer Sicht. Diese wurden in einer Kartierung im Regionalplan Hochrhein-Bodensee 2000 erfasst und im Landschaftsrahmenplan als schützens- und fördernswert angegeben (Regionalverband Hochrhein-Bodensee 1998, 2007). Wegen der Bedeutung für die Land(wirt)schaft in dieser Region wird der Allmende in der Fallstudie besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Allmendweiden sind jene Flächen, die auf den ersten Blick im betrachteten Zeitraum optisch kaum eine Änderung, etwa durch Zuwachsen, erfahren haben (Kiefer 2008, mündl. Mitt.; Abb. 6). Jedoch unterliegen auch sie zu einem gewissen Grad einem Wandel.

Seit etwa 1970 hat sich die Landschaft der Gemeinden Häg-Ehrsberg und Fröhnd laut Ortsbeschreibungen (z. B. Beidek 1972) und mündlichen Berichten von Bewohnern in manchen Punkten geändert. Das Auffälligste dürfte das beinahe völlige Verschwinden des einst für den Eigenbedarf notwendigen Ackerbaus sein. Spätestens seit Anfang der 1970er Jahre gingen die Getreidefelder immer mehr zurück und wurden nach und nach in allgegenwärtiges Grünland umgewandelt. Heute finden sich in Häg-Ehrsberg noch 2 ha Ackerfläche (1979 noch 36 ha), es bietet sich somit ein gleichmäßigeres, aber durch Übergänge und die unregelmäßige Verteilung dennoch mosaikreiches Bild. Das Grünland – in Häg-Ehrsberg 99,8 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche, in Fröhnd 99,7 % – beherrscht seitdem zusammen mit dem Wald die Landschaft. Damit einher ging die Abnahme der für die Gestaltung der Landschaft so bedeutenden landwirtschaftlichen Betriebe, die noch heute andauert; ein Prozess, der schon lange davor eingesetzt hatte. Bereits 1970 war beispielsweise in Häg nur noch ein Drittel aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt (LAD, Lkr. Lörrach 1993). Die Gründe für die Hofaufgaben, die damit teilweise verbundene Änderung der Landnutzung und somit auch des Landschaftsbildes sind vielschichtig.

Abb. 4: Ein Teil der Allmende in der Gemarkung Häg-Ehrsberg

Dieser Teil der Allmende wird noch traditionell genutzt und vermittelt einen „archaischen“ Eindruck.

Foto: Werner Konold

Die Hauptursache für die „Vergrünlandung“ ist die geringe Rentabilität der Landwirtschaft, speziell des Ackerbaus. Hinzu kam und kommen als ungünstige Faktoren die kleinen Nebenerwerbsbetriebe und die Kleinparzelliertheit. Unter diesen Bedingungen waren und sind immer weniger Personen bereit, weiterhin in der Landwirtschaft zu arbeiten. Das endgültige Aus für den Ackerbau brachte das MEKA[4]-Programm des Landes Baden-Württemberg im Jahre 1992 (vgl. dazu den Beitrag „Ländliche Räume Baden-Württembergs unter Betonung des Agrarstrukturwandels“ von Korff und Stadelbauer in diesem Band). Die Förderungen für Grünlandwirtschaft bzw. Weidewirtschaft machten diese erschwinglicher (Schmidt 2008, mündl. Mitt.). Außerdem ließ sich der Aufwand bei entsprechender Bereitschaft auch noch im Nebenerwerb gut bewältigen, v. a., wenn die Familie bereit war, mitzuhelfen.

Sinkende Erzeugerpreise und auch die höher werdenden Einkommen aus dem nichtlandwirtschaftlichen Erwerb ließen die Bedeutung der Landwirtschaft weiter stark zurückgehen. In vielen Betrieben fehlte und fehlt ein Hofnachfolger aus der eigenen Familie.

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe verlief in Häg-Ehrsberg relativ kontinuierlich (1979: 104 Betriebe, 2007: 48 Betriebe), in Fröhnd schwankte die Entwicklung, der Trend war jedoch gleich (1979: 60 lw. Betriebe, 2007: 39) (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010). Damit verbunden war ein Rückgang der Viehzah-

[4] Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich.

len, die Gesamtheit der Flächen musste also mit weniger Vieh und v.a. durch weniger Betriebe genutzt, gepflegt und offen gehalten werden.

Größere Betriebe (20 bis 50 ha und über 50 ha) haben seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahre 1979 (verhältnismäßig) zugenommen, kleinere (2 bis 10 ha und 10 bis 20 ha) erfuhren eine Abnahme, blieben jedoch insgesamt die größte Gruppe. Zum Vergleich: 1979 gab es in Häg-Ehrsberg noch insgesamt 117 landwirtschaftliche Betriebe (davon nur zwei, d.h. 1,7%, mit Wirtschaftsflächen über 20 ha), 2007 waren es nur noch 60, davon 45 mit weniger als 20 ha Fläche. In Fröhnd sank die Zahl von 63 auf 42 (1979 nur ein Betrieb mit 20 ha und mehr) (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010). Die Flächen, die frei wurden, übernahmen andere Landwirte.

Ab etwa 1975 (LAD, Lkr. Lörrach 1993) ging man wie in allen benachteiligten Gebieten Baden-Württembergs (MLR 2007) dazu über, vermehrt auf die extensive Mutterkuhhaltung zu setzen. So sank in beiden Gemeinden von 1979 bis 2007 die Zahl der Milchkühe von 367 auf 42 (Häg-Ehrsberg) und von 337 auf 69 (Fröhnd), die Zahl der Rinder jedoch nur von 894 auf 736 (Häg-Ehrsberg) und von 741 auf 613 (Fröhnd). Die Zahl der Rinder pro 100 Hektar der landwirtschaftlich genutzten Fläche sank im gleichen Zeitraum von 37 auf 5 (Häg-Ehrsberg) und von 37 auf 11 (Fröhnd) (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010). Es hat also ein massiver Prozess der Extensivierung stattgefunden, freilich nicht auf alle landwirtschaftlichen Flächen gleichmäßig verteilt. Es konnte mit der Weide ein Teil des Aufwands abgefangen und durch die Höfe, die Flächen übernahmen, einiges in Nutzung gehalten werden. Jedoch war dies auch nur so lange möglich, wie der Aufwand neben dem Hauptberuf noch zu bewältigen war, denn selbst die größeren Betriebe sind Nebenerwerbsbetriebe, und eine allgemeine Rationalisierung setzte ein. Mindestens in den letzten zehn Jahren folgt die Entwicklung in diesen Gemeinden dem bundesweiten Trend, den Betrieb auf Nebenerwerb um- und später ganz einzustellen (vgl. BMELV 2007b). Im Landkreis Lörrach sind mittlerweile 98% aller landwirtschaftlichen Betriebe Nebenerwerbsbetriebe (Badische Zeitung 2008).

Auch die Weide – unabhängig, ob Privat- oder Gemeinschaftsweide – blieb von Änderungen nicht verschont, wenn auch nicht so auffällig, wie dies beim Verschwinden der Getreidefelder und Kartoffeläcker der Fall war. Steilere Flächen, die vor 35 Jahren noch Mähflächen waren, wurden mehr und mehr zur Beweidung genutzt (Schmidt 2008, mündl. Mitt.). An entfernten Lagen am Waldrand und an schwer zu bewirtschaftenden Stellen wurde viele Jahre häufig mit Fichte aufgeforstet, ein Vorgehen, das bis 1984 nicht nur in den untersuchten Gemeinden durchgeführt wurde. Stärker betroffen als die Gemeindeflächen waren allerdings die privaten Flächen (Kiefer 2008, mündl. Mitt.). In Fröhnd machte sich diese Aufforstungswelle nicht so stark bemerkbar wie in Häg-Ehrsberg, wo es durch deutlich mehr steilere, schwierig zu bewirtschaftende Grünländereien naheliegend war, die Landwirtschaft aufzugeben (Wiezel 2008, mündl. Mitt.).

Mit steigendem Stellenwert der Fragen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auch innerhalb der Behörden in den 1980er Jahren sah man von weiteren Aufforstungen ab; das Verhältnis zwischen Offenland und Wald hat sich seitdem kaum mehr geändert. Vorzug hielt vielmehr die Erhaltung der Kulturlandschaft (Martin 2008, mündl. Mitt.). So verringerte sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche von 1979 bis 2007 in Häg-Ehrsberg geringfügig von 986 ha auf 928 ha, in Fröhnd in den ersten Jahren des Betrachtungszeitraums vergleichsweise drastisch von 907 ha auf 653 ha (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010).

Den Bewirtschaftungsproblemen auf dem kleinparzellierten Besitz versuchte man um 1980 in Häg-Ehrsberg mit einer Flurbereinigung zu begegnen. Hierbei sollten auch

Weiden besser erschlossen werden, um die Offenhaltung zu sichern (Flurbereinigungsamt Bad Säckingen 1985a, b). Darüber hinaus wurde auf Vorschlag der Weideinspektion Schönau 1981 der Weide- und Landschaftspflegezweckverband (WLPV) gegründet, der sich v. a. um die Nutzung der Weiden und Offenhaltungsmaßnahmen kümmerte.

Auch in den 1990er Jahren blieb diese Einstellung weitgehend erhalten, in Fröhnd kümmerte man sich seitens der Gemeinde sogar besonders um das Landschaftsbild. Die Streuobstbestände wurden gepflegt, wofür auch Kurse angeboten wurden, und entlang der Straßen zwischen den Ortsteilen wurden weitere Bäume gepflanzt. Nicht umsonst wurde die Gemeinde 1998 als schönste Gemeinde Deutschlands ausgezeichnet, wozu die Kulturlandschaft neben dem Ortsbild einen nicht unbedeutenden Teil beigetragen hat (Gemeinde Fröhnd 2008). Das Engagement der Gemeinde und der Bürger hatte sich hier nicht nur landschaftsästhetisch gelohnt, sondern die Erscheinung des Ortsbereichs wird selbst heute von den Einwohnern positiv und als wichtig für das Landschaftsbild bewertet. Dies ist um so bemerkenswerter, als einige Höfe nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden, was von außen jedoch nicht sofort zu erkennen ist.

4 Aktuelle Situation

Vielleicht waren es auch dieses Bewusstsein und diese Bemühungen, die in den 1990er Jahren den Rückzug aus der Landwirtschaft verzögerten und die landschaftlichen Änderungen nicht zu drastisch werden ließen. Durch die Fördermöglichkeiten wie MEKA, die Anfang der 1990er Jahre aufkamen, geriet der Rückzug aus der Landwirtschaft allgemein ins Stocken (WLPV 2008). Doch die Landwirte sind wie in anderen ländlichen Gebieten auch hier und heute mit Einflüssen von Globalisierung und Agrarstrukturwandel konfrontiert, durch welche gerade die ohnehin benachteiligte Berglandwirtschaft im Wettbewerb kaum mehr mithalten kann (Arbeitsgemeinschaft Weidesysteme, mündl. Mitt.). Dies bewegt einige Landwirte wieder dazu, die Landwirtschaft aufzugeben. Hinzu kommt die Problematik der Doppelförderung bei Unterstützung durch die Gemeinde selbst, sodass diese eingestellt werden muss (Schmidt 2008, mündl. Mitt.).

In neuerer Zeit sind weitere Bedingungen hinzugekommen, die es den Landwirten auch laut eigenen Aussagen zunehmend schwerer machen, den Betrieb weiterzuführen. Neben dem bleibenden Problem der schweren Bewirtschaftbarkeit und weiter sinkenden Preisen und damit geringerer Wertschöpfung für ihre Produkte (vgl. dazu allein die Milchpreisentwicklung des letzten Jahrzehnts) wurden in den Gesprächen oft bürokratische Hürden und die Verringerung der Förderbeträge angeführt. Außerdem sei es problematisch, dass die Förderungen nur an der Flächengröße und der Hangneigung orientiert ausgezahlt und nicht die weiteren natürlichen Schwierigkeiten, die in diesem Gebiet allgegenwärtig sind, mitberücksichtigt werden. Wenn man zudem für die gleiche Hektarzahl auch in besseren Lagen den gleichen Förderbetrag bekommen kann, trage dies ebenfalls dazu bei, dass die Problemflächen zunehmend vernachlässigt werden, da so der Anreiz fehle, diese auch zu pflegen. Für Steillagen lassen sich auch kaum Pächter finden (Kiefer 2008, mündl. Mitt). Dabei besitzen gerade die Problemflächen oft einen besonderen eigenen Reiz (Martin 2008, mündl. Mitt.).

Es ist durchweg eine positive Wahrnehmung der Kulturlandschaft in der Bevölkerung und besonders unter den landschaftspflegenden Landwirten vorhanden, eine Grundlage für die zukünftige Entwicklung, die man nicht verspielen sollte. Die Landwirte stützen sich meist auf die Mithilfe der ganzen Familie, wobei immer wieder die Rolle der Frauen betont wird, ohne die der Hof bei Nebenerwerbslandwirten oft nicht mehr überlebensfähig wäre. Jedoch sehen auch diese Landwirte die Kulturlandschaft in ihrer aktuellen Gestalt in Gefahr (Einwohner 2008, mündl. Mitt.). Nicht mehr alle wollen und kön-

nen den zeitlichen Aufwand auf sich nehmen, bei den Verpflichtungen im Hauptberuf neben den Gärten und den Streuobstwiesen auch noch die Weiden zu pflegen. Als besonders problematisch wird der weite Weg zu den Weiden empfunden. Auf ortsfernen Weiden werden deshalb auch nur Mutterkühe und Gastvieh (in der Zahl ebenfalls abnehmend) gehalten. Die Milchkuhhaltung wird zunehmend auf den ortsnahen Weiden durchgeführt, um wenigstens einen Teil des Aufwands einzugrenzen, was bei der Übernahme von Flächen aufgebender Landwirte immer einfacher wird (Kiefer 2008, mündl. Mitt.). Die intensivere Nutzung dieser Flächen kann aber eine Abnahme der Zahl der dort wachsenden Pflanzenarten und somit einen Übergang zum sattgrünen „Allgäu-Look“ nach sich ziehen, der nicht typisch für den Südschwarzwald und auch aus naturschutzfachlicher Sicht nicht positiv zu beurteilen ist (Martin 2008, mündl. Mitt.).

Seit 2003 droht deshalb in Fröhnd (und sicher auch in anderen Gemeinden) durch partielle Unterbeweidung wieder verstärkt das großflächige Zuwachsen der entfernter gelegenen Weidefelder (Kiefer 2008, mündl. Mitt.), unabhängig davon, ob dies Privat-, Einzel- oder Gemeinschaftsweideflächen sind. Als Weideunkräuter machen sich besonders der Stech- und Färberginster, aber auch andere Gehölze breit, was die von den Rindern beweideten Flächen immer stärker einschränkt. Durch die aktuell zugelassenen Bekämpfungsmaßnahmen (regelmäßiges Mähen und Verbrennen des Mähgutes) und das Ausbringen von Gülle wird die Brombeere gefördert. Mulchen würde nicht nur das Erscheinungsbild durch eine andere Artenzusammensetzung ändern, sondern auch die Futterqualität verringern (Einwohner 2008, mündl. Mitt.). Die Mahd ist jedoch auch kostenintensiv (Arbeitsgemeinschaft Weidesysteme, mündl. Mitt.). Ebenfalls äußerst problematisch sind in diesem Zusammenhang die Südhänge, auf denen sich, wie eingangs erwähnt, Adlerfarn ausbreitet (Schmidt 2007; Kiefer 2008, mündl. Mitt.).

Doch momentan sind die Allmendeflächen weitgehend noch alle in Bewirtschaftung, die Qualität schwankt je nach Verteilungsform und Bewirtschaftung (s.u.). Was beispielsweise in Häg-Ehrsberg bei der Verteilung der Gleichteile der Allmende nicht von den Berechtigten angenommen wird, wird an andere Interessierte für einige Jahre versteigert. Die restlichen Flächen werden von der Gemeinde aus Gründen der Offenhaltung (Schmidt 2007, mündl. Mitt.) und aus Rücksicht auf die Ansprüche der Bürger gepflegt. Das Vorhandensein der Allmende ist in manchen Fällen dafür verantwortlich, dass die Landwirte überhaupt noch ihren Betrieb weiterführen können oder wollen. Sie ist als traditioneller Bestandteil in den Gemeinden und bei den Landwirten verankert und stellt eine günstige Flächenreserve für die Betriebe dar (Schmidt 2007; Kiefer 2008, mündl. Mitt.).

Die Allmendnutzung hat sich in Fröhnd in den letzten Jahren gewandelt. In Häg-Ehrsberg besteht noch flächendeckend die Gemeinschaftsweide in ihrer klassischen Form, in Fröhnd nur noch in den Ortsteilen, in denen andere Möglichkeiten nicht realisierbar waren. Sonst sind die Allmendfelder hier seit 2005 aufgeteilt und an die interessierten Landwirte verpachtet[5] oder werden von zu einer Weidegemeinschaft zusammengeschlossenen Landwirten gemeinsam beweidet. Die Umstellung erfolgte durch die Reformen im Agrarsektor und die Problematik bei der Antragstellung zu Förderungen. Zudem sind Pachtverträge sicherer für beide Seiten und für die Aufsicht. Die Schwierigkeit bei dieser Lösung ist allerdings die Güte der jeweiligen verpachteten Flächen (Wiezel 2008, mündl. Mitt). Auf der gemeinsamen Weide wird von jedem Bürger Frondienst für die Weidepflege verlangt. Die Stundenzahl richtet sich nach der Anzahl Vieh,

[5] Solche Aufteilungen werden aktuell vermehrt durchgeführt, um die Offenhaltung über den Pachtcharakter zu erreichen. Der Erfolg ist unterschiedlich (Martin 2008, mündl. Mitt.).

die der Landwirt auf die Gemeinschaftsweide treibt – in Häg-Ehrsberg sind dies acht Stunden pro Tier (Schmidt 2007, mündl. Mitt.), in Fröhnd waren es neun Stunden pro Tier (Kiefer 2008, mündl. Mitt.). Bei unzureichender Verrichtung wird ein Strafgeld erhoben, das zum Ausgleich der Überstunden des Weidwarts eingesetzt wird (Schmidt 2007, mündl. Mitt.).

Unterschiede zwischen den ungleichen Verteilungsmethoden sind bislang nur teilweise erkennbar; so gibt es gute und schlechter gepflegte Flächen. Eine Verschlechterung darf aber eigentlich nicht auftreten, da die Richtlinien wie MEKA (Vorgabe: extensive Nutzung) hier wie dort eingehalten werden müssen (Wiezel 2008, mündl. Mitt.). Infolge der kleinflächigeren Nutzung wird das typische Bild der großflächigen, ungeteilten Weidelandschaft aufgelöst, verbunden mit einer „Verdrahtung“, die die alte Landschaft gar nicht gekannt hat (Martin 2008, mündl. Mitt.). Die Gemeinschaftsweide dagegen wird großflächig gleichmäßig beweidet. Unterschiede ergeben sich hier nur durch die Reihenfolge der Beweidung der Teilstücke, die natürlichen Abweichungen durch Untergrund und Topographie sowie durch das selektive Fressen der Tiere.

Abb. 5: Weidbuche in Fröhnd

Foto: Werner Konold

Mit den Weiden verbunden sind aktuell auch noch die Sorgen um den Erhalt weiterer Elemente der örtlichen Kulturlandschaft. In Fröhnd wäre eine stärkere Beachtung der Weidbuchen wünschenswert (Kiefer 2008, mündl. Mitt.; vgl. Abb. 5), in Häg-Ehrsberg wird versucht, die Landwirte für die besondere Terrassenlandschaft insoweit zu sensibilisieren, als die Stufenraine durch Einzäunen vor dem zerstörenden Viehtritt geschützt werden (Schmidt 2008, mündl. Mitt.).

5 Entwicklungstendenzen

Häg-Ehrsberg ist gegenüber Fröhnd wegen der größeren Abgelegenheit und den schwierigeren topographischen Gegebenheiten etwas benachteiligt. Dies ist z. B. an einzelnen leer stehenden Häusern erkennbar. Dem versucht man durch die Ausweisung zweier kleiner Gewerbegebiete entgegenzuwirken. In ihnen sollen sich u. a. junge einheimische Handwerker niederlassen können. Dadurch, so hofft man, sollen junge Leute trotz mangelhafter Infrastruktur und Attraktivität des ländlichen Raumes im Ort gehalten werden, um die Chance einer Hofübernahme zu erhöhen (Schmidt 2008, mündl. Mitt.).

Die weitere Entwicklung der landwirtschaftlich genutzten Flächen wird vom aktuellen Stand aus betrachtet je nach Lage und Zuteilungsform variieren und stark von der Entwicklung der Landwirtschaft bzw. der landwirtschaftlichen Betriebe abhängen. Dabei gibt es großflächig betrachtet nur zwei Möglichkeiten mit geringem Spielraum: entweder Wiederbewaldung und Aufforstung oder eine gepflegte Weidelandschaft als Grundlage für das zukünftige bäuerliche Wirtschaften und den Tourismus. In den zwei Gemeinden lässt sich eine grundsätzliche Richtung erkennen: Ausgewählte und ortsnahe Weiden und Wiesen werden weiterhin in ausreichender, gegebenenfalls intensiverer Nutzung bleiben, ein gepflegtes Bild bieten und sich kaum ändern. Gute Flächen von aufgebenden Höfen werden von anderen übernommen, die sich so in diesem Strukturwandel vergrößern. Anders sieht die Pflege bei den entfernteren und ungünstigen Lagen der Weiden aus, die jeweils nur von einzelnen Landwirten unterhalten werden. Die entfernten Weiden grenzen i. d. R. an Wald, der sich durch natürliche Sukzession ausbreitet, wenn nicht auch dort dauerhaft Beweidung oder Pflegeeingriffe erfolgen. Stellenweise breitet sich das Gestrüpp bereits aus. Dies ist eine Entwicklung, die in Fröhnd aufgrund anderer Bodenverhältnisse stärker zu sein scheint als in Häg-Ehrsberg. Seit fünf Jahren wird in Fröhnd in Einzelfällen an Problemstellen auch wieder aufgeforstet (Kiefer 2008, mündl. Mitt.), was wohl z. T. auf die rentable Aufforstungsprämie zurückzuführen ist (vgl. Badische Zeitung 2003).

Es besteht somit für die Zukunft die Gefahr, dass eine Entmischung der Nutzung stattfindet und der Waldanteil in der Kulturlandschaft zunimmt, wodurch deren typisches Erscheinungsbild verloren geht. Diese Entwicklung geschieht vor dem Hintergrund, dass eine reizvolle und aufgelockerte Landschaft für den Tourismus seit Anfang der 1970er Jahre immer wichtiger geworden ist (LAD, Lkr. Lörrach 1993), und zwar als betriebliche Einkommensquelle und für den ländlichen Raum ganz allgemein (z. B. MLR 2007). Die Landschaftsgestaltung wird in diesem Gebiet somit oft auch auf die touristischen Ansprüche ausgerichtet und diskutiert.

Wenn die Landschaft ihren spezifischen, eigentümlichen Charakter nicht behält und deshalb für die Touristen unattraktiv wird, könnte man sich ein Szenario vorstellen, bei dem die Gäste fern bleiben, was sich unmittelbar auf die Einkommenssituation der Landwirte auswirkten würde, da Ferienwohnungen leer blieben.[6] Es würden auch Abnehmer für regionale Produkte fehlen. Dies würde sich in Orten, die sich nicht primär auf den Tourismus stützen, deutlicher auswirken, da sich die Gäste schon heute mehr auf zentrale Orte mit besserer Infrastruktur konzentrieren anstatt auf abgelegene Dörfer (Kiefer 2008, mündl. Mitt.). Fröhnd und noch mehr Häg-Ehrsberg wären dabei ebenfalls benachteiligt. Auf die Landschaft würde sich dies in der Folge dergestalt auswirken, dass die Landwirten wegen des fehlenden Zusatzeinkommens weniger Mittel in

[6] Ferienwohnungen, die von Landwirten auf den Höfen angeboten werden, sind durch die direkte Verbindung zum Hof wegen des engeren Kontakts der Gäste mit der Landwirtschaft positiv zu betrachten (Wiezel 2008, mündl. Mitt.). Solche weiteren Einkommensquellen werden besonders für jene Gebiete empfohlen, in denen eine marktfähige Landwirtschaft nicht zu erwarten ist (BMELV 2007a).

den landwirtschaftlichen Betrieb transferieren würden, was letztlich den Hof und die landschaftspflegerischen Tätigkeiten – die Offenhaltung – gefährden würde. Schlimmstenfalls könnte ein spürbarer Rückgang der Grünlandnutzung auch die Identifizierung der ortsansässigen Bevölkerung mit ihrer Landschaft negativ beeinflussen, mit der Folge, dass Leute abwandern. Die Dörfer würden in eine Abwärtsspirale geraten. Dieses Szenario stellt sich zurzeit noch nicht als reale Gefahr dar. Dies ist sicher auch der gelenkten Siedlungsentwicklung und dem immensen bürgerschaftlichen Engagement in den zwei Gemeinden geschuldet. Es wird Rücksicht auf land(wirt)schaftliche und lokale soziale Belange genommen und es werden Vereine für die Landschaftspflege mobilisiert. Wegen des identitätsstiftenden Aspekts hat die Allmendweide eine weit über die Landschaftsgestaltung hinausgehende, soziale Bedeutung.

Da ein Großteil der offenen Flächen das beschriebene Allmendland umfasst, ist die Gefahr des völligen Zuwachsens ohnehin nicht ganz so groß, wie dies auf privaten Flächen der Fall wäre, da die Gemeinde die Flächen, wie bereits erwähnt, aus Rücksicht auf die nutzenden Landwirte offen hält und einige Landwirte die Allmende gerne mitnutzen. Auf jeden Fall soll die Kulturlandschaft in ihrem aktuellen Erscheinungsbild gepflegt und erhalten werden – da sind sich die meisten Gesprächspartner, ganz allgemein betrachtet, einig.[7] Ohne das Weidevieh ist eine Pflege der Landschaft zurzeit nicht vorstellbar. Dass die Weide ein wichtiger Beitrag der Landwirtschaft zur Gestaltung der Kulturlandschaft in der Region und landschaftsbestimmend ist, hat der WLPV bereits in den 1980er Jahren erkannt und handelt danach. Zu erwarten ist zum einen eine Zunahme der Mutterkuhhaltung sowie der Zahl von Schafen und Ziegen und zum anderen, dass wenige größere und auch in Zukunft aufstockungswillige Höfe das Geschehen stärker mitbestimmen. Die Alternative „Biomasseproduktion“ für die Energieerzeugung stellt sich kurzfristig nicht, da die Flächen als nicht geeignet erscheinen (Kiefer 2008, mündl. Mitt.) und auch das Landschaftsbild zu drastische Änderungen erfahren könnte. Doch wird in Zukunft dieses Thema eine Überlegung wert sein, wenn bei weiterem Rückzug aus der „klassischen“ Landwirtschaft und dem damit verbundenen Rückgang der Viehzahlen noch mehr Mähflächen ungenutzt bleiben (Schmidt 2008, mündl. Mitt.).

Zur Erhaltung der typischen Südschwarzwälder Kulturlandschaft läuft seit 2005 ein Versuch zu ganzjährigen extensiven Weidesystemen. In Zusammenarbeit mit dem Naturpark Südschwarzwald[8] und der Arbeitsgemeinschaft Weideysteme wird auf drei Höfen, darunter auch ein Hof in Fröhnd, ein Weideregime erprobt, bei dem die Rinder das ganze Jahr über auf der Weide stehen. Den Landwirten sollen so hohe Investitionen, wie sie beispielsweise für einen Stallbau erforderlich wären, erspart bleiben und es soll somit die Möglichkeit gegeben werden, den Hof ökonomisch rentabel zu führen und dennoch gleichzeitig die Landschaft zu pflegen. Der Arbeitszeitbedarf sei sehr gering. Auch im Vergleich mit anderen Regionen Europas, wo diese Art der Weide schon länger praktiziert wird, betrachten Experten dieses System als geeignet für große Flächen. Einige kritische Stimmen machen allerdings auf mögliche Probleme aufmerksam: Genannt werden der Verlust der Beziehung zu den Tieren und Verhaltensänderungen beim Vieh („Verwilderung“) und die Frage, ob der dauerhafte Aufenthalt bei Wind und Wet-

[7] Der Regionalplan 2000 sieht ebenfalls die nachhaltige Sicherung einer natur- und kulturraumtypischen Landschaft mit Rücksicht auf regionale Besonderheiten vor (Regionalverband Hochrhein-Bodensee 1998).

[8] Der Naturpark Südschwarzwald setzt sich seit seiner Gründung im Jahre 1999 im gesamten Südschwarzwald für die Erhaltung, Pflege und Entwicklung der Region ein. Er sieht sich dabei als Entwicklungsagentur für den ländlichen Raum. Mit die höchste Bedeutung hat dabei die Wahrung des Charakters von Region und (Kultur-)Landschaft und die Sicherung existenzfähiger landwirtschaftlicher Betriebe, z. B. über Initiativen zur Regionalvermarktung, damit diese weiterhin die typische Landschaft erhalten können. Das Motto lautet dabei „Schutz durch Nutzung“ oder „Landschaftspflege mit Messer und Gabel“. Die Gemeinden Häg-Ehrsberg und Fröhnd sind Mitglieder des Naturparks.

ter den Tieren nicht schade. Außerdem sei der Südschwarzwald nicht mit anderen Regionen vergleichbar, da hier extremere Bedingungen, wie z. B. schneereiche Winter, herrschen, die solche Weidesysteme beschränken. Auch wird die ökonomische Seite kritisch gesehen, da der Aufwand für den Transport von Winterfutter sehr hoch sei. Aus diesem Grund sei eine Eignung solcher Weidesysteme für die Gemeinschaftsweide eher nicht gegeben. Hinzu komme, dass auf großer Fläche gewirtschaftet werden müsse und dabei ein hoher Anteil an Problemflächen mit eingeschlossen sei (Einwohner 2008, mündl. Mitt.).

Abb. 6: Traditionell genutzte Allmendweide in Häg-Ehrsberg

Foto: Werner Konold

Da veränderte Bewirtschaftungsweisen zu anderen Erscheinungsbildern führen könnten, sollte – so der andere Blick auf die Dinge – zur Landschaftserhaltung und auch für die naturschützerische und ästhetische Qualität der Landschaft auf lange Sicht eine Weiterbewirtschaftung ganz nach historischem Muster erfolgen (Martin 2008, mündl. Mitt.). Auf der Seite der Landwirte seien das Bewusstsein über den Wert der Landschaft und der Wille zur Pflege noch vorhanden, ebenso das Traditionsbewusstsein, auch gegenüber der Allmende (Schmidt 2007; Kiefer 2008, mündl. Mitt.). Die Allmendweide könnte also auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, auch wenn das Problem der Vernachlässigung oder der Aufgabe abgelegener Flächen nach wie vor besteht. Es müsste jedoch möglich sein, den Landwirten, die diese Fläche nutzen, innerhalb eines gewissen Rahmens mehr Verantwortung für die Weide zu übertragen, um die Bindung dazu noch weiter zu stärken. Dies würde zu mehr Engagement und Aufwandsbereitschaft führen. In Gemeinschaft durchgeführt, dürfte diese Aufgabe zudem angenehmer durchzuführen sein und als eine Ergänzung zum Frondienst zur guten Pflege beitragen. Es könnte außerdem in Erwägung gezogen werden, zur Erleichterung der Bewirtschaf-

tung Gemeinschaftsställe bei den Weiden einzurichten. Die Allmendweiden sind wegen der Zahlung des Weidegelds, der Pacht und des Frondienstes im klassischen Sinne eine Verfügungsmasse, die einzelnen Betrieben das Überleben garantieren kann. Dadurch wäre nicht nur den Landwirten geholfen, sondern auch der Gemeinde, die die aufwendige und kostenintensive Pflege nicht mehr betreiben müsste.

6 Fazit

Die kleinen Wiesentalgemeinden Fröhnd und Häg-Ehrsberg liegen in einem dünn besiedelten Gebiet – auf den ersten Blick in einem typischen ländlichen Raum – und sind wegen der Nähe zum gewerblich prosperierenden unteren Wiesental und zu Basel wirtschaftlich stark und demographisch stabil. In Fröhnd spielt der Tourismus eine gewisse Rolle. Beide weisen neben der Siedlungsstruktur und der üblichen Flurаufteilung einer Gemeinde mit Allmende die für den Südschwarzwald typische Kulturlandschaft auf. Sie ist gekennzeichnet durch einen Wechsel von Wald (der hier weniger zugenommen hat als in anderen Bergregionen) und Offenland und einen klassischen Intensitätsgradienten von den Orten mit Gärten und Baumwiesen zum Rand der Gemarkungen. Das Offenland besteht seit dem Verschwinden des Ackerbaus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum größten Teil aus Weiden, dabei überwiegend aus den traditionell extensiv bewirtschafteten, großflächigen Allmendweiden (vgl. Abb. 6). Das Landschaftsbild ist von einer Eigenart und einer Schönheit geprägt, die es außerhalb der Alpen nirgendwo sonst in Deutschland gibt. Außerlandwirtschaftliches Einkommen ermöglicht es, einige der überwiegend sehr kleinen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe am Leben zu erhalten, auch wenn der Agrarstrukturwandel, verbunden mit der Aufgabe von Betrieben, auch hier virulent ist. Eine „archaisch“ anmutende Kulturlandschaft ist also hier gepaart mit einigermaßen stabilen wirtschaftlichen (Haushalte, Gemeinden) und sozialen Verhältnissen.

Dieses durch die landwirtschaftliche Nutzung geprägte Landschaftsbild, das zudem von hoher touristischer Attraktivität ist, ist jedoch durch nachlassende Bewirtschaftung bedroht. Es sind einerseits von vielen Akteuren, darunter etliche aktive Landwirte, der Wille und Bemühungen vorhanden, das schöne und identitätsstiftende Erscheinungsbild zu erhalten; die Rahmenbedingungen machen dies andererseits besonders aus (arbeits)wirtschaftlicher Sicht immer schwieriger. Seit mehreren Jahrzehnten ist daher ein Rückgang der landschaftspflegenden Landwirte zu beobachten. Eine Verbuschung ist daher v. a. auf steilen und entfernt liegenden Flächen zu befürchten, falls deren Pflege, die in erster Linie durch die Beweidung gewährleistet wird, noch mehr zurückgeht. Die Gründe für den Rückzug aus der Landwirtschaft sind dieselben wie in der ganzen Region: eine schlechte Ertragslage im Vergleich mit landwirtschaftlichen Gunstgebieten und Zwang zum Nebenerwerb bei kleinen Betriebsgrößen, Arbeitskosten, Bürokratie und fehlende Hofnachfolge werden häufig angeführt.

Diese Problematik wurde schon in den 1980er Jahren erkannt und man bemühte sich ernsthaft um die Offenhaltung. So wurden z. B. einzelne kleinflächigere Aktionen wie Obstbaumschnittkurse (Fröhnd) durchgeführt oder, in größerer räumlicher Dimension, der Weide- und Landschaftspflegezweckverband aufgebaut. Schon zu diesem Zeitpunkt waren sich die Beteiligten weitgehend einig, dass die Landschaft in ihrer traditionellen Form erhalten werden soll und dies v. a. mit extensiver Rinderweide bewerkstelligt werden kann. Dieser Überzeugung ist man auch noch heute, zumal der Zwang zur Rationalisierung noch zugenommen hat. Mit einer Kombination von verschiedenen Ansätzen hat man es bis dato im Großen und Ganzen geschafft, das attraktive Landschaftsbild zu erhalten, und zwar durch bürgerschaftliches Engagement (mechanische Pflege durch die Vereine), traditionell organisierten Bürgernutzen auf der aufgeteilten Allmende (Wei-

de), Frondienste (mechanische Pflege), die Mitwirkung des WLPV sowie durch modifizierte, an Pacht gebundene Weidekonzepte, verbunden mit stärkerer individueller Nutzung der Allmende und Pflege durch die Gemeinde. Eine weitere Diversifizierung der Herangehensweisen wird nötig sein, um die Eigenart dieser Kulturlandschaft zu bewahren. Von besonderer Bedeutung ist, dass in den beiden Gemeinden endogene Potenziale aktiviert wurden und werden.

Literatur

Badische Zeitung (2008): Perfektionismus bringt nicht weiter. Artikel vom 07.03.2008.

Badische Zeitung (2003): Die Aufforstungsprämie bedroht die offene Landschaft. Artikel vom 17.12.2003.

Beidek, H. (1972): Wesen und Wandel des „Hinterhag“. In: Das Markgräflerland 34 (3), 66-73.

BMELV – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2007a): Förderung der ländlichen Entwicklung in Deutschland. Berlin.

BMELV – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2007b): Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2007. Berlin.

Flurbereinigungsamt Bad Säckingen (1985a): Flurbereinigung Häg-Ehrsberg, Landkreis Lörrach, Niederschrift über den Termin zur Aufstellung der allgemeinen Grundsätze für die Neugestaltung des Flurbereinigungsgebiets nach §38 FlurG am Di, den 27.08.1985 in der Gemeindehalle Häg.

Flurbereinigungsamt Bad Säckingen (1985b): Flurbereinigung Häg-Ehrsberg (Ehrsberg), Landkreis Lörrach, Erläuterungsbericht vom 23.07.1985.

Forsteinrichtungswerk Gemeindewald Häg-Ehrsberg (1998): Forstbezirk Schönau, heute einsehbar im Forstamt Todtnau.

Forsteinrichtungswerk Gemeindewald Häg-Ehrsberg (1988): Forstbezirk Schönau, heute einsehbar im Forstamt Todtnau.

Gemeinde Fröhnd (2008): Internetseite der Gemeinde Fröhnd. http://www.froehnd.de/ (01.02.2008).

Henschel, K. (2007): Entstehung und Entwicklung der Allmendflächen und Ackerterrassen bei Häg-Ehrsberg. Unveröff. Diplomarbeit am Institut für Landespflege der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Henschel, K.; Konold, W. (2008): Geschichte der Allmendflächen und Ackerterrassen in der Gemeinde Häg-Ehrsberg (Südschwarzwald). In: Ber. Naturf. Ges. Freiburg i. Br. 98, 143-180.

LAD – Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Landkreis Lörrach/LAD; Lkr. Lörrach (Hrsg.) (1993): Der Landkreis Lörrach. Sigmaringen.

MLR – Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum Baden-Württemberg (2007): Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum Baden-Württemberg 2007-2013. Stuttgart.

MLR – Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum Baden-Württemberg (o. J.): Ländlicher Raum. Stuttgart.

Regionalverband Hochrhein-Bodensee (2007): Landschaftsrahmenplan Hochrhein-Bodensee. Waldshut-Tiengen.

Regionalverband Hochrhein-Bodensee (1998): Regionalplan Hochrhein-Bodensee 2000. Waldshut-Tiengen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2010): Online-Angebot des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de (24.09.2012).

WLPV – Weide- und Landschaftspflegeverband Südschwarzwald (2008): Internetseite des Weide- und Landschaftspflegeverbands Südschwarzwald. http://www.wlpv-suedschwarzwald.de (10.02.2008).

Mündliche Mitteilungen

Kiefer, Seite 5, 7, 9, 10, 11, 12, 13, 14
Martin, Seite 9, 10, 11, 14
Schmidt, 8, 9, 10, 11, 12, 14
Wiezel, Seite 9, 11, 13
Arbeitsgemeinschaft Weidesysteme, Seite 10, 11
Einwohner 2008, Seite 10, 11, 14

Alexander Kuckes

Fallstudie „Eisenbach (Hochschwarzwald)“

Gliederung

1 Kurzporträt der Gemeinde

2 Industrielle Entwicklung – durch Wasserkraft zum Zahnrad und vom Uhrmacher zum Weltmarktführer

3 Ausblick unter finanziellen, baulich-betrieblichen und strukturellen Gesichtspunkten

3.1 Finanzielle Aspekte

3.2 Bauliche-betriebliche Aspekte

3.3 Strukturelle Aspekte

4 Fazit

Literatur

1 Kurzporträt der Gemeinde

Eisenbach (Hochschwarzwald) liegt etwa 45 km östlich von der Stadt Freiburg im Breisgau, 20 km westlich der Stadt Donaueschingen sowie 10 km entfernt vom Mittelzentrum Titisee-Neustadt im sog. ländlichen Raum (vgl. die Übersichtskarte im Beitrag von Heinl in diesem Band).

Die Gesamtgemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald) mit ihren 2.150 Einwohnern – und damit wieder so vielen wie vor 20 Jahren – ist 1972 bzw. 1975 im Zuge einer Gemeindereform aus den Ortsteilen Eisenbach, Bubenbach, Oberbränd und Schollach hervorgegangen. Schollach ist mit über 725 Jahren der älteste Teilort. Die vier Ortsteile liegen teilweise sehr weit auseinander, was die Bereitstellung einer angemessenen Infrastruktur erschwert und immense Kosten mit sich bringt. Obwohl relativ dünn besiedelt im ländlichen Raum gelegen, ist die Gemeinde nicht nur landwirtschaftlich geprägt.

Als ein Alleinstellungsmerkmal ist der im Jahre 1908 von Robert Winterhalder gebaute erste Skilift der Welt zu bezeichnen. Winterhalder hat die Kraft des Wassers der kleinen Schollach zum Antrieb seiner „Aufzugsbahn für Rodler und Skiläufer“ genutzt, um den von ihm im Kurhaus „Schneckenhof“ beherbergten kurzatmigen Asthmatikern die Besteigung des Hanges mit Rodelschlitten oder Skiern zu erleichtern. Dabei verwendete er vorhandene Fördertechnik und verfeinerte diese für seinen Zweck: den weniger mühsamen Transport seiner Kurgäste auf die Anhöhe. Die weltweit erstmalige Umsetzung dieser Idee des Skiliftes vor mehr als 100 Jahren erfolgte über 25 Jahre vor solchen Erfindungen vergleichbarer Art in anderen Ländern.

Der Teilort verdankt ihren Namen dem Abbau von Brauneisenstein, der im Hauptort mit Unterbrechungen von 1478 bis 1942 betrieben worden ist. Das erklärt auch die Rodungen der umliegenden Waldungen, denn Holz und Holzkohle wurden für den Schmelzprozess benötigt. In den anderen Ortsteilen waren einst Bauern, Glaser sowie Köhler ansässig.

Die Gemarkungsfläche der Gemeinde umfasst 2.877 ha, davon entfallen nach dem Forsteinrichtungswerk 2002 65%, also 1.855 ha, auf Wald – davon wiederum 1.370 ha auf Privatwald (und zwar: Großprivatwald: 335 ha, Kleinprivatwald: 1.035 ha) sowie 485 ha auf Gemeindewald. Derzeit prägen Rotbuchen (zu 1%), Bergkiefern (zu 3%), Weißtannen (ebenfalls zu 3%), Waldkiefern (zu 18%) sowie natürlich vorrangig Fichten mit 75% den Baumbestand. Durch diese Arten entsteht in der Gemeinde ein Zuwachs an Holz von fast 15 m^3 pro Tag. Der Gesamtvorrat an Holz des kommunalen Waldes beträgt derzeit über 200.000 Festmeter und bezogen auf einen ha Holzbodenfläche etwa 420 Festmeter. Damit ist dieser deutlich über dem Landesschnitt bevorratet.[1]

Geographisch gesehen liegt die Gemeinde im Übergangsbereich zwischen der Schwarzwald-Hochfläche und der Hochflächenmulde der Baar in einer Höhenlage zwischen 800 bis 1.130 m. ü. NN. Die Wasserscheide (Donau, Rhein) durchläuft im Bereich Hochberg die Gemarkung. Klimatisch betrachtet herrscht ein sog. atlantisch beeinflusstes Klima mit deutlichen Übergängen zum kontinental getönten Klima des Schwarzwaldes vor. Im Jahresmittel ist es hier 5,7° C kalt. Durchschnittlich fallen im Jahr 1.181 mm Niederschlag. Geologisch gesehen findet man hier Eisenbacher Granit, Gneis (den sog. Rench-Gneis und den Schappach-Gneis) sowie den oberen und mittleren Buntsandstein.

Die Bevölkerungstendenz mit Blick auf die Einwohnerzahl der Gemeinde ist seit 1997 augenscheinlich: 1997 bis 2009 jährlich 0,9% weniger, das entspricht etwa 22 Einwohnern pro Jahr. Der Rückgang der Bevölkerungszahl hält also an. Außerdem wandern auch gut ausgebildete junge Leute ab. Dies ist verbunden mit einer Zunahme des Anteiles älterer Menschen. Die Schrumpfung der Bevölkerungszahl hat in Bezug auf die (fehlenden) Finanzzuweisungen erhebliche negative Folgen und verkleinert die Handlungsspielräume der Kommune. Das findet seinen Ausdruck in einer teilweise bereits festzustellenden (negative) Veränderung des Siedlungsbildes durch vielfach ungenutzten Wohnraum. Aber das Ehrenamt sowie die Nachbarschaftshilfe werden hier dennoch gelebt: Nahezu 40 Vereine in der Gemeinde bereichern und prägen auf aktive Weise das dörfliche Leben.

Derzeit nimmt die Gemeinde an einem Flurneuordnungsverfahren teil. Damit sollen weitere Verbesserungen der Erschließung im Sinne der Forst- und auch der Landwirtschaft einhergehen. Von 1979 bis 2007 haben in der Gemeinde 48% der ehemals 75 Landwirte aufgehört. Während die Zahl der Haupterwerbsbetriebe nur leicht von 16 auf 13 gesunken ist, hat sich die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe halbiert: es gibt noch 26 (2007) von 59 (1979). Viele Landwirte oder deren Frauen gehen einer Neben-/Zweitbeschäftigung nach, vorrangig in den hiesigen Industrieunternehmen.

Augenscheinlich ist das Leistungsvermögen der im Getriebe-/Zahnradbau tätigen Firmen, deren Wurzeln in der Uhrmacherei begründet liegen. Vor über 150 Jahren gab es mit dem Bau von Firmengebäuden an nutzbaren Wasserläufen einen entscheidenden Eingriff in die Landnutzung, die langfristige Veränderungen mit sich brachten. Der Bau solcher Objekte wäre aus heutiger Sicht der Genehmigungsbehörden nicht mehr vorstellbar – und damit auch die florierende gewerbliche Entwicklung der Gemeinde.

Die Gemeinde hat (nach der Fremdenverkehrsstatistik der Hochschwarzwald Tourismus GmbH) zurzeit 30.038 Übernachtungen (2010) zu verzeichnen. Noch Mitte der 1990er Jahre waren es über 80.000 (1996: 80.608). Um den Tourismus in der Gemeinde

[1] Nach Angaben von Forstrevierleiter Karl Meister, Interkommunaler Forstbetrieb Löffingen-Eisenbach-Friedenweiler, im Jahr 2006.

„anzukurbeln“, ist die Gemeinde dem Zweckverband Hochschwarzwald (Geschäftsstelle in der Stadt Titisee-Neustadt) sowie der Hochschwarzwald Tourismus GmbH mit Sitz in Hinterzarten beigetreten. So wird ein gebündelter Auftritt am Markt und eine weltweite Präsenz ermöglicht.

Neben dem Tourismus als begleitender Einkommensquelle auf dem Land („Ferien auf dem Bauernhof“) ist die Zunahme der Bedeutung der regenerativen Energien in den land- und fortwirtschaftlich dominierten Teilbereichen der Gemeinde zu beobachten. Einerseits handelt es sich um einen von Touristen nachgefragten Landschaftsraum, andererseits werden in Bezug auf die Unterkünfte „städtische Maßstäbe“ angelegt. Und gerade abseits von dichter Bevölkerung nimmt der Druck von verschiedenen Seiten zur „Installation“ nützlicher (und gewinnbringender) Formen der Energiegewinnung zu. Gerade die Ausweisung von Windenergieanlagen „im Bündel“ ist aktuell in der (Planungs-)Diskussion. Auch hier ist eine Abstimmung mit anderen Gemeinden sinnvoll.

Interkommunale Zusammenarbeit ist im Übrigen in der Gemeinde kein Fremdwort, sondern wird seit 40 Jahren praktiziert. Um in der Raumschaft vorhandene Potenziale und Ressourcen gemeinsam besser zu nutzen, ist die interkommunale Zusammenarbeit der Gemeinde nicht beschränkt auf die Bereiche Flächennutzungsplanung mit der Stadt Titisee-Neustadt, Wasserversorgung mit den Kommunen Titisee-Neustadt und Friedenweiler, Forstbetrieb mit der Stadt Löffingen und der Gemeinde Friedenweiler, Verbandskläranlage mit der Stadt Vöhrenbach, Werkrealschule mit den Kommunen Vöhrenbach und Unterkirnach – landkreisübergreifend –, sondern erstreckt sich wie zuvor erwähnt auch auf touristisches Gebiet mit neun weiteren Hochschwarzwald-Gemeinden durch die Mitgliedschaft im Zweckverband Hochschwarzwald sowie über diesen als Gesellschafter an der Hochschwarzwald Tourismus GmbH. Die Vernetzung in den verschiedenen Bereichen ist vorteilhaft, in Bezug auf den Erhalt des Schulstandorts gar zwingend notwendig. Wegen der erforderlichen Tragfähigkeit einer Werkrealschule bei rückläufiger Bevölkerungszahl war die Einrichtung einer solchen weiterführenden Schule nur durch interkommunale Kooperation mit zwei anderen dezentralen Standorten möglich. Bezogen auf den Tourismus haben sich zehn Gemeinden mit annähernd 3 Mio. Übernachtungen zusammengeschlossen.

2 Industrielle Entwicklung – durch Wasserkraft zum Zahnrad und vom Uhrmacher zum Weltmarktführer

Fast schon seit den Anfängen der Besiedelung erkannten die Ortsbewohner, dass ihnen die Land- und Forstwirtschaft allein wegen der schlechten klimatischen Verhältnisse nicht als Lebensgrundlage dienen kann. Sie trachteten nach anderen Erwerbsquellen, die sie vorerst in der Kohlenbrennerei fanden, für welche durch große Rodungen dafür reichlich Grundstoff vorhanden war (Arbeitskreis Ortschronik Schollach 2008: 179).

Weil das Beschäftigungspotenzial in diesen Bereichen jedoch zu gering gewesen war, mussten sich die Bewohner, meist Kleinbauern („Hüsliburen“) (Fettinger 1991), nach neuen Erwerbsquellen – u. a. der Uhrmacherei, später der Uhrenindustrie – umsehen. Der Ursprung der Eisenbacher Industrie liegt in dem alten Bestreben der Menschheit, die Zeit immer genauer einzuteilen (Fettinger 1991: 204). Und die Gemeinde ist gleichsam Ursprung patentierter Erfindungen.

Im 18. Jahrhundert kam es zur Entwicklung der Uhrmacherei – bekannt sein dürften die Beha-Uhren – als wesentliches wirtschaftliches Standbein in der Region. Dieses Metier spielte neben dem dörflichen Handwerk eine entscheidende Rolle in allen vier Ortsteilen. In fast jedem Haus ist produziert worden – Gewichte, Pendel, Schilder und natürlich Zahnräder. Bereits 1730 reiste Friedrich Dilger, Sohn des herausragenden

Schollacher Uhrmachers Simon Dilger, nach Paris, um sich über Kenntnisse dieser Handwerkskunst mit den Uhrmachermeistern in der französischen Hauptstadt auszutauschen. „Während der 1740er und -50er Jahre unternahmen weitere Schwarzwälder Erkundungsreisen ins Ausland. Dabei entdeckten sie schnell das Gewinnpotenzial im Auslandsgeschäft. Danach wollten pfiffige Bauernsöhne in immer größerer Zahl ein Vermögen in der Fremde verdienen, entsprechend nahm die Uhrenproduktion rasch zu“ (Arbeitskreis Ortschronik Schollach 2008: 161). So wurde mit dem Ausland und in Übersee ein reger Handel betrieben. In London, damals eines der Zentren englischer Uhrmacherei, gründeten viele Schollacher eigene Geschäfte. Trotz wachsender Bevölkerung und steigender Bedeutung der Pünktlichkeit gab es in England keine eigene Produktion von Uhren, die sich weniger bemittelte Leute für ihre Wohnungen leisten konnten. Dieser Umstand sicherte den Schwarzwälder Uhrmachern den Absatz für ein Jahrhundert, bis – nicht die Engländer – sondern die Amerikaner mit ihren Uhren im selben Markt aktiv wurden (Arbeitskreis Ortschronik Schollach 2008: 162). Die erste Generation der Uhrenhändler kaufte mit dem im Ausland verdienten Vermögen vielfach Grundstücke in der Heimat.

Im frühen 19. Jahrhundert konzentrierten sich die Schollacher mit ihrem Handel auf England und zwar nahezu ausnahmslos auf das Londoner Stadtzentrum, dem damals besten und größten Umschlagplatz (vgl. Abb. 1). Sie machten ein Fünftel der damals in London ansässigen Uhrenhändler insgesamt aus. Zu diesem Zeitpunkt gehörten Holzuhren bereits zum Londoner Alltag (Arbeitskreis Ortschronik Schollach 2008: 166).

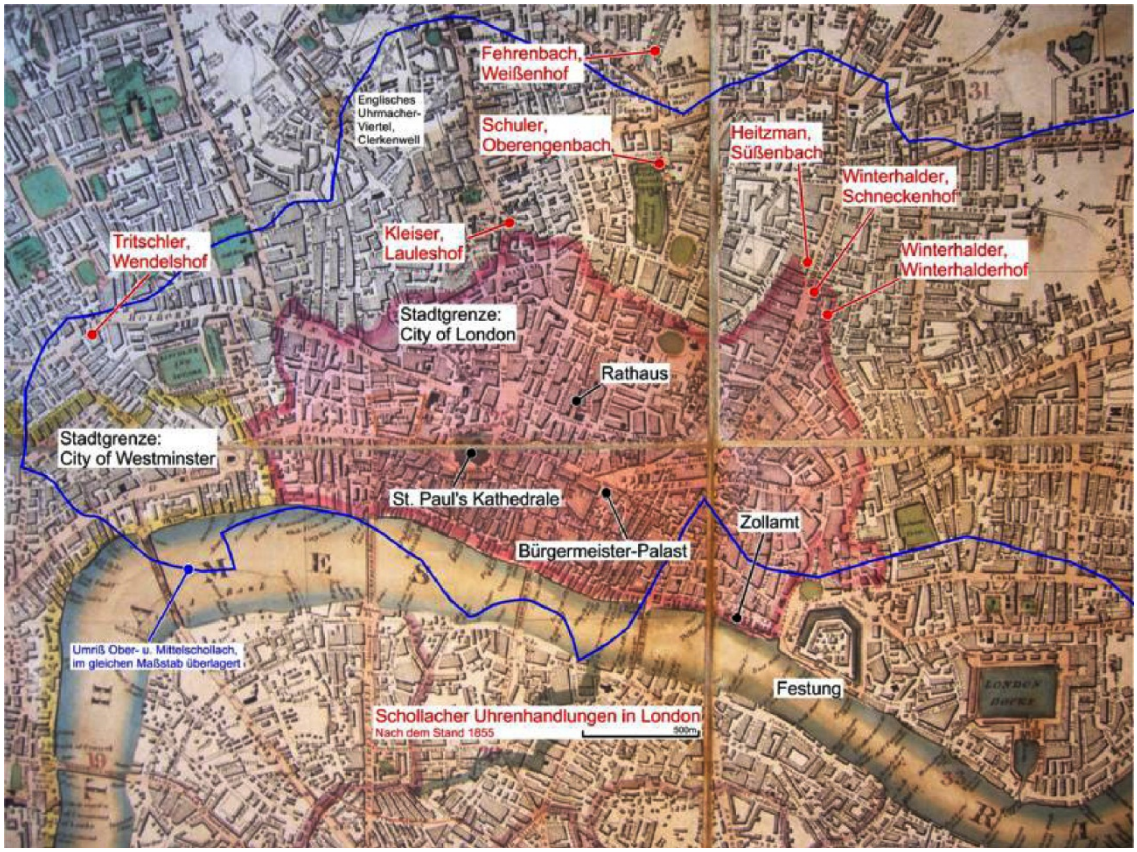
Aus der Uhrmacherei mit ihrer Hochphase im 19. Jahrhundert entwickelte sich schnell eine Uhrenindustrie. Die Bestandteile der Uhren sind dort in sehr großer Stückzahl gefertigt worden. Genutzt wurde dabei auch die Kraft des Wassers – als Antriebsquelle (Transmission) und zur Energiegewinnung. Vier ergiebige Wasserkraftwerke werden derzeit noch von Privatpersonen betrieben. Die Lage der damaligen Betriebe direkt an den Bachläufen – evident aus damaliger Sicht – ist heute unter naturschutzrechtlichen Aspekten problematisch und wird im Sinne des Bestandsschutzes nur noch geduldet. Ohne die Mühlen wären die Firmen hier nicht ansässig geworden und hätten sich nicht zu prosperierenden Unternehmen entwickeln können. Ebenso wenig gäbe es den Ort Eisenbach (Hochschwarzwald) in der heutigen Form.

Heutzutage verweisen der Verlauf der Uhrenstraße und die jährlich hier stattfindende internationale Uhrenbörse darauf, welche Bedeutung die Uhrmacherei für die Gemeinde einst hatte.

Aus einigen damals heimischen Betrieben sind die Industrieunternehmen – viele davon mit einer weit über 100-jährigen Firmengeschichte – hervorgegangen, die die Gemeinde heute prägen und deren Produkte, v. a. Präzisionsdrehteile, Getriebe und diamantpolierte Armaturen, weltweit nachgefragt werden – wie die Uhren damals auch.

Die ehemals einseitige Ausrichtung auf die Uhrenfertigung ist im Laufe des 20. Jahrhunderts zu einem vielseitigen Produktionsprogramm weiterentwickelt worden. Unter den Kunden befinden sich fast alle Industrien, die Bedarf an feinwerktechnischen Antrieben und anderen Bauteilen haben. Manche Betriebe der Kunden gehören selbst zu den Uhren-Folgeindustrien. Dies alles bedeutete jedoch auch neue Technologien und Anpassungsprozesse. Handwerkliche Geschicklichkeit und Tüftlertum der Bevölkerung mit ihren generationenlangen Erfahrungen aus der Durchführung feiner manueller Arbeiten haben zum relativ hohen industriellen Niveau der Gemeinde beigetragen (Fettinger 1991: 364). So sind im Ort mehrere in ihrer Branche entscheidende Weltmarktführer ansässig.

Abb. 1: Uhrenhändler aus Schollach in London (Ausschnitt des Stadtplans von 1820)



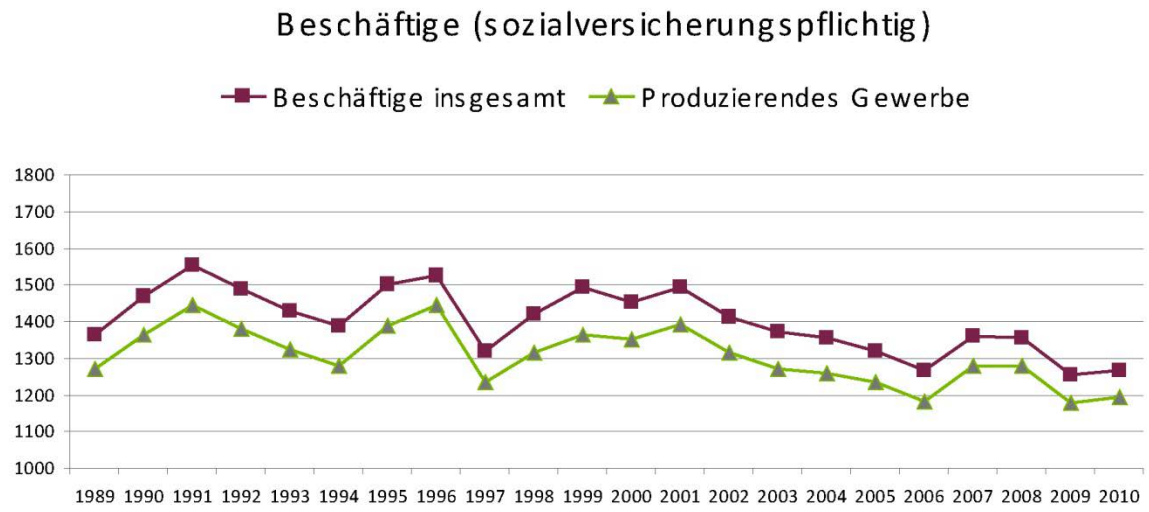
Quelle: Arbeitskreis Ortschronik Schollach 2008

Die Gemeinde weist insofern eine Besonderheit auf, als dass nur 6,2% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig sind (Landratsamt Breisgau Hochschwarzwald 2007). Das ist im bundesweiten Vergleich ein extrem niedriger Wert.

Im Jahr 2011 waren von rd. 1.300 Beschäftigten über 1.200 im Bereich Getriebe-/Zahnradbau tätig. 925 Einpendler sind in diesem Jahreszeitraum täglich zur Arbeit nach Eisenbach (Hochschwarzwald) gefahren, das entspricht einem Einpendlerüberschuss von 475 Personen (Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald)). Dieser Pendlerstrom hat ein deutlich erkennbares Verkehrsaufkommen zur Folge, das durch das von den Unternehmen hervorgerufene enorme Transportvolumen mit täglichen An-/Abfahrten von LKW in dreistelliger Zahl verstärkt wird.

Immer seltener haben die Arbeitnehmer ihren festen Wohnsitz im Ort. Die Gesellschaft hat sich im Lauf der Zeit verändert, die Einstellung der Leute zu ihrem Beruf ist heute eine andere. Einst suchte der Familienvater als Alleinverdiener (in traditionellen Männerberufen) die Nähe zur Arbeitsstätte, verließ früh morgens mit Aktentasche und Thermoskanne unterm Arm oft zu Fuß sein Haus, um zu arbeiten. Eine betriebseigene Wohnung oder das Haus der Familie befand sich in unmittelbarer Nähe „seiner Firma“. Ganz anders heutzutage. Man achtet darauf, wo die Ehefrau einer interessanten Nebenbeschäftigung nachgehen kann, den Kindern der Besuch weiterführender Schulen ermöglicht wird und das kulturelle Angebot einfach größer ist. Man pendelt gegenwärtig lieber aus bis zu über 40 km Entfernung ein, was aufgrund einer fehlenden Schnellstraßenverbindung oft einen Anfahrtsweg von einer ¾ Stunde Dauer mit sich bringen kann.

Abb. 2: Zahl der Beschäftigten und Mitarbeiter der acht größten Arbeitgeber (rd. 1.100)



Grieshaber Feinmechanik GmbH & Co. KG:	70
F. Morat & Co. GmbH:	> 100
Framo Morat GmbH & Co. KG:	> 350
GSC Schwörer GmbH:	130 (250)
IMS Gear GmbH:	> 470 (> 1.400)
IMS Köpfer Cutting Tools GmbH:	> 70 (> 600)
Tritschler Feinmechanik GmbH:	45
Weckermann KG:	150

Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011; Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald)

Aber auch der Berufsalltag erfordert flexible Reaktionen und erschwert die Sesshaftigkeit. Man wechselt sehr viel öfter die Stelle innerhalb der Firma, bei größeren Unternehmen sogar den Standort und ebenso häufig sogar den Arbeitgeber, um im wahrsten Sinne des Wortes voranzukommen. Außerdem werden die von einer Eigentümerfamilie geführten Betriebe seltener, viele der Unternehmen sind inzwischen Kommanditgesellschaften, bei denen auswärtige Geschäftsführer die Verantwortung für die Belange der Firmen tragen (Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald)).

Die geballte Präsenz von Unternehmen der Getriebe- und Zahnradindustrie in einer solch kleinen Gemeinde ist im Bundesgebiet einmalig. „Hier wird Feinmechanik für Autos hergestellt, deshalb nennen die Leute die Gegend um den Ort ‘GearValley‘. Sie ist so etwas wie das Getriebe der Republik“ (Blasberg, Burger 2009: 32). Die feinmechanische Industrie stellt das wirtschaftliche Rückgrat der Gemeinde im Zahnrad-Tal Deutschlands dar. Gewerbe und Eisenbach gehören traditionell zusammen. Früher hat man, wie schon erwähnt, in der Stube im gleichen Haus produziert, heute in Betrieben in unmittelbarer Nähe. Das Gewerbe prägt die Kommune sowie deren Erscheinungsbild (vgl. Abb. 2 bis 5). Und das Gewerbe macht sie finanziell gesehen stark.

In einigen Fällen treten die großen versiegelten Bereiche mit großen Parkplätzen und die von industrieller Nutzung und einem immensen Flächenbedarf gekennzeichneten Gebäude – teilweise fünfstöckig – deutlich sichtbar hervor. Aber nur an manchen Stellen dominieren diese Baukörper das Landschaftsbild, weil sie häufig in die Bebauung eingebunden und von Wohnhäusern umgeben sind. Bei einigen außerhalb der Ortskerne liegenden Betrieben ist die Nähe zu Bachläufen in der Landschaft klar festzustellen, weil die Wasserkraft früher als Antriebsquelle und zur Energiegewinnung genutzt worden ist.

Abb. 3: Durchmischung von gewerblich-industrieller und wohnlicher Nutzung in Eisenbach (Hochschwarzwald), Ortsteil Eisenbach, Bereich „Untertal“ – die Firmen Fischer Plastic-Präzision GmbH, IMS Gear GmbH und IMS Köpfer Cutting Tools GmbH

Quelle: Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald), Manfred Merstetter

Abb. 4: Durchmischung von gewerblich-industrieller und wohnlicher Nutzung in Eisenbach (Hochschwarzwald), Ortsteil Eisenbach, Bereich „Höchst“ – die Firmen F. Morat & Co. GmbH, Framo Morat GmbH & Co. KG und Grieshaber Feinmechanik GmbH & Co. KG

Quelle: Firma Framo Morat & Co. GmbH

Abb. 5: Firma Weckermann KG, Ortsteil Bubenbach, Bereich „Steingremmen“

Quelle: Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald), Gert Brichta

Die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die im Jahr 2007 begann, waren deshalb in der Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald) deutlich sicht- und spürbar, weil aufgrund ihrer monostrukturellen Rahmenbedingungen eine hohe räumliche Konzentration an Unternehmen vorhanden ist, die für die Branchen Automobilbau sowie Metallbau tätig sind – mit den damit verbundenen Nachteilen (ARL 2010). Entlassungen der Stammbelegschaften konnten weitestgehend vermieden werden, es traf insbesondere Arbeitskräfte mit Zeitverträgen, v. a. nutzte man das Instrument der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes als Teil des von der Bundesregierung beschlossenen Konjunkturprogrammes I. Erfreulicherweise sind Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung nur unwesentlich zurückgefahren worden, vielmehr wurden in diesem Sektor bewusst große Anstrengungen unternommen, um für die Zeit nach der Krise gerüstet zu sein. Mit zukunftsweisenden Ideen der verantwortlichen Geschäftsführer sowie einer flexible Belegschaft zeigten diese ihr Potenzial, um den (neuen) Erfordernissen der Märkte gerecht zu werden.

3 Ausblick unter finanziellen, baulich-betrieblichen und strukturellen Gesichtspunkten

3.1 Finanzielle Aspekte

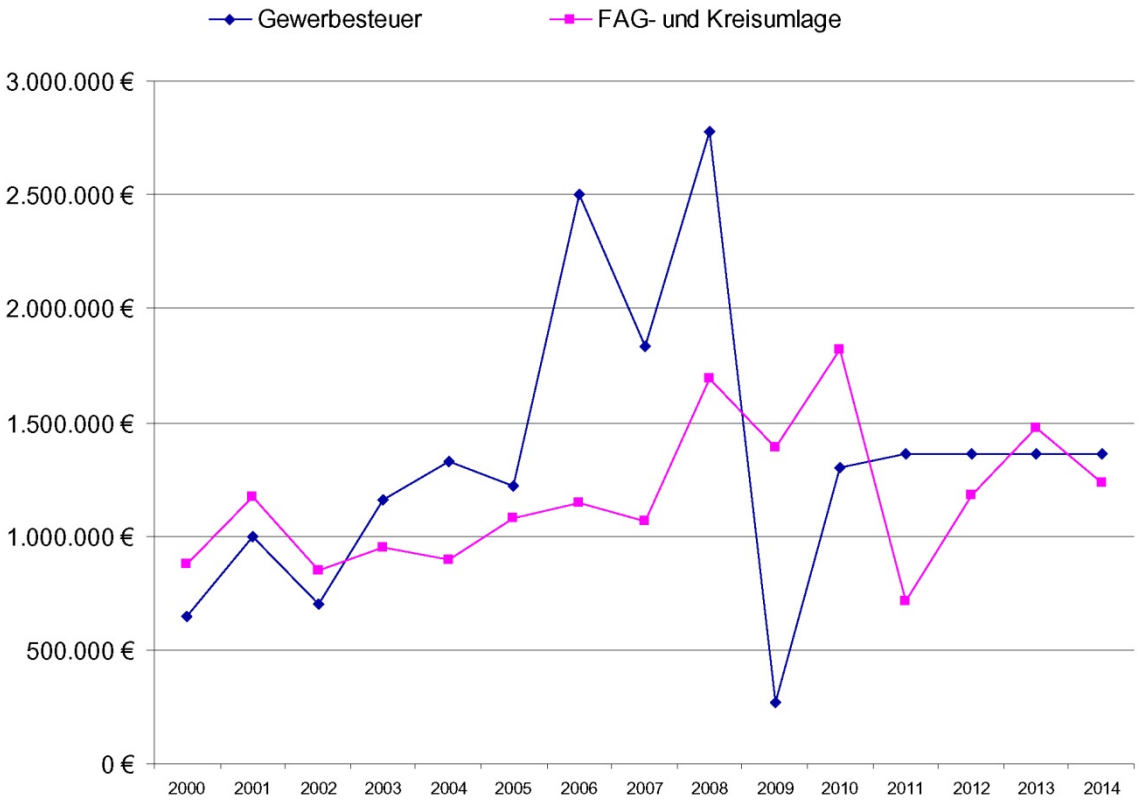
Die finanzielle Situation in Bund, Ländern und Gemeinden war infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 durch eine Schieflage gekennzeichnet gewesen. Die Finanzierungssalden waren deutlich negativ ausgeprägt. Verstärkt haben die Auswirkungen des Einbruchs des Steueraufkommens auch durch den Gesetzgeber veranlasste Regelungen zur Steuerentlastung von Unternehmen und Bürgern, wie beispielsweise das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, sowie Entwicklungen im Bereich der Kleinkindbetreuung. Dadurch sind die Aufgaben – und damit die Kosten – für die Kommunen weiter gewachsen. Es wird immer schwieriger, die laufenden Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu schultern, in vernünftiger Weise notwendige Investitionen anzugehen oder Schulden zu tilgen. Eine derartige dramatische Situation hat es in den zurückliegenden Jahrzehnten nicht gegeben, auch wenn es immer wieder Zeiten mit höchst angespannter Finanzlage gab (Gemeindetag Baden-Württemberg 2010: 612). Notwendige Maßnahmen zu unterlassen, ist eine weitere Form der Verschuldung und kommt dem Ausstellen eines Wechsels auf die Zukunft gleich. Es droht der Verlust der kommunalen Handlungsfähigkeit (Gemeindetag Baden-Württemberg 2010: 663).

Das reale Bruttoinlandsprodukt, das im Bundesdurchschnitt 2009 um 5% rückläufig war, nahm im selben Zeitraum in Baden-Württemberg weit stärker, nämlich um 7,4%, ab. Von daher nimmt es auch nicht wunder, wenn die Gewerbesteuer im Lande um 23,8% zurückging, und damit stärker als im Bundesdurchschnitt (Gemeindetag Baden-Württemberg 2010: 622).

Noch signifikanter ist für den kommunalen Haushalt der Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald) die Entwicklung beim Gewerbesteueraufkommen aufgrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise gewesen. Das Gewerbesteueraufkommen der Gemeinde belief sich im Jahr 2009 mit unter 280.000 Euro auf weniger als ein Zehntel des Gewerbesteueraufkommens 2008, das bei über 2,8 Mio. Euro gelegen hat. Das hat zu einer drastisch reduzierten Kreisumlage für den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald geführt. Die von der Gemeinde in den letzten Jahren auf rd. 2 Mio. Euro vermehrten Rücklagen wurden aufgebraucht, insbesondere auch wegen der fälligen Finanz-Umlagen. Die für die Jahre 2009 und 2010 geplanten Investitionen konnten nur durch Kreditaufnahmen finanziert werden.

Die finanzielle Lage der Gemeinde wird wesentlich von den teilweise sehr starken Schwankungen beim Gewerbesteueraufkommen beeinflusst. Nach der Systematik des kommunalen Finanzausgleichs sind die Steuereinnahmen Grundlage für die Berechnung der Finanzausgleichs- und der Kreisumlage im übernächsten Jahr. Die Finanzausgleichsumlage wirkt sich auf den kommunalen Finanzausgleich des Landes Baden-Württemberg aus, die Kreisumlage einer Gemeinde erhält der jeweilige Landkreis. So haben die sehr hohen Einnahmen bei der Gewerbesteuer im Jahr 2008 mit 2.780.291,48 Euro zu einer Finanzausgleichsumlage in Höhe von 837.480 Euro und zur Umlage für den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald von 420.608 Euro in 2010 geführt. Entsprechend hat der Einbruch bei den Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2009 auf 268.804,43 Euro eine wesentlich geringere Finanzausgleichsumlage (292.155 Euro) sowie auch Kreisumlage (420.608 Euro) in 2011 zur Folge (vgl. Abb. 6). Die weiteren im kommunalen Finanzausgleich berücksichtigten Einnahmen – Grundsteuer, Einkommen- und Umsatzsteueranteil, Familienlastenausgleich – unterliegen keinen so deutlichen Ausschlägen. Wichtig ist, sich dieser Schwankungen bewusst zu sein und diese im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung entsprechend zu berücksichtigen.

Abb. 6: Entwicklung der Gewerbesteuer sowie der Finanzausgleichs- und Kreisumlage der Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald) von 2000 bis 2014 (Stand 2011)



Quelle: Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald)

Die Gemeinde ist in Bezug auf den relativ niedrigen Gewerbesteuer-Hebesatz von 340 v. H. nicht unbedingt mit anderen Kommunen vergleichbar. Aufgrund der besonderen Struktur lässt sich eine deutliche Anpassung des Hebesatzes nach oben nicht realisieren. Vor Ort sind eben gerade nicht viele kleinteilig strukturierte Betriebe ansässig, für die ein Wegzug undenkbar wäre. Die Gemeinde verfügt über relativ große Firmen, bei denen die Höhe des Gewerbesteuer-Hebesatzes der Grund für eine, vonseiten der Gemeinde ungewünschte, Standortentscheidung sein kann. Die aus Eisenbach stam-

mende Firma IMS Gear – obwohl noch einschließlich eines Schwesterunternehmens mit rd. 470 Arbeitsplätzen vor Ort – hat ihren Sitz vor wenigen Jahren nach Donaueschingen verlegt und ist dort mit aktuell über 1.200 Mitarbeitern der größte Arbeitgeber im Schwarzwald-Baar-Kreis. 250 Neueinstellungen gab es 2010 und bis jetzt sind es im Jahr 2011 auch wiederum bereits 130 neue Arbeitnehmer. Über 20 Mio. Euro Arbeitslohn wird im Unternehmen ausgezahlt, ein immenses Kaufkraftpotenzial, von dem die Gemeinde nur „am Rand“ profitiert. Allein bei dieser Firma werden jährlich Rohstoffe im Wert von weit mehr als 20 Mio. Euro angeliefert und Produkte, also Güter des Weltmarkts, im Wert von über 50 Mio. Euro abtransportiert, mit über 8.500 Lastkraftwagen im Jahr.

Grundsätzlich müssen die Kommunen die geforderten Standards der ihnen zugewiesenen Aufgaben auch finanzieren können (ARL 2008c: 2). Die Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald) ist bestrebt, ihre kommunale Finanz- und Planungshoheit, soweit nicht von Bund und Land eingeschränkt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu nutzen, um damit u. a. die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern (vgl. ARL 2010) – und das trotz der besonderen finanziellen Art.

Aber wenn darüber hinaus zu verantwortende Aufgaben wie das Grundbuchamt, die Kasse, das Standesamt zur Diskussion stehen, bedeutet das einen dauerhaften Funktionsverlust. So stellt sich die Frage nach der Daseinsberechtigung kleiner Kommunen. Diesen wird das (Über-)Leben im ländlichen Raum erschwert.

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble fasste im Rahmen der Gemeindefinanzkommission zusammen: „Eine nachhaltige Lösung dieses Problems ist nicht zuletzt für die Funktionsfähigkeit unseres Staates und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft essentiell. Denn die Leistungsfähigkeit der Kommunen ist die Grundlage für die Nachhaltigkeit und Stabilität unserer demokratischen Ordnung. Durch die kommunale Selbstverwaltung können sich die Bürger vor Ort einbringen und Politik gestalten – das ist umso wichtiger in Zeiten, in denen die Bindungen zwischen Bürger und Politik durch Globalisierung und soziale Entwicklungen eher schwächer werden“ (Schäuble 2010).

3.2 Baulich-betriebliche Aspekte

Die Betriebe der Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald) haben gerade während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ihre sehr gute Substanz gezeigt. Insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung sind sie sehr weitsichtig vorgegangen. Aber noch entscheidender waren das vorhandene Leistungsvermögen, wie das kreative Potenzial der Führungskräfte, und eine arbeitswillige, flexible Belegschaft, um den Erfordernissen der Märkte gerecht zu werden.

Aus kommunaler Sicht erscheint es geboten, den im ländlichen Raum ansässigen Industriebetrieben entsprechende Entfaltungs- und Erweiterungsmöglichkeiten zuzugestehen. Die betrieblichen Areale liegen meist in beengter Tallage zwischen Bach und Berg, Straße und Wald, Biotop und Landschaftsschutzgebiet. Daher sind gegebenenfalls einzelfallbezogene pragmatische Lösungen erforderlich. Die Konkurrenz zu anderen Standorten ist groß, zwar nicht immer unbedingt weltweit, aber doch landes- oder regionsweit. Aufgrund dieser Sachlage war die Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald) im Jahr 2009 gezwungen, für die Ausweisung eines Gewerbegebietes erstmals den Antrag auf Waldumwandlung für eine Teilfläche des (eigenen) Waldes zu stellen, weil in der Kommune auf unbewaldeten Bereichen keine Alternativen zur Verfügung standen.

Aufgrund gestiegener Platzansprüche besteht bei den Betrieben eine Nachfrage nach geeigneten Flächen. Im Rahmen der Optimierung von Betriebsabläufen werden geeignete Potenziale mit nutzbaren Ausbaureserven eingefordert. Damit gehen Folgen einher, wie das Auflassen nicht mehr benötigter gewerblicher Bauten.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche hat sich in den letzten Jahren um gut ein Zehntel erhöht, von 152 ha auf 172 ha vergrößert und beträgt damit 6,0% der Bodenfläche der Gemeinde insgesamt. Davon beläuft sich die Fläche für Gewerbe und Industrie anteilig auf 18 ha. Der Anteil der Waldfläche liegt immer noch bei über 66% und dominiert den sichtbaren Eindruck (vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011).

Der Anteil der Landwirtschaftsfläche ist von etwas über 800 ha (rd. 28%) auf 787 ha (27,3%) im Jahr 2010 gesunken (vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011). Mit der aktuell durchgeführten und noch laufenden Flurneuordnung werden die Voraussetzungen für eine ergebnisorientierte, konkurrenzfähige Bewirtschaftung der Kulturlandschaft verbessert, um so den Fortbestand leistungsfähiger land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in der Gemeinde nachhaltig zu sichern. Zukünftig stellen der Erhalt des örtlichen Schlachthauses und die Versorgung der Höfe mit erforderlicher Breitbandtechnik große Herausforderungen dar.

Die Gemeinde hat mit der antizyklisch betriebenen Ausweisung des neuen 5,6 ha großen Gewerbegebietes im Teilort Oberbränd die wirtschaftliche Entwicklung gefördert. Die Fläche entspricht rd. 1% der gemeindeeigenen Waldfläche. Dabei erwies sich das volle Engagement der politisch verantwortlichen kommunalen Verwaltungsspitze als entscheidende Triebkraft. Ein in der vierten Generation geführter, im Jahr 1909 gegründeter Betrieb hat sich 2012 dort niedergelassen. Die Umsiedlung der Firma aus einem anderen Ortsteil stand zwingend an, weil eine Erweiterung des bisherigen Betriebsgebäudes am jetzigen Standort nicht mehr möglich war, aber das Unternehmen für die zukünftigen Anforderungen sowie den nicht einfacher werdenden Wettbewerb gerüstet sein muss. Mit dem geplanten repräsentativen sowie in Bezug auf die Betriebsabläufe optimierten Neubau können Arbeitsplätze am Ort gehalten und ausgebaut werden. Und damit sind die Voraussetzungen für die Erweiterung der Geschäftsfelder und der Arbeitsplätze geschaffen. Diese Gewerbegebietsausweisung trägt dazu bei, die wirtschaftlichen Strukturen der Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald) zu erhalten und zu stärken. Die Kommune erhofft sich bei der Umsetzung zugleich positive Rückkoppelungen für die weiteren ortsansässigen Gewerbebetriebe.

Konkret verursacht die Baureifmachung des neuen Gewerbegebietes, also Planung (mit Gutachten, Ausgleichsmaßnahmen) und Erschließung, Kosten in Höhe von rd. 2,5 Mio. Euro. Die Ausweisung zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ist antizyklisch vorangetrieben worden. Die Grundstücke werden nach einem Beschluss des Gemeinderates als Beitrag zur Wirtschaftsförderung zu sehr günstigen Konditionen verkauft. Die Gemeinde will so Anreize zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben schaffen. Zudem steht die Kommune im Wettbewerb mit anderen Standorten, die zum Teil vorteilhaftere strukturelle und topografische Rahmenbedingen besitzen.

Vom Inhaber eines örtlichen Unternehmens ist im Jahr 2005 auf seriöse Weise aufgezeigt worden, dass sein Verbleiben am Standort in der Gemeinde für seinen Betrieb mit Mehraufwendungen beispielsweise durch erhöhte Kosten für Personal, Statik, Logistik, Heizung oder Winterdienst von 267.000 Euro jährlich verbunden ist. Und dennoch produziert dieser Betrieb weiterhin am angestammten Standort und hat in den letzten drei Jahren über 10 Mio. Euro am Firmensitz investiert (August Weckermann KG 2006). Die Unternehmen im Ort zusammengenommen tätigten nach Angaben der Gemeinde in

den letzten fünf Jahren Investitionen in einer Größenordnung von weit über 35 Mio. Euro. Diese Standorttreue ist auch als positives Engagement für die Kommune zu werten.

3.3 Strukturelle Aspekte

Die Strukturen und Abläufe in der Gemeindeverwaltung in Eisenbach (Hochschwarzwald) sind sehr wirtschaftsfreundlich ausgestaltet. Die Gemeinde versucht bestmöglich eigenverantwortlich und weitestgehend selbstbestimmt vor Ort zu gestalten und zu steuern sowie die vorhandenen Spielräume zu nutzen. Den kommunalpolitischen Mandatsträgern sind die Besonderheiten komplexer Probleme und die Wichtigkeit einzelner Verantwortlicher in der Gemeinde bekannt und man weiß, wie Schwierigkeiten effizient zu beheben wären. Das bürgerschaftliche Engagement von Politik und Verwaltung muss wertgeschätzt werden (ARL 2008c: 14). So lassen sich endogene Potenziale in der Kommune aktivieren (vgl. ARL 2009).

Problematisch bleibt, ökonomisch gesehen, die nach wie vor starke Abhängigkeit von Entscheidungen, die fernab der Gemeinde getroffen werden. Die Kommune braucht jedoch, um strukturelle Probleme bewältigen zu können, vernünftige Rahmenbedingungen und institutionelle Hilfen. Dazu zählen auch flankierende Maßnahmen (Finanzausstattung, Expertenrat). Oftmals haben die in der Gemeinde politisch Agierenden den Eindruck, dass die besonderen Bedürfnisse der peripheren Zonen – Lage, Ortsteile, Infrastruktur, Topographie, Einwohnerdichte – zu wenig Beachtung finden. Die Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald) steht in einem Wettbewerb mit anderen Kommunen, die idealere strukturelle oder topographische Voraussetzungen vorweisen können und die ihre Aufgaben leichter mit der zur Verfügung stehenden Finanzausstattung erfüllen können. Hemmnisse sind in nicht wenigen Fällen auch die von Bund und Ländern praktizierten aufwendigen Verfahrens- und Verwaltungsvorgänge sowie eine Vielzahl von zu beachtenden Regularien. Insbesondere für Kommunen im ländlichen Raum mit zumeist wenig ausdifferenzierten Verwaltungsstrukturen wäre eine Entfrachtung vorteilhaft (vgl. ARL 2008c).

Der Rückgang der Bevölkerungszahl hält an. Auch gut ausgebildete junge Leute wandern ab, was verbunden ist mit einer Zunahme des Anteils älterer Menschen. Diese Schrumpfung hat auch in Bezug auf die (fehlenden) Finanzzuweisungen erhebliche negative Folgen und verkleinert die Handlungsspielräume der Kommune. Zudem ist Ausdruck davon eine teilweise bereits festzustellende (negative) Veränderung des Siedlungsbildes durch vielfach ungenutzten Wohnraum.

Die Standortbindung von Unternehmen wird für Kommunen und Regionen immer wichtiger. „Unternehmen lockern ihre Bindung an Länder, Regionen und Städte. Sie richten ihr Portfolio von Produktionsstandorten an dem für sie günstigen Mix an Standortfaktoren aus, zeigen sich mobil und entfachen damit eine innerregional bis global wirkende Standortkonkurrenz. Diesem Kampf um Standortvorteile sieht sich die Politik auf allen Ebenen ausgesetzt, wobei sich ihre Handlungsoptionen insbesondere in schrumpfenden Regionen stetig verringern. Es steht zu befürchten, dass regionale Disparitäten im Ringen um Standortentscheidungen der Wirtschaft und um gut ausgebildete junge Menschen weiter zunehmen“ (ARL 2008a: 34).

Erschwerend für dünn besiedelte ländliche Räume kommt hinzu, dass bei der Ausstattung mit technischer Infrastruktur v. a. die anzutreffende Siedlungs- und Nutzungsdichte eine wesentliche Rolle einnimmt. Der Versorgungsstandard ist beispielsweise bei der Breitbandversorgung selbst innerhalb von Gemeinden nicht gleich oder zeigt bei dezentralen Entsorgungskonzeptionen starke Unterschiede auf und ist nur schwer mit

Ballungsräumen zu vergleichen (vgl. ARL 2008b). Die Mindestanzahl an Nutzern im Bereich der Telekommunikation kann z. B. im ländlich geprägten Ortsteil Schollach nicht vorgewiesen werden, weshalb ein solches Angebot an moderner Kommunikationsinfrastruktur an bestimmten Stellen schlichtweg nicht verfügbar ist (vgl. ARL 2008b). Und trotzdem wird auch von den Landwirten erwartet, dass diese ihre Betriebsmeldungen mittels Internet bei den Behörden einreichen. Und natürlich zeichnet auch die heutigen Feriengäste auf dem Bauernhof ein vom tradierten Nutzerverhalten abweichendes Anspruchsdenken an die Internetnutzung aus. Wo immer möglich, muss einzelbetrieblichen Engpässen und Erfordernissen durch jeweils individuelle Lösungen begegnet werden.

4 Fazit

Die Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald) repräsentiert den im Land Baden-Württemberg gar nicht so seltenen Typus kleinerer Gemeinden mit häufig weltweit agierenden prosperierenden Betrieben. Dennoch ist sie in ihrer spezifischen Konstellation nicht nur bundesweit einzigartig – und zwar im Hinblick auf die Konzentration ihres beachtlichen sowie hoch entwickelten industriellen Potenzials: 2.150 Einwohner, über 1.300 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, davon etwa 1.200, also rd. 95 %, im produzierenden Sektor, der Zahnrad- und Getriebeindustrie, und 925 Einpendler (Einpendlerüberschuss: 475 Personen).

Die historische industrielle Entwicklung in der Gemeinde zeigt ihren Weg auf: durch Wasserkraft zum Zahnrad und vom Uhrmacher zum Weltmarktführer.

Aufgrund der Höhenlage gab es früher für die Einwohner des Teilortes Eisenbach und den weiteren Ortsteilen Bubenbach, Oberbränd und Schollach allein durch die Land- und Forstwirtschaft kein tragfähiges Auskommen. Wesentliches Standbein und alleinige bzw. zusätzliche Einkommensquelle war deshalb vor über 200 Jahren das Uhrmacherhandwerk, maßgeblich geprägt von innovativen Tüftlern sowie Unternehmern. Ein Zeugnis für den Erfinderreichtum stellt der 1908 in der Gemeinde errichtete nachweislich erste Skilift der Welt dar.

Aus bescheidenen Anfängen heraus, in kleinen Werkstätten in (landwirtschaftlichen) Gebäuden entwickelte sich eine industrielle Uhrenfertigung. Die Fähigkeiten der Anwohner trugen maßgeblich zur Weiterentwicklung zu einer modernen feinmechanischen Industrie bei.

Den Qualifikationen und Tugenden der Einwohner und Unternehmerpersönlichkeiten vor Ort ist es zu verdanken, dass aufgrund von weltweit beachteten Innovationen und Anpassungen an neue Herausforderungen die Firmen im „GearValley“ heute über eine solide Substanz verfügen und in der Metallbranche einen guten Namen haben. Darüber hinaus besitzen die Betriebe ein hohes Potenzial, den Anforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Weit über 35 Mio. Euro wurden von den heimischen Firmen in den letzten fünf Jahren am hiesigen Standort eingesetzt.

Die Kommune kann die bestehenden äußeren Rahmenbedingungen zwar nicht grundsätzlich verändern, sie will diese aber maßvoll beeinflussen. Die Gemeinde ist sich ihrer besonderen Stellung als Industriestandort bewusst, identifiziert sich ausnahmslos mit diesem Tatbestand und will diese Einstellung auch in Zukunft aufrechterhalten. Ein arbeits- und unternehmerfreundliches Klima herrscht vor Ort vor.

Die Prägung des Ortes – v. a. gekennzeichnet durch das von den örtlichen Industriebetrieben beeinflusste Erscheinungsbild und die hervorgerufene Flächeninanspruchnahme

– tritt im Vergleich mit dem Jahr 1970 noch deutlicher hervor. So sind vielerorts maßvolle, aber sichtbare bauliche Erweiterungen festzustellen, die sich aus betriebswirtschaftlicher Sicht begründen lassen. Dadurch hat sich der Bestand an Beschäftigten deutlich erhöht, wobei diese zunehmend nicht mehr ihren ersten Wohnsitz in der Gemeinde haben, sondern vermehrt von auswärts einpendeln. Der Bevölkerungsrückgang bedeutet für die Kommune mit ihrer weitläufig verzweigten Siedlungsstruktur und der teilweise gleichermaßen notwendigen Bereitstellung entsprechender technischer Infrastruktureinrichtungen finanziell gesehen eine große Belastung. Auch in Bezug auf das Vorhalten einer adäquaten Grundversorgung ist die Situation nicht einfach.

Die industrielle Monostruktur mit einem dominanten Anteil des produzierenden Sektors birgt gleichwohl gewisse Gefahren. Die Gemeinde ist bestrebt, neue Impulse zu setzen und für die alteingesessenen hiesigen Unternehmen ein attraktives Umfeld zu bieten, aber auch in anderen Bereichen attraktiv zu sein. Als Beispiele, wie die Bedingungen zum Leben und Arbeiten weiterhin positiv gestaltet werden, sind die Neuausrichtung des Kinderhauses (mit arbeitnehmerfreundlicher Ganztagsbetreuung ab dem 1. Lebensjahr) und die Ausweisung eines Gewerbegebietes zu nennen. Auf touristischer Ebene ist die Gemeinde mit neun weiteren Kommunen Mehrheitsgesellschafter der Hochschwarzwald Tourismus GmbH, um die Raumschaft interkommunal und professionell – auch mit Blick auf die für die Betriebe wichtigen weichen Standortfaktoren – zu vermarkten.

Die heute im Ort ansässigen Industrieunternehmen selbst, teilweise Weltmarktführer, entwickeln sich weiter und legen dabei eigene Maßstäbe zugrunde. Ob die Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald) den von diesen mit Blick auf die globalen Märkte gestellten betriebswirtschaftlichen Erfordernissen auf Dauer adäquat gerecht werden kann, muss sich zeigen. Sicher haben die Firmen ein enormes Leistungsvermögen, das nicht nur für den Standort und seine Bürger von Vorteil ist, sondern auch für die benachbarten Gemeinden und darüber hinaus für die ganze Region. Das verdeutlicht u. a. der beträchtliche Einpendlerstrom.

Außerdem stellt die Industrie vor Ort einen stabilisierenden Faktor für die (Neben-/Zuerwerbs-)Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft dar, weil diese die Sicherheit einer Haupterwerbsquelle nicht uneingeschränkt langfristig bieten kann. Das trägt mit dazu bei, der Dynamik des Nutzungswandels und den sich verändernden Ansprüchen der Gesellschaft gerecht werden zu können.

Landespolitisch kann es erforderlich sein, steuernd und unterstützend einzugreifen, um auch aus Sicht der Betriebe bestehende Zielkonflikte anzugehen. Denn die Ballungsräume brauchen komplementär starke ländliche Räume und diese peripheren Lagen sollten nicht erodieren und auf reine Wohnstandorte reduziert werden. Wenn finanz- und strukturpolitische Steuerungsansätze, z. B. bei der Finanzausstattung oder bei der Breitbandversorgung, unter Beachtung der bestehenden nachteiligen klimatischen, naturräumlichen, infrastrukturellen Rahmenbedingungen nicht greifen, vergrößert sich das Risiko, dass die Verantwortlichen in den Betrieben entsprechend reagieren. Wenn sich Unternehmen mit ausgeprägter Sozialverantwortung und Standorttreue von solchen Standorten wie Eisenbach (Hochschwarzwald) verabschieden, dann hat das für die betroffenen Kommunen nachteilige Folgen. Die alteingesessenen Firmen vor Ort wirken ökonomisch und sozial stabilisierend. Sie tragen auch zu ausgewogeneren Lebens- und Arbeitsverhältnissen in der Raumschaft bei. Und dazu, dass diese Region wahrgenommen wird.

Die Gemeinde Eisenbach (Hochschwarzwald) als Ursprung patentierter Erfindungen entwickelt sich stetig, insbesondere aufgrund dieser heute prosperierenden, noch örtlich

verwurzelten Unternehmen und wegen des vorhandenen umtriebigen Arbeitnehmerpotenziales – den wirtschaftlich erfolgreichen Nachfahren der genialen Tüftler, denen zahlreiche Patente zu verdanken sind. Die Kommune will auch in Zukunft alles daran setzen, das Erarbeitete und die industrielle Ausrichtung auf dem heutigen hohen Niveau zu erhalten bzw. weiterzuentwickeln. Dazu sind eine angemessene Finanzausstattung und eine Anpassung der infrastrukturellen Voraussetzungen unerlässlich. Gerade die straßenmäßige Infrastruktur gut ausgebaute Verkehrswege, geeignete Anschlüsse an überregionale Verkehrsachsen sind im Hinblick auf die Mobilität der ländlichen Bevölkerung sowie zum Antransport von Rohmaterialien und zum Abtransport von Gütern der örtlichen Industriebetriebe von außerordentlicher Bedeutung und für die zukünftige (Vorwärts-)Entwicklung der Kulturlandschaft in ländlichen Räumen entscheidend.

Literatur

Arbeitskreis Ortschronik Schollach (Hrsg.) (2008): Schala – Schola – Schollach – Chronik einer Schwarzwaldgemeinde. Eisenbach (Hochschwarzwald).

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2010): Regionalpolitik im Lichte der Wirtschafts- und Finanzkrise. = Positionspapier aus der ARL 82. Hannover.

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2009): Anforderungen an eine regionale Entwicklungspolitik für strukturschwache ländliche Räume. = E-Paper der ARL 7. Hannover.

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2008a): Herausforderung Vielfalt – Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel. = E-Paper der ARL 4. Hannover.

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2008b): Aus der Kostenfalle hin zu mehr Kostenwahrheit: Kosten und Folgekosten von Siedlungen und Infrastrukturen. = Positionspapier aus der ARL 76. Hannover.

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2008c): Politik für periphere, ländliche Räume: Für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionalentwicklung. = Positionspapier aus der ARL 77. Hannover.

August Weckermann KG (2005): Aufstellung „Infrastrukturelle Nachteile“. Eisenbach (Hochschwarzwald).

Blasberg, M.; Burger, J. (2009): Eisenbach kämpft. In: Die Zeit – Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Wissen und Kultur (46), 06.11.2009, 32-41.

Fettinger, F. (Hrsg.) (1991): Auf dem hohen Wald – Heimatgeschichte von Eisenbach, Bubenbach und Oberbränd. Eisenbach.

Gemeindetag Baden-Württemberg (Hrsg.) (2010): Gemeindefinanzbericht. In: Die Gemeinde (BWGZ) – Zeitschrift für die Städte und Gemeinden (15-16).

Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – Fachbereich Struktur- und Wirtschaftsförderung (Hrsg.) (2007): Der Dienstleistungssektor im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald / Entwicklung – Standorte – Potenziale. Freiburg i. Br.

Schäuble, W. (2010): Informationsschreiben des Bundesfinanzministers an die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion im Bundestag vom 09.07.2010 zum Stand der Beratungen in der Gemeindefinanzkommission. Aus: Gemeindetag Baden-Württemberg 2010.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2011): LIS-Datenbank.http://www.statistik-bw.de/SRDB/ (01.08.2011).

Cornelia Korff, Jacqueline Passon

Fallstudie „Endingen-Amoltern und Endingen-Königschaffhausen (Kaiserstuhl)“

Gliederung

1 Vorbemerkungen zum methodischen Vorgehen

2 Naturräumliche Einordnung

3 Ererbte Kleinteiligkeit: Kulturlandschaft vor Beginn des modernen Agrarstruktur- und Landschaftswandels

3.1 Amoltern

3.2 Königschaffhausen

3.3 Boden- und Flächennutzungen bis in die 1950er Jahre

3.4 Landwirtschaftliche Betriebe in der Mitte des 20. Jahrhunderts

4 Dimensionen des Kulturlandschaftswandels: Agrarstruktur-, Landnutzungs- und Siedlungswandel

4.1 Agrarstrukturwandel verändert das Kulturlandschaftsbild

4.2 Ländliche Siedlungen im Wandel

5 Fazit: Hemmnisse und Entwicklungspotenziale

Literatur

1 Vorbemerkungen zum methodischen Vorgehen

Im folgenden Beitrag zum Kulturlandschaftswandel am Kaiserstuhl soll anhand zweier noch heute eher ländlich geprägter Ortsteile der Kleinstadt Endingen dem Wandel der Flächennutzungen, den veränderten Lebens- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung sowie dem Wandel der Siedlungsstrukturen nachgegangen werden. Für die Gemarkung der Stadt Endingen liegt aus einer Untersuchung zum Kulturlandschaftswandel am Kaiserstuhl zwischen 1770 und 1998 eine Kulturlandschaftswandelkarte vor (Schumacher 2006). Obwohl die wesentlichen Ausprägungen des Flächennutzungswandels auch für die Endinger Ortsteile Amoltern und Königschaffhausen zutreffen, können daraus keine direkten Rückschlüsse auf die Prozesse und Faktoren des Kulturlandschaftswandels auf den beiden Gemarkungen gezogen werden, weil erhebliche strukturelle Unterschiede zwischen den beiden ländlichen Orten und der Kleinstadt Endingen bestehen. Im Unterschied zu Schumachers Untersuchung richtet sich die methodisch-thematische Perspektive weniger auf eine Analyse topographischer Karten verschiedener Zeitschnitte als vielmehr auf die Auswirkungen des Agrarstrukturwandels auf die Kulturlandschaft sowie auf die Analyse der externen und internen Faktoren und Prozesse, die auf betrieblicher Ebene Umstrukturierungen verursachten. Dabei umspannt der zeitliche Rahmen die Phase ab Mitte des 20. Jahrhunderts, in der sich die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft radikal verändert haben. Da aber bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts überkommene Strukturen vorherrschten, sollen als Ausgangsbasis

des dann einsetzenden Wandels im historischen Rückblick die Verhältnisse im frühen 19. und 20. Jahrhundert aufgezeigt werden.

Auf betrieblicher Ebene wurden Daten mittels leitfadengestützter qualitativer Interviews mit Landwirten, Nebenerwerbswinzern und mit Vertretern der Winzergenossenschaften gewonnen. Zu den Themenbereichen Siedlungsentwicklung und Wirtschaftsstruktur wurden ebenfalls leitfadengestützte Interviews mit den derzeitigen Ortsvorsteherinnen und mit dem ehemaligen Ortsvorsteher von Amoltern geführt. Zusätzlich erfolgten Expertengespräche mit Vertretern des Landwirtschaftsamts Emmendingen sowie des Amts für Flurneuordnung.[1] Während der Aufbereitung und Analyse der erhobenen Daten wurden nochmals vertiefende Expertengespräche mit dem Endinger Bürgermeister und dem Referatsleiter Pflanzenbau im Landwirtschaftsamt geführt.[2]

Ergänzend dazu wurden Dokumente wie amtliche Ortsbereisungen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Kreisarchiv Emmendingen) und unveröffentlichte Sekundärstatistiken des Landwirtschaftsamtes sowie Übersichtspläne über die Gemarkungen Amoltern und Königschaffhausen (1:1000) ausgewertet, die in den Gemarkungsatlanten von Amoltern (1865 bis1870) und Königschaffhausen (1878 bis1881) enthalten sind sowie deren Fortführungsdaten bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts berücksichtigt. Die Gemeindestatistik von Baden-Württemberg liefert ebenso wie die landwirtschaftlichen Erhebungen auf Ortsteilebene nur Daten bis zu den Eingemeindungen Anfang der 1970er Jahre. Für die eingemeindeten Ortsteile sind für spätere Jahre zwar keine Bevölkerungs- oder agrarstatistischen Daten mehr verfügbar, aber das Statistische Landesamt führt zumindest die Flächennutzungen auf Gemarkungsebene weiter. Auszüge aus dem amtlichen Liegenschaftskataster (2008) wurden vom Vermessungsamt zur Verfügung gestellt.

Lückenlose Entwicklungsreihen auf quantitativer Basis oder ein direkter zeitlicher Vergleich zwischen den beiden Teilorten sind nur eingeschränkt möglich, weil sich die Erfassungsbasis der Sekundärstatistiken mehrfach änderte, weil unterschiedliche Quellen mit voneinander abweichenden Erfassungsmethoden, Abgrenzungen und auf der Basis unterschiedlicher Begriffsdefinitionen nicht vergleichbare Kategorien[3] erfassen, und weil für die beiden Teilorte nicht immer für dieselben Zeitabschnitte Daten aus denselben Quellen verfügbar waren.

2 Naturräumliche Einordnung

Amoltern und Teile der Gemarkung von Königschaffhausen liegen an der Nordabdachung des vulkanischen Westteils des Kaiserstuhls (vgl. die Übersichtskarte im Beitrag von Heinl in diesem Band). Dessen subvulkanische und vulkanische Gesteine sind von einem Lößmantel überkleidet, nur höhere Rücken und der zum Hauptkamm des Kaiserstuhls gehörende Katharinenberg (492 m) auf der Gemarkung Amoltern sind frei von auflagerndem Löß. Der nördliche Kaiserstuhl ist als Riedellandschaft mit schmalen, sanft gerundeten Rücken und breitsohligen Tälern ausgestaltet (Mäckel 1999: 48 f.). Seit vielen Jahrhunderten werden die Riedel durch Terrassierung der steileren Hänge für Acker- und Weinbau überformt. Größere Eingriffe in das natürliche Relief fanden je-

[1] Diese Datenerhebung fand im Rahmen eines Geländepraktikums mit Studierenden der Geographie im Jahr 2008 statt.

[2] In den Beitrag gehen die Ergebnisse aus insgesamt 17 leitfadengestützten Interviews von jeweils ein bis zwei Stunden Dauer ein. Davon wurden zwölf als Einzelgespräche geführt, fünf als Gruppeninterviews. Allen Gesprächspartnern sei an dieser Stelle herzlich für die Bereitwilligkeit gedankt, mit der sie uns Auskunft gaben.

[3] In Einzelfällen werden neue Kategorien eingeführt, die Mindestgröße der in die Statistik eingehenden Betriebe geändert oder die Typisierung von Sonderkulturen je nach Erfassung als Flächennutzung oder agrarstatistische Definition anders vorgenommen.

doch nur in Gebieten mit Flurbereinigungen aus den 1960er und 1970er Jahren statt und veränderten durch den Aufbau weniger, aber großflächiger Terrassen mit hohen Böschungen das von Kleinterrassen geprägte Landschaftsbild früherer Jahrhunderte (Wilmanns et al. 1989: 25 ff.; Mayer 1997).

Amoltern ist in ein vom Katharinenberg in nordwestlicher Richtung zur Rheinebene hinunterziehendes Tal eingebettet, dessen breite Sohle mit Schwemmlöß ausgekleidet ist. Die Gemarkung erstreckt sich überwiegend in der Löß-Riedellandschaft. Nur den sich zum Hauptkamm des Kaiserstuhls hinaufschwingenden Rücken und Kämmen aus Tephriten fehlt die Lößauflage. Die Gemarkung Amoltern hat keine Anteile an der Rheinebene. In Königschaffhausen, am Rand der Riedellandschaft in der Rheinebene am nördlichen Fuß des Kaiserstuhls gelegen, gehört lediglich ein geringer Teil der Gemarkungsfläche zur Löß-Riedellandschaft, der größere Teil erstreckt sich von den unteren Lößhängen auf den Schwemmlößgürtel und die unterschiedlich stark mit Lößlehmen überkleideten Niederterrassenschotter der Rheinebene.

3 Ererbte Kleinteiligkeit: Kulturlandschaft vor Beginn des modernen Agrarstruktur- und Landschaftswandels[4]

3.1 Amoltern

Amolterns Geschichte reicht bis in das Hochmittelalter zurück.[5] Der Genese entsprechend handelt es sich hinsichtlich der Ortsform um ein unregelmäßig gewachsenes Haufendorf. Als Hauptverkehrsachse folgt die Dorfstraße dem Talverlauf nach Nordwesten. Im oberen Ortsteil verdichtet sich die Bebauung zur Kirche hin. Dort findet man zweigeschossige Winzerhäuser mit teils hohen Kellern. Diese gehören zu dicht gedrängten Dreiseithöfen. Ergänzt wird die Ortskernbebauung vom ehemaligen Rat- und Schulhaus. Oberhalb des Dorfes liegt als höchster Siedlungspunkt der Friedhofsbuckel mit dem dreiseitigen Pfarrhof. Die topographische Lage ermöglichte eine nur geringe Ausdehnung der überbauten Siedlungsfläche. Unterhalb der terrassierten Rebhänge entstand am nordwestlichen Ortsausgang im 20. Jahrhundert ein Neubaugebiet (vgl. Abb. 4, 5).

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts bestritten die Einwohner Amolterns ihren Lebensunterhalt fast ausschließlich aus der Landwirtschaft, wobei darauf zu verweisen ist, dass größere Teile der Bevölkerung in den Notstandszeiten des 19. Jahrhunderts gezwungen waren, abzuwandern. Insbesondere die Realteilung führte allmählich in die Verarmung und setzte viele Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft frei. Bedingt durch die Ablösungen Anfang des Jahrhunderts war es möglich, die letzten großen Güter bis in kleinste Parzellen zu unterteilen. Missernten um die Mitte des 19. Jahrhunderts verschärften die Versorgungs- und Einkommenssituation. Dazu kam eine erhebliche Verschuldung sowohl der Gemeinde als auch der Bürger. Einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung war es daher nicht mehr möglich, seinen Lebensunterhalt aus der Landwirtschaft zu bestreiten. Alternative Erwerbsmöglichkeiten gab es damals nur im Rahmen des Dorfhandwerks. Die Folge war eine beträchtliche Binnen- bzw. Auswanderung. Wie in anderen Regionen Deutschlands auch, suchte ein Teil der Abwandernden sein Glück in der Neuen Welt. Ein weitaus größerer Teil zog jedoch in die nähere Umgebung, v. a. in die umliegenden Städte, insbesondere nach Endingen. In der Agrargemeinde Amoltern

[4] Sofern keine anderen Quellen angegeben sind, stammen alle Angaben aus den Interviews.

[5] Erstmals urkundlich erwähnt wurde der Ort in der Form Amiltran um das Jahr 1100, er dürfte jedoch älter sein (Poinsignon 1884: 88). Die Siedlung entwickelte sich aus einem Fronhof. Dieser bildete mit den dazugehörigen Hofstätten bis zum 13. Jahrhundert zunächst den Ort, der in den folgenden drei Jahrhunderten immer wieder bauliche Erweiterungen erfahren haben muss. Der Überlieferung entsprechend sind für das Jahr 1525 35 Bauernhäuser, ein Pfarrhaus sowie ein adliger Sitz für Amoltern belegt (vgl. Poinsignon 1884: 88). Dementsprechend kann von einer Einwohnerzahl von ca. 200 Menschen ausgegangen werden (vgl. Müller 1988a: 217; Müller 2001: 180).

ging die Bevölkerung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von 422 (1850) auf 298 (1895), also um 29% zurück. Die demographische Entwicklung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts gleicht der des vorangegangenen Jahrhunderts: Einem anfänglichen, wenn auch geringen Wachstum bis zum Jahr 1925 auf 317 Personen folgte zur Jahrhundertmitte ein Rückgang auf 289 Personen (1943). In der Nachkriegszeit kam es nochmals zu einem geringen Anstieg. Durch den Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen in die ländliche Gemeinde war die Einwohnerzahl Amolterns 1958 auf 324 Personen angestiegen (Exner 2001: 149 ff.; Müller 1988b: 304 ff.; Planungsgemeinschaft Breisgau o.J.: Gemeinde Amoltern).

Wie allgemein am Kaiserstuhlrand dominierte bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts der Acker- und Weinbau. Daneben betrieb man etwas Viehhaltung zur Selbstversorgung (s. Kap. 3.4). Auf der Suche nach neuen Anbau- und Verdienstmöglichkeiten wandten sich die Bauern von Amoltern seit Beginn des 19. Jahrhunderts verstärkt dem Anbau von Sonderkulturen wie Reben und Obst zu. Zunächst nahm der Weinbau fast monokulturartige Züge an. Schließlich entwickelte sich der Obstbau zum dominanten Zweig (vgl. Kap 3.2).[6] Endingen war zunächst Absatzmarkt für die Waren, die nicht der Eigenversorgung dienten. Eng verwoben mit der Landwirtschaft war das Dorfhandwerk: Küfer, Schreiner, Schmied, Wagner, Zimmermann, Schuhmacher und Maurer waren im Ort ansässig. Nahezu jeder Handwerker war gezwungen, im Nebenerwerb noch Landwirtschaft zu betreiben, da das Gewerbe allein kein Auskommen bot. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage finden sich in Amoltern nach 1900 schon die ersten Auspendler (Müller 1988b: 315 ff.).

3.2 Königschaffhausen

Königschaffhausen erstreckt sich in Nordsüdrichtung entlang zweier Hauptachsen. Anders als man aufgrund des straßendorfartigen Charakters der Siedlung heute annehmen könnte, ist Königschaffhausen – das kaum vor dem 8. Jahrhundert entstanden sein dürfte – aus einer Hofanlage mit den dazugehörigen Liegenschaften hervorgegangen.[7]

An den Hauptachsen sind schmale Haus- und Hofgrundstücke (Hofreiten) straßendorfartig aufgereiht. Diese haben zumeist Anschluss an eine als Acker genutzte oder mit Obstbäumen bestandene Parzelle. Mit den Querstraßen und -gassen ergibt sich ein leiterförmiger Grundriss. Das Ortszentrum liegt bei der evangelischen Kirche, dem dazugehörigen Gemeindehaus und dem Ortschaftsamt. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts erfuhr Königschaffhausen im Osten, Westen und im Süden des Ortes größere Erweiterungen (vgl. Abb. 4, 5).

Königschaffhausen konnte im 19. Jahrhundert anders als Amoltern seine Einwohnerzahl trotz Abwanderungen stabil halten, was auf die große Anzahl der dort beschäftigten Dienstboten zurückzuführen ist. Um die Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts lebten 967 Menschen in Königschaffhausen und verteilten sich auf 167 Wohngebäude. Zwischen dem Anfang und der Mitte des 20. Jahrhunderts verzeichnet Königschaffhausen eine leichte Bevölkerungszunahme um 14% von 909 (1911) auf 1056 (1950) Personen. Die Populationsverluste infolge der beiden Weltkriege wurden durch den Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den Ostgebieten nicht nur kompensiert, sondern es vergrößerte sich noch die Zahl der Bewohner gegenüber der Vorkriegszeit (Exner 2001: 149

[6] Es ist davon auszugehen, dass der Obstbau im Untersuchungsgebiet bereits seit Jahrhunderten betrieben wurde, allerdings dienten die Obstbäume vorwiegend der Selbstversorgung (Oelke 2009: 116 ff.).

[7] Das Dorf ist erstmals im Jahr 995 in der Form Scafhuson urkundlich nachgewiesen (vgl. Müller 2001: 200).

ff.; Müller 1988b: 304 ff.; Lott 1911; Badisches Statistisches Landesamt 1943; Planungsgemeinschaft Breisgau o. J.: Gemeinde Königschaffhausen).

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich an der überkommenen ökonomischen Struktur des Ortes – vergleichbar dem Nachbardorf – wenig geändert. In dieser Zeit wandten sich auch die Königschaffhausener Bauern verstärkt dem Wein- und insbesondere dem Obstbau zu. Innerhalb der Region übernahm der Ort bald eine führende Rolle im Obstbau. Die Viehhaltung nahm anders als in Amoltern eine größere Bedeutung ein. Dabei war die Gemeinde, da sie wenig Wiesen und kaum Wald besaß, auf ihre mit den Nachbargemeinden gemeinsamen Weiderechte angewiesen. Man konzentrierte sich v. a. auf die Haltung von Rindvieh (Müller 1988b: 315 ff.). Mit Zunahme der Kommerzialisierung in der Landwirtschaft und einer damit einhergehenden Erschließung neuer Absatzmärkte bedurfte es für die Gemeinden des nördlichen Kaiserstuhls des Aufbaus einer neuen Verkehrsinfrastruktur. Zweifellos hat der Wunsch, leicht verderbliche Waren wie Obst auch über weitere Strecken transportieren zu können, mit zum Bau der Kaiserstuhlbahn geführt, die 1895 eröffnet wurde. In der Folgezeit erlebte der Obstbau einen enormen Aufschwung (Müller 1988b: 315 ff.; Oelke 2009: 120 ff.). Zahlreicher als in Amoltern waren in Königschaffhausen Handwerker und Gewerbetreibende vertreten. Ansässig waren die üblichen, auf dem Land verbreiteten handwerklichen Berufe wie Schmied, Schneider, Metzger, Küfer, Schuhmacher, Seiler, Zimmerleute, Bäcker, Gerber, Schlosser und Wagner (Müller 1988b: 315 ff.).

3.3 Boden- und Flächennutzungen bis in die 1950er Jahre

Das Kulturlandschaftsbild des Kaiserstuhls um die Mitte des 20. Jahrhunderts wurde im Wesentlichen von den landwirtschaftlichen Strukturen bestimmt: Ackerbau, Reben, Wiesen und Weiden prägten die Flächennutzungen auf den Gemarkungen Amoltern und Königschaffhausen. Obst- und Walnussbäume wuchsen sowohl auf Grünland- wie auf Acker- und Rebflächen, überwiegend an Parzellengrenzen oder Böschungen, aber auch zwischen den Reben (Oelke 2009: 129 ff.). Für Acker- und Rebbau in den Hanglagen waren bereits traditionell Terrassen angelegt worden, weil auf Löß keine Steilhangbewirtschaftung möglich war. Die zum Katharinenberg hinaufführenden Hänge waren wie die gesamte Kammregion waldbestanden. Heute bezeugen Kleinterrassen unter Wald, dass die Acker- und Rebflächen ehemals ausgedehnter, der Waldbestand geringer war. Um 1813 hatten die Rebflächen ihre größte Ausdehnung in Baden erreicht (26.640 ha; Müller 1938: 31), bevor v. a. Reblaus und Pilzbefall im 19. Jahrhundert sowie schlechte Erträge und Fehlherbste einen drastischen Rückgang des Weinbaus verursachten (ebd.: 38; Kerber 1925: 43). Die extreme Kleinteiligkeit und Streuung der Parzellen infolge der üblichen Realerbteilung erschwerten die Bedingungen der Bauern und führten zu Armut und Auswanderung (Exner 2001: 149). Neu aufkommende und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bereits eingesetzte Spritzmittel halfen zwar, die Gefahren im Weinbau einzudämmen, erhöhten jedoch die Produktionskosten (Kerber 1925: 91). Auch verhinderten die Bevölkerungsverluste der beiden Weltkriege eine erneute Ausdehnung der Rebfläche.

Weil nach dem Zweiten Weltkrieg die Landwirtschaft vordringlich die Eigenversorgung gewährleisten musste und außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze in Endingen, Königschaffhausen und Amoltern noch kaum vorhanden waren, spiegelte in den 1950er Jahren die Flächennutzung das ererbte Bodennutzungsmuster wider. Geringfügige Verschiebungen gegenüber dem Ende des 19. Jahrhunderts hatten das Landschaftsbild kaum verändert.

Flächennutzung in Amoltern

Um die Mitte des 20. Jahrhunderts war die Ackerfläche bereits von 39% der Gemarkungsfläche (1878) auf knapp 33% zurückgegangen (Atlas der Gemarkung Amoltern einschließlich Fortführung, Flächenzusammenstellung). 103 ha Ackerland (einschließlich der Ausmärkerflächen auf Nachbargemarkungen) wurden 1955 von den Amolterer Bauern bewirtschaftet (Planungsgemeinschaft Breisgau: Gemeinde Amoltern). Ackerflächen und Wiesen wechselten sich im Talgrund ab, v.a. erstreckten sich aber die Ackerflächen über die heute ausschließlich mit Reben bestandenen und teils flurbereinigten Terrassen (vgl. Abb. 1, 2, 4).

Abb. 1: Amoltern 1952 – Acker- und Rebflächen, durchsetzt mit Obstbäumen

Quelle: Pragher 1952: Staatsarchiv Freiburg, Sammlung Willy Pragher Verz.nr. W134_022284a

Von rund 8% auf fast 12% der Gemarkungsfläche wuchs das Grünland zwischen 1878 und 1958 (Atlas der Gemarkung Amoltern einschließlich Fortführung, Flächenzusammenstellung). Noch in den 1950er Jahren spielte die Milchviehhaltung eine zwar mengenmäßig geringe, aber für die Versorgung der Bevölkerung wichtige Rolle, die auch im Kulturlandschaftsbild zum Tragen kam. Die Matten erstreckten sich im Talgrund, extensives Grünland prägte die Höhen des Galgenberges (Abb. 4, Amolterer Heide, seit 1939 unter Naturschutz. 1887 verzeichnet der Gemarkungsplan dort noch Ackerflächen). Bis in die 1950er Jahre konnten die Rebflächen nicht ausgedehnt werden (s.o.). Obstbau wurde als Streuobstbau auf den terrassierten Hängen und im Talgrund betrieben und vervollständigte das kleinteilige Mosaik aus Reb-, Acker- und Obstflächen (vgl. Abb. 1, 4; Müller 1988a).[8] Mit etwa 34% blieb die Waldfläche fast unverändert. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts dehnte sich die Siedlungsfläche (6,5%, zusam-

[8] Streuobstbau wird im Gemarkungsatlas nicht eigens als Flächennutzung ausgewiesen, daher liegen keine Flächenangaben vor. Oelke (2009: 128 ff.) gibt nach unterschiedlichen Quellen für das Jahr 1929 insgesamt 2.150 ertragsfähige Nuss- und Obstbäume und 2.759 im Jahr 1951 für Amoltern an.

mengesetzt aus Hofreiten, Hausgärten, Verkehrsflächen, Friedhof) nicht aus (Atlas der Gemarkung Amoltern einschließlich Fortführung, Flächenzusammenstellung).

Abb. 2: Amoltern 2011 – Großterrassen mit Rebflächen und hohen Böschungen im Bereich Bürgletten (Flurbereinigungsverfahren Anfang der 1970er Jahre)

Foto: Cornelia Korff 2011

Flächennutzung in Königschaffhausen

Auf der Gemarkung Königschaffhausen weichen die Flächennutzungen aufgrund der unterschiedlichen naturräumlichen Gegebenheiten von der Flächenverteilung Amolterns ab (vgl. Abb. 4), doch auch in Königschaffhausen änderte sich das Flächennutzungsmuster zwischen dem Ende des 19. und der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht wesentlich.[9]

Ackerland bestimmte die Bodennutzung in der Rheinebene noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts (Atlas der Gemarkung Königschaffhausen einschließlich Fortführung, Flächenzusammenstellung). Für die Vermarktung wurden Gerste, Kartoffeln, Tabak und Zwiebeln angebaut (Gemeinde Königschaffhausen: Ortsbereisung 1903). Den Eigenbedarf an Nahrungs- und Futtermitteln deckten Weizen, Winterroggen, Hafer, Halbweizen, Kartoffeln, Dicke Rüben, Gelbe Rüben, Weiße Rüben und Welschkorn (Gemeinde Königschaffhausen: Ortsbereisung 1903). 384 ha Ackerland (einschl. Ausmärkerflächen) wurden 1955 von Königschaffhauser Betrieben bewirtschaftet (Planungsgemeinschaft Breisgau: Gemeinde Königschaffhausen). Geringer als Amoltern war der Ort mit Grünland ausgestattet, sodass die Gemeinde auf die mit Nachbargemeinden gemeinsamen Weiderechte angewiesen war (s. Kap. 3.2). Das Grünland erstreckte sich nördlich des Ortes in der Rheinebene und im Talgrund zwischen Königschaffhausen und Kiechlinsbergen, lediglich kleine und kleinste Flächen nahmen entlegene Parzellen auf den

[9] Allerdings liegen aus der Fortführung des Gemarkungsatlas nur Zahlen von 1944 vor.

terrassierten Riedeln unterhalb des Waldes ein. Weniger als 7% der Gemarkung wurde 1944 als Grünland genutzt (Atlas der Gemarkung Königschaffhausen einschließlich Fortführung, Flächenzusammenstellung). Durch Pacht von Flächen zur Heu- und Öhmdgewinnung auf benachbarten, teils aber auch entfernteren Gemarkungen (Kenzingen, Riegel, Bahlingen, Nimburg) versuchten Königschaffhauser Bauern, den Mangel an Grünland zur notwendigen Futtergewinnung aufzufangen (Gemeinde Königschaffhausen: Ortsbereisung 1903). Zwischen dem Ort und dem Rebland zog sich ein extensiver Streuobstgürtel entlang, Obsthochstämme und Walnussbäume waren aber wie in Amoltern auch für Acker- und Rebflächen charakteristisch.[10] Nahezu unverändert blieb zwischen 1887 und 1944 der Anteil des Reblandes an der Gemarkung (etwas über 11%), was daran lag, dass wie in Amoltern während des Krieges die Familienväter fehlten und die Arbeitsbelastung von Frauen, Kindern und Altbauern es nicht erlaubte, Rebfläche aufzustocken. Die Ausdehnung der Rebflächen erfolgte erst nach 1950. Deutlich geringer als in Amoltern war v. a. der Waldanteil auf Königschaffhauser Gemarkung: Er lag 1944 bei etwa 4%. Geringfügig wuchs die Siedlungsfläche (1887: 6,6% Anteil an der Gemarkungsfläche) bis 1944 (7,6%).[11] Siedlungswachstum setzte erst ab den 1960er Jahren ein.

3.4 Landwirtschaftliche Betriebe in der Mitte des 20. Jahrhunderts

Noch in den 1950er Jahren wurden die Betriebe als Gemischtbetriebe mit großer Gewichtung der Selbstversorgung geführt (vgl. Kap. 3.2): Neben Ackerbau (Getreide, Kartoffeln, Rüben) waren Obst und Reben die wirtschaftlichen Grundpfeiler eines jeden Hofes. Darüber hinaus wurde Vieh gehalten. Ein paar Schweine (durchschnittlich zwei bis drei) sowie i. d. R. nur zwei bis drei Kühe für die Milchproduktion besaß jeder Hof. Abgeliefert wurde die Milch an die in den Dörfern eingerichteten Milchsammelstellen. Auch einige Schafe und Ziegen werden in den Viehzählungen erwähnt, Pferd oder Ochse erledigten als Zugtiere schwere Arbeiten, sofern die Terrassen für Pferd und Wagen zugänglich waren. In Amoltern standen 1958 beispielsweise 32 Pferde, d. h. weniger als die Hälfte der Betriebe konnte sich ein Pferd leisten (Planungsgemeinschaft Breisgau: Gemeinde Amoltern). Insbesondere der Rebbau war sehr aufwendig und brachte viel Handarbeit mit sich.

Amoltern und Königschaffhausen waren ausgesprochen kleinbetrieblich strukturiert (vgl. Tab. 1), weil der Reb- und Obstbau auch den Klein- und Kleinstbetrieben ein Auskommen ermöglichte. In Amoltern wirtschafteten 1950 noch rund 55 der insgesamt kleinen Betriebe haupterwerblich. Bis in die 1960er Jahre reichte eine Fläche von 1 ha Reben und 1 ha Obst aus, um eine Familie zu ernähren, dazu kam noch Ackerland. Auch jeder Handwerker betrieb im Nebenerwerb noch Landwirtschaft, da das Gewerbe allein kein Auskommen bot.

[10] Aus den Aufzeichnungen der amtlichen Ortsbereisungen der Jahre 1901 bis 1929 geht die Bedeutung des Obstbaus, speziell der Kirschen, für Königschaffhausen hervor, genannt werden außerdem Kernobst und Zwetschgen für die Vermarktung (Gemeinde Königschaffhausen: Ortsbereisungen 1901–1929). Seit dem Bau der Kaiserstuhlbahn wurden traditionell Kirschen in Freiburg abgesetzt. Königschaffhausen hatte sich zu einem Zentrum des Kirschenanbaus am Kaiserstuhl entwickelt und die wirtschaftliche Bedeutung des Obstbaus übertraf die des Weinbaus (Oelke 2009: 126 ff.). Aus verschiedenen Quellen für die Jahre 1929 und 1951 hat Oelke (2009: 128 ff.) die Zahl der ertragsfähigen Obst- und Nussbäume zusammengestellt: Der Bestand umfasste 5.900 Bäume 1929 und 14.767 Bäume im Jahr 1951.

[11] Atlas der Gemarkung Königschaffhausen einschließlich Fortführung, Flächenzusammenstellung.

Tab. 1: Anzahl der Betriebe bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts

Amoltern				**Königschaffhausen**			
Jahr	Betriebe			Jahr	Betriebe		
	gesamt	unter 2 ha	2 bis unter 10 ha		gesamt	unter 2 ha	2 bis unter 10 ha
1911	81	45	36	1911	219	98	121
1925	72	42	30	1925	217	119	98
1943	74	k.A	k.A	1943	198	k.A	k.A
1959	84	8	76	1955	205	85	120

Quellen: 1911: Lott 1911; 1925 u. 1943: Badisches Statistisches Landesamt 1927 u. 1943; 1955/59: Planungsgemeinschaft Breisgau: Gemeinden Amoltern und Königschaffhausen

Abb. 3: Rebterrassen mit eng gesteckten Rebpfählen und zu Pyramiden zusammengetragenen Stecken (Amoltern 1952)

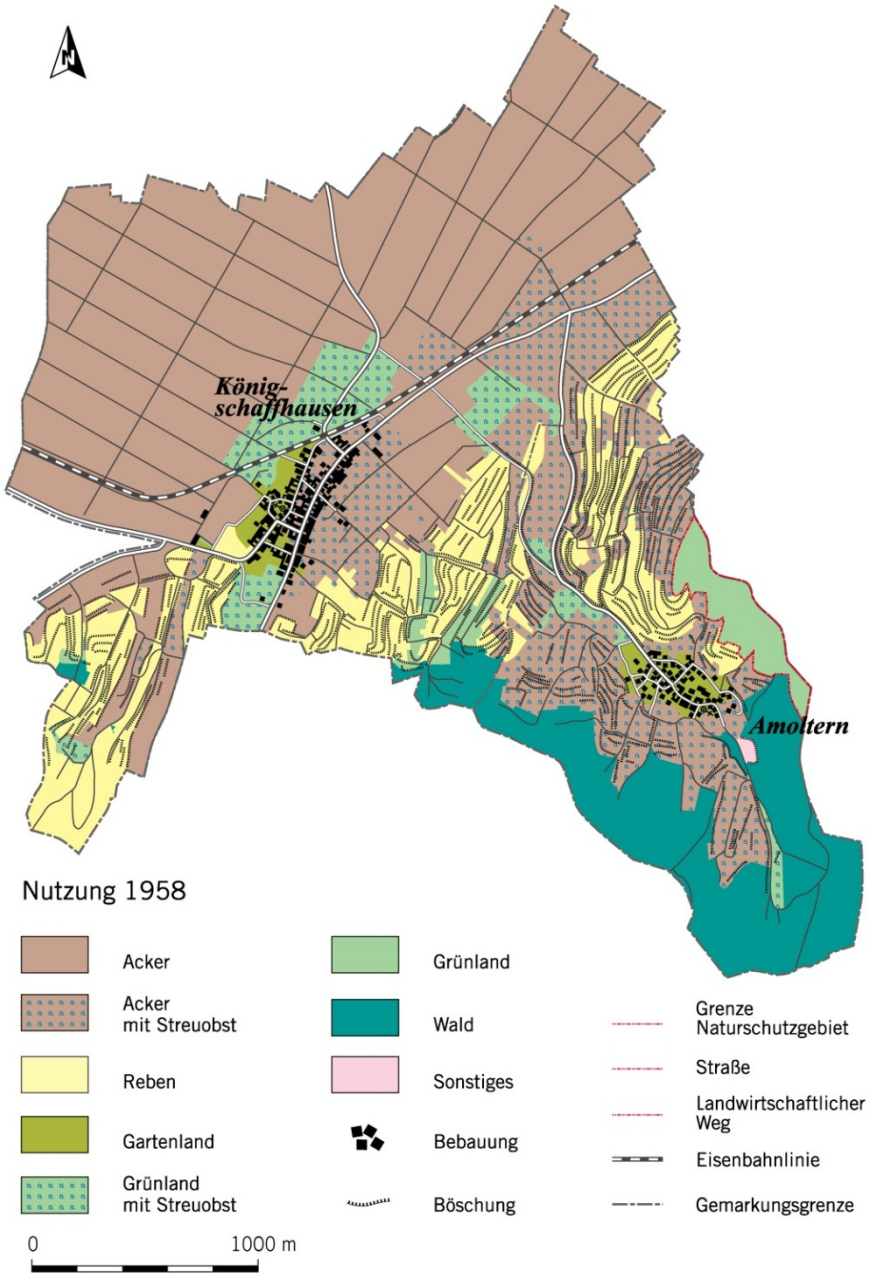
Quelle: Pragher 1952: Staatsarchiv Freiburg, Sammlung Willy Pragher Verz.nr. W134_022285

Die Realerbteilung hatte neben den geringen Betriebsgrößen die starke Zersplitterung der Flur in teilweise kleinste Schläge in Gemengelage mit weiter räumlicher Streuung der zu einem Hof gehörenden Parzellen zur Folge. In 2.076 Eigentumsgrundstücke war z.B. die Gemarkung von Amoltern 1925 aufgeteilt (Badisches Statistisches Landesamt 1927), woraus sich eine durchschnittliche Größe der Grundstücke von 0,12 ha ergibt.[12] Für Königschaffhausen lässt sich dieselbe Größe errechnen (nach: Badisches Statistisches Landesamt 1927). Üblicherweise verteilten sich die Parzellen der Betriebe auch

[12] In dieser Erfassung der Grundstücke sind auch die Hofreiten inbegriffen.

auf Nachbargemarkungen, weil durch Einheirat immer wieder auch neue Grundstücke in einen Betrieb kamen. Pacht spielte in den Kaiserstuhlgemeinden keine große Rolle, ver- und gepachtet wurde i. d. R. nur Ackerland, die Reben blieben im Eigenbesitz (Kerber 1925: 49 f.).

Abb. 4: Flächennutzungen und Siedlungen 1958



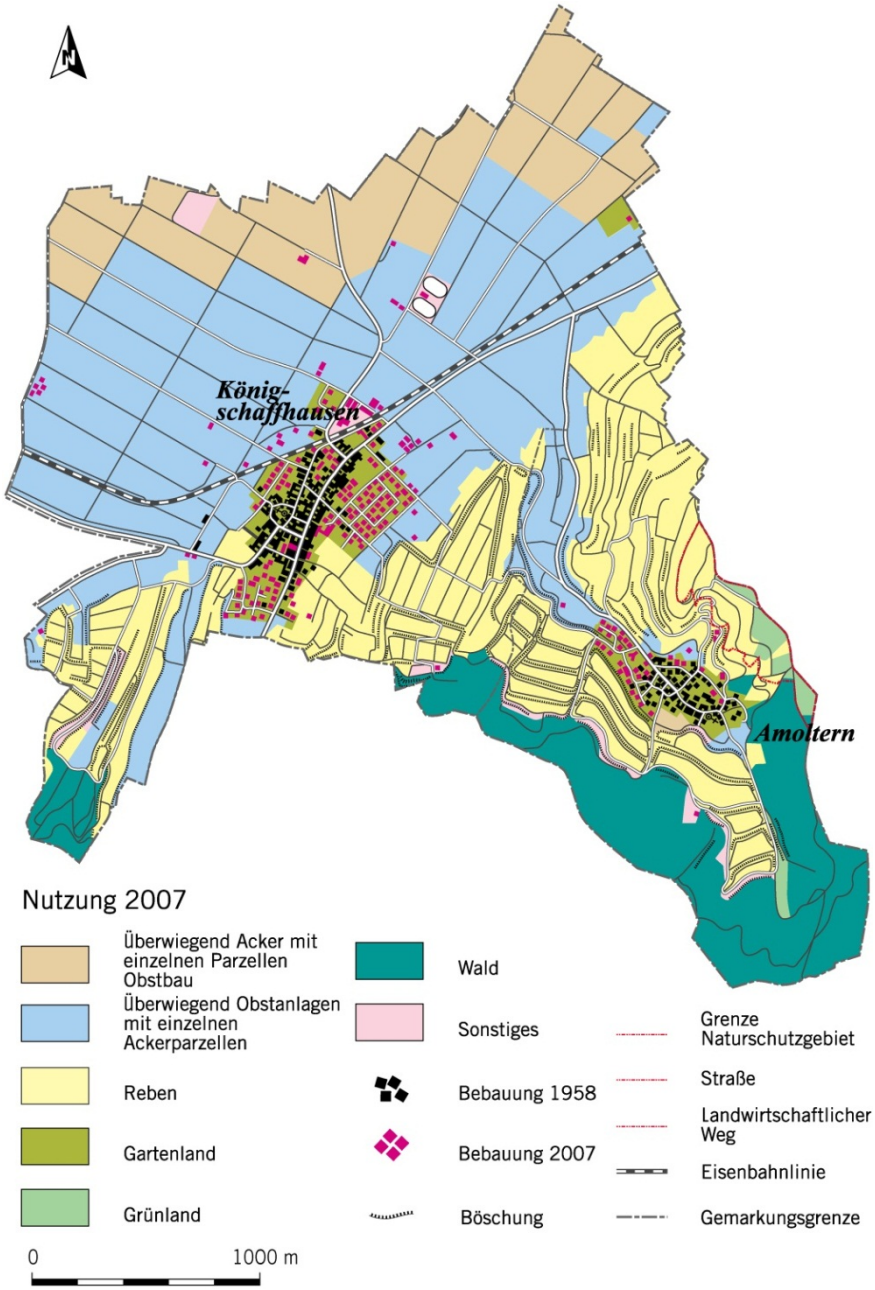
Quelle: Entwurf: Korff; Kartographie: Schmidt; Datengrundlage: Landesvermessungsamt Baden-Württemberg (Hrsg.): TK 25 7811 Wyhl am Kaiserstuhl u. 7812 Kenzingen (Auflagenjahr 1958)

Rebbau bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts in Amoltern und Königschaffhausen

Trotz einiger Neuerungen zur Verbesserung des Weinabsatzes (z. B. Gründung der Winzergenossenschaft Königschaffhausen 1933) prägten die Rebflächen bei gleichbleibenden Bewirtschaftungsformen und -bedingungen fast unverändert das Landschaftsbild des 19. Jahrhunderts. Schmale, teils schlecht zugängliche Terrassen formten das Relief der Riedel aus. Die Besitzparzellen verliefen nicht längs der Terrassen, sondern

als schmale Streifen über mehrere Terrassen hinweg. Die Reben wurden in dichten Abständen an Pfählen gezogen und waren nicht nach Sorten oder Alter sortiert (Abb. 3). Kerber (1925: 53) gibt für den Kaiserstuhl Abstände zwischen den Stöcken von 50 bis 80 cm, selten mehr, teils sogar nur 30 bis 40 cm an. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lag der Schwerpunkt noch immer auf Rebsorten mit geringer Qualität: In Amoltern z.B. waren nach Kerber (1925: 60) 5/6 der Rebfläche mit Elbling, 1/6 mit gemischten Sorten bestockt. Noch 1950 waren Elbling und Räuschling verbreitet, allerdings kam zunehmend Müller-Thurgau als Edelwein dazu. Für den Rebbau war Viehhaltung unerlässlich. Nicht nur benötigte man Zugtiere, auch für die Düngung war das Vieh für die Betriebe wichtig.

Abb. 5: Flächennutzungen und Siedlungen 2007



Quelle: Entwurf: Korff; Kartographie: Schmidt; Datengrundlage: Landesvermessungsamt Baden-Württemberg (Hrsg.): TK 25 7811 Wyhl am Kaiserstuhl u. 7812 Kenzingen (Auflagejahr 2007)

4 Dimensionen des Kulturlandschaftswandels: Agrarstruktur-, Landnutzungs- und Siedlungswandel[13]

4.1 Agrarstrukturwandel verändert das Kulturlandschaftsbild[14]

Rationalisierung und Technisierung, Flurbereinigungen

Erste Schlepper wurden ab Mitte der 1950er Jahre eingesetzt. Doch mancher Hof konnte sich diese und weitere Maschinen erst Ende der 1960er oder gar Anfang der 1970er kaufen und bewirtschaftete die Rebparzellen bis dahin weitgehend per Hand (Bodenbearbeitung mit der Hacke, Ausbringung des Spritzguts und des Düngers vom eigenen Rücken aus), sodass über einen längeren Zeitraum alte und moderne Bewirtschaftung nebeneinander bestanden. Oftmals teilte man sich zunächst zu mehreren die Maschinen, doch schaffte sich nach und nach jeder den erforderlichen Bestand selbst an, weil der Einsatz bei den im Reb- und Ackerbau gleichzeitigen Arbeitsspitzen anders nicht zu koordinieren war. In kleinen Nebenerwerbsbetrieben tun heute noch 40 Jahre alte Schlepper ihren Dienst. Auch heute noch sind in den Reben längst nicht alle Arbeitsschritte technisiert, erst anfänglich wird auf wenigen geeigneten Parzellen ein Vollernter eingesetzt. Überwiegend ist die Lese noch immer Handarbeit. Bei Neuanlage von Rebflächen wird aber teilweise schon seit einigen Jahren der für den Vollernter erforderliche Zeilenabstand von 1,60 bis 1,80 m berücksichtigt.

Auf der Basis des Flurbereinigungsgesetzes wurden bereits Anfang der 1950er Jahre erste Flurbereinigungen mit dem Ziel durchgeführt, die Parzellen durch Wegebau besser zu erschließen und befahrbar zu machen. In Königschaffhausen wurden 5 ha 1952 (Leuenhalde), 4 ha 1957/65 (Matthalde), in Amoltern 2 ha 1952 (Lohn) und 25 ha 1953–59 (Luginsland) umgelegt (Mayer 1997: 65 f.). Für den Einsatz der Traktoren war auch die Vergrößerung der Parzellen und damit vielfach der Terrassen nötig, außerdem mussten die Zeilenabstände zwischen den Reben auf mehr als einen Meter verbreitert werden. War in den frühesten Verfahren bei der Terrassenumgestaltung noch viel Handarbeit nötig, veränderten die Rebumlegungen der zweiten Generation durch großflächige Planierungen das Landschaftsbild in den 1960er und besonders in den 1970er Jahren erheblich, auch wenn Flächengrößen und Böschungshöhen im Vergleich zu Verfahren bspw. im südlichen Kaiserstuhl noch moderat ausfielen (Beispiele: Amoltern-Bürgletten 34 ha 1972/73, s. Abb. 1, 2; Königschaffhausen: Gausberg 48 ha 1965/66; Mayer 1997: 65 f.).

Betriebliche Umstrukturierung und Vergrößerung wurden in den 1960er Jahren von einigen Höfen mit Aussiedlungen aus dem dicht bebauten Ortskern von Königschaffhausen in die Ortsrandlagen verbunden (7 Höfe). In Amoltern entstand noch in den 1980er Jahren der Steinhaldehof als Aussiedlung.

Keineswegs sind jedoch inzwischen alle Flächen umgelegt und bereinigt. Schätzungsweise sind von ca. 5.000 ha Rebfläche am Kaiserstuhl ungefähr 2.400 ha noch nie flurbereinigt worden (vgl. Abb. 6).

[13] Sofern keine anderen Quellen angegeben sind, stammen alle Angaben aus den Interviews.

[14] Vgl. dazu den einführenden Beitrag „Ländliche Räume Baden-Württembergs unter Betonung des Agrarstrukturwandels“.

Abb. 6: Galgenbuck (Amoltern) mit teils noch schmalen Terrassen und niedrigen Böschungen

Foto: Cornelia Korff 2008

In den erst jüngst durchgeführten Verfahren steht eine gegenüber früher etwas geänderte Zielsetzung im Vordergrund. Auf Amolterer Gemarkung ist 2007 ein Verfahren mit dieser abgewandelten Ausrichtung abgeschlossen worden. Mit seiner Exposition war das Gelände zwar für Spitzenweine geeignet, drohte durch die ungünstigen Bewirtschaftungsverhältnisse aber langfristig brachzufallen. Mit Eingriffen, die das Landschaftsbild nicht wesentlich verändern durften, wurden v. a. die Besitzverhältnisse bereinigt, ohne die Terrassenstruktur dabei grundlegend umzuformen: Zogen sich vorher die Parzellen der Winzer noch wie im 19. Jahrhundert senkrecht über mehrere Terrassen, so sind nun die Flächen so umgelegt worden, dass Terrassen möglichst nur von einem Winzer bewirtschaftet werden. Zudem haben schleppertaugliche Längszeilen die senkrechten Rebzeilen ersetzt (vgl. Abb. 7).

Ein noch nicht abgeschlossenes Flurbereinigungsverfahren, das auf der Gemarkung Königschaffhausen Flächenumlegungen und die Anlage neuer Wege im Obstbaugürtel und im Ackerland in der Rheinebene nach sich gezogen hat, wurde durch den Bau der Umgehungsstraße nötig. Einerseits werden die bisherigen Langstreifenparzellen durch die Ortsumgehung zerschnitten, andererseits ist dadurch auch die Zuwegung zu den Parzellen teilweise unterbrochen. Ein weiteres Rebumlegungsverfahren steht noch an der nordöstlichen Gemarkungsgrenze zu Endingen am Kornberg an.

Am Aufschwung des Rebbaus ab den 1950er Jahren hatten die Winzergenossenschaften entscheidenden Anteil (Amoltern seit 1948, Königschaffhausen seit 1933). Gab es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch keinen Markt für Qualitätsweine, konnte durch den organisatorischen Zusammenschluss der Kleinbetriebe das Sortenspektrum gezielt hin zu hochwertigen Weinen verschoben werden, während die alten Sorten (z. B.

Elbling) verschwanden. Dabei wurde mit neuem Rebgut (Pfropfreben) die Schädlingsanfälligkeit vermindert. Jede Gemeinde stellte darüber hinaus einen Rebenaufbauplan auf, der parzellengenau sortenreine Lagen festlegte und abgrenzte. Deutliche Verbesserungen bei Qualität und Bewirtschaftbarkeit wurden durch die Umstellung auf Drahtrahmenerziehung und die Verbreiterung der Rebzeilen erreicht.

Abb. 7: Umlegungsverfahren in Amoltern ohne große Landschaftseingriffe

Foto: Cornelia Korff 2008

Beregnung ist inzwischen im nördlichen Breisgau weit verbreitet, so auch in Königschaffhausen. Allerdings beregnen auch Landwirte aus benachbarten Orten (z. B. Wyhl) als Ausmärker Flächen in Königschaffhausen. Geschätzt wird die beregnungsfähige Fläche auf der Gemarkung Königschaffhausen auf mittlerweile ca. 40 ha. Brunnenbau, Rohrleitungen und Regner verlangen hohe Investitionen, sodass Beregnung betriebswirtschaftlich nur für Kulturen lohnt, die durch Ertragssteigerung und bzw. oder Qualitätsverbesserung Mehrerlöse erzielen, welche die infolge der Beregnung gestiegenen Produktionskosten deutlich überschreiten (Mais, Frühkartoffeln, Obst; Korff 2007). Da im Rebbau Beregnung grundsätzlich nicht nötig ist und in Amoltern der Obstbau in geringerem Umfang betrieben wird, spielt Beregnung dort keine Rolle.

Arbeitsschritte, die besondere Maschinen erfordern (Reben oder Obstbäume pflanzen, Entblättern, Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln), lassen die Betriebe heute von Lohnunternehmen durchführen; für Arbeiten, die (noch) nicht maschinell möglich sind, werden Saisonarbeitskräfte eingesetzt.

Vom Vieh haltenden Gemischtbetrieb zum spezialisierten Wein- und Obsthof

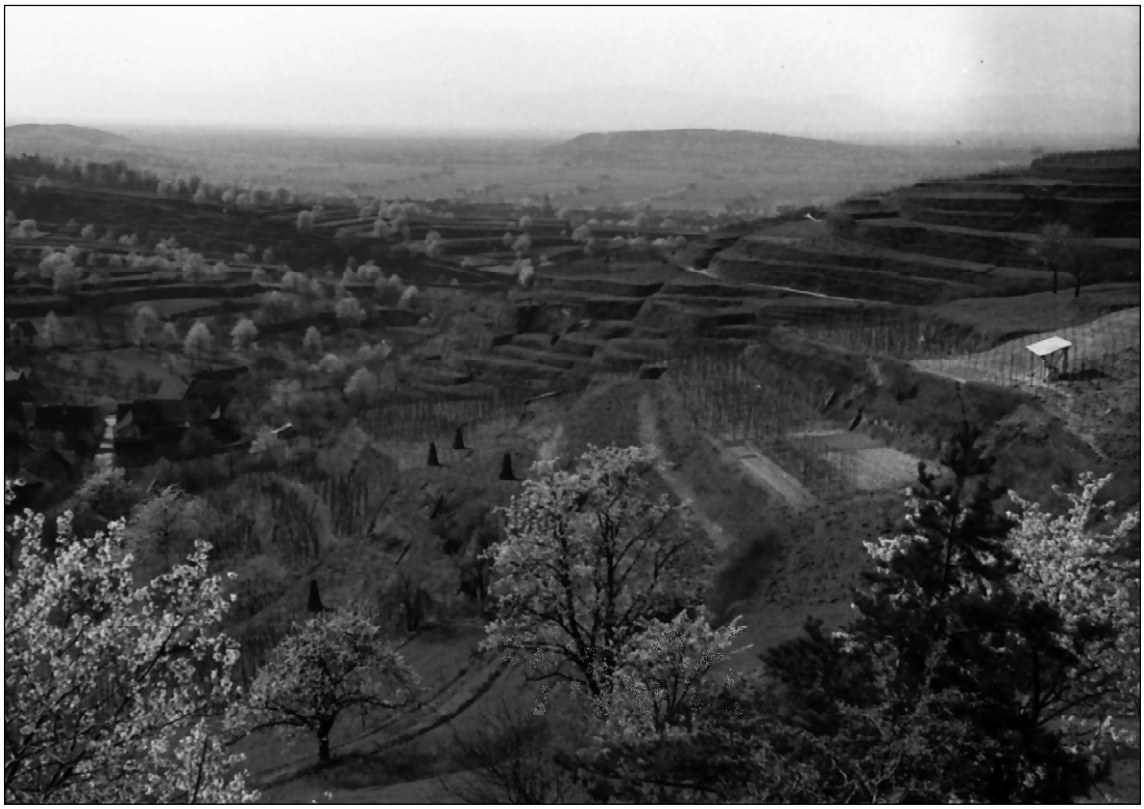
Zeichen der beginnenden Spezialisierung und Produktionsintensivierung war die schrittweise Aufgabe der Viehhaltung. Zuerst wurden in den 1960er Jahren die Milchkühe abgeschafft, weil sich der Aufwand bei den kleinen Betrieben und der extremen Gemengelage der Parzellen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen und in Konkurrenz mit den größeren Betrieben der Milchwirtschaftsregionen nicht mehr lohnte. Sonderkulturen waren in den 1970er Jahren noch kein sicherer Ertragszweig. Von einigen Höfen wurde zeitweise Bullenhaltung betrieben, aber meist in der Größenordnung von wenigen Bullen pro Betrieb. Teils wurde auf die Bullenmast als Haupterwerbszweig gesetzt (ca. 80 Bullen pro Betrieb). Nach Aufgabe der Milchviehhaltung setzten einige Betriebe die Schweinemast (80 bis 100 Schweine pro Betrieb) in Kombination mit Ackerbau als betrieblichen Schwerpunkt. Damit einher ging der Umbruch von Grünland zu Ackerland. Gegen Ende der 1970er, spätestens Anfang der 1980er Jahre wurde die Schweine- und Bullenhaltung aufgrund des damals drastischen Preisverfalls bei gleichzeitig steigenden Produktionskosten jedoch wieder aufgegeben. Intensiviert wurde stattdessen der Obst-, Reb- und Ackerbau. Nicht mehr benötigte Stallgebäude wurden den Erfordernissen dieser Betriebszweige entsprechend zu Kühl- oder Lagerräumen umgebaut. Dass im Obst- wie im Weinbau dieselben Maschinen eingesetzt werden können, hat die betriebliche Kombination von Obst und Wein gefördert. Diese Spezialisierung konnte in diesem Umfang auch nur erfolgen, weil für die Arbeitsspitzen osteuropäische Saisonarbeitskräfte eingesetzt werden können. Überwiegend, bei kleinen Nebenerwerbsbetrieben ausschließlich, wird die Arbeit noch immer von Familienarbeitskräften getragen, die bei Arbeitsspitzen wie bei der Obsternte auch von Familienmitgliedern unterstützt werden, die sonst einem außerlandwirtschaftlichen Beruf nachgehen. Größere Betriebe kommen jedoch ohne jeweils 2 bis 4 Saisonarbeiter bei der Obsternte, beim Herbsten und bei den Frühjahrsarbeiten im Weinberg nicht aus. Daher wirken sich der EU-Beitritt Polens und die Lohnentwicklung auf die Obst- und Weinbaubetriebe am Kaiserstuhl aus, zumal die bisher traditionell aus Polen stammenden Saisonarbeitskräfte in den letzten Jahren vermehrt besser bezahlte Beschäftigungen in Großbritannien oder Skandinavien fanden.

Durch die betrieblichen Umstrukturierungen erfolgten auch Verschiebungen in der Bodennutzung und in der Flächenentwicklung: Im Ackerbau war wie in anderen Gemeinden der Oberrheinebene die Zunahme der durch Maschineneinsatz rationell zu bearbeitenden Maisflächen zu beobachten. Dagegen wurde der arbeitsaufwendige Kartoffel- und Rübenbau, teils auch der Getreidebau aufgeben, weil Futtermittel nicht mehr benötigt wurden. Stattdessen fand eine Ausweitung des Obstbaus auf ehemaligen Ackerflächen statt (vgl. Tab. 2, 3; Landwirtschaftsamt Emmendingen-Hochburg o.J.). In der Ebene ersetzten geschlossene Niederstammanlagen die alten Streuobst-Hochstämme.[15] Demgegenüber verschwand der ehemals charakteristische Streuobstbau von den nunmehr allein dem intensiven Rebbau vorbehaltenen Terrassen, weitere Obst- und Walnussbäume gingen bei der Beseitigung der alten Kleinterrassen sowie der Böschungen und Parzellenränder im Zuge der Umlegungsverfahren verloren (vgl. Abb. 4, 5, 8, 9).

[15] Deren Rodung und Umwandlung zu Niederstammanlagen wurde durch Fördergelder von Bund und Land unterstützt (Oelke 2009: 131).

Der Aufschwung im Weinbau ging mit einer besonders in den 1960er und 70er Jahren raschen Ausdehnung der Rebfläche einher (Tab. 2, 3). Erst Mitte der 1980er Jahre wurde die Ausweitung durch das infolge der Überproduktion erlassene EG-weit geltende Verbot von Neuanpflanzungen, durch ein 1988 aufgelegtes Rodungsprogramm und die Mengenbegrenzung von 90 hl/ha beendet. Seit 2001 bewilligt die EU wieder Neuanpflanzungsrechte zur sinnvollen Arrondierung von Flächen eines Betriebs, um zweckmäßige Einheiten zu schaffen. Mittlerweile zielt ein Umstrukturierungsprogramm darauf, ältere Rebanlagen durch Neupflanzung moderner Sorten zu ersetzen und die Betriebe bei der Vergrößerung der Zeilenabstände zu fördern, wobei man sich an den für Vollernter tauglichen Rebzeilenabständen ausrichtet.

Abb. 8: Kleinterrassen mit Ackerflächen, Reben und Obstbäumen 1952



Quelle: Pragher 1952: Staatsarchiv Freiburg, Sammlung Willy Pragher Verz.nr. W134_022283b

Die betrieblichen Waldflächen, die nur wenige in Streubesitz liegende Ar umfassen, verloren völlig an Bedeutung, weil heute keine Rebpfähle mehr benötigt werden. So werden die Flächen nicht bewirtschaftet, allenfalls wird nach Sturmschäden aufgeräumt.

Abb. 9: Rebterrassen ohne Ackerflächen und Obstbäume 2008

Foto: Cornelia Korff 2008

Tab. 2: Landwirtschaftliche Bodennutzung zwischen 1960 und 1985 am Beispiel Königschaffhausen[16]

Bodennutzung auf der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LF) (ha)	**1960**	**1970**	**1977**	**1985**
Ackerland	406,3	376,9	333	329
Dauergrünland	97,5	95,5	55	46
Gartenland	7,3	5,0	4	4
Rebland	44,3	67,8	128	149
Obstanlagen	11,5	51,5	113	128

Quelle: Landwirtschaftsamt Emmendingen-Hochburg o. J.

[16] Die landwirtschaftliche Nutzfläche wird auf der Basis der statistisch erfassten Betriebe erhoben. Sie stimmt nicht mit der Landwirtschaftsfläche auf Gemarkungsebene (vgl. Tab. 3) überein. Es liegen nur Flächenangaben bis 1985 vor.

Tab. 3: Landwirtschaftliche Bodennutzung auf den Gemarkungen von Amoltern und Königschaffhausen 1996 und 2008

Landwirtschaftsfläche[17] (ha)	Amoltern		Königschaffhausen	
	1996	2008	1996	2008
Ackerland	9	8	165	162
Grünland	8	8	6	4
Gartenland[18]	12	12	202	197
Weingarten[19]	79	79	101	100
Brache	-	-	3	3

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2009

Wachsen oder weichen: Veränderte Betriebsgrößen und Erwerbsstrukturen

Die Folge der Realerbteilung, d.h. die geringe Flächenausstattung und die trotz Flurbereinigungen räumlich weit verstreuten kleinen Schläge in Gemengelage, erwies sich für die Betriebe bei ihrer Spezialisierung und der zunehmenden Markteinbindung als problematisch. Die zur Betriebserhaltung nötige Rebfläche stieg zunächst von etwa 1 ha auf 5–6 ha. Mittlerweile werden 15 ha benötigt. Weil in den 1960er und 70er Jahren kaum Betriebe aufgaben, stand v.a. im Rebbau nicht genug Fläche für Pacht oder Kauf zur Verfügung in einer Phase, in der Betriebe ihre Fläche aufstocken mussten, um bestehen zu können. Man suchte wie ehemals auch, durch Heirat oder Flächenaufkauf von Schwestern, die keinen Landwirt heirateten, den Betrieb zu vergrößern. Dennoch bestand der Zwang, sich durch Kauf oder Pacht einen konkurrenzfähigen Betrieb aufzubauen. Für etliche Betriebe blieb als einzige Möglichkeit, sich durch Aufstockung von Flächen auf benachbarten Gemarkungen zu vergrößern: Als in den 1970er Jahren der Kenzinger Hummelberg in der Emmendinger Vorbergzone neu terrassiert und umgelegt wurde, dort aber aufgrund der städtischen Wirtschaftsstrukturen genug außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze zur Verfügung standen, kauften bzw. pachteten Königschaffhauser Betriebe dort frei werdende Flächen ungeachtet der weiten Wege von 15 km und mehr. Auch im kleinstädtischen Endingen, wo ehemals jeder Bürger kleine Rebparzellen hatte, setzte die Zunahme außerlandwirtschaftlicher Verdienstmöglichkeiten Flächen frei, die von Amolterer und Königschaffhauser Betrieben aufgenommen wurden. Auch heute pachten Amolterer und Königschaffhausener auf Endinger Gemarkung. So bewirtschaften die in der Winzergenossenschaft Königschaffhausen zusammengeschlossenen Winzer 204 ha Reben, obwohl nur etwa 100 ha Rebfläche innerhalb der Gemarkung liegen.

Erst seit Anfang der 1990er Jahre gaben unter geänderten agrarpolitischen Rahmenbedingungen (Reform der europäischen Marktordnung mit flankierenden Maßnahmen; vgl. den Beitrag „Ländliche Räume Baden-Württembergs unter Betonung des Agrarstrukturwandels“ von Korff und Stadelbauer in diesem Band) Betriebe vermehrt auf, sodass ausreichend Flächen für verbleibende Betriebe frei wurden.

[17] Nach Art der tatsächlichen Nutzung, bezogen auf die Gemarkung.
[18] Gartenbauflächen einschließlich Obstanlagen, Baumschulen, Hausgärten über 10 Ar.
[19] Rebflächen.

Zu den wesentlichen Kennzeichen des jüngeren Wandlungsprozesses zählt der starke Rückgang der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft sowie der Zahl der Betriebe. 1979 bewirtschafteten in Endingen einschließlich der eingemeindeten Ortsteile 534 Betriebe 503 ha Land. 2007 waren es noch 293 Betriebe mit 469 ha (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010).

Tab. 4: Verschiebungen bei den Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben am Beispiel Königschaffhausen[20]

Königschaffhausen		
Jahr	**Haupterwerb**	**Nebenerwerb**
1960	130	58
1970	70	45
1973	66	64
1982	45	108
2008	10	177

Quelle: 1960–1982: Landwirtschaftsamt Emmendingen-Hochburg o. J.; 2008: WG Königschaffhausen

Mit der Zunahme von nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen in Endingen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stellten bereits einige kleinere Betriebe auf Nebenerwerb um (vgl. Tab. 4) bzw. bauten die außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten weiter aus, weil auf bessere Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten in Endingen oder Emmendingen ausgewichen werden konnte. Wurden um 1950 in Amoltern noch rund 55 Haupterwerbsbetriebe gezählt, so existierten 2008 lediglich noch drei. Im Nebenerwerb wirtschaften aktuell noch 50 Betriebe. In Amoltern verfügen die Nebenerwerbsbetriebe derzeit über eine Fläche zwischen einem und drei Hektar. In Königschaffhausen beträgt die Betriebsgröße für einen Nebenerwerbsbetrieb zwischen 0,5 und 5 ha. Die Haupterwerbsbetriebe weisen in beiden Orten eine Fläche von 20 ha und mehr auf.

Der Trend zum Nebenerwerb hält bis heute an. Bei der Umstellung werden die Betriebsflächen verkleinert und Fläche verpachtet. Meist wird Fläche erst verpachtet, bevor man sie unter Umständen endgültig durch Verkauf abstößt. Häufig soll auf diese Weise die Fläche in der Familie gehalten werden, um Kindern oder Enkeln prinzipiell eine Rückkehr in die Landwirtschaft zu ermöglichen. Das zeigt sich in Amoltern auch daran, dass am südlichen Ortsrand grundsätzlich verfügbares Bauland nicht als Baugebiet ausgewiesen werden kann, weil die Eigentümer die Flächen zurückhalten wollen. Die vollständige Aufgabe von Betrieben erfolgt häufig beim Generationswechsel, wenn die Eltern die Arbeitsbelastung nicht mehr tragen können, die Jungen aber eine nichtlandwirtschaftliche Berufsausbildung abgeschlossen und einen einträglichen Arbeitsplatz gefunden haben. Dabei zeichnet sich unter Umständen das Auslaufen des Betriebs einige Jahre vorher bereits ab, denn wenn keine Nachfolger vorhanden sind, lohnen Flächenvergrößerungen und Investitionen nicht mehr.

[20] Zu beachten ist, dass die Abnahme der Betriebe weniger sprunghaft verläuft, als es die Zahlen nahelegen, weil für 1960 die Erfassungsbasis 0,01 ha ist, für 1970 Betriebe ab 1 ha, in den folgenden Jahren ab 0,5 ha erfasst sind. Für 2008 stammen die Angaben von der WG Königschaffhausen, die Mitglieder unabhängig von der Betriebsgröße erfasst. Daher kann aus der Tabelle keine Aussage über die Entwicklung der Gesamtzahl der Betriebe abgeleitet werden.

Herrschte noch in den 1970er Jahren Pachtflächenmangel, so steht mittlerweile genügend Fläche für Aufstockungswillige zur Verfügung. Aus Gründen der begrenzten Arbeitskapazitäten und wegen der meist voll ausgelasteten Familienmitglieder können und wollen sich die Betriebe aber nicht uferlos vergrößern. Noch besteht genug Nachfrage nach den freigesetzten Flächen. Allerdings werden inzwischen höhere Ansprüche an die leichte Bewirtschaftbarkeit gestellt. Unter dem sich abzeichnenden Flächenüberschuss entscheidet also die gute maschinelle Bearbeitbarkeit zunehmend darüber, ob Rebflächen in der Bewirtschaftung verbleiben oder brachfallen werden. Im Ackerbau ist eine unabdingbare Voraussetzung für Aufnahme von frei werdenden Flächen, dass Zahlungsansprüche darauf liegen.

Politische Einflussnahmen

Seit der Einbindung der Agrarwirtschaft in die europäische Markt- und Preispolitik haben agrarpolitische Marktordnungen und deren seit Mitte der 1980er Jahre durchgeführten Reformen steuernde Funktion auf die Ausrichtung, Strategie und Lebensfähigkeit der Betriebe und damit mittelbar auf die Entwicklung und Dynamik der Kulturlandschaft. Im Reb-, Acker- und Obstbaugebiet Kaiserstuhl einschließlich seiner Randbereiche griff im Ackerbau v. a. das Instrument der Flächenstilllegung und der daran geknüpften flächenbezogenen Ausgleichszulagen. Infolge der erhöhten Nachfrage und der Agrarpreise, u. a. aufgrund der Bioethanolregelung, wurde dieses Instrument 2009 wieder abgeschafft. Im Rebbau wirkte sich das Verbot von Neupflanzungen ab Mitte der 1980er Jahre aus. Das für 2015 festgesetzte Ende dieses Anbaustopps wird hinsichtlich seiner möglichen Wirkung auf die Rebflächenentwicklung sowie auf die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe in der Region heftig diskutiert.

Weniger Einfluss als in Grünlandregionen hatte und hat das Agrarumweltprogramm MEKA (vgl. den Beitrag „Ländliche Räume Baden-Württembergs unter Betonung des Agrarstrukturwandels“ von Korff und Stadelbauer in diesem Band) auf die spezialisierte Ackerbau- und Sonderkulturregion, weil es auf die Extensivierung der Produktion zielt. Einige Betriebe sind vor der letzten 5-Jahres-Förderperiode aus MEKA wieder ausgestiegen, weil die Teilnahme insbesondere aufgrund des hohen Verwaltungsaufwands nicht lohnt.

Neben der Marktordnungspolitik beeinflussen auch andere staatliche Förderprogramme und Maßnahmen der Regionalentwicklung die Agrarstrukturen und die Kulturlandschaftsentwicklung. Spuren in der Landschaft hinterlässt beispielsweise das Umstrukturierungsprogramm der EU, weil es den Betrieben die Umstrukturierung zu besser maschinell zu bewirtschaftenden Flächen sowie das Ersetzen bisheriger Sorten durch moderne erleichtert.

Mittelbar wirken auch die Bestimmungen zur Förderung erneuerbarer Energien auf die Bodennutzung und insbesondere auf das Pachtpreisniveau im Umfeld der Standorte von Biogasanlagen (z. B. Forchheim im nördlichen Breisgau).

Betriebsstrategien und Zukunftsperspektiven der Landwirtschaft

Neben den mittlerweile wichtigsten Hauptproduktionsrichtungen Obst- und Rebbau wird von einigen Betrieben ergänzend der voll mechanisierte Maisanbau in der Rheinebene betrieben. Als Nischenproduktion für die Verwertung von Obst, das nicht als Frischware direkt oder über den Großmarkt verkauft werden kann, werden bestehende Brennrechte genutzt, auch in einigen Fällen neue hinzugekauft.

Einige Betriebe setzen Obst in Verbindung mit Feldgemüse und Kartoffeln sowie Brennereierzeugnissen direkt auf Freiburger Wochenmärkten, ein Betrieb traditionell gar auf dem Wochenmarkt in Furtwangen (Schwarzwald) ab. Höherer Arbeits- und Organisationsaufwand wird durch bessere Erlöse wettgemacht. Weitere, teils ergänzende Möglichkeiten der Direktvermarktung werden im Ab-Hof-Verkauf wahrgenommen, allerdings ohne Infrastruktur. Als neues Element ist ein Bauernladen in Königschaffhausen entstanden, in dem 6 Landwirte / Winzer ihre Erzeugnisse verkaufen. Zwei Betriebe in Amoltern und einer in Königschaffhausen vermarkten ihren Wein selbst, sämtliche anderen Betriebe sind Mitglieder in der jeweiligen Winzergenossenschaft.

Aufgrund schlechter Preisentwicklung und der osteuropäischen Konkurrenz in den vergangenen Jahren und infolge der Unsicherheiten wegen Hagelschäden und Spätfrösten zielt eine andere Betriebsstrategie darauf ab, den arbeitsintensiven Obstbau zugunsten des Maisanbaus zu verringern. Insgesamt wird der Feldgemüse- und Kartoffelanbau weiter abnehmen. Kleinbetriebe verringern ihre Fläche und geben den Ackerbau auf, um sich auf Obst- und Weinbau zu konzentrieren. Kaum oder nicht mehr investiert wird in auslaufende Betriebe, die noch so lange geführt werden, wie die Altbauern arbeiten können. Einige Betriebe haben mit ihrer derzeitigen Flächengröße die Grenze der verfügbaren Arbeitskapazitäten erreicht und werden nicht weiter aufstocken, weil sonst steigende Lohnkosten die Rentabilität wieder schmälern würden. Es gibt aber auch Betriebe, die weiter aufstocken und dabei rationalisieren werden, d.h. anstreben, künftig den größten Teil ihrer Flächen mit dem Vollernter zu bewirtschaften.

Weder in Amoltern noch in Königschaffhausen wird Biowein als Alternative gesehen, weil der Arbeitsaufwand insbesondere durch die Art der Schädlingsbekämpfung ungleich höher ist als im konventionellen Weinbau, die Risiken des Ertragsausfalles erheblich größer sind, gleichzeitig aber die Preisentwicklung auf dem Biomarkt keine Anreize bietet. Hauptgrund ist jedoch, dass die Winzergenossenschaft Königschaffhausen zu klein ist, um neben dem konventionellen Ausbau auch einen davon strikt zu trennenden Ausbau von Bioweinen durchzuführen. Somit müssten biologisch wirtschaftende Betriebe selbst ausbauen. Dafür fehlen sowohl die Ausbildung als auch die nötigen Einrichtungen. Biologischer Weinbau wird daher nur von einem Betrieb in Amoltern durchgeführt, dessen Trauben in der Breisacher Zentralkellerei (Badischer Winzerkeller als Genossenschaftsverbund) verarbeitet werden.

Tourismus spielt nur für wenige Betriebe eine Rolle, da der Übernachtungstourismus am Kaiserstuhl insgesamt einen deutlich geringeren Stellenwert als im klassischen Tourismusgebiet Schwarzwald hat. Wichtiger ist der Tages- bzw. Naherholungsverkehr. Ein Weingut in Amoltern beispielsweise hat jedoch als wichtiges weiteres Standbein die Gästebeherbergung mit aufgenommen und bietet mehrere Ferienwohnungen an, um gezielt die Synergien zwischen Direktvermarktung von Obst, Wein und der Beherbergung zu nutzen.

4.2 Ländliche Siedlungen im Wandel

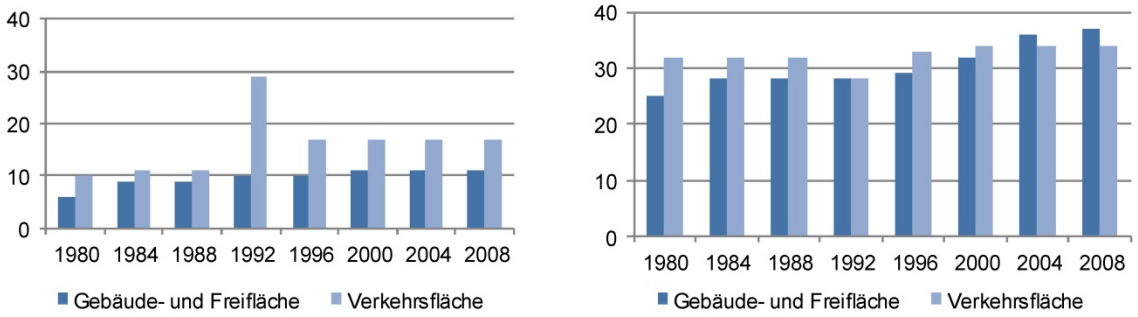
Demographische Entwicklung und Siedlungsausbau

Die ländlichen Siedlungen, die ein überaus prägendes Element der Kulturlandschaft darstellen, unterliegen seit dem letzten Jahrhundert im Zuge des Übergangs von der Agrar- zur Industriegesellschaft einem tiefgreifenden Wandel. Dieser wirkt sich besonders seit dem Zweiten Weltkrieg durch die strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft aus. Dieser Prozess manifestiert sich in einer Veränderung der Bevölkerungszahl bzw. -struktur, der Erwerbsstruktur sowie in der Aufgabe landwirtschaftlicher Be-

triebe, dem Leerstand von Gebäuden oder der Schließung von Nahversorgungs- und Infrastruktureinrichtungen.

Ein Blick auf die aktuelle Bevölkerungsstatistik von Amoltern bzw. Königschaffhausen zeigt einen stetigen, wenn auch moderaten Zuwachs seit den 1950er Jahren für die beiden heute zur Stadt Endingen gehörenden Ortsteile. In diesem Zeitraum nahm die Bevölkerung von Amoltern von 304 (1950) auf 420 (2008) Personen um knapp 28% zu, wobei zu bemerken ist, dass der Anstieg bis 1984 (320) äußerst gering ausfiel. In Königschaffhausen stieg die Bevölkerung von 1.056 (1950) auf 1.270 (2008) um ca. 17%. Diese Entwicklung geht mit einem zunehmenden Flächenverbrauch für Bauland und Verkehrswege einher. Zugunsten von Siedlungs- und Verkehrsflächen nimmt die Landwirtschaftsfläche seit Jahren ab (vgl. Abb. 5, 10, 11). Die Siedlungs- bzw. Verkehrsflächen[21] haben sich im Zeitraum zwischen 1980 und 2008 in Amoltern fast verdoppelt. In Königschaffhausen hat die Siedlungsfläche in diesem Zeitraum um 32% zugenommen, die Verkehrsfläche um ca. 6% (vgl. Abb. 10).

Abb. 10: Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen in Amoltern (links) und Königschaffhausen (rechts) seit 1980 in ha

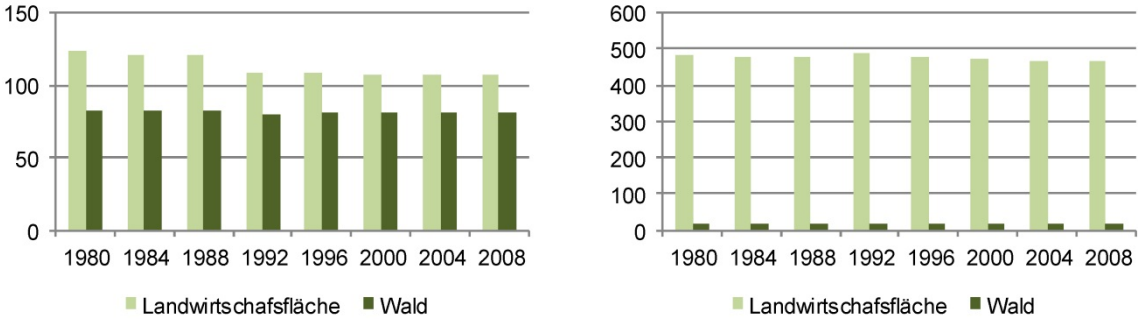


Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2009

Die siedlungsstrukturelle Entwicklung Amolterns, insbesondere aber Königschaffhausens vollzog sich in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg überwiegend nach außen. Das Instrumentarium der Flurbereinigungsgesetze sah die Aussiedlung landwirtschaftlicher Vollerwerbsbetriebe vor, was einige Betriebe in Anspruch nahmen. In Königschaffhausen verließen seit den1960er Jahren sieben landwirtschaftliche Betriebe den Ortskern. In Amoltern existiert ein Aussiedlerhof. Weiterhin änderte sich die Siedlungsstruktur durch randliche Neubaugebiete: An die alte Ortsbebauung wurden unter Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen neue Wohn- und Gewerbegebiete angefügt (Wiederhold 1988: 196 ff.). Amoltern dehnte sich seit 1978 am nordwestlichen Ortsausgang aus. Königschaffhausen entwickelte sich mit Wohngebieten zuerst vom historischen Kern in kleineren Abschnitten in östlicher Richtung, anschließend erfolgte ab 1981 eine Erweiterung westlich des alten Ortskerns. Ein Gewerbegebiet am nördlichen Ortsausgang trägt dem Bedürfnis nach entsprechenden Bauflächen Rechnung. Die jüngste und noch nicht abgeschlossene Ortserweiterung erfährt Königschaffhausen im Süden des Ortes. Dort ist eine durch Obstwiesen vom alten Dorf getrennte Neubausiedlung entstanden (vgl. Abb. 5).

[21] Kritisch anzumerken bleibt für Abb. 10, dass es sich bei dem Wert, der sich auf die Entwicklung der Verkehrsfläche 1992 (Amoltern) bezieht, um einen fehlerhaften Eintrag handeln muss. Erst ab 1996 gilt für die Datenerhebung des Statistischen Landesamtes dieselbe Erfassungsbasis. Die Zahlen der vorangegangenen Jahre wurden bei der Umstellung auf das digitale System nachträglich angeglichen (Statistisches Landesamt 2009, Erläuterungen). Daher lassen sich Trends in der Flächenentwicklung vor 1996 nur vorsichtig abschätzen.

Abb. 11: Entwicklung der Landwirtschafts- und Waldflächen in Amoltern (links) und Königschaffhausen (rechts) seit 1980 in ha



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2009

Aber auch im Innenbereich fand und findet Entwicklung statt. Da wenig und teils nur zu Ausbildungszwecken vorübergehend abgewandert wird und weil junge Familien heute gern im eigenen Haus wohnen, werden Hofgebäude abgerissen oder umgebaut und auf den Hofraiten neu gebaut. Abriss von überalterter Bausubstanz bzw. Neubau wurden überwiegend privat ohne Inanspruchnahme von Förder- und Dorfsanierungsprogrammen finanziert. Die historisch gewachsenen Ortsbereiche Amolterns und Königschaffhausens wurden durch diese Modernisierungen und Sanierungen aufgewertet bzw. umgenutzt. In beiden Ortsteilen finden sich heute wenig leer stehende Gebäude.

Zum Aufbau bzw. zur Wiederbelebung der dörflichen Infrastruktur wurden in den vergangenen Jahrzehnten landesweite Entwicklungsprogramme aufgelegt. Die ersten Programme dienten der Sanierung und Entwicklung dörflicher technischer Infrastrukturen sowie der Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen. Im Zuge dieser Maßnahmen erfolgte ein systematischer Aus- und Neubau der technischen Infrastruktur (Straßenausbau, Wasserversorgung und Kanalisation). Gleichzeitig wurden innerörtliche Maßnahmen getroffen.

Die Gründe für den Bevölkerungsanstieg in Amoltern bzw. Königschaffhausen liegen v. a. in der Verbesserung der Gebäudestruktur, der zur Verfügung stehenden freien Wohnfläche sowie in der Lage der beiden Ortsteile Endingens. Insbesondere Amoltern ist aufgrund seiner Topographie für Zuzügler attraktiv. Der Ort weist jedoch eine hohe Fluktuation auf. In den vergangenen zehn Jahren stehen ca. 50 bis 70 Neuzuzügen ungefähr 50 Wegzüge gegenüber. Dies ist hauptsächlich dem Fehlen von Infrastruktur geschuldet, was zu Versorgungslücken führt. In Amoltern musste beispielsweise der letzte Dorfladen im Jahr 2000 schließen. Allerdings kann der Ort einen Kindergarten vorweisen, dessen Bestand zumindest in den nächsten Jahren gesichert zu sein scheint. Die Versorgungs- und soziale Infrastruktur von Königschaffhausen ist diversifizierter, die Beschäftigungsmöglichkeiten sind vielfältiger. Im Ort haben sich etliche Gewerbebetriebe angesiedelt. Das Spektrum reicht vom produzierenden Gewerbe und verschiedenen Handels- und Handwerksbetrieben über die Gastronomie bis hin zu vielfältigen Dienstleistungsbetrieben. Darüber hinaus verfügt Königschaffhausen über eine Grundschule. Dies mag dazu beigetragen haben, dass Königschaffhausen in den vergangenen zehn Jahren zwischen 300 und 500 Neuzuzüge zu verzeichnen hatte. Damit zeigen beide Ortsteile, die sich u. a. auch durch eine stabile Vereinsstruktur auszeichnen, ein gewisses, wenn auch bescheidenes Wachstum.

Das typische Dorfhandwerk verschwand aus beiden Orten mit der Zunahme anderweitiger Beschäftigungsmöglichkeiten. Nach dem Krieg entwickelten sich zunächst die Deutsche Bahn sowie die Lederfabrik „Lösch“ in Endingen zum wichtigsten Arbeitge-

ber. Heute bieten Endingen und in bescheidenem Umfang Königschaffhausen Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sowie in den Branchen Dienstleistung, Handwerk und Versorgung. Beide Ortsteile – Amoltern länger als Königschaffhausen – waren noch bis in die 1970er Jahre agrarisch geprägt.

Der weitaus größte Teil der Bewohner ist als Auspendler v. a. in Emmendingen, Freiburg, Wyhl oder Lahr beschäftigt. Insgesamt ist festzustellen, dass ein großer Teil der aus der Landwirtschaft Ausgeschiedenen innerhalb der Region Arbeitsplätze in anderen Sektoren gefunden hat. Für beide Ortsteile ergeben sich daraus bisher keine siedlungspolitischen Probleme, wie sie für andere ländliche Räume kennzeichnend sind.

Während sich Amoltern zum Wohn- und Auspendlerort mit nebenerwerblicher Landwirtschaft entwickelte, wurde Königschaffhausen aufgrund seiner besseren Verkehrsanbindung zu einem Wohn- und Arbeitsort, der auch in bescheidenem Umfang Einpendler aufweist. Noch immer aber ist die nebenerwerbliche Landwirtschaft ein charakteristischer Zug Königschaffhausens.

5 Fazit: Hemmnisse und Entwicklungspotenziale

Das Fallbeispiel Kaiserstuhl macht deutlich, wie schwierig es in Bezug auf die Kulturlandschaftsentwicklung ist, von hemmenden oder fördernden Faktoren auf allgemeiner Ebene zu sprechen. Von Vorteil für die Erhaltung einer regional spezifischen Ausprägung der Landwirtschaft, die im vorliegenden Beispiel von Wein-, Obst- und Ackerbau geprägt ist, sind insbesondere unterstützende Maßnahmen der Agrarpolitik. Darüber hinaus spielen die Verfügbarkeit maschinengerechter Flächen sowie der Einsatz von Saisonarbeitskräften eine wichtige Rolle. Als Flächennutzungen prägen die genannten Produktionszweige das Landschaftsbild am Kaiserstuhl. Andererseits trägt die für die Aufrechterhaltung einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft unabdingbare Rationalisierung und Spezialisierung dazu bei, viele traditionelle Elemente dieser Kulturlandschaft zu zerstören. Demgegenüber können Flächen, die wie die schmalen, unzureichend erschlossenen Rebterrassen mit Gemengelage der Besitzparzellen nicht maschinell zu bewirtschaften sind, nur noch über einen gewissen Zeitraum das traditionelle Bild der Kulturlandschaft bewahren. Denn sind diese erst aus der landwirtschaftlichen Nutzung ausgeschieden, werden sie mittel- bis langfristig verbuschen und somit das traditionelle Kulturlandschaftsbild ebenfalls nicht aufrechterhalten.

Anpassungsvorgänge an geänderte wirtschaftliche, soziale und politische Rahmenbedingungen sind unvermeidlich, sollen Siedlungen nicht entleert und die wirtschaftliche Entwicklung nicht verhindert werden. Im Folgenden sollen daher auf betrieblicher sowie auf Ortsebene einige endogene und exogene Faktoren hinsichtlich ihrer stabilisierenden oder schwächenden Wirkung auf die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen und Funktionen zusammengestellt werden.

Auf der Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe ist nach wie vor das Instrument der *Flurbereinigung* als stabilisierend oder fördernd zu nennen. Damit können maschinengerechte Flächen geschaffen und hinderliche Besitzverhältnisse bereinigt werden. Sichernde Wirkung hat auch die *Flächenverfügbarkeit*, die es den Haupterwerblern ermöglicht, eine ausreichende *Betriebsgröße* von derzeit 15 ha Rebfläche aufzubauen. Zur Erhaltung der Flächennutzung tragen ebenfalls erfolgreich vermarktende *Winzergenossenschaften* bei, denn durch deren effiziente Marketingstrategien lohnt es auch für Kleinstbetriebe, innerhalb des rechtlichen Rahmens auch für Rentner, die Rebbewirtschaftung im Nebenerwerb aufrechtzuerhalten. Damit bleiben zumindest noch für eine geraume Zeitspanne auch diejenigen Flächen in der Bewirtschaftung, die von Haupterwerbsbetrieben wegen ihrer mangelnden Rentabilität nicht gepachtet würden. Als wich-

tige Faktoren der Stabilisierung erweisen sich für die Betriebe *agrarpolitische Programme* (wie z. B. das Umstrukturierungsprogramm oder die Direktzahlungen). Für direktvermarktende Betriebe ist die Nutzung von *Synergieeffekten* zwischen verschiedenen Betriebszweigen ein wichtiger stützender Faktor (Obst, Wein, Tourismus). Im Konkurrenzdruck zum ost- und südeuropäischen Obstbau haben sich Maßnahmen zur *Ernteverfrühung* (Sortenwahl, Folien, Beregnung) als existenzsichernd bewährt.

Hemmnisse und Probleme auf betrieblicher Ebene ergeben sich durch die vielfach bereits ausgelasteten *Arbeitskapazitäten*, die eine weitere Betriebsvergrößerung oder Diversifizierung nicht mehr erlauben. Die *Lohnkostenentwicklung bei Saisonarbeitern* sowie die durch Maschineneinsatz, Beregnung, Düngung und Pflanzenschutz steigenden *Produktionskosten* wirken sich ebenfalls erschwerend aus, zumal der Kaiserstühler Obstbau seit einigen Jahren die *Konkurrenz durch den osteuropäischen Obstbau* zu spüren bekommt. Hinzu kommen die Unwägbarkeiten der kurz- bis mittelfristigen *Marktentwicklungen* bei Obst, aber auch bei Getreide (in den 1970er Jahren war es der Preisverfall für Schweinefleisch) oder Unsicherheiten infolge von Hagel- und Frostschäden, die immer wieder den Obstbau empfindlich treffen. Wer MEKA im Obst- oder Ackerbau in Anspruch nimmt, ist in der Flächennutzung auf die Förderperiode festgelegt und kann auf Marktentwicklung nicht kurzfristig mit Rodung von Obstanlagen und Umbruch zu Ackerland reagieren. Zudem ist der Verwaltungsaufwand bei der Beantragung von Zuschüssen sehr hoch (Förderanträge, Dokumentationspflicht z. B. beim Pflanzenschutz). Weinbauern, die einen auslaufenden Betrieb ohne größere Investitionen noch bis zu ihrem Ausscheiden führen wollen, haben Schwierigkeiten, nicht maschinengerechte Flächen unter den Bedingungen des Überangebotes zu verpachten. Generell gilt auch heute noch, dass die *Kleinteiligkeit* der Parzellen und die immer noch beträchtliche *Streuung und Gemengelage* hinderlich sind.[22]

In hohem Maße ist die Landwirtschaft von Entscheidungen der *europäischen Agrarpolitik* abhängig. Verwiesen sei diesbezüglich auf die künftige Aufhebung des Anbaustopps und der Mengenbegrenzung im Weinbau. Gleichzeitig gelten in der EU für die einzelnen Mitgliedsländer unterschiedliche Standards (z. B. unterschiedliche Grenzwerte beim Herbizideinsatz), die von den Landwirten als Wettbewerbsverzerrung wahrgenommen werden.

Auf Ortsebene wirkt sich das *Arbeitsplatzangebot* in Endingen, Königschaffhausen und in den Klein- und Mittelzentren der weiteren Umgebung positiv aus. Obwohl die Dörfer eng verbaut wirken, steht auf den Hofreiten ausreichend Raum für Neubau, Ausbau und Modernisierung von *Wohnraum* zur Verfügung, sodass die jüngere Generation oft nur während ihrer Ausbildung temporär abwandert. Amolterns fehlende *Versorgungsinfrastruktur* erschwert dagegen die dauerhafte Ansiedlung von Zugezogenen.

Abwanderungen und Leerstände spiegeln sich im baulichen Erscheinungsbild der beiden Orte – im Gegensatz zu anderen ländlichen Räumen im Bundesgebiet – nicht wider. Allerdings stellt der anhaltende Alterungsprozess der Bevölkerung den Raum in Zukunft sicherlich vor besondere Herausforderungen, und dann auch vor die Frage, inwiefern die vorhandene Infrastruktur erhalten werden kann. Damit ist natürlich ein gesamtgesellschaftliches Phänomen angesprochen, dessen Lösung nicht nur auf kommunaler Ebene zu finden sein wird. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, dürfte aber in Zukunft v. a. bürgerschaftliches Engagement in den Gemeinden immer mehr an Be-

[22] Werden z. B. Obstsorten mit unterschiedlicher Erntezeit auf schmalen benachbarten Parzellen angebaut, kann es zum Problem führen, wenn ein Landwirt sein noch nicht erntereifes Obst mit Pflanzenschutzmitteln behandelt und das Spritzgut vom Wind auf die vor der Ernte stehenden Nachbarparzellen getragen wird.

deutung gewinnen. Denn nur im Zusammenspiel mit den Bürgern und Akteuren vor Ort können angesichts der begrenzten finanziellen Ressourcen in den kommunalen Haushalten tragfähige Konzepte entwickelt werden. Die ehrenamtliche Übernahme verschiedener Aufgaben eröffnet gerade im ländlichen Raum die Chance, kleinteilige bedarfsgerechte Dienstleistungsangebote zu etablieren (Fahrenkrug, Melzer 2008: 9). Das Spektrum der Möglichkeiten umfasst dabei die Sicherstellung von Kinderbetreuungsangeboten, den Ausbau der Jugend- und Vereinsarbeit oder aber auch die genossenschaftliche Führung von Lebensmittelgeschäften oder Dorfgasthäusern.[23] Darüber hinaus müssen Konzepte entwickelt werden, die die Integration von Zuzüglern in die Dorfgemeinschaft erleichtern, um gerade mit Blick auf Amoltern einer hohen Fluktuation vorzubeugen. Als äußerst vielversprechend könnte es sich in dieser Hinsicht erweisen, auf neue Ideen – wie die genossenschaftliche Führung dörflicher Infrastruktureinrichtungen (s. o.) – zu setzen. Darüber hinaus ist sicherlich die Übernahme von Lebensstilelementen und Trends aus dem städtischen Raum unumgänglich. Dabei muss dennoch die Unverwechselbarkeit einer ländlichen Siedlung herausgestellt werden, die im Hinblick auf Globalisierung und einer damit verbundenen Gleichschaltung urbanen Lebens ein großes Identifikationspotenzial birgt. Gerade für die Gemeinden am Kaiserstuhl eröffnet sich die Möglichkeit, die lokale Weinkultur als Identitätsmerkmal zu nutzen.

Insgesamt haben Amoltern und Königschaffhausen im Verflechtungsbereich mehrerer Unterzentren sowie eines Mittel- und Oberzentrums sehr gute Chancen, den Alterungsprozess abzufedern.

Literatur

Atlas der Gemarkung Amoltern. Bearbeitet in der Gemäßheit des Gesetzes vom 26. März 1852, Regierungsblatt S. 106 u. f., unter Obsorge der Staatsverwaltung in den Jahren 1865 bis 1870.

Atlas der Gemarkung Königschaffhausen. Bearbeitet in der Gemäßheit des Gesetzes vom 26. März 1852, Regierungsblatt S. 106 u. f., unter Obsorge der Staatsverwaltung in den Jahren 1877 bis 1881.

Badisches Statistisches Landesamt (1943): Badische Gemeindestatistik. Mit den wichtigsten statistischen Angaben für die Gemeinden des Landes Baden. Karlsruhe.

Badisches Statistisches Landesamt (1927): Badische Gemeindestatistik. Enthaltend die wichtigsten statistischen Angaben für die Gemeinden und abgesonderten Gemarkungen des Landes Baden. Karlsruhe.

Exner, P. (2001): Die Stadt im 19. Jahrhundert und in der Gegenwart. In: Der Landkreis Emmendingen Bd. II, 1. Bearbeitet von der Außenstelle Freiburg der Abteilung Landesforschung und Landesbeschreibung in der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg. Hrsg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Landkreis Emmendingen. Stuttgart, 149-179.

Fahrenkrug, K.; Melzer, M. (2008): Kleine Gemeinden im ländlichen Raum. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wegweiser Kommune. http://www.wegweiser-kommune.de/themenkonzepte/demographie/download/pdf/LaendlicherRaum.pdf (10.10.2011).

Gemeinde Königschaffhausen: Die Ortsbereisung durch den Amtsvorstand, 1882-1929, 1 Fasz. Kreisarchiv für den Landkreis Emmendingen.

Kerber, F. (1925): Die wirtschaftliche Lage von Weinbau und Winzer in den oberbadischen Weinbaugebieten unter besonderer Berücksichtigung der Lage am Kaiserstuhl. Erlangen.

Korff, C. (2007): Feldberegnung am Oberrhein. Risikominimierung und Existenzsicherung durch Beregnung im Breisgau und im Markgräflerland. In: Regio Basiliensis 48 (3), 183-194.

Landwirtschaftsamt Emmendingen-Hochburg (o. J.): Struktur, Entwicklungstendenzen und Entwicklungsziele. Königschaffhausen im Dienstbezirk des Landwirtschaftsamtes Emmendingen-Hochburg (unveröffentlicht).

[23] Dass dies keine Utopie ist, zeigt das erste in Deutschland genossenschaftlich geführte Dorfgasthaus in Bollschweil.

Lott, A. (1911): Badisches Gemeindebüchlein. Enthaltend die wichtigsten statistischen Angaben für die Gemeinden und abgesonderten Gemarkungen des Großherzogtums Baden geordnet nach Amtsbezirken. Lahr.

Mäckel, R. (1999): Oberflächenformen. In: Der Landkreis Emmendingen Bd. I. Bearbeitet von der Außenstelle Freiburg der Abteilung Landesforschung und Landesbeschreibung in der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg. Hrsg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Landkreis Emmendingen. Stuttgart, 35-51.

Mayer, P. (1997): 50 Jahre Rebflurneuordnung am Kaiserstuhl. = Schriftenreihe des Landesamtes für Flurneuordnung und Landentwicklung Baden-Württemberg 8. Kornwestheim.

Müller, A. (2001): Geschichte der Stadtteile. In: Landesarchivdirektion Baden-Württemberg; Landkreis Emmendingen (Hrsg.): Der Landkreis Emmendingen II, 1. Stuttgart, 180-208.

Müller, A. (1988a): Amoltern. In: Oeschger, B. (Hrsg.): Endingen am Kaiserstuhl: Die Geschichte der Stadt. Endingen, 217-243.

Müller, A. (1988b): Die drei Orte im 19. Jahrhundert. In: Oeschger, B. (Hrsg.): Endingen am Kaiserstuhl: Die Geschichte der Stadt. Endingen, 304-328.

Müller, K. (1938): Geschichte des badischen Weinbaus. Lahr.

Oelke, M. (2009): Die Entwicklung der Obsthochstamm-Bestände im nördlichen Kaiserstuhl. = Berichte der Naturforschenden Gesellschaft zu Freiburg i. Br. 99. Freiburg i. Br., 105-144.

Planungsgemeinschaft Breisgau – Planungsstelle – Freiburg i. Br (o. J.): Gemeinde Amoltern. Unveröffentlicht, o.O.

Planungsgemeinschaft Breisgau – Planungsstelle – Freiburg i. Br (o. J.): Gemeinde Königschaffhausen. Unveröffentlicht, o. O.

Poinsignon (1884): Brandschatzung im Breisgau nach dem Bauernkriege von 1525. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 37, 78-98.

Pragher, W. (1952): Sammlung Willy Pragher im Staatsarchiv Freiburg. Verz.nr. W134.

Schumacher, K. (2006): Landschaftswandel im Kaiserstuhl seit 1770: Analyse und Bilanzierung. = Culterra 47. Freiburg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2009): Flächennutzung in Baden-Württemberg. = Reihe Statistische Daten 05/2009. Stuttgart.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2010): Landesinformationssystem (LIS), Struktur- und Regionaldatenbank: Landwirtschaft. http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/Tabelle.asp?H=Landwirtschaft&U=01&T= 05015022&E=GE&K=316&R=GE316012 (12.08.2010).

Wiederhold, L. (1988): Kommunale Strukturen und Perspektiven. In: Oeschger, B. (Hrsg.): Endingen am Kaiserstuhl: Die Geschichte der Stadt. Endingen, 193-202.

Wilmanns, O.; Wimmenauer, W.; Fuchs, G. (1989): Der Kaiserstuhl. Gesteine und Pflanzenwelt. Hrsg. in Zusammenarbeit mit der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg, Inst. f. Ökologie u. Naturschutz. Stuttgart.

Ekkehard Hein, Thomas Heinl

Fallstudie „Kulturlandschaft Neckartal nördlich von Heilbronn“

Gliederung

1 Einleitung
2 Kurzporträt des Untersuchungsgebietes
2.1 Natürliche Voraussetzungen und kulturhistorische Entwicklung
2.2 Bevölkerung und Beschäftigung
2.3 Flächennutzung
3 Merkmale der Siedlungsflächenentwicklung
3.1 Siedlungen
3.2 Siedlungsflächenentwicklung
3.3 Ursachen der Siedlungsentwicklung
4 Merkmale der Freiraumentwicklung
4.1 Freiraumentwicklung
4.2 Triebkräfte der Freiraumentwicklung
5 Perspektiven
Literatur

1 Einleitung

Neckarabwärts von Heilbronn/Neckarsulm präsentiert sich der Talabschnitt des Fallbeispiels „Kulturlandschaft Neckartal nördlich von Heilbronn“ als überschaubarer Raum mit vielfältigen Funktionen. Dieses Gebiet gehört zur Übergangszone vom Verdichtungsraum zum ländlichen Raum und ist einerseits ökonomisch vielfach mit den benachbarten Wirtschaftszentren verflochten, zeigt sich andererseits eigenständig nach äußerem Gesamtbild und als Landschaft mit individuellem Charakter.

Im suburbanen Raum der Kulturlandschaft des Neckartales nördlich von Heilbronn resultieren die dynamischen räumlichen Veränderungen in hohem Maße aus den Siedlungsansprüchen der Gesellschaft. Dazu werden in der nun folgenden Fallstudie die Nutzungsänderungen im Freiraum und insbesondere die Veränderungen bzgl. des Siedlungsgeschehens seit Mitte der 1930er Jahre untersucht, das erkennbare Ausmaß und die Ursachen der Veränderungen beschrieben und mögliche Entwicklungsrichtungen aufgezeigt.

Der Begriff der Kulturlandschaft wird hier im „erweiterten“ Sinne verwendet und bezieht sich „sowohl auf unbebaute als auch auf bebaute Räume“ (Hokema 2009: 239).

2 Kurzporträt des Untersuchungsgebietes

Das Untersuchungsgebiet „Kulturlandschaft Neckartal nördlich von Heilbronn“ umfasst einen Abschnitt des Neckartales, der sich unmittelbar an den stärker verdichteten Bereich von Heilbronn bis Bad Friedrichshall mit seinen teilweise bandartigen Siedlungsstrukturen anschließt. Im suburbanen Untersuchungsraum dominieren trotz des deutlich erkennbaren Einflusses der naheliegenden Kernstadt noch die Grundzüge der vorindustriellen Landschaftsgliederung. Dieser Landschaftsausschnitt des Neckartales deckt im Wesentlichen die Gemarkungen der Stadt Bad Wimpfen, des Kernortes der Stadt Gundelsheim zusammen mit dem Ortsteil Gundelsheim-Böttingen, der Gemeinde Offenau und des Teilortes Bad Rappenau-Heinsheim ab (vgl. Abb. 3).

2.1 Natürliche Voraussetzungen und kulturhistorische Entwicklung

Der Untersuchungsraum ist Teil der Gäulandschaft des südwestdeutschen Schichtstufenlandes und bildet naturräumlich den nördlichsten Teil des mittleren Neckartals zwischen Heilbronn und dem Bauland (Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung 1952–1967).

Der überwiegend nur ca. 80 m breite Neckar hat sich in die Muschelkalkflächen mit den auflagernden Lettenkeuperschichten ca. 80 bis 130 m tief eingeschnitten und einen durchschnittlich einen Kilometer breiten Talraum geschaffen. Als geomorphologische Einheiten lassen sich im Untersuchungsgebiet die Talaue, die angrenzenden Unterhangbereiche, die meist durch den Muschelkalk geprägten Talhänge und die angrenzenden Hochflächenbereiche unterscheiden. Aufgrund der Geländemorphologie ist dieser Abschnitt durch eine enge Verzahnung zwischen Neckartal und angrenzenden Hochflächen gekennzeichnet. Das Gebiet ist weitgehend lößbedeckt sowie klimatisch warm und trocken.

Die natürliche Standortgunst des Neckarraumes mit überwiegend guten bis sehr guten Böden führte schon zu einer sehr frühen Besiedlung seit dem Altneolithikum. Nicht zuletzt waren die Römer mit einem Kastell und Verwaltungssitz in Bad Wimpfen-Tal und dem älteren Neckarlimes auf den östlichen Anhöhen präsent. Die fränkische Besiedlung im Frühmittelalter und mittelalterliche Befestigungsanlagen prägten die Siedlungsstruktur.

Rechts des Neckars war das Untersuchungsgebiet überwiegend Teil des Deutschordenslandes, links des Flusses hielten die freie Reichsstadt Bad Wimpfen und die Reichsritterschaften von Gemmingen und von Racknitz kleinere Territorien (Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Landesvermessungsamt Baden-Württemberg 1987: Karte VI, 13). Nach der napoleonischen Territorialneugliederung lagen die Gemeinden des Untersuchungsgebietes im badisch-württembergischen Grenzgebiet.

Infolge der früheren territorialen Zersplitterung bereichert heute das kulturhistorische Erbe mit seinen historischen Stadtbildern, Burgen, Schlössern, Klöstern und Kirchen die Landschaft des Neckartales (Regionalverband Heilbronn-Franken 2002: 18 ff., 50 ff.).

Neben den naturräumlichen und kulturhistorischen Gegebenheiten des Untersuchungsgebietes im Neckartal ist besonders der Bau der bis 1879 fertiggestellten Neckartalbahn hervorzuheben (ARL 1965). Der schiffbar gemachte Neckar, die Eisenbahn und die parallel geführte Bundesstraße B 27 bilden die Leitlinie für die Landesentwicklungsachse Stuttgart – Heilbronn – Mosbach – Heidelberg – Mannheim (Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg 2002: Anhang Karte 3). Die Hauptlast des großräumigen

Straßenverkehrs trägt heute jedoch stärker die Autobahn A 6, die den Neckar bei Heilbronn quert.

Wirtschaftshistorisch kommt den Salzvorkommen eine wichtige Rolle in der Entwicklung des Neckarraumes zu. Mehrere Salinen bildeten nicht nur eine Basis zur Solesalzgewinnung, sondern auch für die Nutzung des Salzes zu therapeutischen Zwecken und für erste Ansätze eines Kurverkehrs in Bad Wimpfen sowie für die industrielle Nutzung des Salzes im bis heute bestehenden Solvay Chemiewerk in Bad Wimpfen (Xeller 1881: 610 ff.; Carle 1965: 408 f.). Der Bereich der Kulturlandschaft um Bad Friedrichshall, Bad Wimpfen, Offenau und Bad Rappenau lässt sich als „Salinenlandschaft Neckarraum“ charakterisieren (Regionalverband Heilbronn-Franken 2002: 25, Karte der Kulturdenkmale).

2.2 Bevölkerung und Beschäftigung

Heute umfasst das Neckartal in dem untersuchten Abschnitt einen Lebensraum von ca. 17.000 Menschen und ist ein gefestigter Siedlungs- und Wirtschaftsraum.

Der Talabschnitt ist dem suburbanen Raum zuzurechnen und wird überwiegend der Randzone des Verdichtungsraumes Mittlerer Neckar zugeordnet (Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg 2002: Anhang Karte 3).

Die durchschnittliche Einwohnerdichte in den drei Gemeinden Bad Wimpfen (2009: 6.850 Einwohner), Offenau (2.697) und Gundelsheim (7.223) bleibt zwar mit 264 Einwohnern pro Quadratkilometer unter der Bevölkerungsdichte des Landes Baden-Württemberg (301 E/km²). Allerdings konzentriert sich die Bevölkerung stark entlang des Neckars, sodass sich die größeren Siedlungen wie „Perlen einer Kette“ am Neckar aufreihen und die weiten Feldfluren auf den Hochflächen rechts und links des Neckars eher ländliche Weite suggerieren. Trotz stärkerer Zuwanderungen in der Vergangenheit, nahm die Bevölkerung von 2005 bis 2009 um 2,2% ab. Ganz ohne Zuwanderung sänke nach den Prognosen des Statistischen Landesamtes (2011) die Bevölkerungszahl bis 2030 um ca. 8,3% ab.

Das großräumige Migrationsgeschehen wird weitestgehend von der ökonomischen Basis bestimmt. Zwischen 1974 und 2010 stieg die Zahl der Beschäftigten am Arbeitsort in den drei Gemeinden von 2.390 auf 3.528. Die prosperierende ökonomische Entwicklung ist ausschließlich auf das Wachstum im Dienstleistungsbereich zurückzuführen, der mit einem Anteil der Beschäftigten von 53,8% zum wichtigsten Wirtschaftszweig avancierte. Zum größten Gewerbestandort im Untersuchungsgebiet entwickelte sich mit 1.697 Beschäftigten am Arbeitsort Bad Wimpfen, gefolgt von Gundelsheim (1.068) und Offenau (763). Dennoch bestehen enge Pendlerverflechtungen: Insgesamt müssen im Saldo 2.538 (Stand 2010) Auspendler zum Arbeitsplatz vorrangig neckaraufwärts nach Neckarsulm oder Heilbronn fahren. Gundelsheim weist mit 59,8% der Beschäftigten der Wohnort den höchsten Auspendleranteil auf (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011).

2.3 Flächennutzung

Die Nutzungsstruktur im Untersuchungsgebiet ist durch einen hohen Siedlungsflächenanteil (16,9%), einen überdurchschnittlichen, hohen Anteil an Landwirtschaftsfläche (70,7%) und insbesondere durch einen sehr geringen Waldflächenanteil von 8,3% geprägt (Heinl, Bohnert 2009). Der hohe Siedlungsanteil ist typisch für Randbereiche um Verdichtungsräume und die Anteile an Wald- und Landwirtschaftsfläche wiederum cha-

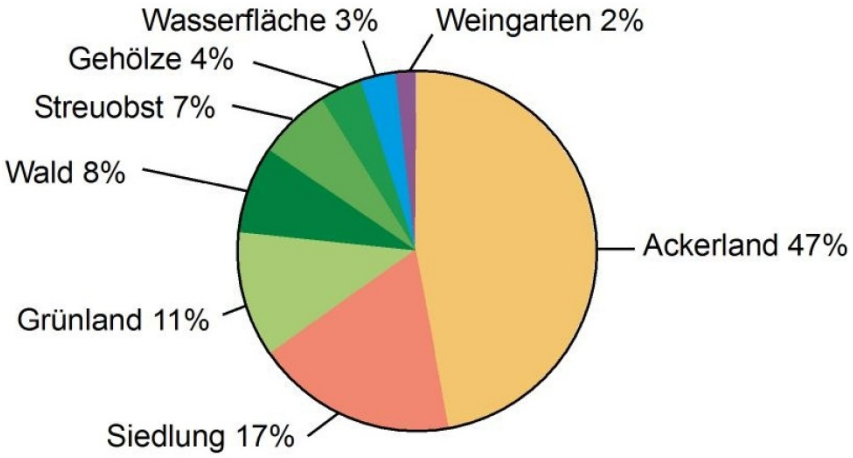
rakteristisch für die fruchtbaren Gäulandschaften des Neckarbeckens (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011).

Die Siedlungsflächen belegen heute mit ca. 540 ha (ohne Sportanlagen, Freizeitanlagen und Friedhöfe) ein Sechstel des Gebietes, wobei sich die alten Ortskerne der Siedlungen beidseits des Neckars i. d. R. am Hangfuß reihen. Die abschnittsweisen Erweiterungen (vgl. Kap. 4) erfolgten zumeist im Anschluss an bestehende Siedlungen. Überwiegend entstanden die Neubaugebiete aus topographischen und erschließungstechnischen Gründen auf relativ ebenen Flächen als kleine Wohnviertel, wobei sich in einzelnen Fällen durch mehrere sektorale Erweiterungen eine nahezu ringförmige neue Bebauung ergab. Das gilt auch überwiegend für die gewerblichen Nutzungen. Eine Ausnahme bildet das große Areal einer Zuckerrübenfabrik in Offenau, die als Solitär in Halbhöhenlage entstand.

Auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen dominiert die Ackernutzung mit 72,3%. Der Grünlandanteil liegt bei 25,8%. Davon sind über ein Drittel (38,6%) als Streuobstwiese klassifiziert (das entspricht ca. 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Untersuchungsgebietes). 2,5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind Weinbauflächen. Insgesamt entspricht die Struktur der landwirtschaftlichen Nutzung dem Typus der wärmebegünstigten fruchtbaren Gunstlagen der Gäulandschaften.

Bemerkenswert ist die enge Bindung der landwirtschaftlichen Nutzung an die geomorphologischen Gegebenheiten. Die morphologischen Einheiten sind durch spezifische Nutzungen geprägt: grünlanddominierte Auen, durch Wald, Streuobst und Weinbau bestimmte Talflanken sowie ackerbaulich genutzte Unterhang- und Hochflächenbereiche. Streuobstbestände befinden sich darüber hinaus v. a. an den Ortsrändern sowie im Bereich von Aussiedlerhöfen.

Abb. 1: Verteilung der Hauptnutzungen 2009



Quelle: Heinl, Bohnert 2009

Die Entwicklung der Hauptnutzungen im Untersuchungsgebiet resultiert wesentlich aus der Siedlungsentwicklung als Folge der Industrialisierung und Suburbanisierung im Raum Heilbronn. Während sich die Siedlungsfläche in etwa vervierfacht hat, ist die Landwirtschaftsfläche um ca. ein Fünftel zurückgegangen. Darüber hinaus haben in dieser Zeit auch die Waldflächen etwa um ein Fünftel (47 ha) zulasten der Landwirtschaftsfläche zugenommen.

Einen Überblick über die Nutzungsänderungen zwischen den 1930er Jahren und heute geben die nachfolgenden Nutzungsbilanzen:

Tab. 1: Nutzungsbilanz in den 1930er Jahren und 2009

Nutzungsart	Flächenumfang (1930er Jahre in ha)	Flächenentwicklung (1930er Jahre = 100 %)
Siedlung	133,0	407,0 %*
Ackerland	2.157,4	72,7 %
Grünland	357,8	99,7 %
Obstwiesen	226,2	98,9 %
Rebland	90,7	64,9 %
Wald	226,1	120,9 %

* Siedlungsfläche ohne Sportanlagen, Freizeitanlagen und Friedhöfe

Quelle: Heinl, Bohnert 2009

Bei den landwirtschaftlichen Nutzungen ging der Verlust v. a. zulasten der Ackerflächen und des Reblandes. Während die Ackerflächen um etwa ein Viertel und die Rebflächen um etwa ein Drittel zurückgegangen sind, ist der Umfang des Grünlandes und der Obstwiesen während des Betrachtungszeitraumes jedoch weitgehend stabil geblieben.

3 Merkmale der Siedlungsflächenentwicklung

3.1 Siedlungen

Bad Wimpfen

Die frühere staufische Kaiserpfalz in Bad Wimpfen liegt erhaben in einer Höhenlage von ca. 50 bis 70 m über dem steilen Prallhang des Neckars und bildet auch heute noch den Kern der eindrucksvollen Stadtsilhouette der Bergstadt Bad Wimpfen. Dagegen präsentiert sich Bad Wimpfen im Tal mit seinem Ritterstift in der Neckaraue gegenüber den Mündungen der Nebenflüsse Kocher und Jagst. Heute zählt die frühere Reichsstadt 6.850 Einwohner (Stand 2009) (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011).

Die Struktur von Bad Wimpfen am Berg mit einer dominanten vorbildlich sanierten und touristisch attraktiven Altstadt lässt sich als kompakter Wohn- und Kurort charakterisieren. Bad Wimpfen im Tal besitzt einen historischen Kern samt dem Kloster und der Ritterstiftskirche und hat sich wirtschaftlich zu einem mittleren Gewerbestandort entwickelt.

Offenau

Vis-à-vis von Bad Wimpfen schmiegt sich die Gemeinde Offenau in die Neckartalaue mit einer gewerblichen Wachstumsspitze nach Süden entlang der Bundesstraße 27 und einer solitären Zuckerrübenfabrik in Halbhöhenlage am Gleithang ca. 20 m über der Talaue.

Das frühere Heilbad Bad Offenau ist nur noch in einzelnen Relikten erkennbar. Der Kernort mit etwa 20 ha liegt zwischen Neckar und Eisenbahn und wird von der Bundesstraße 27 nahezu mittig durchschnitten. Zum Neckar hin bildete die Hochwassersituation einen natürlichen Restriktionsfaktor. Offenau ist mit 2.697 Einwohnern (Stand 2009) (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011) eine gepflegte Wohngemeinde mit beachtlichem gewerblichem Besatz im suburbanen Raum.

Gundelsheim

Die frühere Residenzstadt des Deutschordens Gundelsheim markiert den nördlichsten Bereich des mittleren Neckartales. Der Neckar, die historische Altstadt mit dem Schloss Horneck (Lutz 1991: 135 ff.) in Spornlage ca. 40 m über dem Neckar und die terrassierten Weinberge am Steilhang verschmelzen zu einem harmonischen Dreiklang.

Gundelsheim fungiert heute als eigenständiges Kleinzentrum im suburbanen Raum mit 7.223 Einwohnern (Stand 2009) (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011) mit einer eher verhaltenen Entwicklung. Aufgrund der Erwerbsstruktur und bedingt durch hohe Anteile von Auspendlern lässt sich Gundelsheim als Wohn- und Auspendlergemeinde charakterisieren.

Bad Rappenau-Heinsheim

Unterhalb vom Schlossberg bleibt der Ortsteil Bad Rappenau-Heinsheim in dem hochwasserfreien Bereich am Talhang. Die früher selbstständige Gemeinde präsentiert sich heute als überschaubarer Wohnort mit 1.572 Einwohnern (Stand 2008) im weiteren Umfeld von Heilbronn und Neckarsulm (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011).

3.2 Siedlungsflächenentwicklung

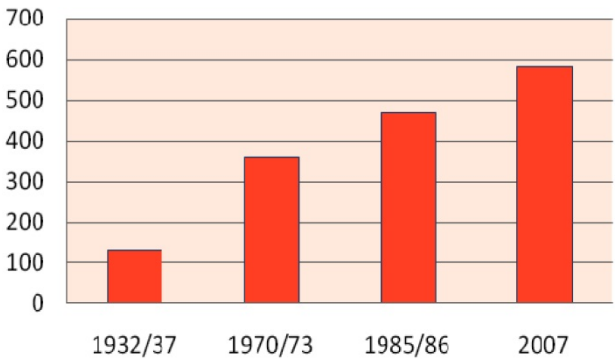
Auf der Grundlage der vom Regionalverband Heilbronn-Franken kartierten Siedlungsflächenabgrenzung ergeben sich als Gesamtsiedlungsfläche im Untersuchungsgebiet folgende Werte, dabei sind die Verkehrswege außerhalb der Ortschaften nicht einbezogen:

- Gesamtsiedlungsfläche 1932/37: 133,0 ha
- Gesamtsiedlungsfläche 2007: 582,7 ha

Die Siedlungsfläche belegt damit heute 17,6%, also ca. ein Sechstel des Untersuchungsgebietes. Im Umkehrschluss befinden sich ca. fünf Sechstel der Flächen im Untersuchungsgebiet außerhalb der Ortslagen und werden als freier Landschaftsraum wahrgenommen.

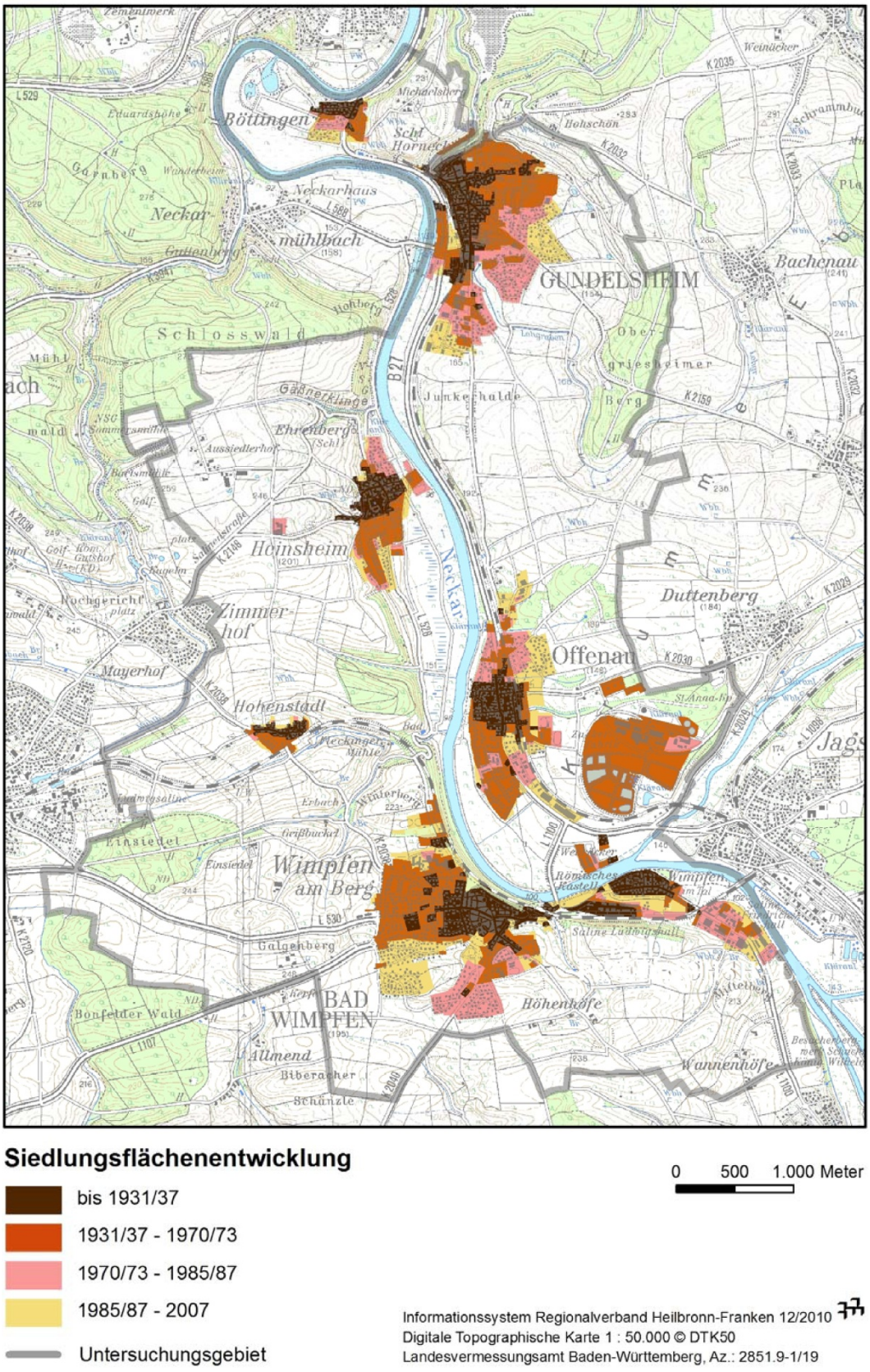
Bei Betrachtung der Siedlungsflächenentwicklung im Untersuchungsgebiet seit der Vorkriegszeit bis heute lässt sich folgendes Bild zeichnen:

Abb. 2: Siedlungsflächenentwicklung im Untersuchungsgebiet 1932/37 bis 2007 in ha



Quellen: Historische Karte LVA; Kartierungen des Regionalverbands Heilbronn-Franken

Abb. 3: Siedlungsflächenentwicklung im Untersuchungsgebiet 1932/37 bis 2007



Quelle: Eigene Darstellung (auf Basis von Kartierungen des Regionalverbandes Heilbronn-Franken)

Infolge der guten verkehrlichen Anbindung durch den Schifffahrtsweg Neckar, die Schiene und die Straße konnten sich die Ortschaften im Neckartal nördlich der industriellen Zentren Heilbronn und Neckarsulm in der Nachkriegszeit beachtlich entwickeln.

Die stärksten Siedlungsflächenzuwächse fanden in den Nachkriegsjahren bis zum Beginn der 1970er Jahre mit jährlich durchschnittlich über vier Prozent statt. Der Siedlungsprozess blieb auch in den 1970er und 1980er Jahren dynamisch, verlief aber, im Schatten der Krise des NSU-Autowerkes im benachbarten Neckarsulm, deutlich verhaltener. In den beiden letzten Jahrzehnten konnte sich die Siedlungsflächenentwicklung im Neckartal trotz boomender wirtschaftlicher Expansion schließlich auf deutlich niedrigerem Niveau mit 1,1 % pro Jahr konsolidieren.

Die Siedlungsentwicklung erfolgte dabei in den Neckartalgemeinden des Untersuchungsgebiets tendenziell parallel, wenn auch quantitativ differenziert. Trotz der Krise der Heilbäder, von der Bad Wimpfen in besonderem Maße betroffen war, und trotz der Umstrukturierung der gewerblichen Situation in Gundelsheim verlief die Siedlungstätigkeit im Neckartal in den hier zugrunde gelegten Zeitabschnitten mit sukzessive abnehmenden Siedlungsflächeninanspruchnahmen.

Das südlich des historischen Kerns von Bad Wimpfen im Tal gelegene frühere Salinengelände konvertierte schon 1921 zu einer Chemiefabrik (Solvay Fluor GmbH). Östlich davon wurde nach dem zweiten Weltkrieg abschnittsweise ein ca. 21 ha großes Gewerbegebiet erschlossen. In Bad Wimpfen am Berg legte sich die weitere Bebauung kragenförmig um die historische Altstadt. Die Wohngebiete und das Kurviertel umschließen die Kernstadt in Form eines Halbkreisrings.

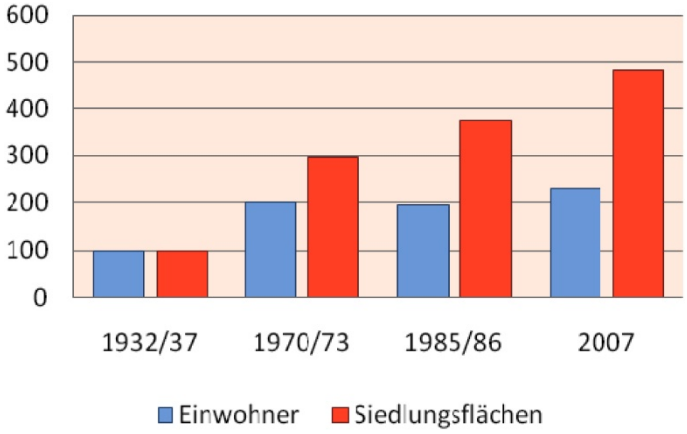
Trotz der Hochwassergefährdung in Offenau entstanden hier zunächst die Neubaugebiete vorrangig in der Talaue zwischen der Bundesstraße und dem Neckar, erst später in den 1980er und 1990er Jahren wurden die neuen Wohngebiete hangaufwärts östlich der Eisenbahn ausgewiesen. Die mit ca. 60 ha gewichtigste Gewerbeansiedlung in Offenau war die Zuckerrübenfabrik, die Anfang der 1970er Jahre aus Heilbronn nach Offenau verlagert wurde.

In Gundelsheim wurde eine klare räumliche Aufteilung praktiziert: Das Gewerbe platzierte sich entlang der Eisenbahn nach Süden und die Wohngebiete entstanden im ebenen Neckartal nach Südosten.

Der kleine Ortsteil Bad Rappenau-Heinsheim erweiterte seine Wohnsiedlungsflächen weitestgehend hangparallel nach Süden und Norden.

Unter der Annahme, dass die Siedlungsflächeninanspruchnahme in erheblichem Maße durch die Einwohnerentwicklung, sei es durch den natürlichen oder den wanderungsbedingten Saldo, bestimmt ist, könnte über die Bevölkerungszunahme ein großer Teil des Flächenzuwachses erklärt werden. Am Beispiel der beiden Gemeinden Bad Wimpfen und Offenau, deren Gemarkungen komplett im Untersuchungsgebiet liegen, lässt sich dies verifizieren (vgl. Abb. 4). Die Einwohnerzahl hat sich seit den 1930er Jahren mehr als verdoppelt (Zunahme 1932/37 bis 2007 um 128,9 %), damit stellen die zugewonnenen Einwohner in diesen beiden Gemeinden einen Anteil von 56,3 %. In diesem Zeitraum vergrößerte sich jedoch die Siedlungsfläche mit 382,2 % weit überproportional, d. h. dieser Flächenzuwachs war deutlich stärker als der Zuwachs an Einwohnern.

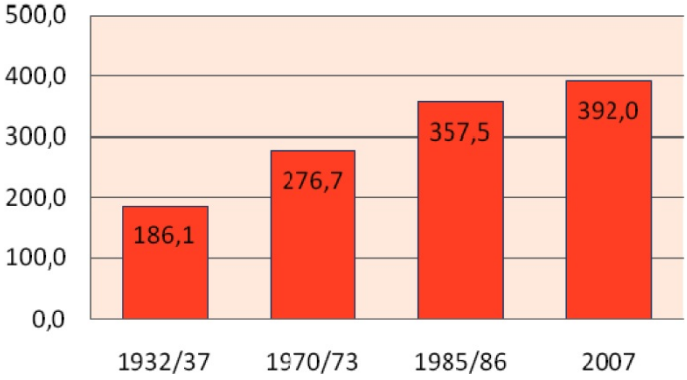
Abb. 4: Einwohner- und Siedlungsflächenentwicklung Bad Wimpfen und Offenau im Neckartal 1932/37 bis 2007 (1932/37 = 100)



Quellen: Historische Karte LVA; Kartierungen des Regionalverbands Heilbronn-Franken

Kumuliert sind die Flächenansprüche in den beiden Gemeinden Bad Wimpfen und Offenau von 186,1 m² pro Einwohner (1932/37) auf heute 392 m² pro Einwohner (2007), d.h. um 100,2% gestiegen, die Siedlungsflächeninanspruchnahme pro Kopf der Bevölkerung hat sich also verdoppelt (vgl. Abb. 5).

Abb. 5: Siedlungsfläche in m² pro Einwohner in Bad Wimpfen und Offenau im Neckartal 1932/37 bis 2007



Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Historische Karte LVA; Kartierungen des Regionalverbands Heilbronn-Franken

Unter der plausiblen Annahme, dass die Flächenansprüche der zugezogenen Bürger annähernd proportional zur örtlichen Entwicklung anstiegen, entfiel rechnerisch der überwiegende Teil der neuen Flächen auf die neuen Bürger.

Ein wesentlicher Faktor beim Siedlungsflächenzuwachs sind die Gewerbeflächen; auf sie entfällt ca. ein Drittel der Zunahme der Siedlungsflächen 1932/37 bis 2007. Entsprechend weniger stark erschiene der Flächenzuwachs pro Einwohner, würde man die Gewerbeflächen nicht berücksichtigen. Unter Ausklammerung der Gewerbeentwicklung lägen die beiden Neckartalgemeinden Bad Wimpfen und Offenau bei der Siedlungsflächenentwicklung in den letzten Jahren knapp unter dem Durchschnitt des Landes Baden-Württemberg (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011).

3.3 Ursachen der Siedlungsentwicklung

Die Ursachen für die erhebliche Siedlungsflächenzunahme liegen v. a. in der prosperierenden Einwohner- und Wirtschaftsentwicklung im Untersuchungsgebiet (Regionalverband Heilbronn-Franken 2008: 16 ff.). Neben dem Einwohnerzuwachs und den erweiterten Gewerbeflächen sind die weiteren Gründe für den Siedlungsflächenzuwachs vorrangig im Bereich der wohlstandsbedingten Zunahme der Siedlungsfläche pro Einwohner zu suchen. Dazu gehören beispielsweise die gestiegene Wohnfläche pro Einwohner, die größeren Grundstücke in den Einfamilienhausgebieten, die regionale Branchenstruktur mit z. B. großflächigen Gewerbebetrieben, die Verkehrsanbindung und die gestiegenen individuellen Mobilitätsbedürfnisse, die u. a. zusätzlichen Autostellplätze, aber auch die größeren Flächen der wohnortnahen Versorgung, wie Einzelhandel oder Tankstellen.

Dieser Prozess dürfte sich in den nächsten Jahren zumindest wegen der sich abzeichnenden Sättigung des Wohnungsmarktes, aufgrund politisch gewollter Reduzierung der Flächeninanspruchnahme, aber v. a. infolge des demographischen Wandels dramatisch verlangsamen.

Wohnsiedlungsentwicklung

Phase der Nachkriegsjahre: Die ersten Nachkriegsjahre, die Zeit des größten Siedlungsflächenzuwachses, waren durch eine schnelle Einwohnerzunahme v. a. durch den dramatischen Zustrom an Heimatvertriebenen und teilweise Einwohnern aus den kriegszerstörten Städten gekennzeichnet. Für diese zugewanderten Bevölkerungsgruppen mussten zügig neue Wohnungen geschaffen werden. Die erste Phase des Siedlungswachstums war primär auf die Wohnungsversorgung der Bevölkerung ausgerichtet, zielte aber zugleich auf eine soziale Stabilisierung. Komplementär wurden die lokalen flächenwirksamen Versorgungseinrichtungen der kulturellen und sportlichen Infrastruktur gebaut, also v. a. Schulen, Sportplätze und Freibäder.

Phase der Suburbanisation: In den anschließenden 1970er bis 1990er Jahren wurde in den Kommunen bewusst eine wachstumsorientierte Entwicklungsstrategie systematisch fortgesetzt. Dabei setzten die Kommunen zumeist auf Zuwanderungen aus den benachbarten Städten Neckarsulm und Heilbronn. Die neue Bauplätze anbietenden Gemeinden hatten als Zielgruppe neben dem Eigenbedarf der eigenen Bevölkerung die zumeist gut verdienenden Neubürger im Fokus. Ende der 1980er Jahre zeigten sich deutliche Sättigungseffekte, zumindest der Suburbanisierungsprozess war stark abgeschwächt.

Phase der Öffnung der Grenzen in Ost- und Südosteuropa/Wiedervereinigungsboom: Die auf Wachstum ausgerichtete Entwicklung der Gemeinden wurde nach der deutschen Wiedervereinigung und der Öffnung der Grenzen nach Ost- und Südosteuropa durch eine bunte Vielfalt an Migranten nochmals stimuliert. Übersiedler, Spätaussiedler, Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien sowie vermehrt Asylbewerber strömten in die Gemeinden. Dies bedeutete beispielsweise allein in den drei Gemeinden Bad Wimpfen, Offenau und Gundelsheim einen Schub von zusätzlich 1.900 Einwohnern (1987 bis 1996), für die allein an Wohnbauflächenbedarf geschätzte 30 bis 40 ha Bauland erforderlich wurden.

Konsolidierungsphase: Die boomende Entwicklung der Wohnsiedlungen in den Gemeinden flachte Ende der 1990er Jahre sukzessive ab und sank seit Beginn dieses Jahrzehnts weiter, u. a. aufgrund des demographischen Wandels, insbesondere wegen der stark rückläufigen Zahl potenzieller Bauherren und der retardierenden Effekte der Fi-

nanz- und Wirtschaftskrise, die im Jahr 2007 begann (Regionalverband Heilbronn-Franken 2007: 10 ff.).

Die weitere Entwicklung des Siedlungsraumes hängt kleinräumig v. a. von ökonomischen und demographischen Faktoren in den Gemeinden und von den Wohnortqualitäten ab. Zwar ist insgesamt vor dem Hintergrund der Wohlstandsentwicklung in Zukunft noch mit einer weiteren Nachfrage nach Wohnbauflächen zu rechnen, jedoch werden demographisch bedingt die Zuwachsraten kleiner. Das betrifft einerseits den Rückgang der Bauherrengeneration und andererseits die stark rückläufigen Zuwanderungen. Verstärkt werden von kommunaler Seite Innenentwicklungen gefördert. Auch auf der Angebotsseite kommt Bewegung in den Markt, da die Zahl der angebotenen Immobilien aus den 1950er und 1960er Jahren sukzessive zunimmt. Mittelfristige Wechselwirkungen gehen auch von der Entwicklung der Attraktivität der Wohnstandorte aus. Wichtige Faktoren sind die Einkaufsqualität, die Bausubstanz in den Kern- und Teilorten, die landschaftliche Attraktivität, die Infrastrukturausstattung sowie die Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Regionalverband Heilbronn-Franken 2006: 46 f.).

Gewerbeentwicklung

Besondere Aufmerksamkeit auf kommunalpolitischer Seite genießt die Sorge um den möglichen Verlust von Arbeitsplätzen. Für eine nachhaltige Entwicklung einer Gemeinde werden in den baden-württembergischen Kommunen zukunftsfähige Arbeitsplätze als existenziell angesehen. Zusätzlich sind die Erwartungen der Kommunalpolitik oft auch auf zusätzliche Gewerbesteuereinnahmen ausgerichtet.

Dennoch blieb im Neckartal die Ansiedlung von Gewerbe eher gering. Neben dem älteren Bestand, wie der Solvayfabrik in Bad Wimpfen im Tal, sind die gewerblich genutzten Flächen der drei Kernorte überwiegend mit Betrieben des Handels und traditionellen Gewerbes, wie Bauhandwerk, Maler, Tankstellen, Kraftfahrzeughandel und -werkstätten, Einzelhandel oder Getränkehandel belegt. Eine Ausnahme bildete die großflächige Aussiedlung der Zuckerrübenfabrik aus Heilbronn nach Offenau im Jahre 1971. Hinzu kam später in den 90er Jahren ein größerer Logistikbetrieb in Offenau an der Bundesstraße 27.

Da die über 130 ha Gewerbeflächen der drei Gemeinden Bad Wimpfen, Gundelsheim und Offenau (mit Zuckerrübenfabrik) überwiegend im Talraum des Neckars liegen, haben sie im optischen Erscheinungsbild des Neckartales eine überproportionale Wirkung.

Die Möglichkeiten für die weitere Gewerbeentwicklung im Untersuchungsgebiet sind äußerst begrenzt. Konversionsflächen für die gewerbliche Entwicklung sind in größerem Umfang nicht zu erwarten. Bestenfalls sind einzelne geringfügig Erweiterungen für den örtlichen Bedarf möglich. Potenziellen großflächigen Gewerbeentwicklungen stehen indessen vielfältige Restriktionen, beispielsweise aus Gründen des Hochwasser- und Trinkwasserschutzes, Natur- und Landschaftsschutzes oder regionalplanerisch in Form von Regionalen Grünzügen, entgegen. Neue größere Gewerbeflächen sind nur außerhalb des Untersuchungsgebietes in Anbindung an die Bundesautobahnen denkbar (Regionalverband Heilbronn-Franken 2006: Raumnutzungskarte).

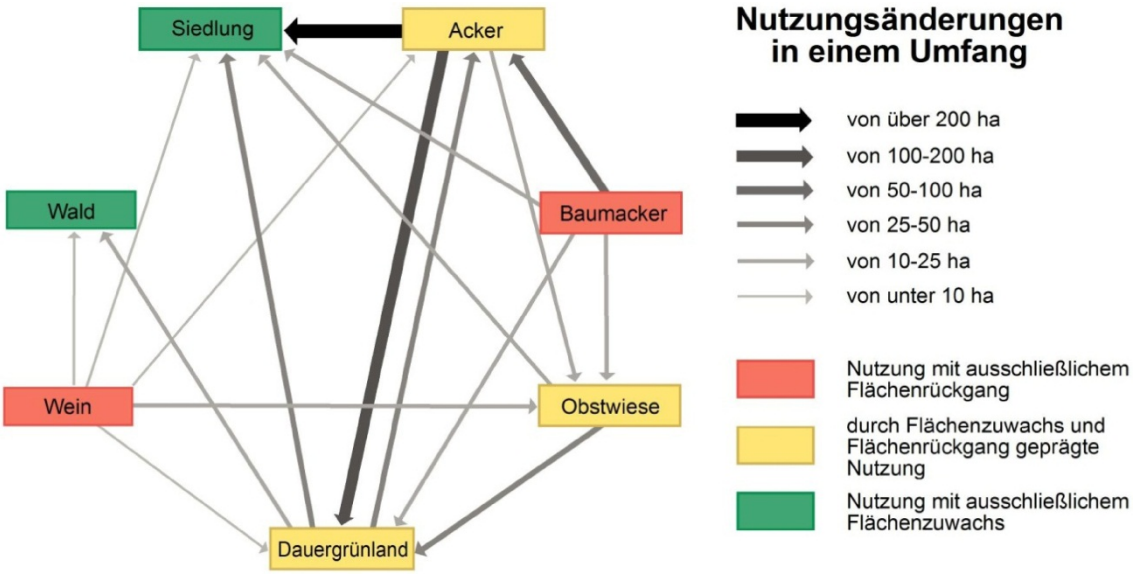
4 Merkmale der Freiraumentwicklung

4.1 Freiraumentwicklung

Abbildung 6 zeigt die hinter den Flächenbilanzen stehenden Nutzungsverschiebungen innerhalb des Untersuchungsgebietes. Während die Siedlungs- und die Waldnutzung ausschließlich durch Flächenzuwächse gekennzeichnet sind, werden die Weinbau- und die Baumackernutzung – eine Nutzungsform, die im Untersuchungsgebiet in den 1930er Jahren mit ca. 126 ha immerhin ca. 3,8% des Untersuchungsgebietes einnahm und heute völlig verschwunden ist – ausschließlich durch Flächenverluste gekennzeichnet. Die umfangreichsten Nutzungsänderungen betreffen die Umwandlung von Ackerflächen in Siedlungsfläche und etwas überraschend die Umwandlung von Ackerland in Grünland. Daneben sind insbesondere der Verlust von arbeitsaufwendigen Nutzungsformen (Baumäcker) und die Tendenz zu großflächigen Nutzungseinheiten verbunden mit dem Verlust kleinflächiger Grünland-, Obstwiesen- und Weinbaunutzung zu erkennen.

Obwohl im Untersuchungsraum (bis auf die Ausnahme der Zuckerfabrik in Offenau) in der Vergangenheit eine an den bestehenden Schwerpunkten orientierte Siedlungsentwicklung dominiert, haben auch im Außenbereich in geringem Umfang bauliche Maßnahmen stattgefunden. Prägend für die 1970er Jahre waren v.a. die Ansiedlungen von Aussiedlerhöfen und von einzelnen Gewerbebetrieben außerhalb der geschlossenen Ortschaften. Der Trend zu vereinzelten Gewerbeansiedlungen ist auch in den 1980er Jahren noch zu erkennen. In der Folge kamen jedoch keine neuen Siedlungsansätze hinzu.

Abb. 6: Ausmaß und Richtung von Nutzungsänderungen im Untersuchungsgebiet 1932/37 bis 2009



Quelle: Heinl, Bohnert 2009

Tab. 2: Errechnete Umwandlungsraten für ausgewählte Nutzungsänderungen in den betrachteten Zeitabschnitten

Nutzungsänderung von … zu …	Errechnete Umwandlungsrate zwischen den 1930er und den 1970er Jahren in ha/a	Errechnete Umwandlungsrate zwischen den 1970er und den 1980er Jahren in ha/a	Errechnete Umwandlungsrate zwischen den 1980er Jahren und heute in ha/a
Acker-Siedlung	3,9	5,2	2,8
Acker-Grünland	0,05	0,5	5,1
Grünland-Siedlung	0,6	0,9	0,6
Grünland-Acker	0,03	0,3	1,0
Obstwiese-Grünland	0,04	0,7	1,0
Obstwiese-Siedlung	0,2	0,5	0,3
Baumacker-Siedlung	0,3	0,2	0,1
Baumacker-Acker	0,9	0,7	0,8
Baumacker-Obstwiese	0,06	0,4	0,6
Wein-Obstwiese	0,2	0,4	0,3
Wein-Wald	0,1	0,1	0,04
Wein-Siedlung	0,05	0,2	0,03
Wein-Acker	0,06	0,1	0
Wein-Grünland	0,04	0,1	0,8

Quelle: Eigene Darstellung

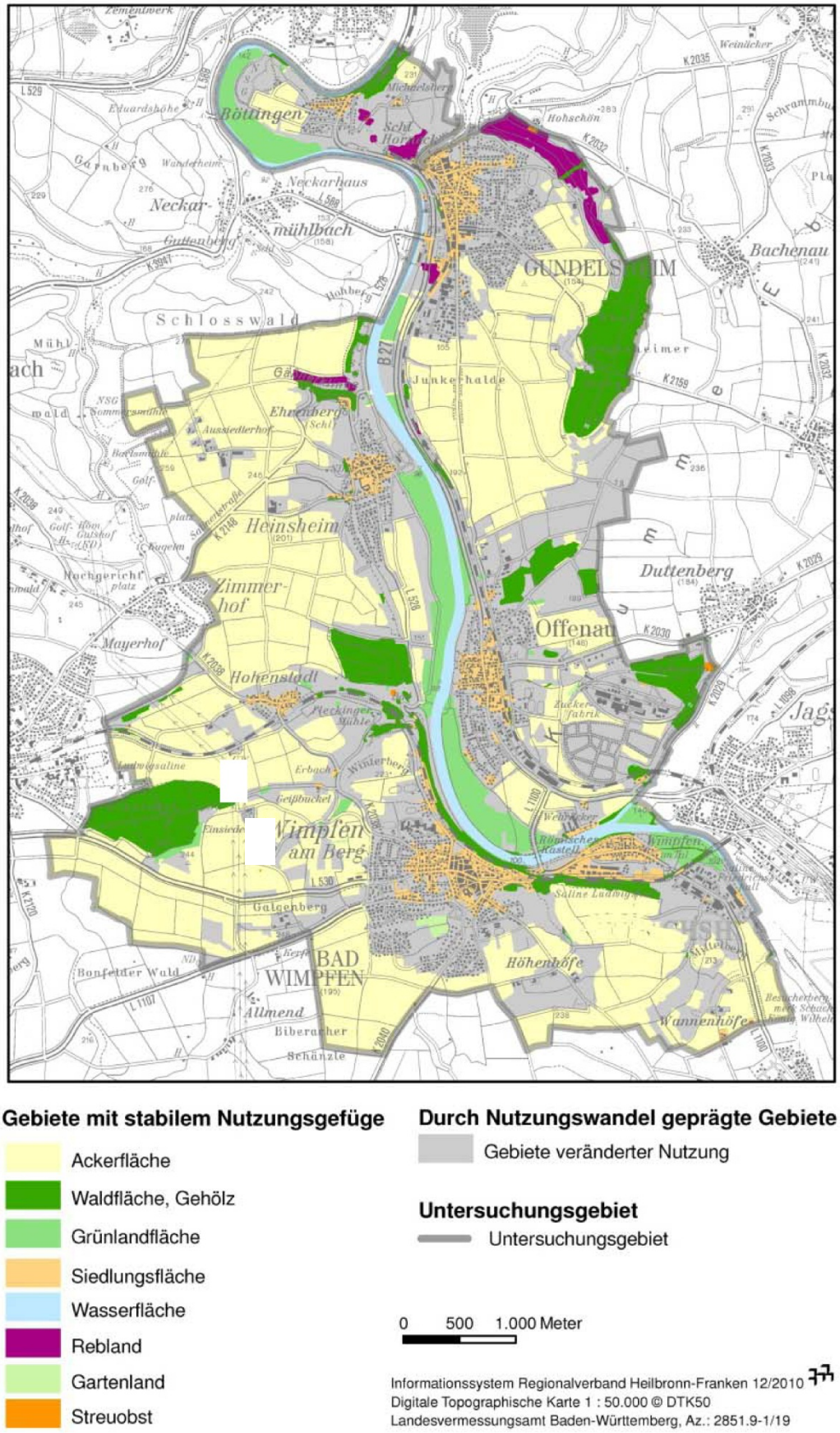
Die Bedeutung der jeweiligen Nutzungsänderungen in den untersuchten Zeitabschnitten lässt sich in etwa durch eine Normierung des Umfanges der Nutzungsänderungen auf den betrachteten Zeitabschnitt abbilden. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Umwandlungsgeschwindigkeiten für einzelne Nutzungen.

Von der Siedlungsentwicklung sind im Untersuchungsgebiet die Acker-, Grünland- und Obstwiesennutzung entsprechend ihres Flächenanteils betroffen. Lediglich zwischen den 1930er und 1970er Jahren wurden Obstwiesen in geringerem Umfang in Anspruch genommen. Weinbauflächen wurden nur in sehr geringerem Umfang für die Siedlungsentwicklung beansprucht. Bei den Baumäckern wird die Umwidmung in Siedlungsflächen vom schnellen Verschwinden der Baumackerkulturen überlagert, sodass die Umwandlung von Baumacker zu Siedlung im Untersuchungszeitraum stetig abnimmt.

Die Umnutzung von kleinflächigen und aufwendigen Nutzungen wird durch die ansteigenden Umwandlungsraten von Obstwiesen und Weinbauflächen in Grünlandnutzung belegt. Darüber hinaus ist das Acker-Grünlandverhältnis im Untersuchungszeitraum durch eine zunehmende Umwandlungsdynamik gekennzeichnet.

Abbildung 7 zeigt ohne Unterscheidung der konkreten Nutzungsverschiebungen die Gebiete, in denen Änderungen der Hauptnutzungen stattgefunden haben. Insgesamt sind auf etwa einem Viertel der Fläche des Untersuchungsgebietes heute andere Nutzungen als in den 1930er Jahren vorzufinden. Besonders starke Änderungen fanden dabei im Umfeld der Siedlungskerne statt. Darüber hinaus sind insbesondere die Neckaraue und die Seitentäler von Nutzungsänderungen betroffen.

Abb. 7: Gebiete mit Änderungen der Nutzungsstruktur 1932/37 bis 2009



Quelle: Heinl, Bohnert 2009

Während in den meisten Fällen die Ursache von Nutzungsänderungen die Siedlungsentwicklung als Fortentwicklung der bestehenden Strukturen ist, treten sonstige größerflächige Änderungen insbesondere in Gebieten mit suboptimalen landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsbedingungen auf. Dies betrifft zum einen Gebiete mit orographisch ungünstigen Verhältnissen, wie die Talflanken des Neckartales und die stärker eingeschnittenen Seitentäler, aber auch Gebiete mit traditionellen, arbeitsaufwendigen Nutzungsstrukturen (wie Baumäcker). Während in den steileren Hanglagen hauptsächlich eine Tendenz zur Nutzungsextensivierung erkennbar ist, werden Gebiete mit traditionellen, arbeitsaufwendigen Kulturen auf ansonsten gut nutzbaren Flächen intensiver genutzt. Einige Änderungen, wie die Verlagerung der Zuckerfabrik aus Heilbronn nach Offenau, die einzelbetriebliche Umstellung von Ackerbau auf extensive Weiderindhaltung am Michaelsberg (Morrissey, Riexinger 2007: 25) oder die Auenrenaturierung bei Bad Rappenau-Heinsheim sind im Wesentlichen Einzelfälle.

4.2 Triebkräfte der Freiraumentwicklung

Die Nutzungsänderungen im Untersuchungsgebiet werden im Wesentlichen von den Rahmenbedingungen der Siedlungsentwicklung, den technischen und betrieblichen Erfordernissen der landwirtschaftlichen Betriebe und den Regelungen und Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes bestimmt.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft sind insgesamt durch sinkende Anbauflächen (aufgrund der Flächeninanspruchnahme), stagnierende Verkaufserlöse und steigende Betriebsmittelkosten gekennzeichnet (Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der Ländlichen Räume Baden-Württemberg 2010). Damit besteht ein betrieblicher Anpassungswettbewerb, der sich in einem Anwachsen der je Betrieb bewirtschafteten Flächen, einem Zwang zur technischen Rationalisierung und einem Ertragsdruck äußert. Dies führt insgesamt zu einer räumlichen Entflechtung, aber auch zu einer zunehmenden Divergenz von Bewirtschaftungsintensitäten. Dabei bestimmen i. d. R. die standörtlich dominierende Nutzung und die konkreten Standortbedingungen die Folgenutzung und damit auch die Frage der Intensivierung und der Extensivierung.

In der Landwirtschaft werden die bestehenden Rahmenbedingungen voraussichtlich weiter wirksam bleiben (Urff 2002). Kleinflächige Nutzungseinheiten des Weinbaus (insbesondere die Reste der historischen Steillagenbewirtschaftung) oder des extensiven Obstbaus sind weiterhin gefährdet. Im Hinblick auf den geringen Anteil an Rinderhaltung und den anhaltend rückläufigen Trend in der Tierhaltung besteht ein prinzipieller Druck auf die Grünlandnutzung. Ein Gegengewicht kann hier der anhaltende Trend zur ökologischen Landwirtschaft bilden (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011). Die Nutzungen im Ackerbau werden prinzipiell stabil bleiben. Bei einem beträchtlichen Anteil an Sonderkulturen werden sich andere Nutzungsformen in der Fläche nur schwer durchsetzen können. Dennoch ist ein gewisser Nutzungswandel hinsichtlich der Erzeugung regenerativer Energien zu erwarten. Dabei werden im Gebiet tendenziell der Druck auf das Grünland und andere extensivere Nutzungsformen und kleinflächige technische Standorte für Biogas- und Freiflächenphotovoltaikanlagen von Bedeutung sein.

Die Zukunft der Streuobstbestände und des Steillagenweinbaus werden auch künftig v. a. vom gesellschaftlichen Engagement einzelner Nutzer oder Nutzergruppen, von der gesellschaftlichen Wertschätzung im Konsumverhalten und den finanziellen Ressourcen für die Landschaftspflege abhängen (Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg 2009). Vor dem Hintergrund des Strukturwandels in der Landwirt-

schaft (Regionalverband Heilbronn-Franken 2003) und des demographischen Wandels, der sich insbesondere auch in den Vereinsstrukturen (Naturschutzvereine, Obst- und Gartenbauvereine) niederschlägt (Demuth, Moorfeld 2011), kommt der Etablierung der Umweltbildung, der Einbindung der Nutzungen in lokale und regionale Nutzungskreisläufe, aber auch der Entwicklung rationeller Landschaftspflegemaßahmen eine besondere Bedeutung zu (Haber 2001). Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich der Flächenumfang an Streuobstbeständen und Weinbausteillagen auf einem geringeren Niveau stabilisieren wird. Die ausgeschiedenen Flächen werden je nach konkreter Lage verbrachen oder einer Grünlandnutzung zugeführt werden. Aufwendige und extensive Nutzungen, wie die Streuobstnutzung und der Steillagenweinbau, sind Teil von Landschaftspflegekonzepten, die neben der Bereitstellung von Fördermitteln auch die effektive Organisation der Pflege und die Aktivierung der Bevölkerung zum Gegenstand haben.

Daneben werden bestimmte Initiativen zur ökologischen Entwicklung der Landschaft Platz greifen. Kleinflächige Änderungen, wie die Entwicklung von Gewässerrandstreifen und die Renaturierung von Gewässern, werden auch durch gesetzliche Bestimmungen, wie das Wasserhaushaltsgesetz oder die Wasserrahmenrichtlinie, veranlasst (Regierungspräsidium Stuttgart 2009). Hier ist im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie v. a. eine weitere Verbesserung des Gewässerzustandes zu erwarten. Neben der Entwicklung der Gewässerrandstreifen und Renaturierungsstrecken werden auch die Gehölze und Nebengewässer in den Fokus des politisch-administrativen Handelns rücken.

Zusätzlich spielen für Nutzungsänderungen auch das Umweltbewusstsein und das Marktverhalten eine wichtige Rolle (BMVBS, BBR 2005). Die umfangreichsten Änderungen des Grünlandbestandes im Untersuchungsgebiet sind beispielsweise auf eine einzelne Betriebsumstellung von Ackernutzung auf extensive Weiderindhaltung auf dem Michaelsberg zurückzuführen. Weitere großflächige Nutzungsumwandlungen betreffen die Nutzungsextensivierung von ehemals cadmiumbelasteten Böden im Bereich von Neckarschlammablagerungen.

5 Perspektiven

Das Neckartal nördlich von Heilbronn hat sich aufgrund des sozioökonomischen Wandels deutlich verändert. Einerseits ist dieser Abschnitt des Neckartales mit den benachbarten dynamischen Wirtschaftsstandorten eng verflochten und profitierte in hohem Maße von den dortigen Entwicklungen und den Auswirkungen auf den suburbanen Raum. Andererseits entwickelte sich das Untersuchungsgebiet aber teilweise auch endogen. Die Hauptorte der Gemeinden sind heute in erster Linie Wohnstandorte mit mittlerem gewerblichem Besatz, Bad Wimpfen ist zusätzlich Heilbad, während in den freien Landschaftsräumen die landwirtschaftliche Produktion dominiert. Kulturhistorische Elemente sind als punktuelle Denkmale Teil der Kulturlandschaft; eher inselhaft sind Schutzgebiete und -objekte des Naturschutzes vertreten. Als durchgängig geschütztes Band durchzieht die als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesene Neckaraue mit angrenzenden Prallhängen das Gebiet. Insbesondere aufgrund dieses landschaftlichen und kulturhistorischen Rahmens wird das Neckartal auch für Erholungszwecke, u. a. durch die Personenschifffahrt („Weiße Flotte“) und in zunehmendem Maße durch den Radtourismus, genutzt und entfaltet zugleich eine identitätsstiftende Wirkung.

Die Kulturlandschaft des Neckartales unterliegt aufgrund des technischen Fortschrittes und der Ökonomisierung einer fortschreitenden Intensität der Raumnutzung. Die Anzeichen der Veränderung dieser Kulturlandschaft, wie z. B. die sukzessive fortschreitende Siedlungstätigkeit, größere Bauwerke der Infrastruktur und zusätzlich eine Viel-

zahl zumeist technischer Einzelobjekte in der Offenlandschaft sowie eine sukzessive intensivere Landnutzung durch Landwirtschaft und Freizeitansprüche, entsprechen vielen vergleichbaren Landschaften in Mitteleuropa (Dörr et al. 2005: 61).

Das Leitbild einer raumordnerischen Konzeption, die gestaltend eingreift, integriert Elemente einer bloß nützlichen Wirtschaftslandschaft und eines Kulturlandschaftsbildes mit ästhetischen und naturbezogenen Aspekten (Haber 2001: 21 f.). Die raumordnerische Strategie für das Neckartal ist auf eine dezentrale Konzentration der Siedlungen und die Entwicklung multifunktionaler Freiräume ausgerichtet, die neben einer leistungsfähigen landwirtschaftlichen Produktion ergänzend Elemente einer „kleinstrukturierten Kulturlandschaft“, einer „arten- und biotopreichen Landschaft“ und einer „Erholungslandschaft“ (Krettinger et al. 2001: 122 ff.) integriert.

Der Erhalt und die Entwicklung dieser Kulturlandschaft ist Aufgabe der Raumordnung. Die Kulturlandschaft des nördlichen mittleren Neckartales unterliegt in starkem Maße der Beeinflussung durch den Menschen, wobei tendenziell die natürlichen Standortfaktoren an Einfluss verlieren. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung werden einzelne Raumfunktionen geschützt und begünstigt, aber dafür eben auch andere Funktionen eingeschränkt oder verhindert. Im abgestimmten Zusammenspiel der einzelnen Funktionen entsteht die Attraktivität einer gewachsenen Kulturlandschaft. Einerseits ist diese Attraktivität zu erhalten, andererseits muss den künftigen gesellschaftlichen Ansprüchen aber auch ausreichend Raum gegeben werden.

Einen unmittelbar geltenden Auftrag an die Raumordnung formuliert das Raumordnungsgesetz vom 22.12.2008 in § 2 Abs. 2 Nr. 5: „Kulturlandschaften sind zu erhalten und zu entwickeln. Historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschaften sind in ihren prägenden Merkmalen und mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern zu erhalten“. Regionalplanung kann beispielsweise formal über Vorrang- und Vorbehaltsgebiete auf die Kulturlandschaftsentwicklung einwirken (Danielzyk, Eickhoff 2006: 34 ff.; Hein, Heinl 2008). Dies geschieht v.a. durch Steuerung der Siedlungsentwicklung nach Standorten und Dimension sowie durch Schutz einzelner Funktionen oder einen multifunktionalen Freiraumschutz im Regionalplan (Regionalverband Heilbronn-Franken 2006). Allerdings schützt Regionalplanung nur Flächen, die weitere Ausgestaltung der Nutzung obliegt den einzelnen Kommunen oder spezifischen Fachpolitiken, wie Naturschutz oder Denkmalpflege (Priebs 2007: 110).

Im Zuge der seit Ende der 1990er Jahre einsetzenden Diskussion um den großräumigeren Strategieansatz der Europäischen Metropolregionen ist das Gebiet des „Fallbeispieles Kulturlandschaft Neckartal nördlich von Heilbronn“ randliches Teilgebiet der Europäischen Metropolregion Stuttgart geworden. Durch gemeinsame Projekte sollen in der Region sich gegenseitig verstärkende Entwicklungsimpulse angeregt werden, um die Position der Europäischen Metropolregion Stuttgart im Wettbewerb der Regionen zu stärken. Eines dieser Projekte ist ein regionaler „Landschaftspark Neckar“.

Aus dem Leitbild der Raumentwicklung „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaft gestalten“ ergeben sich neben der Schutzfunktion für die gewachsene Kulturlandschaft auch wesentliche Entwicklungsaspekte. Die Gestaltung der Kulturlandschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung umfasst die „behutsame Weiterentwicklung“ mit ihren historischen Stadtkernen, den punktuellen Kulturdenkmälern, aber auch den semiurbanen Gemeinden und gewerblichen Standorten (BMVBS, BBR 2006: 22 ff.).

Über die bloße räumliche Funktionszuweisung hinausgehend eröffnen interkommunale Regionalparks eine weitergehende „kulturelle Inwertsetzung, Identifikation und aktive Nutzungsaneignung“ durch die betroffenen Bürger (Kühn 2001:103). Damit

können Regionalparks ergänzend zu den formalen Instrumenten identitätsstiftend wirken, wenn sie das „spezifische kulturelle Erbe einer Region“ widerspiegeln und erlebbar machen (Apolinarski et al. 2006: 93).

In der Region Heilbronn-Franken wurde für die Entwicklung des Landschaftsparks Neckar eine erste Pilotstudie „Masterplan Neckar“ erstellt (Regionalverband Heilbronn-Franken 2009). In der Pilotstudie werden mögliche kulturlandschaftliche Entwicklungen im Neckartal konzeptionell vorgezeichnet: Die landschaftlichen Strukturen des Neckartales, die vielfältigen wirtschaftlichen und verkehrlichen Funktionen, die kulturhistorischen und siedlungsstrukturellen Rahmenbedingungen und die touristischen Angebote akkordieren zusammen mit den freiraumschützenden Funktionsräumen zu einem zukunftsfähigen attraktiven Lebensraum.

Eine räumlich ausgewogene Entwicklung der Kulturlandschaft erfordert neben raumspezifischen auch grundsätzliche Instrumente, die geeignet sind, die erwünschten Raumfunktionen bei veränderten Nutzungsbedingungen aufrechtzuerhalten. Insbesondere im Agrarsektor sind flächendeckende Instrumente erforderlich, die übergreifend und ergänzend zu betrieblichen, kommunalen und rechtlichen Instrumenten die Erreichung eines Mindeststandards der biologischen Vielfalt befördern.

Durch die oben aufgeführten Nutzungstendenzen besteht ein hoher Druck auf die landschaftlichen Schutzgüter „biologische und landschaftliche Vielfalt“ sowie „historische Kulturlandschaftselemente“, z. B. in Form der historischen Weinberge. Auch künftig wird die Entflechtung zwischen landwirtschaftlicher Produktion und Landschaftspflegeflächen weiter anhalten. Neben dem Intensivierungsdruck aus der Landwirtschaft sind der demographische Wandel und die knapper werdenden finanziellen Spielräume von Staat und Kommune wichtige Gefährdungsfaktoren.

Darüber hinaus besteht ein dauerhafter Konflikt zwischen Siedlungsentwicklung und Landwirtschaft, der sich neben Anforderungen an die bauliche Entwicklung insbesondere auch in den Anforderungen an die Nutzung und Erzeugung regenerativer Energien widerspiegelt.

Im Hinblick auf die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft sind die funktionenschonende Siedlungsflächenentwicklung, insbesondere in topographisch beengten Lagen, unter Nutzung gemeindeübergreifender Konzeptionen und die Realisierung von Projekten zur Erzeugung regenerativer Energien im Kontext der Landwirtschaft wichtige Zielsetzungen.

Mögliche Strategien zur Erhaltung wichtiger Landschaftspflegefunktionen betreffen die Minimierung des Pflegeaufwandes etwa durch die Anwendung passender Bewirtschaftungstechniken, die Entwicklung eines Brachesystems, eines Flächensystems für dynamische natürliche Prozesse oder die Entwicklung einer Konzeption zur flächenminimierenden, aber wirkungsoptimierenden Landschaftsgestaltung. Ergänzend kann der Import von Landschaftspflegeleistungen, etwa über das Ökokonto, hilfreich sein. Strategien für Nutzungstransformationen extensiver Nutzungen, beispielsweise Streuobstnutzungen, für die Etablierung von Betrieben passender betrieblicher Ausrichtung und die Verwertung landschaftlicher Produkte können einen Beitrag für die Entwicklung tragfähiger Landnutzungs- und Landschaftspflegekonzepte sein. Maßnahmen zur Mobilisierung der Wertschätzung und des Engagements der Bevölkerung und zur funktionenschonenden Siedlungsentwicklung helfen, das Beziehungsnetz zwischen Siedlungsräumen und Freiräumen zu aktivieren.

Die Fallstudie „Kulturlandschaft des Neckartales nördlich von Heilbronn“ zeigt, dass in einem prosperierenden Raum in der Randzone eines Verdichtungsraumes trotz dy-

namischer, i.d.R. maßstabsvergrößernder Veränderungsprozesse in der freien Landschaft und erheblicher Zunahme der Siedlungsflächen eine überwiegend ausgewogene, wenn auch nicht immer musterhafte Entwicklung der Kulturlandschaft möglich ist, wenn dabei die naturräumlichen und kulturhistorischen Voraussetzungen, die ökonomischen und sozialen Erfordernisse abgewogen, ausbalanciert und harmonisch abgestimmt werden. Dabei ist auf eine nachhaltige Entwicklung zu achten, damit das Neckartal auch für die kommenden Generationen ein attraktiver Wohn- und Gewerbestandort bleibt, zugleich die vielfältigen Funktionen wahrnehmen kann und identitätsstiftend wirkt.

Literatur

Apolinarski, I.; Gailing, L.; Röhring, A. (2006): Kulturlandschaft als regionales Gemeinschaftsgut. Vom Kulturlandschaftsdilemma zum Kulturlandschaftsmanagement. In: Matthiesen, U.; Danielzyk, R.; Heiland, S.; Tzschaschel, S. (Hrsg.): Kulturlandschaften als Herausforderung für die Raumplanung. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 228. Hannover, 81-98.

Aring, J. (2009): Europäische Metropolregionen – Annäherungen an eine raumordnerische Modernisierungsstrategie. In: Knieling, J. (Hrsg.): Metropolregionen und Raumentwicklung. Teil 3. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 231. Hannover, 10-21.

ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung; Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (1965): Deutscher Planungsatlas Baden-Württemberg. Entwicklung des Eisenbahnnetzes Eröffnungsperiode 1865-1886. Stuttgart.

Bauerochse, A.; Haßmann, H.; Ickerodt, U. (Hrsg.) (2007): Kulturlandschaft administrativ-digital-touristisch. = Initiativen zum Umweltschutz 67. Berlin, 391-404.

Borcherdt, C.; Häsler, S.; Kuballa, St.; Schwenger, J. (1985): Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg. Veränderungen von Anbau, Viehhaltung und landwirtschaftlichen Betriebsgrößen 1850-1980. = Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg 12. Stuttgart.

BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; BBR - Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2006): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Bonn-Bad Godesberg, 22-26.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen; BBR - Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2005): Future Landscapes, Perspektiven der Kulturlandschaft. Bonn, Berlin.

Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung (Hrsg.) (1952–1967): Naturräumliche Gliederung Deutschlands, Geographische Landesaufnahme 1: 200.000. Bonn-Bad Godesberg.

Carle, W. (1965): Die Geschichte der Salinen zu Wimpfen. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte XXIV. Stuttgart, 329-416.

Danielzyk, R.; Eickhoff, E. (2006): Die Aufgabe und Rolle der Regionalplanung bei der Umsetzung des „kulturlandschaftlichen Gesetzesauftrages“. In: Matthiesen, U.; Danielzyk, R.; Heiland, S.; Tzschaschel, S. (Hrsg.): Kulturlandschaften als Herausforderung für die Raumplanung. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 228. Hannover, 33-42.

Demuth, B.; Moorfeld, M. (2011): Demographischer Wandel und Naturschutz. Einflüsse auf das Mensch-Naturschutz-Verhältnis und ehrenamtliche Arbeit. In: Naturschutz und Landschaftsplanung. In: Zeitschrift für angewandte Ökologie 43, 177-183.

Dörr, H.; Fiby, M.; Hilbert, A. (Hrsg.) (2005): Die Zukunft der Landschaft in Mitteleuropa, Future Landscape, ein Projekt der österreichischen Kulturlandschaftsforschung. Wien.

Dürr, F. (1881, Neuausgabe 1980): Gundelsheim. In: Königlich statistisch-topographisches Bureau (Hrsg.): Beschreibung des Oberamtes Neckarsulm. Stuttgart.

Haber, W. (2001): Kulturlandschaft zwischen Bild und Wirklichkeit. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Die Zukunft der Kulturlandschaft zwischen Verlust, Bewahrung und Gestaltung. Wissenschaftliche Plenarsitzung 2000. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 215. Hannover, 6-29.

Hein, E.; Heinl, T. (2008): Der Belang der Kulturlandschaft in der Regionalplanung: Erfahrungen aus der Region Heilbronn-Franken. In: Informationen zur Raumentwicklung 5/2008, 303-314.

Heinl, T.; Bohnert, U. (2009): GIS-Analyse der Kulturlandschaftswandels im Unteren Neckartal Bad Wimpfen bis Gundelsheim. = Praktikumsbericht. Heilbronn (unveröffentlicht).

Hokema, D. (2009): Die Landschaft der Regionalentwicklung: Wie flexibel ist der Landschaftsbegriff? In: Raumforschung und Raumordnung 67 (3) 239-249.

Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Landesvermessungsamt Baden-Württemberg (Hrsg.) (1987): Historischer Atlas von Baden-Württemberg. Stuttgart.

Krettinger, B.; Ludwig, F.; Speer, D.; Aufmkolk, G.; Ziesel, S. (2001): Zukunft der Mittelgebirgslandschaften. Szenarien zur Entwicklung des ländlichen Raums am Beispiel der Fränkischen Alb. Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.). Bonn-Bad Godesberg.

Kühn, M. (2001): Stadt als Kulturlandschaft? Alte Kritik und neue Perspektiven der „Stadtlandschaft“. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Die Zukunft der Kulturlandschaft zwischen Verlust, Bewahrung und Gestaltung. Wissenschaftliche Plenarsitzung 2000. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 215. Hannover, 100-105.

Kühne, O. (2009): Grundzüge einer konstruktivistischen Landschaftstheorie und ihre Konsequenzen für die räumliche Planung. In: Raumforschung und Raumordnung 67 (5/6) 395-404.

Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume (Hrsg.) (2010): Agrarmärkte 2009. Unterlagen für Unterricht und Beratung in Baden-Württemberg. 25. Jahrgang. Stuttgart.

Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume (2008): Digitale Flurbilanz für die Region Heilbronn-Franken. Schwäbisch Gmünd. Unveröffentlicht.

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (Hrsg.) (2007): Entwicklung und Erprobung von Indikatoren zur Flächeninanspruchnahme und flächensparenden Siedlungsentwicklung in Baden-Württemberg. Karlsruhe.

Lutz, D. (1991): Gundelsheim, Schloss Horneck. In: Nordwestdeutscher und West- und Südwestdeutscher Verband für Altertumsforschung (Hrsg.): Führer zu archäologischen Denkmälern in Deutschland. Bd. 22: Heilbronn und das mittlere Neckarland zwischen Marbach und Gundelsheim. Stuttgart, 135-137.

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg (Hrsg.) (2009): Streuobstwiesen in Baden-Württemberg. Daten, Handlungsfelder, Maßnahmen, Förderung. Stuttgart.

Morrissey, C.; Riexinger, W.-D. (2007): Der Michaelsberg bei Gundelsheim. In: Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (Hrsg.): Naturschutz-Spectrum. Gebiete 28. Karlsruhe.

Priebs, A. (2007): Der Beitrag der Raumordnung zur Pflege und Gestaltung der Kulturlandschaft in einem großstädtischen Raum – Das Beispiel der Region Hannover. In: Bauerochse, A.; Haßmann, H.; Ickerodt, U. (Hrsg.) : Kulturlandschaft administrativ-digital-touristisch. = Initiativen zum Umweltschutz 67. Berlin, 91-112.

Regierungspräsidium Stuttgart (2009): Bewirtschaftungsplan Bearbeitungsgebiet Neckar gemäß EG Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG). Stuttgart.

Regionalverband Heilbronn-Franken (Hrsg.) (2009): Bausteine für einen Regionalen Neckarpark im Heilbronner Land. Heilbronn.

Regionalverband Heilbronn-Franken (Hrsg.) (2008): Ländlicher Raum in der Region Heilbronn-Franken. = Informationen Region Heilbronn-Franken 33. Heilbronn.

Regionalverband Heilbronn-Franken (Hrsg.) (2007): Analyse der Wirtschaftsstruktur. = Informationen Region Heilbronn-Franken 32. Heilbronn.

Regionalverband Heilbronn-Franken (Hrsg.) (2006): Regionalplan Heilbronn-Franken 2020. Heilbronn.

Regionalverband Heilbronn-Franken (Hrsg.) (2003): Strukturwandel der Landwirtschaft in der Region. = Informationen Region Heilbronn-Franken 28. Heilbronn.

Regionalverband Heilbronn-Franken; Landesdenkmalamt Baden-Württemberg (Hrsg.) (2002): Regionalbedeutsame Kulturdenkmale in der Region Heilbronn-Franken. Heilbronn.

Schenk, W. (2006): Der Terminus „gewachsene Kulturlandschaft im Kontext öffentlicher und raumwissenschaftlicher Diskurse zu „Landschaft“ und „Kulturlandschaft“. In: Matthiesen, U.; Danielzyk, R.; Heiland, S.; Tzschaschel, S. (Hrsg.): Kulturlandschaften als Herausforderung für die Raumplanung. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 228. Hannover, 9-21.

Schenk, W. (2001): Kulturlandschaft in Zeiten verschärfter Nutzungskonkurrenz: Genese, Akteure, Szenarien. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Die Zukunft der Kulturlandschaft zwischen Verlust, Bewahrung und Gestaltung. Wissenschaftliche Plenarsitzung 2000. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 215. Hannover, 30-44.

Solvay in Deutschland (2011): Wissenswertes über das Werk Wimpfen. http://www.solvay.de/DE/Standorte/Bad_Wimpfen/Wissenswertes.aspx (22.11.2011).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2011): LIS-Datenbank. http://www.statistik-bw.de/SRDB/ (06.05.2011).

Urff, W. v. (2002): Rahmenbedingungen. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Landbewirtschaftung und nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 214. Hannover, 256-266.

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2002): Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 2002. Stuttgart, Anhang Karte 3.

Xeller, F. v. (1881, Neuausgabe 1980): Geschichte und Beschreibung der Saline Clemenshall. In: Königlich statistisch-topographisches Bureau (Hrsg.): Beschreibung des Oberamtes Neckarsulm. Stuttgart.

Zimdars, D. (1993): Bad Wimpfen. In: Dehio, G.: Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler, Baden-Württemberg I. München, Berlin.

Susanne Dahm, Theodor Dams, Ekkehard Hein, Thomas Heinl, Werner Konold, Cornelia Korff, Alexander Kuckes, Gerhard Overbeck, Jörg Stadelbauer, Ludwig Thormählen

Tendenzen, Triebkräfte und Steuerungsmöglichkeiten der Entwicklung der Kulturlandschaft ländlicher Räume Baden-Württembergs

Gliederung

1 Einleitung

2 Folgerungen aus den analytischen Beiträgen

3 Handlungsempfehlungen für die Raumordnung

4 Weiterer Forschungsbedarf

1 Einleitung

Die vorliegende Schrift möchte nicht nur eine Bestandsaufnahme zum Wandel der Kulturlandschaft in ländlichen Räumen Baden-Württembergs und zu Einflussfaktoren präsentieren, sondern auch Folgerungen für künftige Maßnahmen formulieren.[1] Der im Vergleich zu den 1970er Jahren geänderten Planungsphilosophie entspricht es dabei vermutlich eher, von Regional Governance als von Planung zu sprechen, um die Pluralität der Akteure, die Partizipation der Bevölkerung und die zunehmende Bedeutung von Bottom-up-Prozessen zu verdeutlichen. Für die Vergleichbarkeit mit Ergebnissen von Arbeitsgruppen, die sich mit Strukturen und Prozessen in anderen Bundesländern befassen, muss vorab betont werden, dass die ländlichen Räume Baden-Württembergs vergleichsweise hohe Einwohnerdichten und überwiegend günstige Entwicklungsbedingungen aufweisen, was die Lebensbedingungen und die infrastrukturelle Grundversorgung betrifft, und dass sie meist attraktiv als Wohnstandorte und Tourismusdestinationen sind. Im Folgenden werden aus den Erkenntnissen der vorherigen Beiträge vierzehn Folgerungen zu aktuellen Entwicklungstendenzen der Kulturlandschaft ländlicher Räume Baden-Württembergs abgeleitet.

2 Folgerungen aus den analytischen Beiträgen

1) Zunehmende Bedeutung großräumiger und globaler Einflussfaktoren

Die Veränderungsprozesse in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs sind eingebettet in übergeordnete, vom Raumtyp zunächst unabhängige Entwicklungen, die über die Landes- und oft auch Staatsgrenzen hinausgehen und die teils von globalen Phänomenen (Klimawandel, globale Kommunikation, wirtschaftliche Verflechtungen und internationaler Wettbewerb), teils von verlagerten politischen Zuständigkeiten (Einbindung in die World Trade Organization, Gemeinsame Agrarpolitik der EU usw.), teils von unabhängigen Variablen (demographischer Wandel, technologische Entwicklung)

[1] Es entspricht dem zusammenfassenden Charakter dieses Schlusskapitels, wenn auf nochmalige Belege und Literaturangaben verzichtet wird. Ebenso ist zu beachten, dass den vorangehenden Beiträgen durchaus unterschiedliche Perspektiven bei der Verwendung des Begriffs „Kulturlandschaft“ zugrunde liegen.

beeinflusst werden. Dies macht es erforderlich, auf mehreren räumlichen Ebenen zu argumentieren: Die lokalen Fallstudien erfordern übergreifende Analysen, diese wiederum bleiben ohne fallstudienhafte Vertiefung blass.

2) Ländliche Räume in Baden-Württemberg – keine „verlorenen Kulturlandschaften“

Anders als in manchen anderen Bundesländern ist in Baden-Württemberg kaum ein ländlicher Teilraum so peripher, dass er keine Entwicklungsdynamik oder Entwicklungschancen hätte. Dies zeigt sich in der Erreichbarkeit und der Arbeitsmarktsituation ebenso wie im individuellen Handeln. Als Ausgleichsräume von großer Vielfalt, als Standorte für mittelständische Betriebe, bei der Entwicklung touristischer Destinationen und als stadtnahe, attraktive Wohnstandorte weisen viele ländliche Räume in Baden-Württemberg ausgesprochene Stärken auf. Damit der darauf begründete Optimismus auch in Zukunft gelten kann, ist es aber erforderlich, bei der Bevölkerung ein Gefühl für den Wert des historischen kulturlandschaftlichen Erbes zu wecken, Initiativen zum Erhalt und zur Gestaltung dieser Kulturlandschaft zu fördern sowie die Kulturlandschaft bei Planung und Gestaltung zu beachten. Die dynamische wirtschaftliche und bauliche Entwicklung sowie die Veränderungsprozesse in der Landwirtschaft haben diesen Aspekt in der Vergangenheit oft verdrängt. Mehrere der im Folgenden angesprochenen Tendenzen sind daher ambivalent: Sie betonen unübersehbare Stärken der ländlichen Räume, können aber auch negative Prozesse zur Folge haben.

3) Neue Aufgaben – neue Akteure – neue Raumbezüge

Die Zahl und die Vielfalt der Nutzungsansprüche in ländlichen Räumen haben sich erhöht. Neben die flächenbeanspruchenden landwirtschaftlichen Betriebe treten die Ansprüche der gewerblichen Betriebe, der Investoren im Energiesektor oder die gestiegenen Wohn- und Freizeitansprüche der eigenen und der zuziehenden Bevölkerung.

Der anhaltende Strukturwandel in der Landwirtschaft hin zu wenigen, großen Betrieben sowie der Wandel der Bevölkerungsstruktur und -verteilung führen dazu, dass vor Ort die Zahl der Akteure abnimmt, die Nutzung und Erscheinungsbild von Kulturlandschaften prägen. Von den Akteuren, die die regionale Kulturlandschaft beeinflussen, sind immer weniger im Ort oder in der Region selbst ansässig. Einzelne historische bzw. ortsbildprägende Gebäude wurden von ehemaligen Bewohnern mit dem Tod oder dem Umzug in Pflegeeinrichtungen als leere Hüllen hinterlassen; Landwirte bewirtschaften häufig „fremde“ Flächen außerhalb ihres Wohnorts.

Im Gegenzug gewinnen Maßnahmen und Entscheidungen von Entscheidungsträgern auf überregionaler, häufig europäischer Ebene, beispielsweise in der Agrarpolitik, beim Naturschutz oder im Energiesektor, an Einfluss auf Gestalt und Nutzung der Kulturlandschaft. Dadurch unterliegt die kulturlandschaftliche Dynamik einer Außensteuerung, die im Extremfall als Entfremdung empfunden werden kann, insbesondere, wenn die Handlungsbereiche der Entscheidungsträger nicht transparent sind.

Auch fordert die Gesellschaft partizipative Verfahrensweisen. Durch die intensiven Wanderungsverflechtungen zwischen Stadt und Land in Baden-Württemberg werden auch in ländlichen Räumen gerade von Zugezogenen Elemente der Bürgerbeteiligung stärker eingefordert, ein Anspruch, dem die örtliche Verwaltung Rechnung tragen sollte. Aber vor Ort wird auch ein (ehrenamtliches) Engagement der Zugezogenen erwartet.

4) Beschleunigung und Retardierung von Veränderungsprozessen

Die raum-zeitliche Dynamik von Kulturlandschaftsentwicklungen in den ländlichen Räumen beeinflusst Bewertungen, die sich mit den vielfältigen historischen Traditionen Baden-Württembergs verbinden. Dazu gehören Flächen- und Gebäudeumwidmungen, Marktanpassungen durch Nutzungsänderung in der Feldflur, aber auch Nutzungsaufgabe und Ansiedlung neuer Vegetation. Es ist kaum möglich, generell gültige Konzepte zu entwickeln. Anerkannt werden müssen die wirtschaftlichen Erfordernisse, die flächenbezogenen infrastrukturellen und sozialen Ansprüche, aber auch die Vielfalt ländlicher Räume und kulturlandschaftlicher Prägungen, die historische Entwicklungstiefe und damit der materielle Quellencharakter, der für eine in geschichtlichen Kategorien denkenden Gesellschaft wesentlich ist.

5) Kulturlandschaft als retardierendes Element

In der Regel wirkt „Kulturlandschaft“ im Sinne des historischen Erbes als retardierendes Paradigma. Mit dem Begriff verknüpft werden eine zeitliche Tiefe im Sinne historischer Kulturlandschaft, ein zielgerichtetes Handeln, das auf Pflege abzielt, und ein psychologischer Einfluss, der zu Identitätsbildung und Heimatempfinden beiträgt. Gerade Baden-Württemberg zeichnet sich infolge früherer territorialer Zersplitterung und heutiger kommunaler Vielfalt durch eine recht kleinteilige Raumstruktur aus.

Strategien, die mit der Kulturlandschaft und ihren Elementen operieren, können damit zu rasche Veränderungen (Baulandausweitung für Wohnen und Gewerbe, Flächenumwidmung für „sperrige Infrastruktur“, umfassende Modernisierung der gesamten Landwirtschaft usw.) zumindest zeitlich aufhalten; treten die Veränderungen ein, sollten sie möglichst regionsspezifisch integriert werden. Zugleich ist die individuelle konkrete Kulturlandschaft eine wesentliche Ressource ländlicher Räume, sowohl in Hinblick auf Wohnwert und Attraktivität als auch in Hinblick auf die empfundene Identität und teilweise auch als regionales Potenzial für Freizeit und Fremdenverkehr.

6) Demographische Veränderungen zuungunsten ländlicher Räume?

Traditionell verzeichneten die ländlichen Räume Geburtenüberschüsse. Der natürliche Bevölkerungssaldo ist aber seit 2006 auch in Baden-Württemberg negativ und sinkende Geburtenzahlen werden diese Entwicklung noch beschleunigen. Nachdem lange Zeit der natürliche Bevölkerungssaldo in ländlichen Räumen deutlich positiver als in den Agglomerationsräumen war, hat sich dies seit einigen Jahren geändert: Positive natürliche Salden erzielten im Jahr 2010 nur noch einige Universitätsstädte des Landes.

Schon zur Bestandserhaltung sind die Kommunen daher auf Zuwanderung angewiesen. Diese könnte angesichts rückläufiger Potenziale räumlich mobiler Bevölkerungsanteile in den anderen Bundesländern – wenn überhaupt – zunehmend aus dem Ausland kommen. Da Arbeitsplatzangebot und Infrastrukturausstattung i. d. R. die für Wanderungsentscheidungen wichtigsten Anreize sind und bei ausländischen Zuwanderern häufig die Nähe zu Bürgern gleicher Herkunft hinzukommt, haben Ballungsräume bessere Chancen auf Zuwanderung als strukturschwache ländliche Räume, die darüber hinaus im Hinblick auf ihr ÖPNV-Angebot (Umfang, Taktung) benachteiligt sind. Wenn sich Preisvorteile ländlichen Wohnens wegen steigender Mobilitätskosten verringern, ist abseits der Ballungsräume mit demographischer Überalterung durch fehlende Zuwanderung jüngerer Menschen und mit insgesamt sinkenden Einwohnerzahlen zu rechnen.

In Baden-Württemberg zeichnet sich allerdings ein kulturlandschaftliches Potenzial als möglicher Pull-Faktor für (vorwiegend ältere) Zuwanderer ab. Ländliche Gemeinden

könnten dieses daher stärker als bisher im Sinne eines Standortfaktors „vermarkten“, doch wird das eher in schon bekannten und größeren zusammenhängenden Räumen erfolgreich sein, während die Mehrheit der kleinen Kommunen, darunter auch einige in den Fallstudien untersuchte Gemeinden und Ortsteile, aufgrund des geringen Bekanntheitsgrades weniger profitieren dürften.

7) Wald als eines der prägenden Elemente der Kulturlandschaften in Baden-Württemberg

Mit 38,3% der Bodenfläche hat der Wald in Baden-Württemberg einen großen Anteil an der Flächennutzung. Die Erhaltung, Bewirtschaftung und Gestaltung des Waldes beeinflussen Natur- und Klimaschutz, Landschaftsbild und wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen. Die Waldflächen machen einen regional unterschiedlichen Anteil an der Bodenbedeckung (*land cover*) aus, in den Verdichtungsräumen eher mit abnehmender, in den ländlichen Räumen mit zunehmender Tendenz. Das kleinräumige Mosaik von Wald und Offenland ist von hohem ökologischem Wert und gewährleistet ein einzigartiges, für die Tourismusentwicklung attraktives Landschaftsbild. Die Wälder stellen in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs traditionell eine wichtige Basis für die Entwicklung einiger regionaltypischer Gewerbe und ihrer Folgeentwicklungen dar. Darüber hinaus gewinnt der Wald in der Energiedebatte der Gegenwart an Bedeutung, sowohl als Kohlenstoffspeicher als auch als Lieferant nachwachsender Energierohstoffe. Der Kleinprivatwald schließlich gilt als „Sparbüchse“ für Landwirte, ist aber mit erheblichen Managementproblemen verbunden. Die Forstverwaltung leistet durch die zusammenfassende Betrachtung der verschiedenen Waldfunktionen einen erheblichen Beitrag zur nachhaltigen Landschafts- und Wirtschaftsentwicklung ländlicher Räume. In Einzelfällen besteht die Gefahr einer natürlichen Wiederbewaldung von Offenland und damit wichtiger Biotope – insbesondere auf Grenzertragsflächen.

8) Landwirtschaft mit hohem Flächenanspruch und sinkendem Handlungsspielraum

Zwar hat die Landwirtschaft kontinuierlich Anteile an Beschäftigung und Wertschöpfung verloren, doch gestaltet sie weiterhin in hohem Maß die ländliche Kulturlandschaft. Dabei unterliegt sie besonders dynamischen Entwicklungszwängen, die sich aus Agrartechnik und Agrarmarkt ergeben: Die Landwirtschaft steht vor dem Zwang, kurzfristig auf Marktentwicklungen zu reagieren, landwirtschaftliche Nutzflächen für die nächste Generation zurückzuhalten und im Sinne der Arbeitseffizienz für eine Mechanisierung von Arbeitsroutinen zu sorgen. Der zumeist hochleistungsfähige Agrarsektor zeigt heute starke Konzentrationstendenzen und eine bedeutende Spezialisierung, wobei die traditionelle bäuerliche Betriebsstruktur in Baden-Württemberg noch vergleichsweise kleinstrukturiert geblieben ist.

Die Frage, inwieweit außerlandwirtschaftliche und landwirtschaftliche Arbeitsplätze – die häufig als Zweitarbeitsplätze eine ausreichende Einkommenssicherung gewährleisten – miteinander zu vereinbaren sind, verbindet den agrarwirtschaftlichen mit dem sozialen Bereich. Landwirte benötigen wegen ihrer räumlichen Verankerung und der Abhängigkeit von Beihilfen und Direktzuweisungen mehr Unterstützung bei Organisation und Ausgestaltung des Betriebes als Erwerbstätige in anderen Bereichen, etwa durch Förderung im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER). Die Umorientierung der europäischen Agrarpolitik nach 2013 kann massive Veränderungen nach sich ziehen; unklar ist v. a. die weitere Förderung kleinerer Betriebe (insbesondere in Steillagen-Gebieten), deren Anteil gerade in Baden-Württemberg sehr hoch ist.

9) Eine tragfähige wirtschaftliche Basis als Grundvoraussetzung für Entwicklung

Analysen zu Finanzströmen und mikroökonomischen Strukturveränderungen erscheinen notwendig. Ländliche Räume bleiben nur intakt, wenn sie besiedelt sind, genutzt werden und eine tragfähige wirtschaftliche Basis besitzen. Um konkretere Handlungsempfehlungen geben zu können, müsste eine ökonomische Analyse der Lebensverhältnisse auf Betriebs- oder Haushaltsebene vorgenommen werden. Auf eine solche Analyse kann an dieser Stelle aber nur hingewiesen werden, weil sie über den Auftrag an die Arbeitsgruppe hinausführt.

Wirtschaftliche Prosperität wird in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs nur dort erzielt, wo zusätzlich zu den landwirtschaftlichen Arbeitsstätten ausreichend viele Arbeitsplätze in Handwerk und Handel, in der Industrie und im Dienstleistungssektor angeboten werden. Dies ist in diesem Fall teilweise gegeben, z.B. beim spezialisierten Maschinenbau. Gerade die ländlichen Räume Baden-Württembergs zeichnen sich durch eine alte Gewerbetradition aus, die teilweise auf Notsituationen zurückgeht, heute aber auch den Anschluss an die Globalisierung findet.

Dennoch stellt sich die Frage, ob insbesondere strukturschwache ländliche Räume ohne Finanztransfers auskommen, die sich an klaren Entwicklungszielen orientieren, unter denen auch der Erhalt einer schützenswerten Kulturlandschaft ist. Zusätzliche Einkommensquellen können sich für Landwirte aus der Energiepolitik ergeben (Flächen für Windenergieanlagen, Photovoltaikanlagen, Energiepflanzen oder Kleinwasserkraftwerke). Dabei besteht jedoch die Gefahr eines Verlustes der kulturlandschaftlichen Vielfalt durch eine Homogenisierung der Landnutzung, der optischen Beeinträchtigung von Landschaftsräumen und der Belastung von Gewässern (Fließgewässer und Grundwasser).

10) Einfluss der Infrastruktur als Standortfaktor

Die Attraktivität ländlicher Lebensräume hängt neben der ökonomischen Basis wesentlich von der Infrastruktur ab: Erreichbarkeit im Individual- und im öffentlichen Verkehr, Zugang zu modernen Kommunikationsdiensten (Breitbandversorgung), ausreichende Versorgung mit allen Grundgütern des täglichen Bedarfs, Sicherung der sozialen Infrastruktur im Bildungs- und Gesundheitswesen sind entscheidende Elemente, um einer sozialen Erosion durch Wegzug jüngerer Personen entgegenzuwirken. Ob sich allerdings aktuell eine wachsende Kluft zwischen Infrastrukturangeboten ländlicher und städtischer Räume abzeichnet, ist umstritten. Eher ist anzunehmen, dass eine unterschiedliche Mischung von Vor- und Nachteilen hinsichtlich der Versorgung mit Infrastruktur im ländlichen und städtischen Raum besteht. Beispielsweise sind in den ländlichen Räumen neben der besseren Wohnflächenversorgung viele flächenbezogene Angebote wie Golfplätze, Reitplätze, Sportplätze und Freibäder räumlich vorteilhafter anzuordnen, während hoch spezialisierte Bildungs-, Kultur- und Dienstleistungsangebote in ländlichen Gemeinden eher selten anzutreffen sind, soweit sie nicht von naturräumlichen Gegebenheiten (z.B. Wintersport) abhängig sind.

Unstrittig ist in ländlichen Räumen die zunehmende Abhängigkeit vom Auto. Nahversorgungsangebote konzentrieren sich auf immer weniger Standorte und können oft nur mit dem PKW problemlos erreicht werden. Auch wenn rein statistisch die PKW-Ausstattung gerade im ländlichen Raum Baden-Württembergs sehr hoch ist, bedeutet dies für Bevölkerungsgruppen ohne PKW dennoch eine erhebliche Einschränkung der Lebensqualität, während die individuelle Motorisierung in Städten durch einen Ausbau des ÖPNV-Angebots in Zukunft noch geringer werden könnte.

Als neuer, unerlässlicher Bestandteil der Infrastrukturausstattung jedes Ortes hat sich die Breitbandverfügbarkeit entwickelt. Diese reduziert zwar die Nutzung lokal vorhandener Angebote (E-Commerce statt Einkaufen vor Ort, E-Mails statt Behördengänge etc.), ersetzt jedoch keine der bisherigen Infrastruktureinrichtungen vollständig und führt daher zu erheblichen zusätzlichen finanziellen Aufwendungen für die Kommunen im ländlichen Raum.

11) Wohnstandorte im Spannungsfeld zwischen hoher Wohnqualität und steigender Flächeninanspruchnahme

Die ländlichen Räume bieten infolge relativ günstiger Bauland- und Beschaffungskosten Siedlungsmöglichkeiten von i. d. R. hohem Wohnwert; Immobilienbesitz und niedrigere Lebenshaltungskosten wirken stabilisierend auf die Bevölkerungsstruktur. Dies zeigt sich v. a. in attraktiven Kulturlandschaften wie dem Schwarzwald oder dem Bodenseeraum. Daher setzt sich – insbesondere in der Nachbarschaft von Verdichtungsräumen – die Flächeninanspruchnahme durch Bautätigkeit tendenziell fort, wenn auch in reduziertem Maß. Die in Baden-Württemberg relativ häufig vorkommenden Tallagen begünstigen zwar die Konzentration von Siedlungen, erschweren jedoch nicht selten Erweiterungen für Gewerbebetriebe aufgrund der beengten Topographie, die zu Flächenengpässen und Nutzungskonflikten führen kann.

Wo in dünn besiedelten ländlichen Räumen die Siedlungsdichte sinkt und die Pro-Kopf-Kosten für das vorhandene Infrastrukturangebot steigen, ist durch entsprechende Ausweisungen, Festlegungen, Information und Moderation zumindest das Nebeneinander von Siedlungsflächenausweitung und Leerständen im Siedlungsbestand zu begrenzen. Der Vorrang, den heute i. d. R. Innenentwicklung vor Außenentwicklung genießt, weist in diese Richtung, wobei Innenentwicklung nicht den Verlust der dörflichen Kulturlandschaft durch zu starke Verdichtung nach sich ziehen darf. Im Rahmen von Landesprogrammen (z. B. Modellvorhaben zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potenzials, MELAP, MELAP+) lassen sich Kulturlandschaftselemente schützen und erhalten. Das Konzept der dezentralen Konzentration und der restriktive Umgang mit Flächenausweisungen in peripheren Ortsteilen können ebenfalls dazu beitragen, die Vielfalt der Kulturlandschaft und zugleich eine wirtschaftlich tragfähige Siedlungsdichte zu erhalten.

12) Verlust von Bautradition ohne gleichwertige Nachfolge

Da seit den 1950er Jahren die „nachwachsende Generation“ von Gebäuden in ihrem Erscheinungsbild sich bundesweit immer stärker vereinheitlicht, ist jedes verloren gehende regionaltyische Gebäude ein unwiederbringlicher Verlust für die ehemals in Baden-Württemberg sehr vielfältige Siedlungslandschaft. Mit dem Verschwinden von regionaltypischen Ortsbildern geht historisch gewachsene, Identität stiftende Kulturlandschaft verloren, deren Verlust nicht ausgeglichen werden kann. Der in vielen Fällen gezielt vorgenommene Erhalt ist auch ein Beitrag zur Attraktivität und zum Wohnwert ländlicher Siedlungen.

Angesichts der heutigen bautechnischen Möglichkeiten darf nicht länger damit argumentiert werden, dass moderne Gebäudestandards und Wohnkomfort nur durch Abriss oder völlige Veränderung historischer Bauten erreicht werden können, wie zahlreiche Beispiele hochwertig (und nicht immer teuer) sanierter Altbauten belegen. Aus dem im Raumordnungsgesetz (ROG) als Grundsatz verankerten Schutz der Kulturlandschaft (§ 2 Abs. 2 Nr. 5 ROG) ergibt sich daher die Notwendigkeit zu über das bisherige Maß hinausgehenden Anstrengungen zur Erhaltung und Aufwertung orts- und regionaltypi-

scher Bauten nach Form, Material und Funktion. Mit einer Konzentration von Fördermitteln auf den regional- bzw. ortstypischen Baubestand könnte zugleich einer der Wettbewerbsvorteile ländlich geprägter Kommunen gestärkt werden, ohne dass eine Musealisierung von Siedlungen erfolgt.

Neben dem Erhalt historischer Bausubstanz wäre auch im Neubaubereich die Herausbildung einer ortsangepassten, auf lokale Baustoffe, Bauformen und klimatische Bedingungen eingehenden Bauweise zu wünschen. Dies kann jedoch durch die Raumordnung kaum beeinflusst werden, vielmehr muss von Planern und Verbänden Überzeugungsarbeit durch gelungene Beispiele vor Ort sowie geeignete Publikationen und andere Informationsaktivitäten geleistet werden.

13) Sich ändernde Sozialstruktur

Teilräumlich wurden die landwirtschaftlichen Lebensformen in Baden-Württemberg schon traditionell durch handwerklich-gewerbliche Tätigkeiten ergänzt und häufig durch zumeist gewerblich-industrielle oder touristische Ausrichtung der ökonomischen Basis bestimmt. Das soziale Leben ist in vielen Gemeinden durch hohes ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Kirchen, durch Nachbarschaftshilfe und eigenständige Lebensformen wie Nutzgärten, landwirtschaftlichen Nebenerwerb, Erwerbsverflechtungen und hohe räumliche Mobilität der Pendler geprägt.

Der Wandel der ländlichen Sozialstruktur führt teils zu einer Zunahme urbaner Lebens- und Verhaltensformen, teils zu bewusster Individualisierung und Abgrenzung. Der intensive Austausch mit urbanen Räumen bringt eine Öffnung nach außen, Akzeptanz von Fremdem und damit zusätzliche wirtschaftliche und lebensweltliche Perspektiven mit sich. Die jeweiligen lokalen Besonderheiten und Traditionen sowie ihre Bindungswirkung gerade auch für die jüngere Bevölkerung sollten verstärkt ins Bewusstsein gerufen und unterstützt werden, ohne eine zu starke Abkehr von urbanen Lebens- und Verhaltensformen zu forcieren.

14) Auswirkungen von Strukturveränderungen auf Belange des Natur- und Landschaftsschutzes

Aus dem Blickwinkel des Naturschutzes gilt die Zuordnung (traditioneller) Kulturlandschaften zu den Schutzgütern als gelungen, wenn die Vielfalt kulturlandschaftlicher Einzelelemente zugleich eine vergleichsweise hohe Biodiversität ermöglicht. Die Landschaftsplanung bietet eine gute Chance zur flächendeckenden und fachübergreifenden Erfassung erlebbarer und nachvollziehbarer Elemente der historischen Kulturlandschaft. Diese Erfassung ist der notwendige Ausgangspunkt für das Verständnis des Zusammenwirkens von natürlichen Voraussetzungen und Kulturtechniken und für die Ableitung von Zielen und Leitbildern zur Erhaltung und Entwicklung historischer Kulturlandschaften.

Die räumliche und zeitliche Dynamik und Verflechtung von Nutzungsänderungen im Freiraum, derzeit durch energiepolitische Ziele befördert, bergen die Gefahr eines schleichenden Verlusts von Eigenart und Identität. Gleichzeitig etablieren sich neue Nutzungsformen und -systeme (ökologische Landwirtschaft, Biomassegewinnung). Neue technische Nutzungssysteme wie Windenergie- oder Photovoltaikanlagen führen zu neuen ästhetischen Bedingungen. Die raumzeitliche Steuerung dieser Prozesse zur Erhaltung wichtiger Freiraumfunktionen kann Aufgabe sowohl der Gesetzgebung (Gesetzesfolgenabschätzung) als auch der ökonomischen Instrumente und der Landschaftsplanung sein. Räumliche Planung übernimmt dabei eine wichtige Mittlerfunktion. Die Landschaftsplanung sollte mittel- und langfristige Perspektiven der Landschaftsent-

wicklung herausarbeiten und Beurteilungsgrundlagen für kurzfristige, raumspezifische Herausforderungen neuer Nutzungssysteme entwickeln.

Zu den Handlungsoptionen von Natur- und Landschaftsschutz zählen die Schaffung von Natur- und Regionalparks, der Schutz von FFH-Gebieten und weiteren Biotopen, aber auch neu geschaffene Strukturen wie Hecken oder Gewässer- und Ackerrandstreifen. Während der auf den Prozessschutz orientierte Naturschutz regelhaft Flächen aus der Nutzung herausnimmt, kann der auf den Kulturlandschaftsschutz ausgerichtete Naturschutz, z. B. durch die Ausweisung von Biosphärengebieten, dazu beitragen, die gewachsene Kulturlandschaft aktiv zu erhalten. Die Umsetzungsinstrumente des Naturschutzes, die bei der Erhaltung und Entwicklung von Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft vorwiegend auf die Erhaltung historisch gewachsener Kulturlandschaften ausgerichtet sind, sollten sich auch an integrierten Entwicklungsvorstellungen orientieren, die für die jeweilige Kulturlandschaft zu entwerfen sind.

3 Handlungsempfehlungen für die Raumordnung

Die Beeinflussbarkeit kulturlandschaftlichen Wandels ist begrenzt. Einflussmöglichkeiten bestehen in der Wirtschaftsförderung und in der Bewertung von Kulturlandschaften, während die durch die demographische Entwicklung bedingte Veränderung von Grün- und Freiflächen in der Kulturlandschaft wenig beeinflusst werden kann, weil hier Veränderungen individueller Lebensstile die Hauptrolle spielen.

Daraus ergeben sich Handlungsempfehlungen: Die künftige Entwicklung der Kulturlandschaft ländlicher Räume in Baden-Württemberg hängt wesentlich von den Prioritäten ab, die Gesellschaft, Politik und Planung setzen. Die Forderung „Ökologie vor Ökonomie“ wäre wenig zielführend, weil sie zu sozialer Erosion in vielen Gemeinden der ländlichen Räume führen könnte; eine Vernachlässigung der nachhaltigen Entwicklung durch Forcierung wirtschaftlicher Aktivitäten könnte zur Beeinträchtigung historisch gewachsener Kulturlandschaften führen, die Reduktion identitätsstiftender Anker bewirken und damit die Attraktivität des Landschaftsbildes mindern. Steuerung – Governance durch staatliche und nicht-staatliche Akteure – muss daher eine Balance zwischen diesen beiden Entwicklungspfaden suchen.

Für die Raumordnung ergibt sich daraus die Aufgabe, die Kulturlandschaftsanalyse in den Planungsprozess einzubinden. Das ist keine neue Forderung.

Konkret lassen sich folgende Empfehlungen für die Raumordnung formulieren:

- Aufnahme der Kulturlandschaftsforschung in die Regionalplanung – nicht nur als Begleitforschung im Sinne einer umfassenden und flächendeckenden Analyse der Kulturlandschaft, sondern als Instrument für eine Einbeziehung des traditionellen und regionaltypischen Bauens.
- Erhalt und Schutz traditioneller kulturlandschaftlicher Elemente in Ergänzung und zur Strukturierung weiterer intensivst genutzter großflächiger Ackerfluren; diese Aufgabe, die v. a. der Land- und Forstwirtschaft, der Dorfarchitektur und dem Verkehrsbau zufällt, braucht nicht nur gesellschaftliche Akzeptanz, sondern auch finanzielle Unterstützung im Rahmen regionaler Förderung.
- Reduktion des Siedlungswachstums durch Konzentration auf Innenentwicklung und deren Unterstützung – ohne eine modernistische Verdichtung, die die Attraktivität von Siedlungen einschränkt. Gewerbebrachen können in Baden-Württemberg i. d. R. rasch wieder gewerblichen Folgenutzungen zugeführt werden, soweit nicht im Ein-

zelfall Schutzgüter ausgewiesen werden, für die attraktive Folgenutzungen erforderlich sind.

- Flexible und bedarfsgerechte Gestaltung des ÖPNV, der in der Fläche auch durch die Verkleinerung von Einheiten (PKW bzw. Minibus statt Bus etc.), die Einbeziehung ehrenamtlichen Engagements und die Erhöhung der Frequenz entlang geeigneter Strecken wieder an Bedeutung gewinnen sollte.
- Flächendeckende Sicherung moderner medialer Kommunikation durch Breitbandnetze.

Die funktional vielfältigen Aufgaben der Freiräume können raumordnerisch im Sinne einer adäquaten Arbeitsteilung unterstützt werden, z. B. durch Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft, für die Rohstoff- und Wassergewinnung, für Natur- und Landschaftsschutz oder für regenerative Energien, aber es können auch unerwünschte Entwicklungen verhindert werden, z. B. durch die Festlegung von Regionalen Grünzügen.

Zugleich müssen integrierende Ansätze umgesetzt werden, die die verschiedenen Funktionen überörtlich zusammenführen sowie kulturhistorisch prägende oder regionaltypische Elemente einbeziehen. Dies stärkt die regionale Identität, oder zumindest können abgestimmte und verträgliche Raumnutzungen, in einem Regionalpark integriert, aktiv gefördert werden und identitätsstiftend wirken.

Die ländlichen Räume in Baden-Württemberg stehen unter Veränderungsdruck, sind aber immer noch vielfältig und lebenswert; ob dies so bleiben wird, ohne dass Homogenisierungstendenzen die Überhand gewinnen, hängt wesentlich von der Bewertung, dem Schutz und der Weiterentwicklung des kulturlandschaftlichen Vermächtnisses oder des kulturlandschaftlich Überliefertem ab. Es gilt, die jeweils individuelle Kulturlandschaft bei allen Planungs- und Gestaltungsvorgängen zu beachten und zu gestalten, bei der Bevölkerung ein Gefühl für den Wert historischen kulturlandschaftlichen Erbes zu wecken und Initiativen zum Erhalt dieser Kulturlandschaft zu fördern.

4 Weiterer Forschungsbedarf

Die fehlende Analyse auf der Mikroebene verlangt nach einer auf einzelbetrieblicher Basis beruhenden Fortführung der Arbeit. Sie darf sich aber nicht auf die agrar- und forstwirtschaftlichen Betriebe beschränken, sondern muss die Ansätze zur Nutzung der regenerativen Energie durch Wasserkraft, Windenergieanlagen, Solaranlagen oder Biogasanlagen sowie Betriebe im Dienstleistungsbereich (Tourismus, Telearbeitsplätze u. a.) ebenso wie das ergänzende produzierende Gewerbe einbeziehen und dabei bedenken, dass Familieneinkommen sich heute aus ganz unterschiedlichen Komponenten zusammensetzen. Wo der reine Agrarbetrieb nicht mehr tragfähig wirtschaften kann, sind ergänzende Einnahmen aus staatlichen und überstaatlichen Fördermaßnahmen, aus touristischen Dienstleistungen sowie aus generationenspezifischen Leistungen (Ausbildungsförderung) zu berücksichtigen. Von einer handlungsorientierten und mikroökonomischen Analyse der ländlichen Betriebe darf man wesentliche Aufschlüsse für das „Funktionieren“ der ländlichen Räume erwarten.

Kurzfassungen/Abstracts

Die Kulturlandschaft des ländlichen Raums in Baden-Württemberg – Entwicklungen, Kontexte, Perspektiven

The cultural landscape of the rural space in Baden-Württemberg – developments, contexts, perspectives

Jörg Stadelbauer

Einführung – Kulturlandschaftliche Entwicklungstendenzen ländlicher Räume in Baden-Württemberg

Den ländlichen Räumen wurde in der Forschung in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten im Vergleich zu eher städtisch geprägten Räumen weniger Beachtung geschenkt, obwohl sie oft intensiv und immer häufiger auch multifunktional genutzt werden. Der Einführungsbeitrag postuliert aufgrund dessen eine stärkere Berücksichtigung ländlicher Räume in der Forschung, woraus sich auch die Aufgabe der Arbeitsgruppe der LAG Baden-Württemberg ergibt: in Zusammenarbeit von Wissenschaft und Planungspraxis anhand von Querschnittsanalyen und kleinräumigen Fallstudien Entwicklungstendenzen in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs zu identifizieren und im Hinblick auf eine zukunftsfähige Dynamik zu bewerten. Hierzu werden Hypothesen aufgestellt, die sowohl die Individualität der Entwicklung einzelner Gemeinden als auch die überregionale Einbindung betonen, und es wird ein Überblick auf die unterschiedlichen methodischen Zugänge gegeben.

Introduction – Developmental tendencies of cultural landscapes in the rural spaces of Baden-Württemberg

In the last two or three decades rural spaces have been less researched than more urbanised spaces, even though they are often intensively used and are becoming ever more multifunctional. The introduction to this volume therefore proposes that rural spaces should be more strongly considered by research. This is the starting point from which the tasks of the working group LAG Baden-Württemberg emerge. In cooperation with researchers and planning practitioners the aim is to identify developmental tendencies in the rural spaces of Baden-Württemberg using cross-sectional analyses and small scale case studies, and to assess the sustainability of development. Hypotheses are postulated that emphasise both the singularity of the development of individual municipalities as well as supra-regional integration, and an overview of the various methodological approaches is given.

Cornelia Korff, Jörg Stadelbauer

Ländlicher Raum und Kulturlandschaft

Der ländliche Raum erfuhr in Baden-Württemberg wie in vielen Gebieten Mitteleuropas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen Wandel zur Multifunktionalität. Damit ging eine regionale Ausdifferenzierung einher, die es heute geboten erscheinen lässt, von ländlichen Räumen zu sprechen. Dieser Entwicklung entsprach auch eine inhaltliche Erweiterung des Kulturlandschaftsbegriffs. Hatte die deutschsprachige Geographie die „Landschaft“ zum Inbegriff eines holistischen Zugangs regionaler Betrachtung gemacht und damit einen akademischen Sonderweg eingeschlagen, so entwickelte sich auf dieser Basis einerseits die naturwissenschaftlich arbeitende Landschaftsökologie, andererseits die Kulturlandschaftsforschung. Diese erfuhr im Rahmen von historisch-genetischen Analysen, im politisch-raumordnerischen Planungshandeln und durch das landespflegerische Schutzdenken einen starken Aufschwung. Der Begriff der (Kultur-) Landschaft ist heute nicht nur ein wissenschaftlicher, sondern auch ein emotional und ästhetisch aufgeladener Alltagsbegriff, den insbesondere der Tourismus aufgreift. Zugleich wurde ein Zweig angewandter Raumwissenschaft befruchtet.

Rural space and cultural landscape

As in many areas of central Europe, in the second half of the twentieth century rural space in Baden-Württemberg experienced a transformation towards multi-functionality. This was accompanied by regional differentiation that makes it seem necessary today to speak of rural spaces. This development corresponded with a broadening of the concept of cultural landscape. While German-speaking geography made “landscape” the essence of a holistic approach to regional analysis and thus pursued its own particular academic path, this was also, on the one hand, the basis for the development of landscape ecology, working within the natural sciences, and, on the other hand, for cultural landscape research. The latter experienced a significant revival as part of historical-genetic analyses, in spatial planning policy negotiations, and through notions of landscape conservation. The term (cultural) landscape is today no longer only an academic one, it has rather become an everyday concept loaded with emotional and aesthetic connotations, which tourism in particular has picked up upon. At the same time a branch of applied spatial science has been enriched.

Cornelia Korff, Jörg Stadelbauer

Ländliche Räume Baden-Württembergs unter Betonung des Agrarstrukturwandels

In den letzten Jahren ging der Flächenanteil ländlicher Räume im Bundesgebiet, aber auch in Baden-Württemberg durch die Ausdehnung der Verdichtungsräume zurück. Der massive Agrarstrukturwandel hat zu neuen Strukturen geführt, die sich in kontinuierlich wachsenden Betriebsgrößen, geänderten Produktionszielen, betrieblichen Spezialisierungen und einer starken Konzentration in der Tierhaltung zeigen. Zugleich nahm zur Stabilisierung der Einkommen die außerlandwirtschaftliche Tätigkeit in den Agrarbetrieben zu. In entscheidendem Maß wird dieser Wandel durch die Europäische Agrarpolitik gefördert, doch tragen auch der demographische Wandel und neue Chancen im Tourismusgewerbe dazu bei. Zu den Besonderheiten ländlicher Räume Baden-Württembergs gehört die unvermindert große Bedeutung des produzierenden Gewerbes,

das auf Traditionen seit Mittelalter und früher Neuzeit zurückblickt und selbst in der Zeit der Großindustrialisierung durch weitreichende Verflechtungen Zulieferbetriebe an Standorten im ländlichen Raum einbezog. Trotz konjunktureller und struktureller Krisen, die zahlreiche Branchen belasteten, erhielten sich bis in die Gegenwart bedeutende regionale Ausprägungen.

Rural spaces of Baden-Württemberg with a focus on structural change in agriculture

In recent years the proportion of rural space declined in the Federal Republic of Germany as a whole, and also in Baden-Württemberg, due to the expansion of the conurbations. Massive structural changes in agriculture led to new structures, as shown by the continued growth in the size of agricultural enterprises, changed production targets, the specialisation of enterprises and a stronger focus on animal husbandry. In order to stabilise their income, agricultural enterprises at the same time undertook an increased amount of non-agricultural activities. This transformation is to a decisive degree promoted by the European Agricultural Policy, but demographic change and new opportunities in the tourism industry are also contributing factors. One of the specific characteristics of the rural spaces of Baden-Württemberg is the continued significance of a manufacturing sector that can look back on traditions dating from the Middle Ages and the Early Modern Age and that, even in times of large-scale industrialisation, drew in suppliers in rural locations through far-reaching interlinkages. Despite cyclical and structural crises that impacted on numerous industries, these significant regional characteristics have been preserved until the present day.

Susanne Dahm

Auswirkungen zukünftiger demographischer Veränderungen auf Nutzung und Gestalt von Kulturlandschaften in Baden-Württemberg

Auch in Baden-Württemberg hat in den vergangenen Jahren eine Trendwende bei der Bevölkerungsentwicklung stattgefunden; seit 2008 sinkt die Einwohnerzahl. Zugleich setzen sich die seit Langem zu beobachtende Alterung und die Zunahme des Anteils von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund fort. Für Nutzung und Gestalt der Kulturlandschaft hat weniger der bislang eher geringe Bevölkerungsrückgang als vielmehr das zukünftige Verhalten der Bevölkerung bei der Wahl von Wohnform und -ort konkrete Auswirkungen. Hinzu kommen sich ändernde Freizeit- und Mobilitätsverhaltensweisen. Mittel- bis langfristig ist mit einer Wohnsitzverlagerung der Bevölkerung in Richtung der Agglomerationsräume sowie der Klein- und Mittelstädte sowie verstärkten Einwohnerverlusten und Leerständen in dünn besiedelten Gebieten zu rechnen. Für die Kulturlandschaft bedeutet dies einen Verlust an regionaltypischen Gebäuden und Siedlungsformen sowie an differenzierten Nutzungsformen im ortsnahen Garten- und Landschaftsraum und damit eine Vereinheitlichung des Erscheinungsbildes in Stadt und Land.

Effects of future demographic changes on the use and form of cultural landscapes in Baden-Württemberg

In recent years in Baden-Württemberg, as elsewhere, there has been a reversal of population development trends. Since 2008 the population has been declining. At the same time the long-observed trend towards the aging of the population and the increase in the proportion of inhabitants with an immigration background has continued. The so far slight decline in population has had less concrete effects on the use and form of the cultural landscape than the future behaviour of the population in terms of choice of ways of living and places of residence. In addition there are changes in recreation and mobility behaviours. In the medium to long term it is to be expected that a redistribution of the population will occur, with agglomerations and small and medium sized settlements gaining residents and thinly populated regions experiencing increasing population loss and vacancy rates. For the cultural landscape this means the loss of regionally typical buildings and settlement forms and the decline of differentiated forms of land use in gardens and landscapes close to settlements. The appearance of town and countryside is thus likely to display increasing uniformity.

Gerhard Overbeck

Auswirkungen des Klimawandels auf die Kulturlandschaft

Der anthropogene Klimawandel wird lokal und regional wirken und auch unsere Kulturlandschaften verändern. Einerseits sind einzelne Landschaftselemente oder Nutzungsmöglichkeiten direkt durch den Wandel der klimatischen Verhältnisse betroffen, andererseits haben die Anpassungsmaßnahmen des Menschen Auswirkungen auf die Kulturlandschaftsentwicklung, im städtischen wie im ländlichen Raum. Der Beitrag skizziert überblicksartig ausgewählte landschaftswirksame Folgen des Klimawandels sowie der Änderungen im Bereich der Energieerzeugung. Insgesamt dürften die landschaftlich relevanten Veränderungen in den unterschiedlichen betroffenen Handlungsbereichen weniger dem Klimawandel an sich zuzuweisen sein, als vielmehr den bewussten Änderungen („Anpassungen“) der Landnutzungen und Landschaftsstrukturen – sind doch die Kulturlandschaften v. a. durch die menschliche Nutzung bzw. die Nutzungsgeschichte geprägt. Zum Teil wird es jedoch auch eher punktuell oder lokal erkennbare direkte Folgen geben, z. B. in Bezug auf die Artenzusammensetzung bestimmter Biotope. Die rasante Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere bei Biomasse und Windkraft, führt zu vergleichsweise raschen und prägnanten landschaftlichen Änderungen. Insgesamt wird deutlich, dass Landschaftsveränderungen durch den Klimawandel selbst sowie durch Mitigation und Anpassung unvermeidbar sind und daher konstruktiv – und in einer langfristigen Perspektive – in Diskussionen um die Gestaltung und Nutzung von Kulturlandschaften einbezogen werden müssen.

Effects of climate change on the cultural landscape

Anthropogenic climate change will have local and regional effects and will also change our cultural landscape. On the one hand, individual landscape elements or possible land uses are directly affected by the changes in climatic conditions; on the other hand measures taken to counter climate change effects also have consequences for the development of the cultural landscape, in both urban and rural spaces. This paper outlines selected climate change effects that impact on the landscape and changes in the field of energy production. Overall changes that are relevant for the landscape in the various

fields of activity are less attributable to climate change itself than to conscious changes ("adaptations") in land uses and landscape structures – cultural landscapes are after all especially influenced by human use both past and present. To a certain extent there will however also be isolated or locally identifiable direct consequences, e.g. in terms of the species composition of certain biotopes. Rapid developments in the field of renewable energies, especially biomass and wind energy, are leading to comparatively quick and incisive landscape changes. Overall it is becoming clear that climate change itself, and mitigations and adaptations related to it, are unavoidably causing landscape change. These factors must therefore be constructively included in discussions about the shaping and use of cultural landscapes, taking a long term perspective.

Thomas Heinl

Lage und Vergleichsdaten der Fallstudien

Bevor die Fallstudien im Einzelnen vorgestellt werden, gibt dieser Beitrag einen ersten Überblick über ihre Lage in Baden-Württemberg und wichtige, statistische Vergleichsdaten. In den Fallstudien werden beispielhaft vier Kulturlandschaften in Baden-Württemberg genauer unter die Lupe genommen. Die Betrachtung von Entwicklungsverläufen sowohl aus demographischer als auch aus nutzungsbezogener Sicht ist allen vier Fallstudien gemein. In jeder Fallstudie stehen jedoch vor allem die unterschiedlichen, fallspezifischen Wirkungszusammenhänge im Fokus der Betrachtung.

Location and comparative data of the case studies

Before the case studies are presented individually, this paper gives an initial overview of their locations in Baden-Württemberg and important statistical data for comparative purposes. Through the case studies the examples of four cultural landscapes in Baden-Württemberg are more closely investigated. Common to all four case studies is an examination of the progress of development from demographic and land use perspectives. The different, case-specific interrelations of effects are, however, the particular focus of investigation for each individual case study.

Kerstin Korhammer, Werner Konold

Fallstudie „Häg-Ehrsberg und Fröhnd (Südschwarzwald)"

Die kleinen Südschwarzwald-Gemeinden Fröhnd und Häg-Ehrsberg im Landkreis Lörrach liegen in einem dünn besiedelten Gebiet und sind wegen ihrer Nähe zum gewerblich prosperierenden unteren Wiesental und zu Basel trotz überwiegend sehr kleiner landwirtschaftlicher Betriebe ökonomisch und demographisch stabil. Die Landschaft ist geprägt von einem Wechsel von Wald und Offenland sowie einem klassischen Intensitätsgradienten zum Rand der Gemarkungen. Das Offenland besteht zum größten Teil aus extensiv beweideten, großflächigen Allmenden. Das Landschaftsbild ist von einer Eigenart und Schönheit geprägt, die es außerhalb der Alpen nirgendwo sonst in Deutschland gibt. Die Landschaft soll in ihrer traditionellen Form erhalten werden, und zwar durch bürgerschaftliches Engagement (mechanische Pflege durch Vereine), traditionell organisierten Bürgernutzen auf der aufgeteilten Allmende (Weide), „Frondienste" (mechanische Pflege), die Mitwirkung eines Weide- und Landschaftspflegeverbandes sowie durch modifizierte, an Pacht gebundene Weidekonzepte, verbunden mit stärkerer individuellen Nutzung der Allmende, und Pflege durch die Gemeinde.

Case study "Häg-Ehrsberg and Fröhnd (southern Black Forest)"

The small Black Forest municipalities of Fröhnd and Häg-Ehrsberg in the rural district of Lörrach are situated in a thinly populated area. Owing to their proximity to the commercially prosperous lower Wiesen valley and to Basel they are economically and demographically stable, despite the predominance of very small agricultural enterprises. The landscape is characterised by an alternation between wood and open land as well as a classic intensity gradient towards the edge of the municipal areas. The open land consists mostly of extensively grazed large-scale commons. The landscape has a unique character and beauty that, other than in the Alps, is to be found nowhere in Germany. The traditional form of this landscape should be preserved through civic involvement (mechanical upkeep by associations), traditionally organised resident use of the divided commons (meadowland), "socage" (mechanical upkeep), the involvement of a meadowland and landscape conservation association, and modified meadowland concepts tied to leaseholds, all combined with strengthened individual use of the commons and conservation by the municipality.

Alexander Kuckes

Fallstudie „Eisenbach (Hochschwarzwald)"

Die Gemeinde Eisenbach Hochschwarzwald ist im Hinblick auf die Konzentration ihres hoch entwickelten industriellen Potenzials bundesweit einzigartig: 2.150 Einwohner, über 1.300 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, davon etwa 1.200, also rd. 95%, im produzierenden Sektor, der Zahnrad- und Getriebeindustrie, 925 Einpendler. Die industrielle Entwicklung in der Gemeinde lässt sich wie folgt zusammenfassen: durch Wasserkraft zum Zahnrad und vom Uhrmacher zum Weltmarktführer. Die im Ort ansässigen Industrieunternehmen haben ein großes Leistungsvermögen, das nicht nur für die Gemeinde von Vorteil ist, sondern für die ganze Region. Ob die Gemeinde im ländlichen Raum den von den Firmen gestellten betriebswirtschaftlichen Erfordernissen auf Dauer adäquat gerecht werden kann, muss sich zeigen. Landespolitisch könnte es erforderlich sein, steuernd und unterstützend einzugreifen, um auch aus Sicht der Betriebe bestehende Zielkonflikte anzugehen. Die alteingesessenen Firmen wirken ökonomisch und sozial stabilisierend. Sie tragen auch zu ausgewogeneren Lebens- und Arbeitsverhältnissen in der Region bei. Das hilft, der Dynamik des Nutzungswandels und den sich verändernden Ansprüchen der Gesellschaft gerecht werden zu können. Um die industrielle Ausrichtung auch in Zukunft auf dem heutigen hohen Niveau weiterzuentwickeln, sind eine angemessene Finanzausstattung und eine Anpassung der infrastrukturellen Voraussetzungen unerlässlich sowie für die zukünftige (Vorwärts-)Entwicklung der Kulturlandschaft in ländlichen Räumen entscheidend.

Case study "Eisenbach (Hochschwarzwald)"

The municipality Eisenbach in the Upper Black Forest is unique in the whole of Germany in terms of the concentration of its highly developed industrial potential: 2150 residents, over 1300 employees making social security contributions, about 1200 (ca. 95%) of whom work in the manufacturing sector of the gear and transmission industry, and 925 in-commuters. The industrial development of the municipality can be summarised as follows: from water power to gears and from watchmaker to world market leader. The industrial firms located in the town have great capabilities that represent an advantage not only for the municipality but also for the entire region. Whether in the long term the rurally located municipality can adequately meet the business requirements presented by the firms, remains to be seen. It could be necessary for the federal state to intervene with appropriate management and support policies in order to tackle what the companies see as conflicts of goals. The old established firms have an economically and socially stabilising effect. They also contribute towards a healthy life-work balance in the region. This helps in successfully meeting the dynamic of transforming uses and the changing requirements of society. To further develop this industrial orientation in the future and maintain today's high standards, commensurate funding and modification of the infrastructural conditions are indispensible, as well as being decisive for the future (forwards) development of the cultural landscape in rural spaces.

Cornelia Korff, Jacqueline Passon

Fallstudie „Endingen-Amoltern und Endingen-Königschaffhausen (Kaiserstuhl)"

Innerhalb der letzten Jahrzehnte hat sich der agrarstrukturelle Wandel als der wichtigste Prozess bei der Umgestaltung der Kulturlandschaft am Kaiserstuhl erwiesen. Die für den Kaiserstuhl charakteristische Umwandlung der landwirtschaftlichen Betriebe von Gemischtbetrieben mit Acker- und Rebflächen, Obstbau und mit bescheidener Viehhaltung zu spezialisierten Wein- und Obsthöfen spiegelt sich im Landschaftsbild ebenso wider wie die für die Aufrechterhaltung und Spezialisierung der Landwirtschaft nötigen Maßnahmen der Rationalisierungen und Flurneuordnungen. Dennoch finden sich noch heute Reste früherer Bewirtschaftungsformen wie z.B. die immer noch beachtliche Gemengelage relativ kleiner Parzellen oder schmale, nicht durch Umlegungen überformte Terrassen. Anpassungsvorgänge sind für die Erhaltung einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft unausweichlich und sie werden auch weiterhin das Verschwinden traditioneller Kulturlandschaftselemente zur Folge haben. Amoltern und Königschaffhausen, in den 1970er Jahren in die Kleinstadt Endingen am Kaiserstuhl eingemeindet, sind noch heute in ihrer Siedlungsstruktur wie in der Flächennutzung ländlich geprägte Ortsteile, in denen die Landwirtschaft – überwiegend im Nebenerwerb betrieben – noch immer eine wichtige Rolle spielt. Beide Orte sind, trotz unterschiedlicher Versorgungsinfrastruktur und Ausstattung mit außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen, nicht von nennenswerten Wegzügen betroffen. Sie haben Neubaugebiete ausgewiesen und haben im Ortskern keine nennenswerten Leerstände. Obwohl sie nicht zum suburbanen Raum zählen, können sie doch vom Arbeitsplatzangebot der kleinen und mittleren Zentren im weiteren Umkreis profitieren und haben relativ gute Entwicklungschancen.

Case study "Endingen-Amoltern and Endingen-Königschaffhausen (Kaiserstuhl)"

In recent decades change in agricultural structure has proved to be the most important process in the transformation of the Kaiserstuhl cultural landscape. Characteristic for the Kaiserstuhl is the transformation of agricultural enterprises from mixed farming with arable land, vine and fruit cultivation, and modest livestock holding, to specialised vineyards and fruit farms. This transformation is reflected in the landscape, as are the measures of rationalisation and land consolidation necessary to ensure the maintenance of agriculture and allow such specialisation. Nonetheless there are still today remains of past forms of farming such as, for example, the still significant melange of relatively small plots of land or narrow terraces that have not been modified. For the preservation of competitive farming, processes of adjustment are unavoidable and they will continue to result in the disappearance of traditional cultural landscape elements. Amoltern and Königschaffhausen, that were incorporated into the town of Endingen am Kaiserstuhl in the 1970s, are today still predominately rural districts both in terms of their settlement structure and their land use. Agriculture, usually carried out as a secondary occupation, continues to play an important role here. Despite differing service provision and non-agricultural employment opportunities, neither location has been affected by appreciable outwards migration. There are planned areas for new building and vacancy rates in the town centres are unappreciable. Although the settlements are not part of suburban space they are able to profit from employment opportunities in the smaller and medium-sized centres in the surrounding area and have relatively good development chances.

Ekkehard Hein, Thomas Heinl

Fallstudie „Kulturlandschaft Neckartal nördlich von Heilbronn"

In der Fallstudie „Kulturlandschaft Neckartal nördlich von Heilbronn" wird ein Abschnitt des Neckartales untersucht, der von einer prosperierenden Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung geprägt ist. Das Neckartal weist hier einen suburbanen Charakter auf und lässt noch Grundzüge der vorindustriellen Landschaftsgliederung sowie visuell viele kulturhistorische Elemente erkennen. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen wesentliche Veränderungen des Siedlungsgeschehens und Nutzungsänderungen in der freien Landschaft seit Mitte der dreißiger Jahre. Der Siedlungsflächenzuwachs findet seine Erklärung im Einwohnerzuwachs und in den wohlstandsbedingten Faktoren. Die weitere Flächeninanspruchnahme für Siedlungszwecke dürfte aber in den nächsten Jahren sukzessive geringer werden. Die landwirtschaftlichen Nutzflächen verloren im Laufe der vergangenen Jahrzehnte tendenzielle Anteile insbesondere zugunsten von Siedlungs- und Waldflächen. Änderungen innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzflächen erfolgten aufgrund verschiedener Rahmenbedingen hin zu einer stärkeren Ausrichtung auf maschinenbewirtschaftete Flächen. Raumordnerische Aufgabe bleibt es, die Raumentwicklung aktiv mitzugestalten und durch ihre Instrumente wichtige Funktionen der Kulturlandschaft zu schützen. Es gilt, die Kulturlandschaft durch eine integrative Raumordnung nachhaltig weiterzuentwickeln.

Case study "Cultural landscape Neckar valley north of Heilbronn"

In the case study "Cultural landscape Neckar valley north of Heilbronn" the investigation turns to a section of the Neckar valley that is characterised by prosperous population figures and economic development. The Neckar valley exhibits here a suburban character. The outlines of the pre-industrial landscape structure and many cultural historic elements can be recognised. The focus of the investigation is on significant changes in settlement development and land use in the open countryside since the mid-1930s. The growth in the settlement areas is explained by population growth and factors related to prosperity. Further use of land for settlement may well, however, decline successively over the coming years. In recent decades areas of agriculturally used land tended to be transformed into settlement or woodland. Due to shifts in framework conditions agriculturally used land changed, becoming more strongly oriented towards mechanical farming. Spatial planning continues to have the task of actively helping shape spatial development and using appropriate instruments to protect important functions of the cultural landscape. Integrative spatial planning should ensure the sustainable further development of the cultural landscape.

Susanne Dahm, Theodor Dams, Ekkehard Hein, Thomas Heinl, Werner Konold, Cornelia Korff, Alexander Kuckes, Gerhard Overbeck, Jörg Stadelbauer, Ludwig Thormälen

Tendenzen, Triebkräfte und Steuerungsmöglichkeiten der Entwicklung der Kulturlandschaft ländlicher Räume Baden-Württembergs

Die wesentlichen bei der Erarbeitung von Überblicken und Fallstudien sowie in der Diskussion gewonnenen Ergebnisse werden in vierzehn Punkten zusammengefasst, um die Bedeutung der Kulturlandschaft für die Entwicklung ländlicher Räume in Baden-Württemberg zu unterstreichen. Daraus ergeben sich Schlussfolgerungen für die räumliche Planung, aber auch neue Fragen und Aufgaben für die Forschung.

Tendencies, drivers and management possibilities for the development of the cultural landscape in the rural spaces of Baden-Württemberg

The most important results derived from the work on the overviews, case studies and discussions are summarised in 14 points, underlining the significance of the cultural landscape for the development of rural spaces in Baden-Württemberg. This reveals consequences for spatial planning, but also new research questions and tasks.

Über die ARL

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) untersucht die Wirkung menschlichen Handelns auf den Raum und analysiert die Möglichkeiten einer nachhaltigen Raumentwicklung. Dies geschieht auf den Feldern Wirtschaft, Soziales, Ökologie und Kultur.

Die ARL ist das zentrale, disziplinübergreifende Netzwerk von Expertinnen und Experten, die in der Raumforschung und Raumplanung arbeiten. Damit bietet sie die ideale Plattform für den raumwissenschaftlichen und raumpolitischen Diskurs. Forschungsgegenstand sind räumliche Ordnung und Entwicklung in Deutschland und Europa.

Die Akademie ist eine selbstständige und unabhängige raumwissenschaftliche Einrichtung öffentlichen Rechts von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse. Sie wird gemeinsam von Bund und Ländern finanziert und gehört der Leibniz-Gemeinschaft an.

Sie vereint Fachleute aus Wissenschaft und Praxis in ihrem Netzwerk. Dadurch können Grundlagenforschung und Anwendung eine direkte Verbindung eingehen – eine wichtige Voraussetzung für eine fundierte Beratung von Politik und Gesellschaft.

Dank ihrer Netzwerkstruktur und der Arbeitsweise in fachübergreifenden Gruppen ermöglicht die ARL den effizienten Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen allen Akteuren. So sind erfolgreiche Kommunikation und Wissenstransfer auf allen Ebenen gewährleistet. Auf der Basis des personellen Netzwerks fungiert die ARL als Mittlerin zwischen Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit.

Nähere Informationen über die ARL finden Sie unter www.arl-net.de.

Welche Entwicklungstendenzen lassen die ländlichen Räume in Baden-Württemberg erkennen? Wie wirkt sich die Multifunktionalität von Räumen auf die Entwicklung der ländlichen Kulturlandschaft aus? Welche Einflüsse sind vom demographischen Wandel, welche vom Klimawandel zu erwarten? Diesen Fragen geht die Arbeitsgruppe „Zukunft der Kulturlandschaften im ländlichen Raum" der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg der ARL im vorliegenden Band nach. Der Band beleuchtet allgemeine Entwicklungstendenzen und externe Einflüsse auf die Entwicklung ländlicher Kulturlandschaften, er analysiert lokale Prozesse der zurückliegenden vier Jahrzehnte und leitet daraus Folgerungen ab, die auch Empfehlungen für die räumliche Planung umfassen. Fallstudien aus dem südlichen Schwarzwald, vom Nordrand des Kaiserstuhls und aus dem Neckartal nördlich Heilbronns belegen sowohl retardierende Erscheinungen als auch eine Dynamik, die sogar an scheinbar peripheren Standorten möglich ist. Die Fallstudien zeigen, wie unterschiedlich die ländlichen Räume Baden-Württembergs strukturiert sind und welche Entwicklungspfade sich abzeichnen.

What development tendencies can be identified for rural spaces in Baden-Württemberg? What effect does the multi-functionality of spaces have on the development of rural cultural landscapes? What consequences can be expected from demographic change and from climate change? These are the questions pursued in this volume by the ARL working group LAG Baden-Württemberg named "The future of cultural landscapes in rural space". The work sheds light on general tendencies of development and external influences affecting the development of rural cultural landscapes. Local processes of the last four decades are analysed and conclusions drawn that also include recommendations for spatial planning. Case studies from the southern Black Forest, the northern edge of the Kaiserstuhl and from the Neckar valley north of Heilbronn demonstrate retarding phenomenon as well as dynamic development clearly possible even in apparently peripheral locations. The case studies show the varied nature of the structure of rural spaces in Baden-Württemberg and the development paths that are emerging.

ISBN: 978-3-88838-359-5

www.arl-net.de